



Verfassungsschutzbericht
des Landes Nordrhein-Westfalen
über das Jahr 2009

Impressum

Herausgeber

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821
Telefax: 0211/871-2980
Kontakt.Verfassungsschutz@im.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz

Bestellservice

Bestellung.Verfassungsschutz@im.nrw.de
www.im.nrw.de/publikationen

Stand: Januar 2010
Druck: Silberdruck oHG, Niestetal
Fotos: Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen



Vorwort

Vermeintliche Antworten auf komplexe Fragen

Politischer Extremismus begegnet uns in unterschiedlichsten Facetten – sei es von Rechts auf der Grundlage eines fremdenfeindlichen Nationalismus, sei es von Links auf der Basis eines kollektivistischen Internationalismus, sei es durch den Islamismus mit einem religiös-fundamentalistischen Heilsversprechen. Gemeinsam ist allen, dass sie die komplexen und schwierigen Herausforderungen einer entwickelten Gesellschaft auf eine – vermeintliche – Ursache zurückführen: die einen auf die angeblich überbordende Einwanderung nach Deutschland, die anderen auf den angeblich zerstörerischen und entmenschlichten Kapitalismus und die Dritten auf vermeintlich falsche, weil nicht islamische Wertvorstellungen im Westen. Die angebotenen „Lösungen“ sind dann ebenso einfach wie falsch: Deutschland den Deutschen oder Verstaatlichung der Schlüsselindustrien oder blinde Gefolgschaft einer religiösen Autorität. Dies erkennbar zu machen und die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen darüber aufzuklären, ist eine wichtige Aufgabe für den Verfassungsschutz.

Pro NRW/NPD

Die Regionalpartei 'pro NRW' stört das friedliche Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen. Sie tarnt sich in einem bürgerlichen Gewand und hinter einem unverfänglichen Namen – Bürgerbewegung. In Wahrheit schürt sie bewusst Ängste vor Überfremdung und transportiert darüber ihre antidemokratische und ausländerfeindliche Ideologie.

'Pro NRW' hetzt gegen Muslime und den Islam und unterscheidet dabei bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung. Die undifferenzierte und pauschale Ablehnung von Moscheebauten wird mit der ebenso falschen wie scheinbar einfachen Formel unterlegt: Minarette = Moscheen = Islam = Islamismus = islamistischer Terrorismus. Letztlich werden Ausländer und vor allem „die Muslime“ für eine Reihe gesellschaftspolitischer Probleme verantwortlich gemacht. Sie werden als Gefahr für die Sicherheit dargestellt und ihnen wird der Missbrauch der sozialen Sicherungssysteme unterstellt.

Auch die NPD versteckt sich hinter einer bürgerlichen Maske. Sie missbraucht die Wirtschaftskrise, um sich als vermeintlichen Hüter der sozial Benachteiligten zu inszenieren. So bezeichnet sie sich auf ihren Wahlplakaten zur Landtagswahl 2010 als „soziale Heimatpartei“. Sie will damit von ihrer nationalistischen Gesinnung ablenken. Die NPD nutzt wie 'pro NRW' die Diskussion um den Bau von Moscheen, um ihre ausländerfeindliche Ideologie zu transportieren. Begleitet wird die Kampagne gegen muslimische Bürger mit Plakaten wie „Multikulti Nein Danke!“ oder der hämischen Abbildung einer Gruppe von Muslimen auf einem fliegenden Teppich.

Propaganda verfängt nicht

Am 28. März 2010 richtete sich die Aufmerksamkeit auf Duisburg-Marxloh. Für diesen Tag hatten die NPD und die Regionalpartei 'pro NRW' Demonstrationen gegen die dortige Moschee angekündigt. Für 'pro NRW' sollte dies der Schlussakt einer ruhrgebietsweiten Reihe von Protesten vor muslimischen Gebetshäusern sein.

Dieser Tag ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Erstens zeigt das verlorene Häuflein von Demonstranten, das hinter den Spruchbändern von 'pro NRW' herzog, dass die Propaganda dieser Partei bei der Bevölkerung nicht verfangen hat. Noch weniger Zuspruch konnte die NPD verzeichnen, die zeitgleich mit 'pro NRW' eine Demonstration gegen die Moschee durchgeführt hat. Zweitens konnten durch die frühzeitige und

intensive Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden die angekündigten Demonstrationen in geordnete Bahnen gelenkt und ohne Eskalation durchgeführt werden.

Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut in einer Demokratie. Dieses Recht muss und will ich als Innenminister durchsetzen – auch wenn das bedeutet, Parteien Raum zu geben, deren Parolen ich sicher nicht unterstütze. Und drittens haben an diesem Tag 5.000 Bürgerinnen und Bürger friedlich deutlich gemacht: Mit uns nicht! Wir lassen uns von der Hetze gegen unsere ausländischen Mitbürger nicht einfangen. Zur erfolgreichen Auseinandersetzung mit Extremismus gehören der friedliche zivilgesellschaftliche Protest und die Kooperation von Staat und Gesellschaft.

DIE LINKE

Seit ihrer Zeit als 'Sozialistische Einheitspartei Deutschlands' hat sich die heutige Partei 'DIE LINKE' entwickelt – nicht alle Teile verfolgen weiter kommunistische Utopien. Aber: Sie hat sich von ihrer Geschichte auch nicht völlig gelöst. Die Partei fördert organisatorisch und finanziell extremistische Gruppen in der eigenen Partei, etwa die 'Kommunistische Plattform', die den Landesverband in Nordrhein-Westfalen mitprägt, den 'Geraer Dialog' oder das 'Netzwerk Marx 21'. Zudem arbeitet die Partei auf vielen Ebenen mit kommunistischen Gruppierungen zusammen.

Islamismus bleibt eine Herausforderung für die Sicherheit

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass sich die westlichen Gesellschaften mit dem Phänomen auseinandersetzen müssen, dass in ihrer Mitte groß gewordene Menschen den islamistischen Parolen und Vorbildern verfallen. Dies betrifft nicht nur Muslime – vermehrt und ganz besonders sind konvertierte Jugendliche Zielgruppe der Propaganda. Terroristische Organisationen auf der ganzen Welt und fundamentalistische Hassprediger dringen intensiv auf junge Muslime ein. Über das Internet übermitteln sie ihnen vermeintlich anti-islamische Vorkommnisse und verbinden dies mit der hetzerischen Botschaft: „Der Westen führt einen Krieg gegen den Islam“. Damit werden einzelne Muslime systematisch auf den Kampf gegen die westliche Welt eingeschworen.

Warum und wie die Wandlung unauffällig scheinender junger muslimischer Männer zu islamistischen Gewalttätern stattfindet, ist schwer zu sagen, unzählige subjektive wie objektive Kriterien können eine Rolle spielen. Aber wir kennen doch Katalysatoren der

Radikalisierung: Das Internet ist heute das Kommunikationsmittel zur Indoktrination, zur ideologischen Schulung und zur Vermittlung von Wissen etwa für die technische Durchführung von Attentaten.

Bedeutsam bleibt darüber hinaus in vielen Fällen die Anleitung durch scheinbare Autoritäten. Eine wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es deshalb, diejenigen aufzuspüren, die junge Muslime in ihren Bann ziehen und sie in den Wahn hineintreiben, mit einem Selbstmordattentat oder der Tötung „Ungläubiger“ im Sinne des Islam zu handeln.

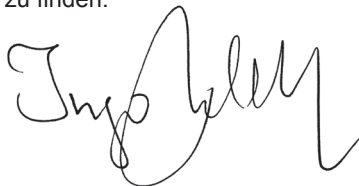
Wichtig ist mir, dass es nicht zu einem Generalverdacht gegen gläubige Muslime kommt. Im Gegenteil: Der Verfassungsschutz betont immer wieder, dass die Muslime in ihrer überwältigenden Mehrheit Islamisten ablehnen. Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus darf nämlich nicht den Blick darauf verstellen, dass die Mehrheit der Muslime hier weiter in Frieden leben will. Kernpunkte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung – die Achtung der Menschenwürde, Demokratie, Gleichberechtigung, Religions- und Meinungsfreiheit – sind Werte, die allen zugutekommen. Wer das erkennt, der lässt sich auch von religiösen Fanatikern nicht aufstacheln.

Verfassungsschutz setzt auf Zusammenarbeit mit Kommunen

Extremistische Einstellungsmuster entstehen nicht plötzlich – und sie können nicht in einer einzigen punktuellen Maßnahme aus der Welt geschafft werden. Den Menschen muss deutlich werden, welche Gefahren von Extremisten für unsere Demokratie ausgehen. Sie müssen den Wert unserer Gesellschaftsordnung für sich erleben können. Information und Demokratieerziehung einerseits, aber auch greifbare Perspektiven für die Menschen – das sind nach meiner Überzeugung die richtigen Mittel im Kampf gegen Extremismus gleich welcher Richtung.

Dem Versuch der Extremisten, auf kommunaler Ebene Fuß zu fassen, setzt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz verstärkt Aufklärung und Sensibilisierung entgegen. Dafür arbeitet er mit lokalen Institutionen und Initiativen sowie mit dem Schulministerium und der Landeszentrale für politische Bildung zusammen. Beispielhaft hierfür stehen Tagungen in Düren und Köln. Dort haben lokale Institutionen und Initiativen zusammen mit dem Verfassungsschutz und den Kommunen herausgearbeitet, wie die Arbeit vor Ort verstärkt werden kann. So will beispielsweise das Dürener

„Bündnis gegen Rechts“ mit Schülervertretungen im Kreis über gemeinsame Aktivitäten beraten. Das Innenministerium unterstützt kommunale Initiativen, hilft dabei auf örtliche Bedürfnisse zugeschnittene Konzepte und Praxisbeispiele zur Nachahmung zu finden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ingo Wolf', with a stylized, cursive script.

Dr. Ingo Wolf MdL
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

1	Entwicklungstendenzen	15
1.1	Rechtsextremismus	15
1.2	Linksextremismus	18
1.3	Ausländerextremismus	19
1.4	Islamismus	20
2	Themen im Fokus	25
2.1	Verfassungsschutz und Wirtschaft im gemeinsamen Kampf gegen akute Bedrohungen.....	25
2.2	Links-Rechts-Konfrontationen.....	35
3	Rechtsextremismus	41
3.1	Parlamentsorientierter Rechtsextremismus	43
3.1.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	43
3.1.2	Deutsche Volksunion	61
3.1.3	Bürgerbewegung pro Köln e.V. und Bürgerbewegung pro NRW	66
3.2	Aktionsorientierter Rechtsextremismus – Neonazis	77
3.2.1	Ideologie der Neonazis	77
3.2.2	Neonazistische Strukturen	79
3.2.3	Die Autonomen Nationalisten.....	82
3.3	Rechtsextremistische Skinheads	87
3.4	Rechtsextremistische Vertriebe und Versandhandel	93

3.5	Rechtsextremismus im Internet	96
3.6	Diskursorientierter Rechtsextremismus – Revisionismus	99
3.7	Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten.....	103
4	Linksextremismus	105
4.1	Parlamentsorientierter Linksextremismus.....	108
4.1.1	DIE LINKE. Landesverband Nordrhein-Westfalen.....	108
4.1.2	Deutsche Kommunistische Partei.....	120
4.1.3	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands.....	124
4.2	Aktionsorientierter Linksextremismus – Autonome Szene.....	126
4.2.1	Strukturen der autonomen Szene.....	127
4.2.2	Themenfeld Antifaschismus	130
4.2.3	Themenfeld Antirassismus	134
4.2.4	Themenfeld Antimilitarismus	136
4.2.5	Themenfeld Antiglobalisierung	137
4.2.6	Aktivitäten „Antideutscher“	138
4.2.7	Brandanschläge linksextremistischer Autonomer	139
5	Ausländerextremismus	141
5.1	Türkische Organisationen.....	142
5.1.1	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.	142
5.1.2	Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front; Türkische Volksbefreiungspartei/-Front – Revolutionäre Linke	146
5.2	Arbeiterpartei Kurdistans; Volkskongress Kurdistans und unterstützende Organisationen.....	149
5.3	Iranische Organisationen	158
5.3.1	Nationaler Widerstandsrat Iran, Volksmodjahedin Iran-Organisation	158
5.4	Tamilische Befreiungstiger	164

6	Islamismus	169
6.1	Islamistisch motivierter Terrorismus – Jihadisten	170
6.1.1	Aktuelle Entwicklungen	170
6.1.2	Jihadismus im Internet	174
6.1.3	Bedrohung durch „homegrown“-Netzwerke	183
6.1.4	Entwicklung in Deutschland	184
6.2	Islamistisch motivierter Widerstand und legalistische Islamisten.....	187
6.2.1	Ansar al-Islam (Unterstützer des Islam)	188
6.2.2	Islamische Bewegung Usbekistans/Islamic Movement of Uzbekistan	189
6.2.3	Islamische Jihad Union	190
6.2.4	Tschetschenischer Separatismus: Tschetschenische Republik Ichkeriya/Tschetschenische Separatistenbewegung	190
6.2.5	Tablighi Jama'at (Gemeinschaft zur Verkündigung).....	191
6.2.6	HAMAS (Harakat al-Muqawama al-Islamiya – Islamische Widerstandsbewegung)	193
6.2.7	Hizb Allah (Partei Gottes)	195
6.2.8	Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei).....	197
6.2.9	Muslimbruderschaft.....	199
6.2.10	Al-Qaida im Islamischen Maghreb	200
6.2.11	Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V.....	201
6.2.12	Kalifatsstaat (Hilafet Devleti); vormals Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., sogenannter Kaplan-Verband	209
6.2.13	Organization for Human Dignity and Rights – Organisation für Würde und Rechte am Menschen	211
7	Politisch motivierte Kriminalität – Bericht des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen	215
7.1	Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität.....	215
7.1.1	Politisch motivierte Kriminalität – Links.....	222
7.1.2	Politisch motivierte Kriminalität – Rechts.....	223

7.1.3	Politisch motivierte Ausländerkriminalität.....	225
7.1.4	Weiterhin hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus.....	226
7.2	Mitgliederpotenzial.....	227
8	Spionageabwehr	229
8.1	Überblick.....	229
8.2	Spionageaktivitäten des Iran	230
8.3	Weitere Staaten des Nahen Ostens/Afrikanische Staaten	232
8.4	Ferner Osten.....	233
8.4.1	Volksrepublik China	233
8.4.2	Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea).....	234
8.5	Russische Föderation und andere Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS).....	237
8.5.1	Nachrichtendienste der Russischen Föderation	237
8.5.2	Nachrichtendienste der übrigen Mitglieder der GUS	239
8.6	Abwehr von Wirtschaftsspionage.....	239
9	Über den Verfassungsschutz	245
9.1	Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal.....	245
9.2	Verfassungsschutz durch Aufklärung – Öffentlichkeitsarbeit	246
10	Stichwortverzeichnis	251

Vorbemerkung

Dieser Verfassungsschutzbericht umfasst das Jahr 2009; Redaktionsschluss war der 15. Januar 2010. Danach liegende Vorfälle sind punktuell aufgenommen worden, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind. Wenn einzelne extremistische Organisationen in diesem Bericht nicht erwähnt werden, bedeutet das nicht, dass sie der Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht unterliegen.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes bei der Extremismusbekämpfung

Die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes ist es, im staatlichen Auftrag politisch bedeutsame Informationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die extremistische und terroristische Bestrebungen oder die Spionagetätigkeit betreffen. Als extremistisch werden solche Bestrebungen bezeichnet,

- : die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung,
- : den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- : darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen;
- : die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- : die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind (§ 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW).

Die Verfassungsschutzbehörde darf hierzu die für sie relevanten Informationen dann sammeln und auswerten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegeben sind oder auch, soweit gewichtige **Anhaltspunkte für den Verdacht** solcher Bestrebungen und Tätigkeiten gegeben sind¹. Weder eine konkrete Gefahr noch eine

¹ Diesen Fall kennzeichnen wir im Bericht mit einem * hinter dem Organisationsnamen.

begangene Straftat sind also notwendig, um ihr Tätigwerden zu legitimieren. Daher ist es auch nicht Voraussetzung für die Berichtserstattung in den Jahresberichten, dass sich die Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Der Verfassungsschutz arbeitet im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Er hat im Wesentlichen Organisationen und Strukturen im Auge.

Eine „Bestrebung“ ist – so sagt es der § 3 Abs. 3 des VSG NRW – ein „Personenzusammenschluss“, setzt also mehrere Personen voraus, die gemeinsam handeln. Einzelne Personen stehen damit nicht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes, es sei denn, ihr Verhalten ist auf die Anwendung von Gewalt gerichtet oder von ihnen geht eine erhebliche Gefahr für eines der Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes aus.

Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – also der nicht zur Disposition stehende Kern des Grundgesetzes (§ 3 Abs. 4 VSG NRW). Hierzu zählen:

- : Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
- : die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
- : das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
- : die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
- : die Unabhängigkeit der Gerichte;
- : der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- : die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Auswärtige Belange der Bundesrepublik und Völkerverständigung

Außer dem Schutz der Grundordnung des Grundgesetzes hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, Bestrebungen zu beobachten, „die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“. Hier geht es vorwiegend um gewaltbereite extremistische Ausländergruppen, die vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus Gewaltaktionen vorbereiten, um eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse in ihren Heimatländern herbei zu führen und die dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW).

Auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, gehören zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW). In der Sache handelt es sich bei dieser gesetzlichen Regelung um die Klarstellung, dass der Verfassungsschutz diejenigen international operierenden Gruppierungen beobachtet, die beispielsweise darauf abzielen, konfessionelle oder ethnische Gruppen im Ausland zu bekämpfen. Anders als beim typischen Fall des Ausländerextremismus sind die Angriffe hier nicht auf die staatliche Ordnung oder die Grenzen eines einzelnen anderen Landes gerichtet, sondern gegen bestimmte (Volks)gruppen in den betreffenden Staaten. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind etwa Gruppierungen, die die – notfalls gewaltsame – Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete propagieren.

Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Bei seiner Tätigkeit stützt sich der Verfassungsschutz in großem Umfang auf offenes Material wie Zeitungen, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Radio- und Fernsehberichte, Interviews und Parteiprogramme. Sensible Informationen aus geschlossenen Zirkeln werden aber häufig mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen. Es werden Vertrauensleute (V-Leute) eingesetzt, Zielpersonen observiert, Funkverkehr wird überwacht, und in besonders gravierenden Fällen kann auch die Post- und Telefonüberwachung angeordnet werden. Wenn es Aufgabe des Verfassungsschutzes ist, konspirativ arbeitende Organisationen zu bekämpfen und deren Struktur aufzuklären, ist hierzu eine gewisse Waffengleichheit notwendig. Bei der Spionageabwehr und der Extremismusbeobachtung kann auf nachrichtendienstliche Mittel nicht verzichtet werden. Typischerweise geben sich extremistische Parteien und Organisationen in ihren Programmen und öffentlichen Auftritten gemäßigt, um ihre Akzeptanz und ihre

Wahlchancen nicht zu beeinträchtigen. Klartext wird nur in den inneren Zirkeln und unter Ausschluss der Öffentlichkeit geredet. Darüber muss der Verfassungsschutz verlässliche Informationen erlangen, wenn er sich ein realistisches Bild von den Zielen und den Methoden derartiger Parteien und Organisationen verschaffen und die Öffentlichkeit aufklären will.

1 Entwicklungstendenzen

1.1 Rechtsextremismus²

‘Nationaldemokratische Partei Deutschlands‘ (NPD)

2009 war für die NPD ein schwieriges Jahr. In der Frage der Verantwortung des Parteivorsitzenden für die Finanzprobleme der NPD kam es zu einem Führungsstreit und nach heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen zu einem außerordentlichen Parteitag, auf dem sich der Amtsinhaber unerwartet deutlich gegen seinen Herausforderer durchsetzen konnte.

Wegen der Machenschaften ihres ehemaligen Bundesschatzmeisters muss die Partei mit erheblichen Rückforderungen der Bundestagsverwaltung aus Wahlkampf-kostenerstattungen rechnen. Gleichzeitig verstarb überraschend der stellvertretende Parteivorsitzende, ein bekannter Hamburger Rechtsanwalt und zugleich ein wichtiger Förderer der Partei. Umso bedeutsamer war es für die NPD, 2009 in Sachsen den Wiedereinzug in den Landtag zu schaffen, was nur mit einem deutlich schlechteren Wahlergebnis (5,6%) als 2004 (9,2%) gelang. In Thüringen blieb die NPD unter der 5-Prozent-Hürde.

Das Dilemma für die NPD ist, dass sie nur in Ostdeutschland relativ stark ist. Mit dem Auseinanderbrechen des Deutschlandpaktes Mitte des Jahres dürfte es aber für die NPD auch dort schwieriger werden, bei Wahlen die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Parteiintern wird das sogenannte „Superwahljahr 2009“ kritisch betrachtet. Das Abschneiden der NPD bei den Landtags- und Kommunalwahlen, sowie bei der Bundestagswahl entsprach nicht den zum Teil hochgesteckten Erwartungen. Für das Frühjahr 2010 hat die Parteiführung daher einen bereits mehrfach verschobenen Programm-parteitag angekündigt, auf dem ein neues Parteiprogramm verabschiedet und eine Strategiedebatte geführt werden soll.

² Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

‘Deutsche Volksunion‘ (DVU)

Die DVU*, bei der **Anhaltspunkte für den Verdacht** einer extremistischen Bestrebung bestehen, greift in ihren Veröffentlichungen auch weiterhin die typischen rechtsextremistischen Agitationsfelder auf. Themen mit Ausländer- und Einwanderungsbezug sollen Überfremdungsängste schüren, die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes werden missachtet. Bei der Kommunalwahl hat die DVU* verstärkt auch auf das Thema Islamisierung gesetzt, indem – etwa auf Wahlplakaten – Bürger muslimischen Glaubens und ihre Einrichtungen (zum Beispiel Moscheen) als Ursachen für wirtschaftliche und soziale Probleme dargestellt wurden. Auch hält die DVU* weiterhin an ihrem revisionistischen, verfälschenden Geschichtsbild fest, indem der Völkermord an den Juden beschönigt bzw. verharmlost, Deutschlands Kriegsschuld relativiert und die bestehenden Ostgrenzen in Frage gestellt werden.

Bei den Wahlen 2009 erlitt die DVU* nur Niederlagen. Zudem kündigte die NPD den Deutschlandpakt mit der DVU*. Zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen ist die Partei mangels ausreichender Aktivisten nur in Dortmund angetreten; sie ist im Rat nur noch mit einem Mandatsträger vertreten. In Nordrhein-Westfalen entfalten nur noch zwei Kreisverbände wahrnehmbare Aktivitäten.

Die Lage der DVU* hat sich im Vergleich zum letzten Jahr erheblich verschlechtert: Wahlen wurden verloren, der langjährige Bundesvorsitzende und Hauptfinanzier hat sich zurückgezogen und der angestrebte personelle Erneuerungsprozess durch die Wahl von Matthias Faust zum Bundesvorsitzenden brachte nicht die erhofften Erfolge. Zudem fehlt eine aktive, mobilisierungsfähige Parteibasis. Die DVU* ist daher auf dem Weg in die politische Bedeutungslosigkeit.

‘Pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘

Nach wie vor bestehen bei diesen Gruppierungen tatsächliche **Anhaltspunkte für den Verdacht** verfassungsfeindlicher Bestrebungen. Dieser Verdacht wird durch eine Vielzahl von Äußerungen aber auch durch Kontakte zu anderen, teilweise rechtsextremistischen, zumindest aber ausländerfeindlichen Organisationen im In- und Ausland seit Jahren bestätigt.

‘Pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ missachten mit ihren Aussagen und Forderungen weiterhin die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschen-

würde und das Diskriminierungsverbot. 'Pro Köln*' und 'pro NRW*' schüren latente Ängste vor Überfremdung und verbreiten fremdenfeindliche Ressentiments. Ein Schwerpunkt der Kampagnen von 'pro Köln*' und 'pro NRW*' lag auch 2009 wieder darauf, Ängste vor Muslimen zu schüren.

Nächstes erklärtes Ziel ist die Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen. 'Pro NRW*' beabsichtigt bei der bevorstehenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mit einer flächendeckenden Landesliste sowie einer größeren Zahl von Wahlkreisdirektkandidaten anzutreten.

Noch vor der Landtagswahl plant 'pro NRW*' unter Beteiligung rechtslastiger, teilweise extremistischer Parteien aus dem Ausland eine Konferenz für eine europaweite „Anti-Minarettinitiative“ nach Schweizer Vorbild.

Neonazis

Neonazistische Strukturen in Form Freier Kameradschaften, strukturloser Szenen und Autonomer Nationalisten (AN) gibt es überwiegend im Rheinland und im Ruhrgebiet. Vor allem bei den AN ist eine zunehmende Gewaltbereitschaft gegen den politischen Gegner zu beobachten.

Neonazis streben als aktionsorientierte Form des rechtsextremistischen Spektrums eine wirksame Präsenz im „öffentlichen Raum“ durch Demonstrationen an. Im Jahr 2009 kam es zu 23 Demonstrationen mit einer Teilnehmerzahl von wenigen örtlichen Aktivisten bis zu 730 Personen. Räumlicher Schwerpunkt der Demonstrationen war das Ruhrgebiet.

Das für die neonazistische Szene herausragende Ereignis war die Demonstration am 5. September 2009 unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“ in Dortmund mit 730 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet sowie dem Ausland.

Die Zusammenarbeit zwischen den Freien Nationalisten und der NPD hat sich in Nordrhein-Westfalen – vorwiegend auf regionaler Ebene – verstetigt. Die Anmeldung und Organisation von demonstrativen Ereignissen erfolgt allerdings fast ausschließlich seitens des neonazistischen Spektrums. Der Szene gelingt es hierbei zunehmend, ein gemischtes Spektrum aus Neonazis (darunter AN), Anhängern der NPD und Angehörigen der strukturlosen lokalen Szenen anzusprechen und in diese öffentlichkeitsrelevanten Aktionsformen einzubinden. Mittels eines abgestimmten „Dresscodes“

wird ein einheitlicher „schwarzer Block“ suggeriert, der ideologische sowie persönliche Differenzen temporär zu kaschieren vermag.

1.2 Linksextremismus³

‘DIE LINKE.’*

Das Berichtsjahr 2009 wurde geprägt durch unterschiedliche Wahlergebnisse, die Debatte um das Landtagswahlprogramm 2010 und die bundesweit ausgetragenen Flügelkämpfe zwischen einem eher realpolitischen Reformflügel und dem dogmatischen Teil der Partei.

Nachdem ‘DIE LINKE.’* in Nordrhein-Westfalen sowohl bei der Europawahl als auch bei den Kommunalwahlen unter 5% blieb, konnte sie in Nordrhein-Westfalen bei der Bundestagswahl 2009 ihr Ergebnis auf 8,4% steigern. Für bundesweites Aufsehen sorgte der Entwurf des Landesvorstandes zum Wahlprogramm für die Landtagswahl 2010. Obwohl in dem auf dem Parteitag im Hamm verabschiedeten Wahlprogramm ein Teil der umstrittenen Forderungen wieder gestrichen oder durch unverfänglichere Formulierungen ersetzt worden ist, hat sich insgesamt unter maßgeblichem Anteil der extremistischen Strömungen der antikapitalistische Teil der Partei durchgesetzt. Das Programm macht deutlich, dass sich der nordrhein-westfälische Landesverband durch besondere Radikalität innerhalb der Bundespartei positioniert.

Die Debatte um das Wahlprogramm, das auch innerhalb der Bundespartei auf Kritik stieß, gab einen Vorgeschmack auf die programmatische Zerreißprobe, vor der die Bundespartei steht. Die bisherigen Auseinandersetzungen versuchte die Parteiführung durch personelle Konsequenzen und ein mühsames Austarieren der innerparteilichen Gewichte zu beruhigen.

Nach wie vor gibt es bei der Partei ‘DIE LINKE.’* **Anhaltspunkte für den Verdacht** linksextremistischer Bestrebungen, dieser Verdacht wird durch Hinweise erhärtet, dass die Partei Ziele verfolgt, die im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen

3 Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

Grundordnung stehen. Zudem fördert sie weiterhin innerhalb der eigenen Partei offen extremistische Strömungen und arbeitet außerhalb der Partei mit Gruppierungen aus dem linksextremistischen Spektrum zusammen. Die Partei hat in Teilen ein indifferentes Verhältnis zur Gewalt und sie vermeidet nach wie vor eine klare Distanzierung zur Diktatur der DDR.

Autonome Szene

Die gemeinsame ideologische Basis der linksautonomen Szene bilden fundamental-anarchistische und kommunistische Theoriefragmente. Die bürgerliche Gesellschaft wird abgelehnt und es wird die Vision einer selbstbestimmten Lebensweise in einer herrschaftsfreien Gesellschaft verfolgt.

Der Antifaschismus – in einem ausgreifenden Sinne über die Bekämpfung des Rechtsextremismus hinausgehend – ist weiterhin das zentrale Themenfeld der linksautonomen Szene. Ziel ist es, Demonstrationen „der Rechten“ – auch mit Gewalt – zu be- oder verhindern. Die Polizei wird dabei als „Beschützer der Rechten“ angesehen und ist daher auch Ziel von Angriffen. Links-Rechts-Konfrontationen mit Gewalttätigkeiten sind in Nordrhein-Westfalen ein zunehmendes Phänomen.

Anlässe für regelmäßig wiederkehrende Ausschreitungen – wie etwa zum 1. Mai in Berlin – gibt es in Nordrhein-Westfalen nicht; hier stehen Aktionen gegen Demonstrationen und Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene im Vordergrund.

1.3 Ausländerextremismus⁴

KONGRA-GEL

Von dem aus der 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK) hervorgegangenen 'Volkskongress Kurdistan' (KONGRA-GEL) gehen in Westeuropa weiterhin offiziell keine gewalttätigen Aktionen aus. 2009 kam es lediglich im Zusammenhang mit Protesten gegen die Haftbedingungen des in der Türkei einsitzenden PKK-Führers Öcalan zu einigen

⁴ *Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.*

Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen, die mit der Jugendorganisation 'Komalen Ciwan' in Verbindung gebracht werden. In der Türkei verübten die 'Volksverteidigungskräfte' (HPG) auch 2009 wieder zahlreiche Anschläge auf türkische Sicherheitskräfte.

Die türkische Regierung setzte ihre Annäherung an die kurdische Volksgruppe mit der Politik einer „demokratische Öffnung“ fort. Die darin von der Regierung gemachten Zugeständnisse stießen bei der linken wie rechten parlamentarischen Opposition auf heftige Kritik. Das türkische Verfassungsgericht verbot zudem im Dezember 2009 die prokurdische Partei DTP, die 21 Abgeordnete im türkischen Parlament stellte. Eine erkennbare Verbesserung der Sicherheitslage in der Türkei zeichnet sich im Hinblick auf terroristische Anschläge der PKK zurzeit nicht ab.

'Tamilische Befreiungstiger' – LTTE

Die militärische Niederschlagung der LTTE-Rebellen (durch die Armee Sri Lankas) und der Tod des LTTE-Führers Prabhakaran haben bei den Anhängern der LTTE in Nordrhein-Westfalen zu einer erheblichen Verunsicherung geführt. Wie diese sich zukünftig ausrichten werden, ist noch offen.

'Volksmodjahedin Iran' – NWRI*

Die iranischen 'Volksmodjahedin', die in Deutschland durch den 'Nationalen Widerstandsrat Iran*' (NWRI) vertreten werden, unterhalten zum Zwecke des Sturzes des iranischen Regimes immer noch im Irak die 'Nationale Befreiungsarmee' (NLA). Deren Lager wollte die irakische Regierung im Dezember 2009 schließen. Sollte die Schließung 2010 durchgesetzt werden, können Protestaktionen von NWRI*-Anhängern in Nordrhein-Westfalen nicht ausgeschlossen werden.

1.4 Islamismus⁵

Deutschland wird seit Ende 2008 direkt und in deutscher Sprache durch unterschiedliche ausländische terroristische Organisationen wie die 'Islamische Bewegung Usbe-

⁵ *Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.*

kistan', die 'Islamische Jihad Union' und 'al-Qaida' angesprochen. Im Jahr 2009 zählten der Bundeswehreinsatz in Afghanistan und die Bundestagswahl zu den Themen, die Jihadisten immer wieder aufgriffen. Es wurde direkt und indirekt mit Anschlägen in Deutschland gedroht und zur Beteiligung am Jihad gegen Deutschland aufgerufen. Die zunächst abstrakten Drohungen konkretisierten sich im Kontext der Bundestagswahl. Im September 2009 drohte das deutsche 'al-Qaida'-Mitglied Bekkay Harrach mit Anschlägen auf deutschem Boden innerhalb eines bestimmten Zeitraums und die 'Deutschen Taliban Mujahedin' veröffentlichten ein Drohvideo mit Bildern von symbolträchtigen Orten in Deutschland.

Über jihadistische islamistische Seiten finden Ideologietransfer, Rekrutierung, Netzbildung wie auch Anleitungen zu terroristischen Aktionen statt. Die Betreiber der Seiten sind häufig Einzelpersonen, die nicht zwangsläufig an eine Organisation oder Gruppe angebunden sind. Durch geschickte Verlinkungen oder Platzierungen ihrer Botschaften im Netz können sie jedoch eine große Öffentlichkeit erreichen.

In den übrigen Bereichen des islamistischen Spektrums, wie dem sogenannten legalistischen Islamismus, haben sich die bereits vorher zu erkennenden Entwicklungen fortgesetzt. Insbesondere salafistisch orientierte Gruppen sind nach wie vor in Nordrhein-Westfalen sehr aktiv und stoßen mit der Werbung für ihr fundamentalistisches Islamverständnis bei Jugendlichen auf einen nicht zu unterschätzenden Zuspruch.

Die Bandbreite islamistischer Propaganda ist groß, sie reicht von gewaltfreien, aber eindeutig ideologisch gefärbten Veröffentlichungen bis hin zu Gewalt verherrlichendem und jihadistischem Material, das über das Internet verbreitet wird. Jihadistische Internet-Propaganda zeichnete sich auch 2009 wieder durch eine besondere Brutalität in der Darstellung aus. So wurden auf Videos und Fotografien die angeblichen Feinde der Muslime als Opfer sogenannter „Märtyreroperationen“ gezeigt, um damit die Schlagkraft der Jihadisten unter Beweis zu stellen. Andererseits befeuerten grausame Aufnahmen von Muslimen als angebliche Opfer der sogenannten „Ungläubigen“ die antiwestliche Propaganda. Zu den wiederkehrenden Themen in den Botschaften zählten die israelische Offensive in Gaza 2008/2009, die Entwicklungen in Somalia, in Afghanistan und Pakistan, sowie die mit den westlichen Staaten zusammenarbeitenden „abtrünnigen Regime“ in der islamischen Welt. Terroranschläge werden von ihnen als „gerechte“ Antwort auf die als Angriff auf die Muslime gewertete Politik westlicher Staaten dargestellt.

In Nordrhein-Westfalen erhält diese Propaganda vor allem bei salafitischen Kreisen Resonanz. Einige Personen aus diesen Kreisen haben sich bereits islamistischen Terrororganisationen im Ausland angeschlossen und sind 2009 in Propaganda- oder Droh-Videos in Erscheinung getreten. Die in erster Linie als Rechtfertigungen für Terroranschläge in Deutschland bzw. gegen deutsche Interessen andernorts herangezogenen Argumente sind zum einen die Veröffentlichungen der Mohammed-Karikaturen auch durch deutsche Verlage, zum anderen die Beteiligung der Bundeswehr am ISAF-Einsatz in Afghanistan. Für die nächste Zeit ist nicht damit zu rechnen, dass bei der Bedrohungslage durch jihadistische Gruppen, die der Ideologie von 'al-Qaida' folgen, eine Entspannung eintreten könnte.

1.5 Politisch Motivierte Kriminalität

Mit einem Zuwachs um 969 auf insgesamt 5.637 ist die Zahl der Fälle „Politisch Motivierter Kriminalität“ (PMK) auch im Jahr 2009 angestiegen (+20,8%). Der Anstieg durchzieht alle Phänomenbereiche außer Rechtsextremismus; hier ist ein leichter Rückgang um 120 Fälle festzustellen. Die politisch motivierte Gewaltkriminalität ist um knapp 18% angestiegen; dies liegt am Anstieg der PMK-Gewalt (links) – in den übrigen Phänomenbereichen ist die Gewalttatenzahl gesunken.

Allerdings ist die Entwicklung des Jahres 2009 davon gekennzeichnet, dass allein im Zusammenhang mit den drei Wahlen – vor allem der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen – 740 Delikte (überwiegend Farbschmierereien auf Plakaten) festgestellt wurden. Zudem wird das Fallaufkommen – abgesehen von den statistisch dominierenden Propagandadelikten – direkt von der Zahl der Demonstrationen beeinflusst. So wurden bei einer Großdemonstration des „linken“ Spektrums gegen Veranstaltungen des „rechten“ Spektrums über 300 Vermummungen gezählt. Es sind mithin vorwiegend Einzelereignisse, die den Anstieg begründen. Eine strukturelle Entwicklung, die einen Anstieg in dieser Größe auch für die Zukunft erwarten lässt, kann aus den vorliegenden Daten nicht abgeleitet werden.

Jenseits dieser Feststellungen bestätigen die vom Landeskriminalamt übermittelten Daten zu den Fällen politisch motivierter Kriminalität zwei Entwicklungen, die schon das Vorjahr geprägt haben: Die Links-Rechts-Konfrontation nimmt zu – auch die hierbei zu beobachtende Gewalttätigkeit. 70% der Gewaltkriminalität-Links wurde im Jahr 2009 im Kontext von Demonstrationen verübt – und hier weit überwiegend bei Demonstrationen gegen „Rechts“. So wurden etwas mehr als ein Viertel der Gewaltdelikte von „links“ bei der Gegendemonstration gegen den von „rechten“ durchgeführten

„Antikriegstag“ im September in Dortmund verübt. Dabei waren „rechte“ Demonstranten und Polizisten Opfer dieser Taten.

Hinsichtlich der verschiedenen Delikte, die in der Statistik der politisch motivierten Kriminalität erfasst werden, zeigt sich die typische Verteilung der Deliktgruppen auf die Phänomenbereiche. Von „Links“ werden überwiegend Sachbeschädigungen (vor allem Farbschmierereien) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz begangen (rund 70% aller Straftaten); dies belegt die zunehmende Bedeutung der Demonstrationen für das Fallaufkommen PMK. Auf der „rechten Seite“ stehen vor allem Propagandadelikte und Volksverhetzungen (rund 78% aller Straftaten). Im Phänomenbereich „Rechts“ stieg allerdings auch die Zahl der Sachbeschädigungen.

Die PMK-Fälle „Links“ und „Ausländer“ ereigneten sich schon bisher im Wesentlichen bei wenigen spezifischen Situationen – vor allem Demonstrationen – bzw. Konstellationen (Verstößen gegen das Vereinsgesetz). Wenngleich auch im Phänomenbereich „Rechts“ eine Zuspitzung auf Ereignisse im Demonstrationsgeschehen beobachtbar ist, bleibt PMK-Rechts ein immer noch überall anzutreffendes (Stichwort Propagandadelikte) oder überall mögliches (Stichwort Körperverletzungen) Phänomen.

Dieses über die Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität vermittelte Bild muss allerdings ergänzt werden. Denn es sollte deutlich sein, dass die (bloßen) Zahlen kein verlässlicher Gradmesser für eine steigende oder sinkende Bedrohung durch extremistische Aktivitäten sein können. Zum einen werden gerade die statistisch bestimmenden Propagandadelikte in einem relevanten Anteil nicht von organisierten Rechtsextremisten begangen. Andererseits wird die zunehmende Präsenz von Rechts-extremisten in der Öffentlichkeit mit Büchertischen, Flugblättern und groß angelegten Demonstrationen kaum in den Fallzahlen zur PMK „rechts“ sichtbar.

2 Themen im Fokus

2.1 Verfassungsschutz und Wirtschaft im gemeinsamen Kampf gegen akute Bedrohungen

Die aktuelle deutschlandweite Führungsrolle der Unternehmen in unserem Bundesland beschreibt NRW.International GmbH mit deutlichen Worten:

.....
„Nordrhein-westfälische Unternehmen exportierten 2008 Waren im Wert von 172 Milliarden Euro. Damit erzielten sie selbst in diesem krisengeprägten Jahr noch ein Volumen, das erheblich – nämlich um 7,4 Prozent – über der Bilanz des Jahres 2006 lag. [...] Mit einem Anteil von 17,3 Prozent an der Gesamtausfuhr behauptete das Land an Rhein und Ruhr seine Spitzenposition als führender Exportstandort Deutschlands.“
(Quelle: Außenwirtschaftsbericht 2008)
.....

Menschen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ermöglichen diesen Erfolg durch ihre Innovationen, ihre Stellung auf dem Weltmarkt, aber auch durch ihre flexible Reaktion auf neue Anforderungen. Diese Qualität kann heute nicht mehr ohne den Einsatz moderner Informationstechnologie erbracht werden. Doch bei allem Segen, den diese Technik bietet, steigen auch deren Komplexität und damit die Anforderungen an ihre Kontrollierbarkeit. So kam das Betriebssystem Windows 3.1 im Jahr 1990 noch mit 2,5 Millionen Programmzeilen aus. Windows XP dagegen benötigte im Jahr 2002 schon 40 Millionen Zeilen. Windows Vista war 2007 auf über 50 Millionen Programmzeilen angewachsen. Dies entspricht etwa 1.315.789 Wordseiten, die kontrolliert und zueinander ins Verhältnis gesetzt werden müssen, um dem Spannungsfeld zwischen High-tech und den notwendigen Ansprüchen an die Sicherheit zu genügen.

Die Herausforderungen dieses Spannungsfeldes betreffen Menschen in allen Positionen des Unternehmens. Der Spagat zwischen unternehmensnotwendiger High-tech und ausreichender Sicherheit vor Know-how-Abfluss wird in dieser komplexen Umgebung täglich schwerer. Dies gilt umso mehr, da gerade fremde Nachrichtendienste die Möglichkeiten der IT – neben den herkömmlichen Angriffen in Form von Heraus schmuggeln firmeninterner Dokumente aus einem Unternehmen, verdecktem Fotografieren oder Abhören – durch immer neue Angriffsvektoren gezielt ausnutzen. Hier

bedarf es zielgerichteter Informationen, um die Schutzkonzepte der Unternehmen weiter aufzubauen und zu justieren.

Die Aufgabe des Wirtschaftsschutzes beim Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ist es, deutsche Wirtschaftsunternehmen in der Abwehr von Ausspähungsversuchen fremder Nachrichtendienste zu unterstützen und so zu ihrem Schutz beizutragen. Die Informationen der Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen gestalten sich dabei so vielfältig wie die angewandten Spionageversuche. Sie beziehen sich in immer stärkerem Maße auf Internetattacken. Fremde Nachrichtendienste setzen konsequent an der Nahtstelle zwischen Technik und Anwendung, zwischen High-tech und Sicherheit an.

Cyberwar – eine neue Qualität der Wirtschaftsspionage

„Nationen rüsten sich für Cyberkrieg“ oder „Der nächste Weltkrieg wird im Netz ausgetragen“ – fast täglich finden sich solche oder ähnlich lautende Schlagzeilen in der Presse. Man stelle sich dazu folgendes vor: In einem Staat werden über mehrere Tage die Internetadressen von Behörden, Regierungsstellen, Banken, großen Wirtschaftsunternehmen, Medien und anderen Einrichtungen des öffentlichen Lebens mit einer derart exorbitanten Menge an E-Mails überhäuft, dass die Netze zusammenbrechen. Öffentliche Stellen sind nicht mehr erreichbar, die Kommunikation zwischen Regierungsstellen ist eingeschränkt, das öffentliche Leben kommt auf Grund erheblicher Störungen in den Telefonnetzen und dem nur noch sehr eingeschränkt funktionierenden Verkehr immer mehr zum Erliegen, die Stromversorgung ist beeinträchtigt. Große Wirtschaftsunternehmen hätten im Zeitalter der Globalisierung keine Möglichkeit mehr, sich am internationalen Geschäftsleben zu beteiligen. Enorme wirtschaftliche Schäden entstehen, deren negative Auswirkungen das Land noch nach Jahren spürt. Selbst große Banken können nach eigenen Angaben nur wenige Tage vom internationalen Handel abgekoppelt existieren, dann droht ihnen schlimmstenfalls die Insolvenz. Die möglichen Auswirkungen hat das letzte Jahr deutlich gezeigt.

Man könnte meinen, dieses Szenario sei einem Science-Fiction-Film entnommen, aber solche Bedrohungen sind real. Einen ähnlichen Angriff, fachspezifisch als DoS (Denial of Service)-Angriffe bezeichnet, erlebte Estland bereits im Jahre 2007. Dabei wird ein Server gezielt mit Anfragen überflutet, so dass die Internetverbindung zusammenbricht. Diese Angriffe werden mit Hilfe sogenannter Botnetze durchgeführt. Botnetze bestehen aus einer Vielzahl von Rechnern, die von Cyberkriminellen mit Schadprogrammen infiziert wurden. Dadurch können die Rechner ohne Wissen ihrer

Nutzer ferngesteuert zu einem Netz zusammengeschlossen und für Angriffe auf andere Rechner missbraucht werden.

Während hier, wie auch bei einem insbesondere auf die jeweiligen Regierungswebseiten Georgiens (2008) und der USA (2009) verübten Hackerangriff, die Initiatoren letztendlich nicht ermittelt werden konnten, wurde in den Medien vermutet, dass fremde Staaten hinter diesen Angriffen stecken. Regierungen wie die chinesische propagierten bereits vor 10 Jahren offiziell, sich für einen Cyberkrieg aufzustellen und diesen gewinnen zu wollen. Die Zeitung „Befreiungsarmee“, das Organ der chinesischen Streitkräfte, forderte damals sogar ein Trainingsprogramm, um China auf einen Internet-Krieg vorzubereiten. Dazu sollten zivile Hacker angeworben und „Cyber-Krieger“ an den Armeeschulen ausgebildet werden.

2009 haben Wissenschaftler eines kanadischen Sicherheitsinstitutes wie auch Mitarbeiter der Universität Cambridge ein Spionagenetzwerk entdeckt, das den gesamten Globus umfasst. Aufgefallen war es bei einer Überprüfung des Rechnernetzes der tibetischen Exilregierung in Indien. Das Spionagenetzwerk erstreckte sich zum Zeitpunkt seiner Aufdeckung auf mehr als 1.295 Rechner aus 103 Ländern und war darauf angelegt, sich beständig zu erweitern.

Kanadische Forscher haben entdeckt, dass sich das Spionagenetz bei der Auswahl neuer Rechner in erster Linie öffentliche Netzwerke von Regierungen und Botschaften im asiatischen Raum suchte. Aber auch europäische Rechner und selbst die NATO sind bereits Ziel dieses sogenannten Ghostnet geworden. Beweisbare Angaben über die Verantwortlichen fehlen bisher, angeblich sollen die Rechner des Ghostnet von der chinesischen Regierung kontrolliert worden sein, was diese aber bestreitet.

Im letzten Jahr zeigte sich erneut, dass weitere Angriffsmethoden immer perfektionierter und ausgefallener wurden und auch ein ganzes Staatsgebilde einschließlich seiner Wirtschaft destabilisieren oder sogar zusammenbrechen lassen könnten. Neben den geschilderten DoS-Attacken ist die Einschleusung von Trojanern auf fremde Rechner ein oft genutztes Instrument. Hiermit erhält der Angreifer die Möglichkeit, Daten auszuspähen sowie weitere Schadsoftware dorthin nachzuladen, um den Computer fremd zu steuern oder gar die Daten zu zerstören. Um Computernutzer zu animieren, sich derartige z. B. in Mailanhängen versteckte Trojaner auf den eigenen Computer herunterzuladen, bedienen sich Angreifer unter anderem des „Social Engineering“. Hierbei versucht der Angreifer vorab Informationen über die Zielperson zu erhalten, zum Beispiel durch Internetrecherchen oder von Visitenkarten. Hieraus gestaltet er

eine persönlich anmutende E-Mail, die die Zielperson auf angeblich relevante Informationen im Mailanhang lockt. Sobald der Mailanhang dann von dem arglosen Nutzer geöffnet wird, findet der Trojaner seinen Weg in den Computer. Darüber hinaus bedienen sich Angreifer softwarebedingter Sicherheitslücken, um Schadsoftware auf einem fremden Computer zu installieren.

Nicht nur das Internet birgt Gefahren, auch der alte „Romeo“ ist noch aktiv

Angreifer gelangen nicht nur über das Internet an sensible Unternehmensdaten. Nach wie vor existiert die klassische Methode der Nachrichtengewinnung, wobei es nicht immer der altbekannte, überdurchschnittlich gut aussehende „Romeo“ sein muss, der sich klischeehaft die Gunst der Chefsekretärin erschleicht. Allen Firmenmitarbeitern mit Zugang zu wertigen Informationen droht, gezielt angesprochen oder unbemerkt abgeschöpft zu werden. So verwickelte ein Angehöriger eines fremden Nachrichtendienstes den Außendienstmitarbeiter eines deutschen High-tech-Unternehmens während eines Auslandsaufenthaltes abends an der Hotelbar in ein Gespräch über seine Tätigkeit und die Produkte seiner Firma. Der Mitarbeiter freute sich, in der Einsamkeit und Fremde einen Gesprächspartner gefunden zu haben, der sich so sehr für seinen nicht gerade von Spannung erfüllten Beruf interessierte und augenscheinlich mit den gleichen technischen Problemen zu kämpfen hatte. Ein paar Drinks später wurde dann bereits vorbehaltlos über Firmeninterna wie Produktionsdetails etc. gesprochen.

Ein weiteres, beliebtes, sehr unauffällig wirkendes Abschöpfungsmittel sind scheinbar belanglos wirkende Gespräche am Rande von Vortragsveranstaltungen, Symposien und Workshops. Auch fremde Nachrichtendienste besuchen derartige Veranstaltungen und finden gerade hier ihre Zielpersonen ganz offiziell und bereits Themenschwerpunkten zugeordnet vor. Und welcher Referent fühlt sich nicht geschmeichelt, wenn im anschließenden Smalltalk ein interessierter fachkundiger Zuhörer seine Ausführungen in den höchsten Tönen lobt. In einer solchen Situation ist es für Agenten einfach, zumindest wichtige Kontakte zu knüpfen, wenn nicht sogar sofort die gewünschten Informationen zu erhalten.

Aber auch scheinbar alltägliche Straftaten gegen Unternehmen können eine ernsthafte Sicherheitsanalyse erfordern. Wenn in ein Unternehmen eingebrochen wurde, sollte man daran denken, dass es der Dieb nicht auf die entwendeten Gegenstände, wie Laptops, PC o. ä. abgesehen haben könnte, sondern auf das Know-how. Hierzu einige Sachverhalte:

- : In einem mehrstöckigen Firmengebäude drangen die Einbrecher gezielt in die achte Etage ein und entwendeten dort ausgewählte Datenträger. Hierbei ließen sie andere lohnende Beutestücke wie Flachbildschirme, Notebooks oder Bargeld außer Acht.
- : Die Täter brachen in ein Firmengebäude ein und begaben sich – wie an den Spuren erkennbar war – auf direktem Wege in den IT-Bereich und versuchten, die Firmendaten von dem Server herunterzuladen.
- : Eine Delegation ließ sich in einem Unternehmen eine neue Anlage vorführen. Die Steuerung erfolgte über ein älteres Notebook. Dieses bewahrte der zuständige Ingenieur in seinem Büro im Schreibtisch auf. Die Täter drangen wenige Tage nach der Präsentation in das Gebäude ein und entwendeten genau dieses ältere Notebook aus dem Schreibtisch. Hierbei interessierte sie ein neues Notebook samt Netzgerät, das auf dem Schreibtisch lag, überhaupt nicht.
- : In einem anderen Fall drangen die Angreifer unter Ausnutzung umfassender interner Kenntnisse zu den Sicherheitssystemen über die Tiefgarage in ein Firmenhochhaus ein. Dort nahmen sie den direkten Weg in die siebte Etage und bauten sechs Festplatten aus einer Serveranlage aus. Sämtliche Wertgegenstände, die sie auf diesem Weg hätten an sich nehmen können, schenkten sie keine Beachtung.

Die Aufzählung solcher Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen. Wichtig ist für Unternehmen die Erkenntnis, dass sämtliche erkannten Ausspähungsvorhaben auf zwei methodischen Grundsätzen basieren. Erstens nutzen fremde Nachrichtendienste den einfachsten Weg, um an Informationen zu kommen. Dabei können sie sich den leichtfertigen Umgang mit der IT-Sicherheit zu eigen machen, eine nicht verschlossene Bürotür als Eintritt für einen Blick auf den Schreibtisch nutzen oder andere unbeachtete Sicherheitsvorkehrungen ausnutzen.

Der zweite erkannte Grundsatz ist, dass die Schwachstelle in einem auch materiell noch so gut gesicherten Umfeld immer der Mensch ist. So verlässt ein sehr hoher Teil von Firmendaten durch das Mitwirken der Mitarbeiter das Unternehmen. Dieses geschieht in der Regel nicht vorsätzlich, sondern durch einen viel zu leichtfertigen Umgang mit Interna, aber auch durch Redseligkeit oder das Ignorieren von Sicherheitsvorschriften, die ohnehin als lästig bzw. überflüssig angesehen werden. Schlimmstenfalls handelt ein Innentäter vorsätzlich. Einerseits gibt es die speziell zu diesem Zwecke eingeschleusten Mitarbeiter, deren Hauptaufgabe nicht etwa in der Tätigkeit

für das Unternehmen, sondern ausschließlich im Ausspionieren und Entwenden von Firmengeheimnissen besteht. Darüber hinaus sind Beschäftigte gerade in jüngster Zeit auf Grund negativer gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen häufig frustriert, beispielsweise weil ihre Kündigung unmittelbar bevorsteht oder sie sich aus anderen Gründen ungerecht behandelt fühlen. Auch hier wurden Fälle bekannt, in denen diese Personen versuchten, ihr Wissen zu verkaufen.

Aber auch Personenkreise wie Praktikanten, Gastwissenschaftler, Besuchergruppen, vermeintliche Kunden, die das Unternehmensgebäude zu vorgetäuschten Vertragsverhandlungen aufsuchen, Reinigungspersonal oder Handwerker könnten jede sich ihnen bietende Gelegenheit nutzen, um an wertvolles Unternehmens-Know-how zu gelangen.

Wer ist denn überhaupt von Wirtschaftsspionage betroffen?

In vielen Gesprächen und Diskussionen mit Wirtschaftsunternehmen wurde deutlich, dass die meisten Firmen nicht davon ausgehen, ein interessantes Zielobjekt für fremde Nachrichtendienste zu sein. Aussagen gerade von mittelständischen Unternehmen wie „Was soll bei uns schon zu holen sein, die haben doch nur die Global Player im Visier“ oder „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich der Aufwand lohnt, bei uns jemanden einzuschleusen“ belegen diese Auffassung. Umfragen von Wirtschaftsberatungen zufolge ist aber jedes 3. Unternehmen von derartigen Ausspähversuchen betroffen, und hier nicht nur die großen Konzerne, sondern vor allem kleine, mittelständische Unternehmen mit ihren hochinnovativen Produkten. Das Interesse fremder Nachrichtendienste beschränkt sich dabei nicht nur auf die klassischen Ziele wie die Rüstungsindustrie einschließlich ihrer Zulieferer. Zunehmend stehen auch Betriebe der Energiebranche, Stahl- und Metallverarbeitung, Maschinenbau, Nanotechnologie, Chemische Industrie, IT-Branche, Kommunikationstechnologie, Werkzeugmaschinenindustrie – insbesondere CNC-Technologie – Optoelektronik, Röntgen-Lasertechnologie, Luft- und Raumfahrttechnik, Automobilbau, Schienen-Transport und Umwelttechnologie auf der Wunschliste.

Der Online-Test 2.0 Wirtschaftsspionage „Ist mein Unternehmen gefährdet?“ auf der Homepage des Innenministeriums (www.im.nrw.de/wirtschaftsspionage) hilft bei der Einschätzung, ob und inwieweit das eigene Unternehmen gefährdet sein kann.

Kurzum: Jegliches Know-how und alle innovativen Produkte, in denen oft hohe Entwicklungskosten stecken, sind zu jeder Zeit ein begehrtes Angriffsziel. Mit Minimalauf-

wand an diese Dinge zu kommen, erspart dem Staat und der Wirtschaft, für den der angreifende Nachrichtendienst arbeitet, erhebliche Zeit und finanzielle Ressourcen. Im Gegensatz zur deutschen Rechtslage haben viele Nachrichtendienste anderer Länder den gesetzlichen Auftrag, die heimische Wirtschaft mit derartigen „Dienstleistungen“, wie der illegalen Beschaffung von Know-how oder firmeninternen Informationen, zu einer besseren Positionierung der Unternehmen des eigenen Landes am Weltmarkt zu unterstützen.

Wirtschaftsspionage kann das Aus bedeuten!

Von Außenstehenden wird oft die Frage gestellt, ob es denn wirklich so schlimm sei, wenn lediglich ein paar vertrauliche Informationen aus einem Unternehmen entwendet werden. Natürlich sollte so etwas nicht passieren, aber wo liegt für das Unternehmen der konkrete Schaden?

In der heutigen Zeit, in der Wettbewerb nicht mehr in nationalen Grenzen, sondern weltweit stattfindet, kann ein plötzlicher Know-how-Verlust die Existenz eines ganzen Unternehmens bedrohen. Denn ein ausländisches Unternehmen kann das so erworbene Know-how nutzen und auf Grund eingesparter Entwicklungskosten ein nahezu oder vollkommen identisches Produkt weltweit wesentlich preiswerter anbieten und gerade deshalb sehr wirtschaftlich arbeiten. Auf diese Art und Weise in den Warenverkehr eingebrachte, häufig qualitativ schlechte Plagiate schädigen zudem oft den Ruf des Originalherstellers und führen im schlimmsten Falle sogar zu Haftungsfällen.

Viele Aufträge, zum Beispiel auch solche, die die öffentliche Hand vergibt, werden heute europaweit ausgeschrieben. Da käme es einem ausländischen Unternehmen natürlich sehr gelegen, wenn es die Angebote der deutschen Konkurrenz vorab kennen würde. Gelänge es nun, ggf. mit Hilfe eines Nachrichtendienstes und dessen Möglichkeiten, ein solches Angebot vor Ende der Angebotsfrist illegal in Erfahrung zu bringen, dürfte dieses vermutlich den Großauftrag zu bestmöglich kalkulierten Preisen erhalten und das ausgeforschte Unternehmen ginge leer aus.

Insiderwissen ist aber nicht nur bei der Vergabe von Aufträgen, sondern auch bei der geplanten Übernahme von Firmen und Konzernen von unschlagbarem Vorteil. Man stelle sich ein solches Szenario beispielweise bei dem letztlich nicht zu Stande gekommenen Verkauf von Opel vor. Ein im frühzeitigen Stadium der Verhandlungen beschafftes Strategiepapier des GM-Vorstandes hätte zu einer gänzlich anderen Wettbewerbssituation führen können. In Deutschland gab es im Jahr 2009 unzählige

kleinere und größere Firmenverkäufe bzw. Übernahmen. Auch wenn es nicht immer um Milliarden geht, sind Aufkäufe und Übernahmen auf niedrigerem Niveau von ihrer Bedeutung für einen ausländischen Nachrichtendienst nicht zu unterschätzen. Fremde Nachrichtendienste sind bemüht, die Wirtschaftsunternehmen ihrer Staaten mit bestmöglichem Wissen und Informationen auszustatten, um ihnen die optimale Verhandlungsposition zu verschaffen.

Wie kann sich ein Unternehmen schützen?

Konzerne und Großunternehmen verfügen in der Regel über eine eigene Sicherheitsabteilung für professionellen Schutz. Aber auch gerade für kleine und mittelständische Unternehmen, die sich einen derartigen Sicherheitsapparat nicht leisten können, gibt es Abwehrstrategien, die unternehmensintern eingesetzt werden können.

Zunächst wäre die Entwicklung eines individuell zugeschnittenen Sicherheitskonzeptes unter der Einbeziehung aller Mitarbeiter erforderlich. In diesem Schritt sollten die wirklich unternehmenskritischen Daten, in der Regel fünf Prozent aller Unternehmensdaten, identifiziert und firmenspezifisch so geschützt werden, dass sie dem Zugriff Externer entzogen sind. Darüber hinaus sollte sich jedes Unternehmen vor dem Hintergrund der beschriebenen weiter zunehmenden Internetangriffe Gedanken über einen wirkungsvollen Schutz seiner IT machen. Nach heutigen Erkenntnissen gibt es hier keine hundertprozentige Sicherheit. Durch Firewalls, Antivirenprogramme und Verschlüsselungen kann ein Angriff zumindest wesentlich erschwert werden. Darüber hinaus wäre zu prüfen, ob ein mechanischer Schutz wie Videoüberwachung, Alarmanlage oder Safe angezeigt ist. Von immenser Bedeutung ist auch die stetige Sensibilisierung der Mitarbeiter. Nur so können Sicherheitsmängel, die auf fehlende Aufmerksamkeit oder Leichtfertigkeit im Umgang mit sensiblen Daten zurückzuführen sind, stark eingegrenzt werden.

Welchen Einfluss hat die Wirtschaftskrise?

Es gibt viele Spekulationen, Expertisen und Fachmeinungen, die sich mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise beschäftigen. Für den Bereich der Wirtschaftsspionage lässt sich nach einvernehmlicher Einschätzung von Beratungsunternehmen und Datensicherheitsexperten feststellen, dass mit einer Zunahme von Angriffsaktivitäten auf Wirtschaftsunternehmen zu rechnen ist. Durch die der Wirtschaftskrise zu Grunde liegende massive Vernichtung finanzieller Ressourcen, die über Umsatzeinbußen auch

die Unternehmen zu spüren bekommen, fehlt häufig Geld sowohl für kostenintensive Innovationen als auch für Sicherheitsmaßnahmen, wie beispielsweise die Ausweitung der IT-Sicherheit. Auch Entlassungen und Lohnkürzungen können zu Loyalitätseinbußen bei Mitarbeitern führen, so dass diese unter Umständen zu Innentätern werden.

Wie hilft der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen?

Die Spionageabwehr des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes setzt vor allem auf den Schutz der Wirtschaft durch Prävention im Wege der Aufklärung. Dieses geschieht seit Jahren vor allem durch Sensibilisierungsvorträge bei Wirtschaftsverbänden (zum Beispiel den Industrie- und Handelskammern), Wirtschaftsberatern etc. – auf Grund der hohen Nachfrage mit ständig steigender Tendenz. So wurden im Jahr 2009 mit mehr als 130 Vorträgen über 6.500 Interessenten erreicht, darüber hinaus veranstaltete das Innenministerium Nordrhein-Westfalen seinen 2. Wirtschaftsschutztag. Hinsichtlich weiterer Einzelheiten wird auf den Beitrag „Wirtschaftsspionage“ in Kapitel 8 verwiesen.

Mitarbeiter des Verfassungsschutzes führen aber auf Wunsch auch Individualgespräche vor Ort in Unternehmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der geheim-schutzbetreuten Wirtschaft durch. Es bestehen Kontakte zu nahezu allen Konzernen und wichtigen mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

Die Unternehmen profitieren dabei von dem umfassenden und sich immer auf der Höhe der Zeit befindlichen Expertenwissen der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen, die ihnen Hinweise auf Gefahren, Merkmale, Auftraggeber, Angriffsmethoden und geeignete Abwehrstrategien gibt. Erst Sensibilisierungen durch den Verfassungsschutz führen häufig dazu, dass sich Unternehmen über Verdachtsfälle bewusst werden. Das Vertrauensverhältnis zwischen den meisten Wirtschaftsunternehmen und dem Verfassungsschutz ist inzwischen so groß, dass Firmen Auffälligkeiten der Spionageabwehr eigeninitiativ melden und die Spionageabwehr nach Absprache und mit Einverständnis des Unternehmens operativ in eine Fallbearbeitung einsteigen kann. Auch wenn der Nachweis eines nachrichtendienstlichen Hintergrundes häufig nicht gelingt, mündet die Bearbeitung in der Regel in eine umfassende Sensibilisierung zur Früherkennung von Angriffen, aufgrund derer die Abwehrmaßnahmen im Unternehmen verbessert werden können. In operativen Fällen gewonnene Erkenntnisse werden dann wieder anonymisiert zur Prävention an die Wirtschaft weitergegeben, d.h. es entsteht eine Win-Win-Situation zwischen der Wirtschaft und dem Verfassungsschutz. Diese wird aber nur dann optimal genutzt, wenn

Wirtschaftsunternehmen bei ihren Verdachtsfällen die Spionageabwehr einbeziehen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen sichert selbstverständlich absolute Discretion zu und ist sich stets dessen bewusst, dass das öffentliche Bekanntwerden von Spionagefällen häufig zu Imageverlusten oder sogar Kurseinbrüchen führen kann.

Fallstrick Proliferation

„Hatte die Arctic Sea Marschflugkörper für den Iran an Bord?“ – so oder ähnlich lauteten viele Schlagzeilen im August und September 2009 in den Medien. Nicht auszu-denken, was passieren kann, wenn Ländern wie Iran, Syrien, Pakistan oder anderen Staaten des Nahen Ostens, Güter und Know-how für ihre atomaren, biologischen oder chemischen Waffenprogramme problemlos auf dem Weltmarkt einkaufen könnten. Nach Zukunftsmodellen, die ein solches Szenario durchspielen, wäre eine Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens bis zu einem lange andauernden Krieg in der Region und darüber hinaus die Folge.

Während die genauen Hintergründe des im Sommer 2009 in der Ostsee entführten Frachters Arctic Sea den Behörden immer noch Rätsel aufgeben, steht eines fest: Länder wie Iran, Syrien oder andere Staaten des Nahen Ostens sind auch in Deutschland permanent bestrebt, unter Umgehung hiesiger Ausfuhrbestimmungen derartige Produkte und Know-how zu beschaffen.

Dabei treten diese Staaten in der Regel nicht offen auf, sondern bedienen sich diverser Tarnfirmen und konspirativ arbeitender Beschaffungsnetze. Die wahren Empfänger dieser Güter werden zum Beispiel durch den Gebrauch harmlos klingender Firmennamen und die Aufteilung einer Bestellung in viele, für sich allein gesehen unverdächtige Einzelpakete bewusst verschleiert.

Firmen, die am internationalen Warenverkehr teilnehmen, müssen rechtzeitig erkennen, ob vermeintlich harmlos wirkende Käufer versuchen, an ihre proliferationsrelevanten Güter zu gelangen. Dabei wird die Unwissenheit im Export unerfahrener Lieferanten ausgenutzt und kann leicht dazu führen, dass sich Unternehmer strafbar machen.

Der Verfassungsschutz sensibilisiert Unternehmen deshalb nicht nur durch Vorträge, Broschüren und Einzelgespräche über typische Beschaffungsmethoden. Die Online-Checkliste Proliferation auf der Homepage des nordrhein-westfälischen Innenministeriums hilft bei der Einschätzung, ob und inwieweit Anhaltspunkte für ein proliferationsrelevantes Geschäft vorliegen. Hinsichtlich weiterer Einzelheiten zum Sensibili-

sierungsangebot und zum Thema Proliferation wird auf den Beitrag „Proliferation“ im Kapitel 8 verwiesen.

2.2 Links-Rechts-Konfrontationen



Seit geraumer Zeit nehmen bundesweit die sogenannten „Links-Rechts-Konfrontationen“ deutlich zu.⁶ Bei diesen Auseinandersetzungen treffen Angehörige des links- und rechtsextremistischen Spektrums in direkter Konfrontation mit entsprechendem Gewaltpotenzial aufeinander. Dieser Trend ist auch in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2009 zu beobachten und findet starke öffentliche Resonanz.

Diese Links-Rechts-Konfrontationen prägen in Nordrhein-Westfalen die Entwicklung in der politisch motivierten Kriminalität entscheidend. Sie sind der maßgebliche Faktor für das Ansteigen insbesondere der linksextremistischen Gewaltkriminalität gegen den politischen Gegner.

Damit korrespondiert eine zunehmende Gewaltbereitschaft bei einem Teil der aktionsorientierten rechtsextremistischen Szene – besonders auffällig ist dies bei den Autonomen Nationalisten.

Anlässe sind vorwiegend rechtsextremistische Kundgebungen

Auch wenn die Gewaltbereitschaft des linksextremistisch-autonomen Spektrums im Zusammenhang mit den zunehmenden Links-Rechts-Konfrontationen wahrnehmbar gestiegen ist, so bleibt sie in Nordrhein-Westfalen doch überwiegend weiter „zweckorientiert“, d.h. sie wird als Teil des „antifaschistischen Kampfes“ verstanden.

Dies liegt auch daran, dass es in Nordrhein-Westfalen kaum orts- oder zeitgebundene Aktionen der Linksautonomen als Ausdruck einer ritualisierten Selbstinszenierung gibt (anders als beispielsweise im Hamburger Schanzenviertel oder in Berlin zum 1. Mai). Auseinandersetzungen mit schweren Gewalttaten zu bestimmten Anlässen und Termi-

⁶ Vgl. zu den Straftaten im Einzelnen im Kapitel zur Politisch motivierten Kriminalität.

nen wie in Hamburg und Berlin haben in Nordrhein-Westfalen keine Tradition. Deshalb reagiert die gewaltbereite linksextremistische Szene hier in erhöhtem Maße auf Aktionen des politischen Gegners.

Als Anlass für derartige gewaltbereite Auseinandersetzungen genügen in der Regel öffentlichkeitswirksame Aktivitäten des rechtsextremistischen Lagers, wie Demonstrationen oder interne Veranstaltungen (etwa Parteisitzungen).

Im Vorfeld bekannte Aktionen von Rechtsextremisten führen häufig zu reflexartigen Gegenmaßnahmen oder Störversuchen der linksextremistischen Szene, die von Mahnwachen über Kundgebungen bis zu Blockadeaktionen und Angriffen auf Veranstaltungsteilnehmer reichen.



Aufruf zur Demonstration: Banner auf einer Homepage.

Linksextremisten nutzen überparteiliche Bündnisse

Der typische Verlauf einer Links-Rechts-Konfrontation lässt sich bei Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene beobachten. Häufig bilden sich unmittelbar nach der Anmeldung einer solchen Kundgebung breite Bündnisse von Gruppen und Einzelpersonen, die sowohl Gegenkundgebungen als auch andere Protestaktivitäten organisieren. Oftmals sind hierbei auch gesellschaftliche Gruppen ohne extremistischen Bezug eingebunden, zum Beispiel Kommunalvertreter, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen.

Allerdings nehmen zumeist lokale Gruppierungen der linksextremistisch-autonomen Antifa-Szene bei den Protesten gegen Kundgebungen von Rechtsextremisten eine Vorreiterrolle ein.

Ziel der Linksautonomen ist die Nutzung und Instrumentalisierung des weitgehenden gesellschaftlichen Konsenses „gegen rechts“, um die eigene politische Position öffentlichkeitswirksam zu formulieren. Teil dieser Aktionsform ist dabei aber auch die ge-

wollte unmittelbare Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, die von bloßen Provokationen bis zu gewalttätigen Angriffen reichen kann.

Linksautonome betrachten Gewalt als legitim

Die ideologischen Bindeglieder des linksautonomen Spektrums speisen sich aus fundamental-anarchistischen und kommunistischen Theoriefragmenten, aus denen insbesondere eine Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung resultiert. Der „Antifaschismus“ als zentrales Themenfeld mündet in der beabsichtigten Konfrontation mit dem politischen Gegner. Gewalt ist dabei ein akzeptiertes politisches Mittel.



Flyer und Aufkleber offenbaren die Denkart rechter wie linker Extremisten.

Neben dem „Antifaschismus“ nimmt das Themenfeld „Antirepression“ einen breiten Raum ein: Die Einrichtungen und Repräsentanten des Staates werden von Linksautonomen als Form organisierter Gewalt einer zu überwindenden staatlichen Gesellschaftsordnung verstanden. Bereits die Polizeipräsenz bei Demonstrationen wird als „strukturelle Gewalt“ und damit Provokation empfunden, „Gegengewalt“ als „legitimer revolutionärer Akt“ begriffen. Der Auftrag der Polizei – etwa die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit – wird ideologisch umgedeutet und als Schutzmaßnahme für Rechtsextremisten interpretiert.

Wegen der Nichtachtung verfassungsmäßiger Rechte des politischen Gegners und der Missachtung des staatlichen Gewaltmonopols im Hinblick auf die Akzeptanz und den Einsatz von Gewalt als Mittel des politischen Kampfes sind derartige Verhaltensmuster der linksautonomen Szene als extremistisch anzusehen.

Rechte Autonome Nationalisten zunehmend gewaltbereit

Ähnlich differenziert erscheint das Verhalten der rechtsextremistischen Szene. Obwohl strukturell auch hier die Konfrontation mit dem politischen Gegner als Teil der politischen Auseinandersetzung verstanden wird, halten sich die Angehörigen von rechtsextremistischen Parteien bei der Anwendung von Gewalt schon deswegen zurück, um das angestrebte „bürgerliche Image“ nicht zu gefährden. Die zunehmend

festzustellende Gewaltbereitschaft ist daher überwiegend auf das aktionsorientierte Spektrum der Neonazis und der subkulturellen Rechtsextremisten beschränkt.

Hatten in der Vergangenheit Neonazis bei Kundgebungen auf Gewalt verzichtet, um



Rechtsextremisten kopieren die Machart von Antifa-Aufklebern.

keine Angriffsfläche für ein Veranstaltungsverbot zu bieten, so hat sich hier mit dem Aufkommen der Autonomen Nationalisten (AN) ein struktureller Wandel vollzogen. Gewalt als angebliches „Recht auf Selbstverteidigung“ gegen vermeintliche staatliche Repression und den politischen Gegner wird in dieser Szene zunehmend als probates Mittel angesehen.

Gewalt wird dabei nicht nur als vermeintliche Gegengewalt bei erwarteter „linker“ Gewalt, sondern situationsbezogen durchaus proaktiv oder in Einzelfällen unabhängig von jeglicher konkreten Konfrontation ausgeübt. Beispielhaft dafür steht der Verlauf einer spontanen gewalttätigen Aktion unter Beteiligung Autonomen Nationalisten am 1. Mai in Dortmund. Hier kam es nicht nur zu gewalttätigen Übergriffen auf die Kundgebung des DGB, es kam auch zu einer größeren Zahl davon losgelöster Gewaltdelikte (Sachbeschädigungen und Landfriedensbruch).



Gründe für Gewaltbereitschaft variieren

Für die rechtsextremistischen Autonomen Nationalisten spielen ideologische Aspekte eher eine untergeordnete Rolle. Öffentlichkeitswirksame Aktionen und die Konfrontation mit dem politischen Gegner werden vielfach als Freizeitaktivität begriffen. Im linksextremistisch-autonomen Lager steht dagegen eher die politische Aussage im Vordergrund, wobei eine gewisse „Eventorientierung“ auch hier von Bedeutung ist. Rechtsextremistisch motivierte Gewalt ist insoweit Ausdrucksform persönlicher Unzufriedenheit und unterliegt nicht zwangsläufig der im militanten Linksextremismus dominierenden ideologischen Instrumentalisierung.

„Outing“-Aktionen als indirekte Konfrontationsform⁷

Eine vergleichsweise neue Formen der Links-Rechts-Konfrontation sind sogenannte „Outing“-Aktionen zur Diskreditierung von politischen Gegnern. Hierbei wird durch offene Bekanntmachung der Personalien von Aktivisten des gegnerischen Lagers – vorwiegend im Internet, aber auch durch Flugblätter – gezielt versucht, Aktionen gegen einzelne Personen zu initiieren. Angesprochen werden sollen neben dem privaten Umfeld des Betroffenen auch Arbeitgeber, Kollegen und Nachbarn. Zu diesem Zweck werden Teilnehmer von Demonstrationen fotografiert und die Bilder unter Nennung von Namen und Adresse auf speziellen Seiten im Internet veröffentlicht. Diese zunächst seitens linker Antifa-Gruppen praktizierte Methode des „Outing“ wird ebenfalls durch neonazistische Gruppierungen in Form sogenannter „Anti-Antifa“-Aktionen aufgegriffen.



Kampfpapole gegen autonome Antifa.

Gefahr zukünftiger Ausschreitungen

Die Zunahme „linker“ Konfrontationsgewalt „gegen rechts“ sowie die zunehmende Bedeutung des Phänomens gewaltbereiter Autonome Nationalisten⁸ lässt befürchten, dass in beiden extremistischen Lagern die Bereitschaft zu gewaltsamen Ausschreitungen weiter steigt und die Links-Rechts-Konfrontation auch in Zukunft prägen wird. Die Polizei wird in dieser Situation nur allzu oft von beiden militanten Lagern als zu bekämpfender Gegner begriffen.

⁷ Zum gegenseitigen Outing durch Rechts- und Linksextremisten mit Beispielen siehe auch im Kapitel „Aktionsorientierter Linksextremismus – Autonome Szene“.

⁸ Vgl. hierzu im Einzelnen im Kapitel Aktionsorientierter Rechtsextremismus/Neonazis.

3 Rechtsextremismus⁹

Rechtsextremisten lehnen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Sie betonen die ethnische Zugehörigkeit als bestimmendes Merkmal der Nation und als Grundlage der Politik. Rechtsextremisten sind von der Vorstellung geprägt, dass die Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse entscheidende Bedeutung für das Individuum besitzt, der alle anderen Interessen und Werte, auch Menschen- und Bürgerrechte, untergeordnet seien. Vor diesem ideologischen Hintergrund gibt es für Rechtsextremisten kein friedliches, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in einem Staat. Daraus folgen zwangsläufig Freund-Feind-Haltungen und Intoleranz gegenüber Menschen anderer Herkunft, anderen Aussehens, anderer Religion.

Dieses propagierte politische Ordnungssystem einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft, eines antipluralistischen Systems, lässt für demokratische Entscheidungsprozesse ebenso wenig Raum wie für die freie Selbstentfaltung jedes Einzelnen. Alles und jeder hat sich dem völkischen Staat bedingungslos unterzuordnen. Rechtsextremismus ist ideologisch nicht homogen. Eine gegen den Gleichheitsgrundsatz gerichtete Fremdenfeindlichkeit und ein ausgrenzender Nationalismus kommen aber in allen Varianten des Rechtsextremismus vor.

Allgemein lassen sich drei grundlegende Formen und damit einhergehende unterschiedliche Gefahrenpotenziale des Rechtsextremismus erkennen:

Aktionsorientierter Rechtsextremismus:

Der aktionsorientierte Rechtsextremismus artikuliert sich als Machtausübung im sichtbaren öffentlichen Raum. Zum sichtbaren öffentlichen Raum gehört vor allem die „Straße“. Insbesondere neonazistische Gruppierungen sehen daher ihren Aktionsschwerpunkt in der Organisation und Durchführung von Demonstrationen. Gezielte und quantitativ zunehmende Demonstrationspolitik hat einen besonderen identitäts-

⁹ *Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.*

stiftenden Stellenwert nach innen: Stärkung der politischen Gesinnungsgemeinschaft. Sie hat auch demonstrativen Stellenwert für die Durchsetzung konkreter politischer Ziele nach außen: Propaganda und Machtpolitik.

Daneben gibt es die sogenannte subkulturell geprägte, zum Teil gewaltbereite jugendorientierte Skinheadszene, die ihren Schwerpunkt in der Organisation und Durchführung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen hat.

Parlamentsorientierter Rechtsextremismus:

Bei dem parlamentsorientierten Rechtsextremismus geht es vor allem um die Erlangung von Einfluss im parlamentarischen Raum bzw. auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Das Ziel ist die Abschaffung des demokratischen Verfassungsstaates unter formaler Beachtung demokratischer Regeln und zum Teil unter Ausnutzung des grundgesetzlich garantierten Schutzes der Parteien (Parteienprivileg). Parlamentsorientiert sind zum Beispiel NPD und DVU*, die auf parlamentarischem Weg und durch die Teilnahme an Wahlen versuchen, politischen Einfluss zu gewinnen, um ihre ideologischen Vorstellungen durchzusetzen.

Bei der NPD ist allerdings durch die Zusammenarbeit mit neonazistischen Gruppierungen eine Schnittstelle zum aktionsorientierten Rechtsextremismus vorhanden.

Diskursorientierter Rechtsextremismus:

Der gesellschaftspolitische Diskurs wird nicht nur von Parteien, sondern auch von Organisationen bzw. Kleingruppen beeinflusst, die zum Beispiel über Periodika und Gesprächszirkel intellektuell und propagandistisch agieren. Sie greifen aktuelle politische oder gesellschaftliche Themen auf und deuten diese so um, dass sie rechtsextremistische Theorien scheinbar bestätigen. Langfristig soll die intellektuelle Meinungshoheit gewonnen werden. Mit ihren Veröffentlichungen haben die diskursorientierten Rechtsextremisten zwar keinen nennenswerten öffentlichen Einfluss, bestätigen aber das rechtsextremistische Weltbild ihrer Anhänger und tragen dadurch zum Zusammenhalt der Szene bei.

Eine besondere Variante des diskursorientierten Rechtsextremismus ist der Revisionismus, der sich bemüht, seine Thesen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Revisionisten leugnen die Verbrechen des Dritten Reiches und wollen die Folgen des

Zweiten Weltkrieges rückgängig machen. Mit ihren Thesen bilden auch sie eine ideologische Klammer für den gesamten Rechtsextremismus.

3.1 Parlamentsorientierter Rechtsextremismus

3.1.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands

	Bund	NRW
Gründung	1964	1964
Sitz	Berlin	Bochum
Vorsitzender	Udo Voigt	Claus Cremer
Mitglieder		
2009	6.800	800
2008	7.000	780
Publikationen	‘Deutsche Stimme’, monatlich	‘Landesstimme NRW’, quartals- weise diverse lokale Publikationen, unregelmäßig
Internet	Die Partei ist auf allen organisatorischen Ebenen (Bundesverband, Landes- und Kreisverbände) nahezu flächendeckend für Nordrhein-Westfalen im Internet vertreten.	

Hintergrund und Verfassungsfeindlichkeit

Die ‘Nationaldemokratische Partei Deutschlands’ (NPD) wurde auf Bundesebene im Jahre 1964 gegründet. Im selben Jahr erfolgte die Gründung der meisten Landesverbände, darunter auch in Nordrhein-Westfalen. In der NPD fanden sich unter anderem Politiker der ‘Deutschen Partei’ (DP) und der ‘Deutschen Reichspartei’ (DRP) wieder. In den Folgejahren war die NPD bis zum Jahre 1972 in insgesamt sieben Landesparlamenten vertreten. Mit dem Scheitern bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im Jahre 1969 mit 4,3% begann ihr Niedergang zu einer politischen Splitterpartei. Erst unter ihrem derzeitigen Vorsitzenden Udo Voigt gelang ihr im Jahre 2004 in Sachsen der erneute Einzug in ein Landesparlament. Aktuell ist die NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Fraktion im Landtag vertreten.

Die NPD ist eine rechtsextremistische Partei, die das politische System der BRD überwinden will und sich dabei einer rassistischen, antisemitischen/revisionistischen und fremdenfeindlichen Ideologie und entsprechender Parolen bedient. Diese Einschätzung ergibt sich sowohl aus den im NPD-Parteiprogramm formulierten Zielen als auch aus Äußerungen ihrer Funktionäre sowie aus Beiträgen in der Parteizeitung 'Deutsche Stimme' (DS) und der NPD-Homepage. Dies zeigt nicht zuletzt ihre enge Zusammenarbeit mit der ebenfalls rechtsextremistischen Neonazi-Szene. Die Gesamtheit dieser Anhaltspunkte macht die Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz erforderlich (§ 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW).

Die NPD will das bestehende System „überwinden“ = beseitigen

Die NPD lehnt die bestehende freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ab und will diese beseitigen. Aus Sicht der NPD ist dieses politische System nicht reformierbar. Teilweise sagt sie das offen, teilweise versucht die NPD, es sprachlich zu verbrämen, indem sie von „Überwindung“ statt „Beseitigung“ spricht, letztendlich ist jedoch dasselbe gemeint.

.....
„Eine Systemalternative muß her, welche im Sinne des Wortursprungs von 'radikal' (an der Wurzel packen) eine neue und soziale Perspektive schafft!“ (DS 2/2009, Seite 2)
.....

In Anzeigen, die in der 'Deutschen Stimme' geschaltet wurden, verspricht die Partei: „Wir rütteln an den Grundfesten des Systems“ (DS 7/2009, Seite 17 und DS 9/2009, Seite 7). Wie allerdings diese Systemüberwindung von statten gehen soll, lässt die NPD bewusst offen. Deutlicher wird ihre Jugendorganisation 'Junge Nationaldemokraten' (JN). Auf deren Homepage heißt es in der Rubrik „Wofür wir stehen“ unter der Überschrift „Revolution statt Reform“:

.....
„Die Konsequenz daraus heißt nun logischerweise, daß man dieses System nicht reformieren kann, sondern beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden muß. Eine solche Vorgehensweise nennt man üblicherweise Revolution.“ (JN-Homepage, Beschluss des JN-Bundesvorstands vom 28. Januar 2006)
.....

Andererseits schlägt der NPD – vornehmlich aus Teilen der Neonazi-Szene – der Vorwurf entgegen, selbst „Systempartei“ zu sein. Begründet wird diese Ansicht mit der

Teilnahme der NPD an den Wahlen, die ihrerseits eben Bestandteil des abgelehnten Systems sind.

NPD sieht sich als Teil einer Bewegung

In ihrem politischen Kampf für ein anderes System sieht sich die NPD selbst als „parlamentarischen Arm des Nationalen Widerstandes“ (DS, 2/2009, Seite 16), als Teil einer gemeinsamen Bewegung von Neonazis und NPD. Dabei begreift sich die NPD als „Speerspitze des nationalen Widerstandes“ (DS 8/2009, Seite 18) und wähnt sich in der Position, die Ziele vorzugeben. Umgekehrt wird diese Auffassung von den Neonazis nicht unbedingt geteilt. Der Begriff des „Nationalen Widerstandes“ findet sich in der von Neonazis auf Demonstrationen skandierten Parole „Hier marschieret der Nationale Widerstand!“ wieder.

Zielsetzung der NPD

In Parteiprogramm sind die wichtigsten politischen Ziele der NPD formuliert:

- : (Ziffer 5): Ablehnung der Globalisierung
- : (Ziffer 7): Ausgliederung von Ausländern aus den sozialen Sicherungssystemen,
- : (Ziffer 8): Streichung des Asylrechts
- : (Ziffer 10): Revision der deutschen Ostgrenzen
- : (Ziffer 14): Wiedereinführung der Todesstrafe
- : Im sogenannten „5-Punkte-Plan“ fordert sie ergänzend: Ausländerrückführung und Ausweisung straffällig gewordener Ausländer.



„Kriminelle Ausländer raus!“ – die neue Variante des alten NPD-Slogans „Ausländer raus!“.



In zahlreichen weiteren Publikationen, zum Beispiel den Broschüren „Das passiert, wenn die NPD regiert“ bzw. dem „5-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung“, stellt die NPD klar, was ausländische Mitbürger zu erwarten haben.

5-Punkte-Plan zur Ausländerückführung

Präambel
 In zunehmender Zahl werden wieder mehr Ausländerinnen und Ausländer in die Bundesrepublik einreisen. Das Recht des Menschen auf eine Wohnung, Schutz der Freiheit und der Selbstbestimmung, auf Arbeit und soziale Sicherheit, hat Vorrang vor jeder anderen Verpflichtung.

1. Schritt Anweisung eines Ausländerstoppes zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Inland und im Ausland.
 Die Anweisung eines Ausländerstopps ist ein Verwaltungsakt, der die Ausländer aus dem Bundesgebiet des Deutschen Reichs ausweist.

2. Schritt Einweisung eines Ausländerstoppes zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Inland und im Ausland.
 Die Anweisung eines Ausländerstopps ist ein Verwaltungsakt, der die Ausländer aus dem Bundesgebiet des Deutschen Reichs ausweist.

3. Schritt Einweisung eines Ausländerstoppes zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Inland und im Ausland.
 Die Anweisung eines Ausländerstopps ist ein Verwaltungsakt, der die Ausländer aus dem Bundesgebiet des Deutschen Reichs ausweist.

4. Schritt Einweisung eines Ausländerstoppes zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Inland und im Ausland.
 Die Anweisung eines Ausländerstopps ist ein Verwaltungsakt, der die Ausländer aus dem Bundesgebiet des Deutschen Reichs ausweist.

5. Schritt Einweisung eines Ausländerstoppes zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Inland und im Ausland.
 Die Anweisung eines Ausländerstopps ist ein Verwaltungsakt, der die Ausländer aus dem Bundesgebiet des Deutschen Reichs ausweist.

Deutschland muß wieder deutsch werden
 In Zusammenarbeit mit Großstädten, Regierungen und Organisationen aus dem Ausland werden Maßnahmen ergriffen, um die Ausländer in Deutschland zu halten und die deutsche Sprache zu fördern. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die deutsche Sprache zu fördern und die Ausländer in Deutschland zu halten.

www.npd.de 030 - 650 110 npd@nationalisten.de

Diese „Bekanntmachung“ wurde zusammen mit dem „5-Punkte-Plan“ an Politiker und Abgeordnete mit Migrationshintergrund verschickt.

Ihr Ausländerückführungsbeauftragter informiert. Nichtamtliche Bekanntmachung

über die geordnete Durchführung der Heimreise von Personen mit Migrationshintergrund in Ihre Herkunftsländer.

Liebe ausländische Mitbürger,

gemäß dem Fünf-Punkte-Plan zur Ausländerückführung bin ich als Ausländerückführungsbeauftragter der NPD angehalten, Sie mit den Einzelheiten Ihrer Heimreise vertraut zu machen.

- Personen mit Migrationshintergrund, die straffällig geworden sind, kehren freiwillig in Ihre Heimat zurück.
- Personen ohne Sonderaufnahmeharthaubnis und Personen ohne Arbeitsverlaubnis oder den Nachweis eines Arbeitsplatzes verlassen Deutschland nach längstens drei Monaten.
- Die übrigen Ausländer werden schrittweise in ihre Heimatländer zurückgeführt.
- Ausländer werden aus dem deutschen Sozialversicherungssystem ausgeschlossen.

Erworbenene Auszahlungsansprüche aus der Sozialversicherung bestehen weiter. Eine Kostenbeteiligung an der Rückführung wird verlangt.

Bitte kümmern Sie sich schon jetzt um Unterkunftsmöglichkeiten und Arbeit in Ihren Heimatländern.

Die bilaterale Regelung über die Einzelheiten der Heimkehr wird mit den betroffenen Staaten getroffen.

Wir danken Ihnen für Ihre geleistete Arbeit und die kulturelle Bereicherung und wünschen Ihnen eine gute Heimreise.

Ihr Ausländerückführungsbeauftragter

► Lesen Sie bitte auch das Kleingedruckte auf der Rückseite dieses Schreibens.

NPD fordert Wiederherstellung des Deutschen Reiches

Die von der NPD verfolgten Ziele laufen auf einen anderen Staat hinaus. Welche Vorstellungen von diesem Staat die NPD hat, wird auf ihrer Homepage deutlich. Unverhohlen propagiert die NPD dort die Forderung nach Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“:

„Die Wiederherstellung des Deutschen Reiches ist wichtigste Aufgabe deutscher Nationalisten.“ (Quelle: NPD-Homepage)

Gemeint ist nicht die Weimarer Republik sondern das 3. Reich.

Die NPD ist fremdenfeindlich

Um ihre Ziele zu verdeutlichen, greift die NPD auf bestimmte Schwerpunktthemen zurück. Neben sozialen Fragestellungen ist die Ausländerpolitik ein zentrales Thema für die NPD. Der NPD Landesverband Nordrhein-Westfalen hat hierzu eine Initiative „Ausländerstopp-NRW“ ins Leben gerufen. Dabei werden Ausländer pauschal als kriminell und gewaltbereit diskriminiert und für die hohe Arbeitslosigkeit und Probleme in den Sozialsystemen verantwortlich gemacht.



Plakatentwurf der Kampagne „Ausländerstopp-NRW“ vom NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Der Islam als Feindbild

Gleichzeitig werden Ängste vor Überfremdung geschürt und der Islam mit Islamismus und Terrorismus gleichgesetzt. Eine derartige islamfeindliche Zuspitzung ist für rechts-extremistische Parteien typisch, durchzieht aber auch die Propaganda etwa von 'pro Köln*'. So mischten sich beide Parteien in die nach der Schweizer Volksabstimmung entstandene Debatte um ein Minarett-Verbot ein. Die NPD hat eine „Anti-Minarett-Initiative“ mit dem Ziel einer Online-Petition gestartet. In einer Presseerklärung vom 8. Dezember 2009 heißt es:

„Natürlich war es richtig, die Steilvorlage aus der Schweiz aufzunehmen. [...] Auftakt eines europaweiten Aufstandes gegen die fortschreitende Überfremdung unserer Länder und gegen die schleichende Machtübernahme durch den Islam“ (Quelle: NPD-Homepage)



Die Parteizeitung 'Deutsche Stimme' ist durchsetzt mit Belegen für die Fremdenfeindlichkeit der NPD. Vor allem die angeblichen Belastungen für die deutschen Sozialsy-

steme und den Arbeitsmarkt werden thematisiert. Unter Überschrift „Ein milliarden-schweres Minus“ wird gehetzt:

.....
„77,62 Milliarden Euro ist die Summe, welche die Migration die bundes-deutschen Steuerzahler jährlich kostet. [...] Dafür erhält der Steuerzah-ler im Gegenzug überproportional viele Kriminelle und integrationsun-willige Menschen [...], die sich zudem rapide vermehren.“ (DS 2/2009, Seite 18)
.....

Und in der ‘Deutschen Stimme’ 7/2009 wird behauptet:

.....
„Wir schaffen Arbeit, indem wir die Einwanderung stoppen und auslän-dische Lohndrücker und Arbeitsplatz-Konkurrenten in ihre Heimatländer zurück führen. Die Massenarbeitslosigkeit ist auch eine direkte Folge der Masseneinwanderung. [...] Ausländer-Rückführung wäre deshalb ein wirksames Arbeitsbeschaffungsprogramm [...], genau so wie eine Fremden-Steuer für Unternehmen, die Ausländer statt Inländer be-schäftigen.“ (DS 7/2009, Seiten 6-7)
.....

In der gleichen Ausgabe wenige Seiten vorher polemisiert die NPD:

.....
„Jetzt bleibt zu hoffen, dass es nicht die letzte Europawahl war, an der noch keine Vertreter der Türkei mitwählen konnten. Aber wer weiß – vielleicht darf stattdessen ja schon 2014 Israel Vertreter ins europä-ische Parlament wählen [...].“ (DS 7/2009, Seite 4)
.....

Sie schürt die Angst vor der vorgeblichen Islamisierung Deutschlands und erklärt dazu:

.....
„Die Facette der psychologischen Kriegsführung basiert auf der Tatsa-che, daß türkische Regierungskreise im Territorium der Bundesrepublik die zukünftige Westprovinz eines großtürkischen Imperiums sehen; die einzelnen Stadien der Übernahme werden von Ankara aus steuernd begleitet. [...] Deren Vorgehen zeigt, daß die Bundesrepublik von der türkischen Regierung als eine Kolonie angesehen wird, deren fort-schreitende Eroberung höchste Priorität hat.“ (DS 7/2009, Seite 19)
.....

Immer wieder beklagt die NPD eine angebliche Überfremdung. Zuvor hatte sie einige Spieler der deutschen Fußballnationalmannschaft in einem Kalender zur Fußballwelt-meisterschaft verunglimpft. Jetzt ist die Boxriege Thema:

Unter der Überschrift „Multikulti im Boxing: Wie deutsch sind die ‘deutschen’ Faustkämpfer der Gegenwart?“ beklagt die NPD:

.....
„Die Betonung auf ‘Volksdeutsche’ gewinnt an Bedeutung [...]. Was heutzutage dem Zuschauer [...] untergejubelt wird, ist fernab alles Volks-Deutschen. [...] Dennoch liegen die ethnischen Wurzeln der Boxer nicht in Deutschland.“ (DS 7/2009, Seite 27)

Die NPD ist rassistisch

Die Ablehnung von ausländischen Mitbürgern und Deutschen mit Migrationsgeschichte begründet die NPD „biologisch“, dass heißt, sie lehnt die Gleichheit aller Menschen als allgemeines Menschenrecht nach Artikel 3 des Grundgesetzes ab und teilt diese demgegenüber in „Rassen“ ein.

Zum Stichwort „Gleichheit“ schreibt die NPD auf ihrer Homepage:

.....
„Die Falschthese von der ‘Gleichheit aller Menschen von Geburt an’ ist Grundlage des Internationalismus und ‘One World’-Ideologie.“

Die gleiche Aussage findet sich auch im „Taschenkalender das nationalen Widerstandes“, Ausgabe 2007). Und in der ‘Deutschen Stimme’ heißt es hierzu:

.....
„Es gibt keine Gleichheit der Menschheit. [...] Wer die Gesetze des Lebens ignoriert, betreibt seinen eigenen Untergang.“ (DS 8/2009, Seite 3)

Weiter fragt die NPD:

.....
*„Was bleibt von der Rasse?
 Doch kann es im biologischen oder auch im philosophischen Sinne nie eine allgemeine Gleichheit geben.“ (DS 4/2009, Seite 18)*

Unter der Überschrift „Kunterbunt statt National-Mannschaften“ hetzt die NPD:

.....
„Auffällig hoch sind jedoch diese Merkmale beim Spieler-Aufgebot mehrerer Nationen zu erkennen, die eben scheinbar dieser ‘eurasisch-negroiden Zukunftsrasse’ Rechnung tragen. [...] War dieses Turnier tatsächlich noch eine Europa-Meisterschaft oder nicht vielmehr ein ‘eurasisch-negroider’ Sportwettbewerb mit europäischer Restbeteiligung?“ (DS 8/2009, Seite 27)

Beim Stichwort „Rasse“ zeigt sich einmal mehr die ideologische Nähe der NPD zum Nationalsozialismus. Der zum Thema „Rasse“ als „bedeutender Anthropologe“ zitierte Autor Hans F. K. Günther war nicht irgendein Wissenschaftler, sondern der „Rasse“-Ideologe des NS-Regimes – Spitzname „Rassepapst“.

Die NPD ist antisemitisch und revisionistisch¹⁰

Obwohl die NPD soziale Themen in den Vordergrund rückt, weicht sie nicht von ihren antisemitischen und revisionistischen Positionen ab. In diversen Beiträgen und Interviews verschafft die 'Deutsche Stimme' bekannten Revisionisten eine Plattform zur Verbreitung ihrer Thesen. Es werden nicht nur plumpe antisemitische Äußerungen wiedergegeben, sondern auch der Holocaust bezweifelt und die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet. Daneben finden sich zudem Ansätze einer Verschwörungstheorie, nach der „jüdische Interessenvertreter“ zusammen mit dem „Großkapital der amerikanischen Ostküste“ nach Weltherrschaft streben. Für eine Vielzahl einschlägiger Artikel stehen folgende Auszüge:

.....
„Erinnern wir uns noch? In der sozialdemokratischen Berner Tagewacht vom 24. August 1945 hieß es, dass 'in allen deutschen Konzentrationslagern 26 Millionen Menschen ermordet worden' seien, wovon die meisten in Dachau (!) ihr Leben verloren hätten. Diesen '26 Millionen Ermordeten' stellten die Baseler Nachrichten 10 Monate später 'weniger als 1,5 Millionen' entgegen. [...] Mit diesem einfachen Beispiel wird bereits die riesige Diskrepanz innerhalb der Berichterstattung und Geschichtsschreibung deutlich.“ (DS 3/2009, Seite 23)
.....

Später heißt es im gleichen Artikel:

.....
„2004 hatte der Historiker Werner Maser den Mut, festzustellen, dass die bislang vorgelegten 'Beweise' fragwürdig seien. Er erklärte, dass die 'Zeugenberichte über die Anzahl der Öfen, das Fassungsvermögen der Gaskammern und Krematorien, die Anzahl der jeweiligen Vergasungsoffer, die Gassubstanzen, die Dauer der Vergasungen, die Herausnahme der vergasteten Opfer und die Verbrennungsvorgänge usw.' sich einfach voneinander [unterscheiden, Anm. des Verf.] und erheblich widersprechen. Diese Widersprüche ziehen sich durch die gesamte Historiographie.“
.....

¹⁰ Erläuterung im Kapitel „Revisionismus“.

Unter der Überschrift „Die Ersatzreligion“ heißt es in der DS 7/2009 auf Seite 22:

„Seit 1945 steht das Christentum in Deutschland im Begriff [...] nach und nach durch die Religion der deutschen ‘Alleinkriegsschuld’ und des ‘Holocaust’ abgelöst zu werden. [...] ein kritisches Hinterfragen der Dogmen [wird] nicht geduldet“.

Einem einschlägig vorbestraften Revisionisten wird in der ‘Deutschen Stimme’ (9/2009, Seite 3) Raum gegeben, um unter der Überschrift „Die Wahrheit wird sich durchsetzen“ zu behaupten:

„Alle diese Sachverhalte habe ich in meinem Buch ‘Wahrheit für Deutschland. Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges.’ [...] einwandfrei quellenbelegt nachgewiesen [...]. Erstens die Kriegserklärung ‘Judea against Germany’ am 24. März 1933, für die Adolf Hitler nicht den geringsten Anlaß geliefert hatte [...]“

Und in der Oktoberausgabe der ‘Deutschen Stimme’ wird zum Beginn des Zweiten Weltkrieges behauptet, dass es bei dem Überfall auf Polen um „Rettung vor Stalins Genickschussbrigaden“ gegangen sei.

„Auf den Tag vor 70 Jahren beendete der ‘Führer’ des Großdeutschen Reiches den staatlich inszenierten Terror gegen die deutsche Minderheit in Polen durch die Verkündung, daß ab ‘5 Uhr 45 zurückgeschossen’ werde.“

Glorifizierung des Nationalsozialismus

Einige Beiträge in der ‘Deutschen Stimme’ glorifizieren den Nationalsozialismus. Die NPD stellt sich selbst in die Nähe zu rechtskräftig verurteilten Verbrechern des NS-Regimes. So bemühte der ‘Ring Nationaler Frauen’ (RNF) das bekannte Motiv des Autobahnbaus durch das nationalsozialistische Regime:

„Als der deutsche Sozialstaat noch funktionierte: Autobahn in den Dreißigern
Mit dem Slogan ‘Kraft durch Freude’ ist eigentlich schon alles gesagt:
Die Nationalsozialisten wollten [...] das Volk aus dem Elend befreien [...]. Der Nationalsozialismus ist insofern modern [...]“ (RNF Berlin, DS 4/2009, Seite 19)

In der 'Deutschen Stimme' 8/2009 posiert der NPD-Vorsitzende Udo Voigt vor einem Plakat, auf dem „Freiheit für Erich Priebke¹¹!“ verlangt wird. Die positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus zeigt auch diese Ausführung in der DS:

„Angesichts der Verfahrenheit der innenpolitischen Gesamtsituation kommt einem unwillkürlich das Zitat eines deutschen Politikers [Adolf Hitler, d. Verf.] in den Sinn: [...] 'Nur ein Wahnsinniger kann hoffen, dass die Kräfte, die erst den Verfall herbeiführten, nunmehr die Wiederauferstehung bringen könnten.'“ (DS 6/2009, Seite 10)

Eigenbezeichnung „Nationale Sozialisten“

Darüber hinaus betreibt die NPD ein Wortspiel, indem sie ihre Anhänger als „Nationale Sozialisten“ bezeichnen. Der Sprachgebrauch erinnert nicht zufällig an das Wort „Nationalsozialisten“. Es zeigt einmal mehr, wo die NPD sich selbst politisch verortet.



„Nationale Sozialisten“ – Plakate der NPD zur Kommunalwahl

¹¹ Der ehemalige SS-Hauptsturmführer Erich Priebke wurde 1998 in Italien wegen der Erschießung von Geiseln im Zweiten Weltkrieg zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Strategie der NPD

Zur Durchsetzung ihrer Ziele hat die NPD das sogenannte 3-Säulen-Konzept entwickelt. Sie versteht darunter den Kampf um die Straße, den Kampf um die Parlamente und den Kampf um die Köpfe; zwischenzeitlich wurde eine vierte Säule hinzugefügt – der Kampf um den organisierten Willen. Nachdem Ende der 1990er Jahre der Kampf um die Straße (Demonstrationen) im Vordergrund gestanden hatte, gewann in den letzten Jahren der Kampf um die Parlamente für die NPD an Bedeutung. Der Einzug in zwei Landesparlamente ist für die Partei in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Zum einen nutzt die NPD die Fraktionen als Sprachrohr, zum anderen ist sie existenziell auf die Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung angewiesen.

Dass das erweiterte 3-Säulen-Konzept nicht bloße Theorie, sondern Grundlage für die Strategie der NPD ist, zeigen diverse Hinweise in der 'Deutschen Stimme'¹². In Nordrhein-Westfalen war die Zahl der von der NPD angemeldeten Demonstrationen 2009 allerdings rückläufig.

Die NPD führt sich als „Anwalt“ der sozial Benachteiligten auf

Inhaltlich versucht sich die NPD als Anwalt der tatsächlich oder subjektiv sozial Benachteiligten zu darzustellen. Hierbei greift sie teilweise auch auf örtliche Konflikte (zum Beispiel um den Sexualstraftäter, der sich nach seiner Entlassung in Heinsberg niedergelassen hat) zurück, um sich in Diskussionen und die öffentliche Wahrnehmung zu drängen. Hier zeigt sich – wie bei anderen Parteien auch – allerdings ein Unterschied, je nachdem ob die NPD als Fraktion in einem Landtag vertreten ist oder nicht. In Sachsen sieht sich die NPD als „soziale Heimatpartei“, wie in einem Positionspapier der Sachsen-NPD („Der sächsische Weg“) erläutert wurde. In der 'Deutschen Stimme' heißt es dazu unter der Überschrift „Unsere Strategie war richtig“:

.....
„Das Profil der NPD als sozialer Heimatpartei wurde im Wahlkampf deutlich geschärft [...]. Die sächsische NPD sieht sich damit auch in ihrem Kurs eines volksnahen und gegenwartsbezogenen Nationalismus bestätigt.“ (DS 10/2009, Seite 13)

Und in einem Interview mit Holger Apfel, dem Vorsitzenden der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, erklärt dieser:

¹² zum Beispiel „Kampf um die Köpfe“ in DS 02/2009, Seite 16

.....
„Der Schwerpunkt liegt auch künftig auf der Sozialpolitik. Wir werden weiter als Anwalt all jener auftreten, die fernab von Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Überfremdung eine lebenswerte Zukunft einfordern.“
(DS 10/2009, Seite 3)
.....

Dieses Positionspapier hat allerdings zum Teil zu scharfer Ablehnung in anderen Teilen der NPD und der Neonazi-Szene geführt. Der NPD in Sachsen wurde ein zu „bürgerlich-konservativer“ Kurs vorgeworfen. Um seinerseits inhaltliche Schärfe nach innen und außen zu demonstrieren, verfasste der NPD-Vorstand ein eigenes Positionspapier, das unter Anspielung auf den Namen des sächsischen Papiers den Titel „Der Deutsche Weg“ bekam. Darin umreißt der Vorstand seine Vorstellungen zum Selbstverständnis, zur Zielsetzung und zur Zielgruppe der Partei:

.....
„2. Eigenes Selbstverständnis: Systemüberwindung
[...] kompromisslos Ausrichtung auf Überwindung des liberalkapitalistischen Systems und des bestehenden volksfeindlichen Parteienstaats
[...].

3. Anspruch und Wirklichkeit einer nationalen Partei im politischen Wettstreit

Aufgrund der im liberalkapitalistischen System verankerten Fehler muß uns bewusst sein, dass dieses System über kurz oder lang scheitern wird. [...] Das System aktiv politisch zu stürzen liegt nicht in unserer Hand, nach seinem absehbaren Scheitern Avantgarde eines neuen Deutschlands zu sein, schon.

[...]

6. Zielgruppenanalyse

Wachsende Stimmenanteile für die nationale Opposition, aber auch für die vermeintliche Systemalternative Linkspartei belegen, dass die Unzufriedenheit steigt. [...] Ein Gutteil der Nichtwähler findet auf dem Wahlzettel nicht das, was er sucht, da ihm keine politische Kraft radikal genug erscheint. [...] Diesen Menschen, die sich selbst nicht mehr in diesem System verorten, den Entrechteten und vom System Belogenen, müssen wir eine Stimme sein.

[...]

7. Traditionell bürgerliche Wähler – alleinige Ansprechpartner für die nationale Erneuerung?

Darüber hinaus bieten wir den sozial Ausgebeuteten, den Arbeitslosen, den am Existenzminimum lebenden Rentnern, den um die tägliche

Existenz kämpfenden Selbständigen, Handwerkern, Bauern und dem in die Verarmung gestoßenen Mittelstand eine wirkliche Alternative [...] müssen wir durch stetigen Widerstand gegen das liberalkapitalistische System und seine sozialen Verwerfungen beweisen, dass wir zu echten radikalen, d.h. an der Wurzel packenden Veränderung willens und in der Lage sind.

[...]

8. Der deutsche Weg

Wie sieht der richtige Weg aus? Sowohl einseitige und unreflektierte NS-Nostalgie als auch ein latenter Anpassungsdruck an Wählerschichten, die einen gemäßigten Kurs vertreten, können nicht der erfolgversprechende Weg sein. [...] der Maosche Ausspruch, wonach ein echter Revolutionär sich in der Gesellschaft wie ein Fisch im Wasser bewegen müsse, darf für uns nur für das äußere Erscheinungsbild relevant sein. Inhaltlich [...] dürfen wir nicht versuchen, in die Mitte der Gesellschaft zu drängen, sondern müssen diese zu uns ziehen. [...] Da wäre es das falsche Signal, gerade jetzt den radikalen Weg einer nationalen und sozialen Erneuerung zu verlassen [...].“

(Auszüge aus dem Grundsatzpapier des NPD-Parteivorstandes vom 26. April 2009, aus DS 6/2009, S. 15-16)

In Nordrhein-Westfalen gibt es vergleichbare Positionspapiere nicht. Hier fehlt es an entsprechenden intellektuellen Kapazitäten.

Die NPD versteht sich als radikal, sozial und national

Darüber hinaus gab der Parteivorsitzende der 'Deutschen Stimme', Ausgabe 3/2009, S. 14 – 15, ein Interview über seinen politischen Kurs, den er als radikal, sozial und national beschreibt:

„Meine Strategie ist beständig und lautet: RADIKAL-SOZIAL-NATIONAL! - RADIKAL im Sinne des Ausrottens des Übels an der Wurzel, SOZIAL im Sinne der Solidarität mit jedem deutschen Volksgenossen und NATIONAL im Bewusstsein dessen, dass nur der real würdige Gedanke der Volksgemeinschaft dem einzelnen Schutz vor Ausbeutung und Perspektive für eine Zukunft für sich und seine Familie bringen wird.

Als Zielgruppe müssen wir idealistisch gesonnene junge Menschen ansprechen, Arbeitnehmer, den Mittelstand, Arbeitslose und all die Menschen, die von der real existierenden repräsentativen Demokratie der BRD und ihrem liberalkapitalistischen System enttäuscht und bereit für eine Systemalternative sind. [...] In erster Linie richten wir uns in den Wahlen dieses Jahres an die Menschen, die sozial betrogen, entrechtet und belogen wurden.“

Neben Hartz-IV-Empfängern und Menschen, die sich als Verlierer der Globalisierung fühlen, gehören auch Jungwähler und Russlanddeutsche zur Zielgruppe der NPD. Die NPD gibt in ihrer Propaganda der Globalisierungskritik ebenso wie der Kritik an den Bundeswehreinmärschen im Ausland¹³ breiten Raum.



NPD-Plakat gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr



Die NPD will Russlanddeutschen eine neue politische Heimat bieten.

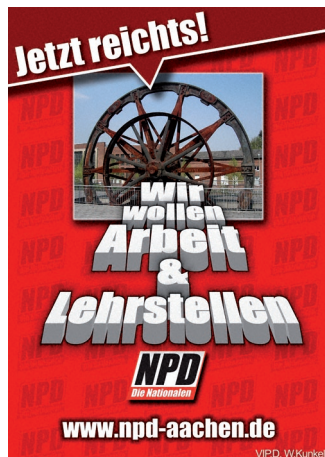
Nicht nur wegen der Ähnlichkeit von Teilen ihrer Propaganda, sondern auch wegen ähnlicher Zielgruppen bei den Wählern wird 'DIE LINKE.*' von der NPD bei Wahlen auch als echte Konkurrenz empfunden. Die NPD schneidet ihre Themen (Sozialpo-

¹³ DS 9/2009, Seite 16 „Deutsche Soldaten haben in Afghanistan nichts verloren, der Bundeswehreinmarsch dort ist unverzüglich zu beenden.“ und DS 10/2009, Seite 1 „Raus aus Afghanistan! Höchste Zeit, das Hindukusch-Abenteuer zu beenden“.



Die staatliche Förderung soll sich auf deutsche Familien beschränken.

Soziale Themen in der NPD-Propaganda.



litik, Auslandseinsätze, „raumorientierte Volkswirtschaft“ statt Globalisierung usw.) offensichtlich auch auf diese Klientel zu. Sie bietet allerdings Lösungen nur für die „Volksgemeinschaft“ an; im Duktus der NPD ist dies als Gemeinschaft der „rassisch reinen“ Deutschen zu verstehen. Sie gibt extremistische Positionen gerade in diesem Punkt wesentlich deutlicher zu erkennen als etwa 'pro Köln*' oder die 'Deutsche Volkunion' (DVU*). Insofern hat die Diskussion der NPD um die „Rasse“ nicht nur theoretische Bedeutung, sondern schlägt sich auch in den praktischen politischen Lösungsvorschlägen der NPD nieder.

Die Bündnispartner der NPD

Die NPD allein ist zu schwach, um ihre Strategie zielgerichtet und mit Erfolg zu betreiben. Der Parteivorsitzende ist von Beginn seiner Amtszeit bemüht, Bündnispartner zu finden. Zunächst richtete sich sein Blick auf die Neonazi-Szene. Das Angebot zur Zusammenarbeit haben zwar Teile der Neonazi-Szene angenommen, andere – vornehmlich die 'Autonomen Nationalisten' – stehen einer Zusammenarbeit aber eher skeptisch bis ablehnend gegenüber. Dies verhindert im Einzelfall nicht die Zusammenarbeit, wie die Teilnahme zahlreicher NPD-Mitglieder bei einer Demonstration am 28. November 2009 (siehe auch



Kapitel Neonazis) zeigt. Ein eher als NPD-Skeptiker bekannter und wegen Volksverhetzung¹⁴ verurteilter Neonazi kandidierte bei der Kommunalwahl im August 2009 für die NPD als Landrat.

Deutschlandpakt gescheitert

Der zweite wichtige Bündnispartner der NPD war die DVU*. Beide hatten den sogenannten „Deutschlandpakt“ geschlossen, eine Wahlabsprache, die bis Ende 2009 festlegte, welche der beiden Parteien zu den jeweiligen Wahlen auf Bundes- und Landesebene antritt. Nach anfänglichen Erfolgen für beide Parteien musste insbesondere die DVU* mehrere Rückschläge bei verschiedenen Landtagswahlen hinnehmen. Die NPD sah die Gunst der Stunde gekommen und beendete Mitte 2009 den Deutschlandpakt einseitig durch ihren nicht vertragsgemäßen Antritt zur Landtagswahl in Brandenburg. Das war – nicht nur in den Augen etlicher Parteimitglieder – ein glatter Vertragsbruch, der von der Parteiführung als „Gebot der politischen Verantwortung, den Bündnispartner rechtzeitig der zu schwer gewordenen Bürde zu entledigen“ begründet wurde (Artikel zum Bruch des Deutschlandpaktes in: DS 8/2009, S. 1-2). Jetzt hoffen maßgebliche Kräfte in der NPD offenbar auf einen völligen Zusammenbruch der DVU*. Die Aufkündigung des Deutschlandpaktes rief jedoch auch in Teilen der Neonazi-Szene Kritik hervor. Dadurch sind die für die NPD wichtigen Möglichkeiten einer erweiterten Kooperation geschmälert worden.

Erfolge und Misserfolge der NPD

Durch den „Deutschlandpakt“, die jeweiligen politischen Umstände und eine geschickte Propaganda begünstigt, zog die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in die Landtage ein. Bei allen übrigen Wahlen verfehlte die NPD die 5%-Hürde zum Teil sehr deutlich. So auch bei der Bundestagswahl 2009, wo sie lediglich ihr Minimalziel erreichte: Sie erreichte genug Stimmen, um Geld aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung zu erhalten. In Nordrhein-Westfalen erzielte die NPD nahezu durchgehend die schlechtesten Wahlergebnisse bundesweit. Sie kommt hier über den Status einer rechtsextremistischen Splitterpartei nicht hinaus.

14 Der Verurteilung lagen antisemitische Äußerungen auf einer von der NPD angemeldeten Demonstration in Bochum im Jahre 2006 gegen den Bau einer Synagoge zu Grunde.

Daran hat auch das Ergebnis der Kommunalwahl 2009 in Nordrhein-Westfalen nichts Wesentliches geändert. Zwar ist der NPD eine Verdoppelung ihrer Mandate gelungen, aber der Erfolg wird durch drei Tatsachen stark relativiert:

- : Der NPD gelang es nicht überall, wo sie zur Wahl antrat, auch ein Mandat zu erzielen – im Gegensatz etwa zu 'pro Köln**';
- : Die NPD verlor alle Mandate in den Bezirksvertretungen;
- : Sie hat in keiner Gemeinde aus eigener Kraft Fraktionsstatus erzielt. Das war bei der Kommunalwahl 2004 noch anders.



Plakate der NPD aus dem Bundestagswahlkampf 2009.

Die NPD ist zwar in 45 der 54 Kreise und kreisfreien Städte organisatorisch vertreten; dies bedeutet aber nicht, dass diese Kreisverbände auch arbeitsfähig sind. Die NPD-Parteiführung weiß, dass der Aufbau einer Parteibasis (Kreisverbände und Mandate in Kommunen) eine wesentliche Voraussetzung für mögliche Wahlerfolge auf Landes- bzw. Bundesebene darstellt. Hiervon ist der NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen weit entfernt.

Finanzielle Probleme bei der NPD

Da die NPD nur über vergleichsweise geringe Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen verfügt, ist sie auf Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung und auf Spenden angewiesen. Die Verurteilung des ehemaligen Bundesschatzmeisters der NPD am 12. September 2008 wegen Veruntreuung in 86 Fällen hatte zu erheblichen Spannungen innerhalb der Partei und im Verhältnis zur Neonazi-Szene gesorgt. Im April 2009 forderte die Bundestagsverwaltung wegen fehlerhafter Rechenschaftsberichte einen Betrag von 2,5 Millionen Euro zurück, der nach einer Gerichtsentscheidung auf ca. 1,2 Millionen reduziert wurde. Die NPD hat gegen das Urteil Berufung eingelegt, dieses Verfahren ist noch anhängig. Ein weiterer Rückschlag war der Tod des stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Jürgen Rieger, der als Vermittler von Spenden und Darlehen und auch selbst als Darlehnsgeber gegenüber der NPD aufgetreten war. Der Tod ihres wichtigsten Förderers und die Rückforderungen der Kredite bringen die NPD zusätzlich in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten.

Die Zukunft der NPD in Nordrhein-Westfalen

Bereits Ende des Jahres 2009 hat die NPD in Nordrhein-Westfalen begonnen, Unterstützungsschreiben zur Landtagswahl 2010 zu sammeln. Eine realistische Chance in den Düsseldorfer Landtag einzuziehen hat die NPD nicht. Das Ziel dürfte es auch bei dieser Wahl sein, Geld aus der Wahlkampfkostenerstattung für den finanziell schwachen Landesverband Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Deshalb hat die Partei im Internet eine Werbekampagne initiiert, mit der Dritte oder auch andere NPD-Landesverbände als Sponsoren für das Wahlkampfmaterial gewonnen werden sollen – zumal nach den Problemen auf Bundesebene aus der NPD-Parteizentrale in Berlin keine nennenswerte Unterstützung zu erwarten sein dürfte. Wenn man das Ergebnis der Bundestagswahl berücksichtigt, könnte es für die NPD – wie in den zurückliegenden Jahren – schwierig werden, das für die Kostenerstattung erforderliche eine Prozent der Wählerstimmen zu erhalten.

Trotz aller Bemühungen fehlt es seit Jahren an einer flächendeckenden Struktur von arbeitsfähigen und aktiven Kreisverbänden sowie an geeigneten Funktionären und einem Vorsitzenden mit Bindungskraft. Hier ist für die nahe Zukunft keine wesentliche Veränderung zu erwarten. Insofern dürfte die NPD in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin den Status einer Splitterpartei behalten. Mit ihrem klar extremistischen Kurs stellt sie sich selbst ins Abseits.

3.1.2 Deutsche Volksunion¹⁵

	Bund	NRW
Gründung	1987	1989
Sitz	Hamburg	Dortmund
Vorsitzender	Matthias Faust	Max Branghofer
Mitglieder		
2009	4.500	800
2008	6.000	1.200
Neben-organisationen	'Junge Rechte' – Jugendorganisation der DVU*	
Publikationen	Keine	
Internet	Die DVU* verfügt seit 1997 über eine Internetpräsenz.	

Hintergrund und Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit

Die 'Deutsche Volksunion' (DVU*) wurde im März 1987 in München auf Initiative von Dr. Gerhard Frey unter Einbeziehung des bereits seit 1971 bestehenden Vereins 'Deutsche Volksunion e.V.' als Wahlpartei 'DVU-Liste D' gegründet. Die Umbenennung in 'Deutsche Volksunion' fand im Februar 1991 durch Satzungsänderung statt. Die DVU* wurde seit ihrer Gründung vom bisherigen Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey zentralistisch und autoritär geführt und weitestgehend finanziert. Auf dem Bundesparteitag der DVU* am 11. Januar 2009 wurde der bisherige Organisationsleiter der DVU*, Matthias Faust, zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Bei der DVU* liegen **Anhaltspunkte für den Verdacht** einer rechtsextremistischen Bestrebung im Sinne des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetzes vor. Diese ergeben sich in erster Linie aus den Aussagen im Parteiprogramm sowie in den Medien der DVU*, insbesondere der Internetpräsenz, der Wahlwerbung und Flugblättern. Dabei zeigt sich, dass die DVU* im Wesentlichen die typischen rechtsextremistischen Agitationsfelder aufgreift, wobei Fremdenfeindlichkeit, aber auch revi-

¹⁵ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

sionistische Thesen, also die Umdeutung geschichtswissenschaftlicher Fakten, die Schwerpunkte bilden.

Fremdenfeindlichkeit

Häufig werden Themen mit Ausländer- und Einwanderungsbezug gewählt und gezielt eingesetzt, um Überfremdungsängste zu schüren. So werden Artikel auf der Internetseite der DVU* oft mit suggestiven Schlagzeilen überschrieben, die eventuell vorhandene Ressentiments der Leser bedienen und bestärken.

.....
„Wenn nicht jetzt wann dann...? Ausländerrückführung jetzt“¹⁶
.....

Bei der notwendigen Gesamtwürdigung solcher Forderungen zusammen mit anderen Aussagen und Positionen der DVU* wird ein nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbarendes Grundrechtsverständnis erkennbar, das die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot missachtet. Diskriminierende Vorurteile und aus ihnen abgeleitete Forderungen ersetzen differenzierte Problembetrachtungen und -lösungsansätze.

Islam als Feindbild

Die DVU* nutzte insbesondere bei der Kommunalwahl die Themen „Islamisierung“ und „Überfremdung“, um auf Stimmenfang zu gehen. So zeigten Wahlplakate ein Verbotsschild für Moscheen. In einem Faltblatt zur Kommunalwahl¹⁷ mit demselben Symbol schürt die DVU* gezielt Ängste und Vorbehalte der Bevölkerung gegen eine Überfremdung und sogenannte Islamisierung. Sie beschrieb das „Mittelstands- und Einzelhandelssterben“ als Folge der „Islamisierung ganzer Stadtviertel“. An anderer Stelle weist sie darauf hin, dass es „in einigen Stadtteilen mehr Moscheen als Kirchen“ gebe oder beklagt einen „massenhaften Zuzug von arbeitslosen Ausländern“. Zielgerichtet versucht die DVU*, Ausländer oder Deutsche mit Migrationsgeschichte bzw. Menschen muslimischen Glaubens zu diskreditieren.



¹⁶ Beitrag auf www.die-rechte.info vom 14. August .2009.

¹⁷ Flugblatt der DVU* Dortmund zur Kommunalwahl 2009, abrufbar auf www.dvu-dortmund.de.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie die DVU* Ängste gegenüber Bürgern muslimischen Glaubens schürt, ist ein Beitrag, der unter der Überschrift „Keine Bundeswehr-Moslems in Afghanistan“¹⁸ fragt:

.....
„Wie viele Moslems haben wir bereits in Polizei und Bundeswehr? Wie werden die sich verhalten, wenn es hier zum Bürgerkrieg kommt? Auf wessen Seite werden sie stehen? So sollen nun in Afghanistan Christen gegen Moslems eingesetzt werden. Und in Deutschland? Wird man dann die Christen in die türkischen Problembezirke schicken, um für Ruhe zu sorgen? Und werden dann moslemische Einheiten in deutschen Landstrichen eingesetzt werden?“

Verfälschendes Geschichtsbild der DVU*

Anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsbeginns zeigte sich erneut, dass die DVU* weiterhin ein beschönigendes bzw. verfälschendes Geschichtsbild in Bezug auf den Völkermord an den Juden und den Zweiten Weltkrieg verbreitet. Auf ihrer Internetseite spricht sie in dem Artikel „Die politische Instrumentalisierung der Geschichte muss aufhören!“¹⁹ davon, dass die Anerkennung der „Alleinkriegsschuld“ Deutschlands als „Grundpfeiler“ der deutschen Nachkriegspolitik, bloß ein Mittel zur Unterdrückung der Deutschen sei. Aber auch in ihrem Parteiprogramm vertritt die DVU* die Auffassung, dass „die Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße“ völkerrechtlichen Grundsätzen widerspreche.

Diese Aussagen sind zum Teil der Historie der DVU* geschuldet, die sich 1971 als Verein gründete, der sich insbesondere gegen die Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung richtete. Dennoch finden sich bis heute auch im Parteiprogramm revisionistische Ansätze, die von einer „einseitigen Vergangenheitsbewältigung in der Art einer Zuweisung einer „Kollektivschuld“ sprechen und die Gleichberechtigung Deutschlands in der Staatenfamilie beeinträchtigt sehen.

Erhebliche Wahlniederlagen für die DVU*

Seit dem Rückzug des seit 1987 amtierenden Parteivorsitzenden der DVU* Dr. Gerhard Frey im Januar 2009 fungiert Matthias Faust als Bundesvorsitzender und ver-

¹⁸ Beitrag auf www.die-rechte.info vom 9. November 2009.

¹⁹ Beitrag auf www.die-rechte.info vom 1. September 2009.

sucht die Partei zu erneuern. Dies zeigt sich unter anderem in der Auffrischung des Internetauftritts und der Gründung einer Jugendorganisation – der ‘Jungen Rechten’.

Im Rahmen des 2005 geschlossenen „Deutschland-Paktes“ zwischen NPD und DVU*, der im Wesentlichen eine gegenseitige Unterstützung bei Wahlkämpfen vorsah und festlegte, dass diese Parteien bei Wahlen nicht gegeneinander antraten, war die DVU* als Vertreterin des „nationalen Lagers“ zur Europawahl angetreten, konnte bundesweit aber nur 0,4 Prozent der Stimmen erzielen. Damit verfehlte sie ihr selbst-erklärtes Ziel, Wahlkampfkostenerstattung zu erhalten²⁰. Diesen Umstand nahm der Bündnispartner NPD zum Anlass, den „Deutschland-Pakt“ aufzulösen, da er „seine Geschäftsgrundlage verloren habe“²¹. Gleichzeitig trat die NPD zur Landtagswahl in Brandenburg in Konkurrenz zur DVU* an. Als Folge dessen verfehlte die DVU* mit 1,2 Prozent den erneuten Einzug in den brandenburgischen Landtag, in dem sie seit 1999 vertreten war. Bei der Bundestagswahl schließlich erreichte die DVU* lediglich 0,1 Prozent der Stimmen.

Situation der DVU* in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen ist die DVU* in etwa zehn Kreisverbänden organisiert. Allerdings entfalten nur noch zwei Kreisverbände wahrnehmbare Aktivitäten. Zum einen ist dies der Kreisverband Aachen-Heinsberg, dessen Internetpräsenz zumindest noch in unregelmäßigen Abständen aktualisiert wird. Dieser Kreisverband stellte bisher einen Vertreter für den Stolberger Stadtrat. Indes gelang es ihm bei der Kommunalwahl 2009 nicht, erneut für den Stadtrat anzutreten, da sich nach Aussage des dortigen Kreisvorsitzenden *„nicht genügend Kandidaten zur Verfügung gestellt [haben], um alle [...] Wahlbezirke zu besetzen.“*²²

Zum anderen ist der Kreisverband Dortmund aktiv, der mit einem Vertreter im Dortmunder Stadtrat sitzt. Ausschließlich hier ist die DVU* zur Kommunalwahl angetreten, was ebenfalls Rückschlüsse auf ihren Organisationsgrad in Nordrhein-Westfalen zulässt.

Aber auch die Lage der DVU* in Dortmund hat sich im Vergleich zu 2008 verschlechtert. Bei der Kommunalwahl – unter anderem bedingt durch einen parallelen Antritt der NPD – verlor sie ihren Fraktionsstatus; dies ist auch für die DVU* auf Bundesebene

²⁰ Beitrag „Die politische Arbeit geht weiter“ auf www.die-rechte.info am 7. Juni 2009.

²¹ Beschluss des NPD-Parteivorstands vom 27. Juni 2009, abgerufen auf www.npd.de.

²² Mitteilung vom 17. Juli 2009 auf www.dvu-stolberg.de.

ein Rückschlag gewesen, war Dortmund doch die einzige Großstadt mit einer DVU*-Fraktion im Stadtrat.



Ausblick

Die DVU* steckt in einem kaum zu behebenden Dilemma. Mit ihrem langjährigen Bundesvorsitzenden Dr. Frey, der sich gänzlich aus der Partei zurückgezogen hat, fehlt ihr der Finanzier und Kreditgeber. Zum anderen fehlen aktive und aktivierbare Mitglieder, um zum Beispiel einen wahrnehmbaren Straßenwahlkampf zu führen oder auch nur – wie das Beispiel Stolbergs zeigt – ausreichend Kandidaten aufstellen zu können. In der Vergangenheit war die DVU* nicht auf selbständig aktive und Wahlkampf führende Mitglieder angewiesen, da Wahlkämpfe von der Parteizentrale als Materialschlachten – Postwurfsendungen und massenhaften Plakatierungen – geführt und finanziert wurden. Mit dem Rückzug Freys fehlt dafür das Geld.

Der bundesweite Trend der Schwächung der Partei hat sich somit 2009 fortgesetzt und wurde durch die Aufkündigung des „Deutschland-Paktes“ seitens der NPD einmal mehr verstärkt.

3.1.3 Bürgerbewegung pro Köln* e.V.²³ und Bürgerbewegung pro NRW*²⁴

‘Pro Köln*’

Gründung	1996	
Sitz	Köln	
Mitglieder	2009	2008
NRW	ca. 220	ca. 200
Vorstand	Markus Beisicht, Vorsitzender Judith Wolter, geschäftsführende stellvertretende Vorsitzende Markus Wiener, stellvertretender Vorsitzender Manfred Rouhs, Schatzmeister	
Publikation	‘PRO KÖLN - Informationen der Fraktion pro Köln im Rat der Stadt Köln’; erscheint vierteljährlich	
Internet	Homepage, verantwortlich Manfred Rouhs	
Rechtsform	Verein mit Mandaten im Rat der Stadt Köln	

‘Pro NRW*’

Gründung	2007	
Sitz	Düsseldorf	
Mitglieder	2009	2008
NRW	ca. 80	ca. 60
Vorstand	Markus Beisicht, Vorsitzender Markus Wiener, Generalsekretär Judith Wolter, Schatzmeisterin	
Publikation	‘PRO NRW – Informationen der Bürgerbewegung pro NRW’	
Internet	Homepage, verantwortlich Markus Beisicht	
Rechtsform	Partei, teilweise personenidentisch mit ‘pro Köln*’, Mandate in Kreistagen und Stadträten	

23 und 24 Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung () ausdrücklich hervorgehoben.*

Anhaltspunkte für den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit

‘Pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ werden vom Verfassungsschutz beobachtet, weil bei diesen Gruppierungen tatsächliche **Anhaltspunkte für den Verdacht** verfassungsfeindlicher Bestrebungen vorliegen.²⁵ Dieser Verdacht wird durch eine Vielzahl von Äußerungen in den Infoblättern von ‘pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ sowie durch Artikel, die im Archiv auf deren Internetseiten abgelegt sind, durch Redebeiträge auf Kundgebungen, DVD-Veröffentlichungen, aber auch durch Kontakte zu anderen, teilweise rechtsextremistischen, zumindest aber ausländerfeindlichen Organisationen im In- und Ausland seit Jahren bestätigt.

‘Pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ missachten Menschenrechte

‘Pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ missachten mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Ausländer werden durch ‘pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ wegen ihrer Nationalität, Abstammung oder Religionszugehörigkeit pauschal herabgesetzt und diffamiert. Entsprechende Aussagen werden ständig wiederholt; im Fokus stehen fast ausschließlich die Themen „Ausländer/Migranten“, verbunden mit einer drastischen Wortwahl. So wird den Bürgern ein negatives Menschenbild über diese Personengruppen vermittelt, das ausschließlich an deren Nationalität, Religions-, Staats- oder Volkszugehörigkeit anknüpft. Eine differenzierte Betrachtung, die andere Aspekte einbezieht, wird fast vollständig ausgeblendet. Bestimmte Volks- und Religionsgruppen, insbesondere Muslime, werden als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse dargestellt. Mit dieser Art der Darstellung schüren ‘pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ Ablehnung und Angst in der Bevölkerung.

Wenn sich ‘pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ immer wieder geradezu demonstrativ zum Grundgesetz bekennen und sich gegen jede Form von Extremismus verwehren, wirkt dies taktisch motiviert. Zumindest ist das Grundrechtsverständnis von ‘pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ nicht mit den Zielen, Werten und Inhalten des Grundgesetzes vereinbar.

²⁵ Das Verwaltungsgericht (VG) Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht Münster haben diese Einschätzung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen bisher regelmäßig – zuletzt mit VG-Urteil vom 10. November 2009 – bestätigt.

Ausländerfeindlichkeit

‘Pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ schüren latente Ängste vor Überfremdung und haben auch 2009 fremdenfeindliche Ressentiments verbreitet. Im Programm von ‘pro NRW*²⁶‘ heißt es dazu, „mobile ethnische Minderheiten“ machten viele Regionen Nordrhein-Westfalens unsicher. Es gebe immer mehr rechtsfreie Räume in den Städten, „No-Go-Areas‘ – aber nicht für Ausländer oder Asylbewerber, sondern für die einheimischen Bürger!“ Der Begriff „No-Go-Areas“ wurde in der öffentlichen Diskussion im Zusammenhang mit den von Rechtsextremisten sogenannten „national befreiten Zonen“ verwendet, also Straßenzügen, die so sehr von Rechtsextremisten beherrscht sind, dass sich Ausländer dort nicht gefahrlos bewegen können. Mit der Verwendung der gleichen Bezeichnung im umgekehrten Sinn relativiert ‘pro NRW*‘ die Problematik der Fremdenfeindlichkeit in bestimmten Regionen und wandelt sie stattdessen in die von rechtsextremistischen Kreisen regelmäßig beschworene „Inländerfeindlichkeit“ um.



Darüber hinaus wird pauschal und undifferenziert der angebliche Missbrauch der Sozialsysteme durch Ausländer beklagt.

.....
„Massenzuwanderung, zumeist in unsere sozialen Sicherungssysteme“²⁷

Auf einer Linie mit der NPD liegt die Forderung der Jugendabteilung von ‘pro NRW*‘, ‘Jugend pro NRW*‘, „Ausbildungsplätze zuerst für Deutsche!“ (aus dem Flyer der ‘Jugend pro NRW*‘ „Eine starke Rechte für NRW“). Aus der NPD ist die Parole „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ seit Jahren bekannt.

Islam als Feindbild

Ein Schwerpunkt der Kampagnen von ‘pro Köln*‘ und ‘pro NRW*‘ lag auch 2009 wieder darauf, Angst vor Muslimen zu schüren. Dabei wird bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung unterschieden.

²⁶ ‘Pro Nordrhein-Westfalen*’. Programm vom 9. September 2007 (hinterlegt beim Bundeswahlleiter).

²⁷ ‘Pro NRW*’-Homepage 23. September 2009.

Vielmehr erfolgt eine diskreditierende Gleichsetzung des Islam, der als „Politreligion“ bezeichnet wird, mit Kriminalität und Terrorismus.

Der Islam insgesamt wird als Feindbild von 'pro Köln*'/'pro NRW*' propagiert, um die Ausgrenzung einer ganzen Bevölkerungsgruppe und pauschale Schuldzuweisungen an diese zu rechtfertigen. Das Fundament dieses Feindbildes sind Verallgemeinerungen und die Reduzierung: Eine ganze Glaubensgemeinschaft wird so unter Generalverdacht gestellt und verantwortlich gemacht für eine Vielzahl gesellschaftlicher Missstände und Bedrohungen. Phänomene wie Zwangsheiraten, Ehrenmorde, Jugendgewalt und Terrorismus werden ausschließlich und undifferenziert mit dem Islam in Verbindung gebracht.

Besonders deutlich wurde dies während einer Wahlkampf-Kundgebung am 14. August 2009 in Köln in der Rede eines Stadtratskandidaten von 'pro Köln*':

.....
„Wer für die Islamierung [Anm: wörtliche Mitschrift] dieses Landes ist, der ist ganz klar für die Zwangsheirat egal in welchem Alter, für Ehrenmorde, für die Entrechtung der Frau, für die Beschneidung von Frauen, der ist auch dafür, dass Frauen schlechter behandelt werden als Tiere, der ist dafür, dass Frauen bestraft werden, wenn sie vergewaltigt werden, der ist für Auspeitschung, der ist für Steinigung, für Folterung und Hängen und der ist für die Auslöschung unserer Kultur.“

.....
„[...] und ich garantiere Ihnen, die Reichskristallnacht wird wiederkommen. Allerdings werden diesmal in Köln Christen und Juden durch die Straßen getrieben, von den Islamisten verfolgt und getötet. Wollt Ihr das wirklich? Wenn Sie die Islamisierung und den Antisemitismus fördern wollen, dürfen Sie nicht 'pro Köln' wählen, wenn sie Demokratie und die Menschlichkeit wollen, müssen Sie 'pro Köln' wählen. Sie können am 30. August die Kandidaten in den Orient schicken. Die Fahrkarten dazu kaufen wir, allerdings ist das nur eine Einfachfahrkarte.“

Ferner veröffentlichte und verbreitete 'pro Köln*' in 2009 eine DVD mit dem Titel „Hat pro Köln doch recht?“. In dem Film wird ein Diagramm eingeblendet, das angeblich auf einer Erhebung des Landeskriminalamtes (LKA) Berlin beruht und Aufschluss über Gewaltdelikte in Berlin im Jahr 2003 geben soll. Von insgesamt 15.500 Gewalttaten sollen danach 12.200 von Muslimen, 2.950 von sonstigen Ausländern und lediglich 350 Delikte von Deutschen begangen worden sein. Tatsächlich gibt es eine

solche Statistik des LKA Berlin nicht, auch die verwendeten Zahlen stammen nicht von dort. Die Statistik ist darüber hinaus hochgradig unseriös und in sich unschlüssig, weil nicht zwischen ethnischen oder religiösen Zugehörigkeiten unterschieden wird, sondern diese in unzulässiger, verfälschender Weise vermengt werden. Wo sind in der Statistik zum Beispiel die deutschen Muslime mit und ohne Migrationshintergrund eingeordnet?

In gleicher Weise werden angebliche Umfrageergebnisse zu öffentlichen Verkehrsmitteln instrumentalisiert:

.....
„Nicht nur in Köln, auch in anderen Städten, explodiert die Gewalt. In Berlin wagen laut Umfragen etwa 30% der Befragten nicht mehr öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Weitere 30% haben in U-Bahnen und Bussen Angst. Angst vor jungen Männern, die mehrheitlich dem Islam zuzuordnen sind.“ (Auszug aus 'pro Köln-DVD „Den Niedergang unserer Stadt aufhalten“)*
.....

'Pro Köln*'/pro NRW* nennen keine Quellen für derartige Umfrageergebnisse. Insofern wird auch hier eine vermeintliche Bedrohungslage in öffentlichen Verkehrsmitteln undifferenziert und pauschal auf den Islam als Ursache zurückgeführt.

Weiterhin wird auf der DVD die von 'pro Köln*' und 'pro NRW*' immer wieder thematisierte „Islamisierung Europas“ beschworen. Der Film zeigt apokalyptisch anmutende Bilder von Christen- und Minderheitenverfolgungen im vorderasiatischen Raum. 'Pro Köln*' schließt daraus auf eine Gefahr für deutsche Städte und Dörfer.

.....
„Heute finden wir in jedem ehemals christlichen Dorf die Machtzeichen des Islam errichtet. Doch dem Unterwerfungsanspruch der Politreligion genügt das nicht. Neues Ziel: die Städte Westeuropas, darunter auch Köln.“
.....

„[...] und dass den blühenden Landschaften womöglich das gleiche Schicksal droht wie den ehemals paradiesischen Gegenden, aus denen die armenische, syrische und griechische Bevölkerung durch Muslime ausgerottet wurde.“ (Auszug aus 'pro Köln-DVD „Hat pro Köln doch recht?“)*
.....

Kampagnen gegen Moscheebauten

Das Schlüssel- und Schwerpunktthema von 'pro Köln*' und 'pro NRW*' ist – vor dem Hintergrund ihrer islamfeindlichen Agitation – die Ablehnung von Moscheebauten, die als „Brutstätte für islamische Terroristen“ bezeichnet werden. Der in Köln geplante Bau einer Moschee wurde im Mai 2009 zum Anknüpfungspunkt einer von 'pro Köln*' als „Anti-Islamisierungskongress“ bezeichneten Zusammenkunft von verschiedenen europäischen Organisationen des rechten Spektrums. Er bot eine Plattform zu islamfeindlichen Äußerungen.



Bereits wenige Tage nach der Volksabstimmung zum Minarettverbot in der Schweiz im November 2009 wurde das Thema – zeitgleich mit der NPD – auch von 'pro Köln*' und 'pro NRW*' aufgegriffen, ein Plakat für den bevorstehenden Landtagswahlkampf vorgestellt und eine „Anti-Minarett-Kampagne nach Schweizer Vorbild“ angekündigt.

Für das Frühjahr 2010 haben 'pro Köln*' und 'pro NRW*' eine „Konferenz für ein Minarett-Verbot“ im Ruhrgebiet, verbunden mit einem Sternmarsch (Motto: „Abendland in Christenhand“) auf eine Moschee in Duisburg-Marxloh, angekündigt.

Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen

Neben den abwertenden Äußerungen zu Ausländern oder Personen mit Migrationsgeschichte agitiert 'pro Köln*' auch gegen sexuelle Minderheiten. So werden Fördermaßnahmen für Homosexuellen-Projekte abgelehnt und durch eine diffamierende Wortwahl verächtlich gemacht. Folgende beispielhafte Aussagen in einem Artikel auf der Homepage von 'pro Köln*' sind geeignet, Aversionen und Vorurteile zu schüren:

.....
„Homo-Lobbyisten“

„ein besonderer Nutzen für das Fortbestehen des Gemeinwesens (Kindernachwuchs!) ist beim besten Willen nicht zu erkennen“

„'Wunschlosglücklichmachung' für homosexuelle Senioren“

„zusätzliche 40.000 Euro müssen her, um nur ja viele Jugendliche auf den richtigen sexuellen Weg zu bringen“.²⁸
.....

Diffamierung von politischen Gegnern

Im politischen Diskurs bedienten sich 'pro Köln*' und 'pro NRW*' häufig einer maßlosen Polemik. Im Vordergrund steht dabei nicht eine legitime Kritik, sondern die herabsetzende, verächtlich machende Schmähung des politisch Andersdenkenden. Politische Gegner werden als „verbrauchte Altparteien“ oder „Blockwarte der Political Correctness“ verunglimpft.

In einem Anschreiben an Erstwählerinnen und Erstwähler zur Kommunalwahl 2009 wird ein weiterer Themenschwerpunkt von 'pro Köln*' und 'pro NRW*' deutlich:

.....
„Die Altparteien stehen [...] für Kriminalitätsexplosion, Täter- statt Opferschutz, Filz- und Vetternwirtschaft, Korruption und Selbstbereicherung.“
.....

Auch in dieser Hinsicht wird grenzenlos pauschaliert, die demokratischen Parteien werden insgesamt als korrupt und kriminell („notorische Lügner“, „kriminelle Energie und die mafiosen Hinterzimmer-Seilschaften im Kölner Rathaus“), das heißt: verachtenswert, dargestellt.

Auch 2009 gab es eine Vielzahl von Beispielen dafür, wie 'pro Köln*' und 'pro NRW*' (im Gegensatz zur NPD, die inzwischen aus taktischen Gründen weitgehend auf solche Rhetorik verzichtet) politische Mandatsträger, die sich für Integration und friedliches Miteinander einsetzen, und andere Personen diffamiert. So wurde der ehemalige Kölner Oberbürgermeister als „Türken-Fritz“ sowie „unverbesserlicher Multi-Kulti-Prediger mit dem Rückgrat einer Weinbergsschnecke“ verunglimpft. Die Vorsitzende eines kirchlichen Gremiums wurde als „Blockwartin“ bezeichnet und mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR verglichen. Eine langjährige Integrationsbeauftragte aus dem bundespolitischen Raum nannte 'pro Köln*' in Anlehnung an ihren Vornamen „Multi-Kulti-Lale“ und titulierte sie mit Bezug auf ihre Funktion als „Bannerträgerin

²⁸ <http://www.pro-koeln-online.de/artikel4/homo-lobby.htm>.

der Integrationsideologie“, „Integrationsextremistin“ sowie als eine der „erbittertsten Verfechterinnen der ‘Islam ist Frieden’-Lösung multi-kulti-bewegter Integrationsfetischisten“.

Bündnispartner und Anti-Islamisierungskongress

Die von ‘pro Köln**/‘pro NRW** immer wieder betonte Abgrenzung von jeder Form des Extremismus erscheint wenig glaubwürdig; dies zeigen die Verflechtungen und Bündnisse, die ‘pro Köln** und ‘pro NRW** mit Parteien und Organisationen in den europäischen Nachbarländern pflegen. Einige dieser Parteien zählen zum rechtsextremistischen Spektrum.

Im Mai 2009 führten ‘pro Köln** und ‘pro NRW** in Köln mit Unterstützung der rechtsgerichteten belgischen Regionalpartei ‘Vlaams Belang’ – die als Nachfolgeorganisation des rechtsextremistischen ‘Vlaams Blok’ angesehen werden kann, dessen Programm vom belgischen obersten Gerichtshof als diskriminierend und rassistisch eingestuft wurde – sowie verschiedenen anderen europäischen Organisationen des rechten Spektrums zum zweiten Mal einen sogenannten „Anti-Islamisierungskongress“ durch.

Bei der Hauptkundgebung und bei einzelnen Rahmenveranstaltungen erhielten der Veranstalter sowie Repräsentanten verschiedener rechtsgerichteter Parteien aus dem Ausland ein Forum. Beispielhaft dafür steht der von ‘pro Köln** groß angekündigte Auftritt („hochkarätiger Gast“) der Vorsitzenden der rechtsgerichteten tschechischen Partei ‘Narodni Strana’, die durch ihre Agitation gegen die in Tschechien lebenden Roma bekannt ist und im Wahlkampf zur Europawahl die „Endlösung der Zigeunerfrage“²⁹ angekündigt hatte. Diese Terminologie knüpft bewußt an die „Endlösung der Judenfrage“ an, die Nationalsozialisten im Dritten Reich propagiert hatten.

Auch Vertreter der offen neonazistisch geprägten belgischen Kameradschaft ‘Voorpost’ konnten beim sogenannten „Anti-Islamisierungskongress“ beobachtet werden.

Angekündigt wurde die Veranstaltung unter anderem mit einer ganzseitigen Anzeige auf der Umschlagseite von ‘Nation & Europa’ (Heft 4, April 2009)³⁰. Dieses „Deutsche Monatsheft“ war bis Ende 2009 das älteste Strategie- und Theorieorgan mit einer

29 Vgl. tschech. Tageszeitung Lidove Noviny, zit. in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/168/305138/text/print.html>.

30 Bei der Publikation „Nation & Europa“ bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen.

gewachsenen Leserschaft und findet seit Jahrzehnten große Aufmerksamkeit im rechtsextremistischen Spektrum.

Funktionäre von ‘pro Köln*’ und ‘pro NRW*’

Die Funktionärschicht und weite Teile der Mitglieder beider Gruppierungen sind nahezu identisch. Der Vorsitzende, mehrere seiner Vorstandskollegen und nicht unwesentliche Teile der Mitglieder kommen aus rechtsextremistischen Parteien oder aus Organisationen, bei denen **Anhaltspunkte für den Verdacht** rechtsextremistischer Bestrebungen vorliegen bzw. lagen. Einige Personen gehörten beispielsweise zur Gruppierung ‘Deutsche Liga für Volk und Heimat*’ (DLVH)³¹. Die DLVH* gehörte vor Anfang der 1990er Jahre dem Kölner Stadtrat an und ist vor allem durch die Verbreitung eines „Steckbriefs“ aufgefallen, mit dem eine Belohnung für die Ergreifung einer Roma-Frau ausgesetzt worden war, die abgeschoben werden sollte. Das Oberlandesgericht Köln³² hat der Betroffenen ein Schmerzensgeld zugesprochen, weil es in dieser Aktion eine erheblich ins Gewicht fallende Persönlichkeitsverletzung, einen schweren Angriff auf die Ehre und Menschenwürde und eine Gefährdung der persönlichen Unversehrtheit sah. Ein weiterer Funktionär war jahrelang bei den ‘Jungen Nationaldemokraten’, der Jugendorganisation der NPD, zwei Jahre als deren Landesvorsitzender, und 1986 Bundestagskandidat für die NPD. Andere gehörten den ‘Republikanern’ an, die bis 2007 durch den Verfassungsschutz beobachtet wurden. Ein ehemaliger ‘pro NRW*’-Jugendfunktionär („Bezirksjugendbeauftragter Rheinland“) und ‘pro Köln*’-Kandidat bei der Kommunalwahl 2009, der nach eigener Darstellung „nie einen Hehl“ aus seiner Gesinnung gemacht habe, hat sich nach seinem Austritt aus ‘pro Köln*’ und ‘pro NRW*’ der neonazistischen Kameradschaftsszene zugewandt, wie er selbst im Internet in einem Infoportal mitteilte.

‘Jugend pro Köln*’ und ‘Jugend pro NRW*’

Sowohl bei ‘pro Köln*’ als auch bei ‘pro NRW*’ ist eine Jugendabteilung angegliedert. ‘Jugend pro NRW*’ und ‘Jugend pro Köln*’ sind vornehmlich darauf ausgerichtet, Schüler und Jugendliche anzusprechen und zur Mitarbeit zu bewegen. Dabei gehen sie sehr geschickt auf junge Menschen ein, knüpfen an mögliche negative Erfahrungen, beispielsweise das „Abziehen von Handys“ (umgangssprachlich für

³¹ Die DLVH wurde bis 2000 im Verfassungsschutzbericht NRW erwähnt, ist aber inzwischen – zumindest in Nordrhein-Westfalen – bedeutungslos.

³² OLG Köln Beschluss vom 9. September 1996; Az.: 15 W 72/96.

Handyraub) und an kulturelle Konflikte mit ausländischen Jugendlichen an und holen Jugendliche mit Sprache („Hast Du auch den Eindruck, dass in unserem Land einiges schief läuft?“) und Themen („Massenarbeitslosigkeit“, „Bildungsmisere“, „steigende Überfremdung“) dort ab, wo sie die Jugendlichen mit ihren Ängsten und Sorgen vermuten:

.....
„Oder willst Du weiter einfach zuschauen, wenn Wehrlose in der Schule oder auf der Straße ‘abgezogen’ werden und irgendwelchen fiesen Typen ihre Handys und das Pausengeld abliefern müssen? Oder ist es Dir egal, dass viele Mädchen als ‘deutsche Schlampen’ beschimpft werden, nur weil sie sich schicke Sachen anziehen?“ (Auszug Werbeblatt „‘pro Köln‘ wählen? Ja, natürlich!!!“ zur Kommunalwahl 2009)

Tatsächlich sind auch diese Kampagnen darauf angelegt, zwischen jungen Deutschen und Ausländern zu polarisieren. Beide Jugendorganisationen betreiben eigene Internet-Homepages, auf denen jeweils ein Jugendbeauftragter vorgestellt wird.



Internet-Logo der Jugendabteilung von 'pro NRW'.

Neben der Publikation 'Objektiv' (Herausgeber ist der ehemalige Jugendbeauftragter von 'pro Köln*', der jetzt Jugendbeauftragter des 'pro NRW*-Bezirksverbands Mittelrhein ist), die sich an Schüler und Jugendliche wendet und von der bisher vier Ausgaben erschienen sind, sowie ein Flyer mit dem Titel „Mach mich nicht an, Mehmet“, hat 'Jugend pro NRW*' ein weiteres Flugblatt („Lass Dich nicht linken. Komm auf den rechten Weg“) veröffentlicht. Darin ist unter anderem die Forderung enthalten: „Maximal 30% Kinder ausländischer Herkunft in den Schulklassen“. Andere Themen (zum Beispiel die Ablehnung von Großmoscheen, Ausländerkriminalität) sind weitgehend deckungsgleich mit denen von 'pro Köln*' und 'pro NRW*.

Vor der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl 2009 schrieb die 'pro Köln*-Jugend gezielt alle Erstwähler (nach eigenen Angaben 20.000 Kölner Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren) an. Auf einem dem Schreiben beiliegenden Werbeblatt lud man die Jugendlichen ein, bei der Politik mit zu machen („pro Köln lässt die Jugend ran...“), warb mit jungen Mandatsträgern („bei pro Köln machen junge Leute wie Du und ich Politik“) und stellte sich als junge Alternative zu den „verbrauchten Altparteien“ dar.

Strategie von 'pro Köln*' und 'pro NRW**

'Pro Köln*' und 'pro NRW**' stilisieren sich selbst zur „Bürgerbewegung“. Der Begriff soll eine politische Kraft suggerieren, die sich aus der Gesellschaft heraus entwickelt und eine stetig steigenden Zahl von Mitstreitern anzieht. Die Mitglieder stellen sich als seriöse Bürger dar, die aus der „Mitte der Gesellschaft“ kommen. Ihre den Verdacht des Rechtsextremismus begründenden ideologischen Ansätze werden als „rechtspopulistisch“ und „nonkonform“ kaschiert.

Auch Mitgliederzahl und Teilnehmer bei Veranstaltungen werden regelmäßig übertrieben dargestellt, um die Bedeutung der „Bewegung“ künstlich zu steigern. So haben beispielsweise am sogenannten „Anti-Islamisierungskongress“ im Mai 2009 nur 250 bis 350 Personen teilgenommen – entgegen der Ankündigungen von über 1.000 Teilnehmern. Auf der Homepage und in Werbeflyern als Redner angekündigte Europa-Parlamentarier blieben der Veranstaltung fern. Auch bei anderen Protestaktionen, wie den sogenannten „Mahnwachen“ vor dem Moschee-Gelände in Köln, blieb das Mobilisierungspotenzial begrenzt und deutlich hinter den eigenen Erwartungen zurück. Auf der anderen Seite ist 'pro Köln*' seit der Kommunalwahl 2004 im Kölner Stadtrat vertreten. Bei der Kommunalwahl 2009 erreichte die Gruppierung 5,4% und zog mit fünf Mandaten in den Rat der Stadt sowie in alle Bezirksvertretungen ein.

'Pro NRW**' als Regionalpartei mit örtlichen Untergliederungen (Bezirks- und Kreisverbände) schaffte bei der Kommunalwahl 2009 ebenfalls den Einzug in insgesamt acht Stadt- sowie vier Kreistage mit jeweils 1,6 – 6,0% der Stimmen und ein bis drei Mandaten (überwiegend im Rheinland sowie Gelsenkirchen und Lemgo).

'Pro Köln*' und 'pro NRW**' zielen – wie im parlamentsorientierten Rechtsextremismus etwa der NPD üblich – auf politischen Einfluss und eine Art Meinungsführerschaft (kulturelle Hegemonie) in der Gesellschaft. Es geht zunächst darum, über die kommunale Ebene (Stadt- und Kreisparlamente) Mandate und damit politischen Einfluss zu gewinnen, um in einem nächsten Schritt in den Landtag einzuziehen und später möglicherweise sogar die Bundespolitik zu erreichen.

Nächste Ziele von 'pro NRW**

Nächstes selbsterklärtes Ziel ist die Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen. Der Vorsitzende Beisicht will dazu gemeinsam mit „anderen rechtsdemokratischen Parteien, islamkritischen Wählerinitiativen und Gruppen eine politische Plattform von

Rechts“ schaffen. Er wirbt dafür, dass ‘pro NRW‘ verbundene und in Nordrhein-Westfalen marginalisierte Parteien auf einen Wahlantritt verzichten und stattdessen „das erfolgsversprechende pro-Modell unterstützen“. Dieser Appell (‘pro NRW‘-Homepage 23. November 2009; Interview mit Beisicht) zielt offensichtlich vor allem auf die DVU* und ihr Wählerpotenzial und korrespondiert mit entsprechenden Signalen aus DVU*-Kreisen, die ebenfalls ihre Fühler zu den ‘pro*‘-Gruppierungen ausgestreckt haben.

So erklärt der DVU*-Vorsitzende Matthias Faust auf der Homepage der Partei, selbstverständlich dürften sich ‘pro NRW‘ und DVU* nicht bekämpfen. Die bisherigen Gespräche zwischen Vertretern beider Parteien seien stets sehr einvernehmlich verlaufen. Deshalb sei für ihn auch eine Kandidatur der DVU* bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nicht infrage gekommen.

Ein weiteres Beispiel ist der von den ‘pro*‘-Gruppierungen spektakulär bekanntgegebene Übertritt eines als NPD-Unterstützer bekannt gewordenen und zuletzt in die DVU* eingetretenen deutsch-schwedischen Unternehmers, der den Wahlkampf von ‘pro NRW‘ in beträchtlichem Maße finanziell unterstützen will.

3.2 Aktionsorientierter Rechtsextremismus – Neonazis

Der Neonazismus ist eine besondere Form des Rechtsextremismus. Er umfasst alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen und auf die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären bzw. totalitären Staates gerichtet sind. Sorge bereiten im neonazistischen Spektrum die sogenannten Autonomen Nationalisten, deren zunehmende Gewaltbereitschaft das besondere Augenmerk der Sicherheitsbehörden erfordert.

3.2.1 Ideologie der Neonazis

Neonazis richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen Parlamentarismus, Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, Ausübung der parlamentarischen Opposition und gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird von ihnen als das „gegenwärtig herrschende System“ bezeichnet, welches es zu überwinden gelte. Ihre Aktivitäten zielen eindeutig auf die Beseitigung der bestehenden Rechtsordnung bzw. der vorgenannten Verfassungsgrundsätze ab. Neonazis, die sich selbst als ‘Freie Nationalisten‘ oder als Teil des „Nationalen Widerstandes“ bezeichnen, fordern die Errichtung einer Staatsform und einer „Volksgemeinschaft“ auf den historischen

Grundlagen des 25-Punkte umfassenden Programms der NSDAP von 1920; sie streben einen totalitären, nationalistischen und rassistischen Führerstaat mit einer Einheitspartei an. Hinzu kommt die allen Rechtsextremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung der bestehenden Staatsform und ihrer Repräsentanten in der Absicht, die Demokratie in den Augen der Bevölkerung herabzuwürdigen.

Ein Beispiel für die unmittelbare Bezugnahme auf die NS-Ideologie:

.....
„Meine Rede möchte ich mit einem Zitat eines Deutschen Politikers beenden: ‘Alles auf der Erde ist zu bessern. Jede Niederlage kann zum Vater eines späteren Sieges werden. Jeder verlorene Krieg zur Ursache einer späteren Erhebung, jede Not zur Befruchtung menschlicher Energie, und aus jeder Unterdrückung vermögen die Kräfte zu einer neuen seelischen Wiedergeburt zu kommen, solange das Blut rein erhalten bleibt.’“ Aus Internet-Homepage: ‘Infoportal Dortmund’ (logr.org/dortmund/; Beitrag September 2009 über die „Antikriegstagsdemonstration am 5. September 2009 in Dortmund - Redebeitrag des Führungsaktivisten Dennis Giemsch)
.....

Der „deutsche Politiker“, den Giemsch hier zitiert, ist Adolf Hitler; übernommen aus „Mein Kampf“ (11. Kapitel „Volk und Rasse“).

Propagandathemen: rassistische und antisemitische Agitation – Leugnung des Holocaust

Propagandathemen innerhalb der politischen Zielsetzung der Szene sind die Ausländer- und Asylpolitik, die angebliche staatliche Verfolgung des „Nationalen Lagers“, zunehmend sozialpolitische Anliegen und – meist nur gruppenintern – die Verherrlichung der NS-Diktatur sowie rassistische und antisemitische Agitation. Hier ein Beispiel für die völkisch-rassistische Weltanschauung von Neonazis:

.....
„Der nationale Sozialismus ist zugleich Weltanschauung und Lebenshaltung [...]. Er geht vom Menschen in seiner biologischen Eigenart aus und bemüht sich vorurteilslos um die Erkenntnis der Wirklichkeit mit Hilfe eines biologischen, art- und naturgemäßen Denkens [...]. Er hat es sich zum Ziel gesetzt, eine Gemeinschaft von Menschen gleicher Art aufzubauen, deren Grundlage nicht menschliche Dogmen und ideologische Wahnvorstellungen sind, sondern die Gesetze des Lebens
.....

und der Natur. Als biologische Weltanschauung ist der nationale Sozialismus die Übertragung der Naturgesetze in die Welt, die Politik und Geschichte.“ Aus Internet-Homepage ‘Freies Netz Köln – Infoportal Nationaler Sozialisten’.

Ferner ein Beispiel für die Leugnung des Holocaust:

„Er ist einer von unzähligen Revisionisten, die die systematische Säuberung von Juden in der Zeit des II. WK [Weltkriegs, Anm. des Verfassers] bestreiten. Horst Mahler, einst antifaschistisches RAF-Mitglied, ist heute ein politischer Soldat für die Erkämpfung der Wahrheit über den Holodingsbums.“ Aus Internet-Homepage: ‘Kameradschaft Aachener Land’ (k-a-l.org; Beitrag März 2009 über den Holocaust-Leugner und NPD-Anwalt Horst Mahler)

3.2.2 Neonazistische Strukturen

Die Angehörigen der Neonazi-Szene stellen im gesamten Spektrum des Rechtsextremismus eine Minderheit dar.

Neonazis auf Bundesebene

Auf Grund vielfältiger vereinsrechtlicher Verbote von neonazistischen Gruppierungen in den 1990er Jahren organisiert sich die etwa 5.000 Personen umfassende bundesdeutsche Neonazi-Szene in loser Form. Zum einen handelt es sich um sogenannte ‘Freie Kameradschaften’, zum anderen um strukturlose Szenen. Die ‘Freien Kameradschaften’ werden in der Regel von einer Führungsperson nach dem „Führerprinzip“ geleitet. Der Stellenwert der jeweiligen Kameradschaft hängt in hohem Maße davon ab, welches Ansehen der Führungsaktivist in der Szene genießt.

Eine Ausnahme von der informellen Organisation der Neonazi-Szene bildet die bundesweit agierende ‘Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.’ (HNG) mit Sitz in Frankfurt/Main. Es handelt sich um einen Verein nach dem Vereinsgesetz. Ihre einzige Aufgabe sieht die HNG in der materiellen und ideellen Betreuung inhaftierter Gesinnungsgenossen. Dies geschieht im Wesentlichen durch ihre monatlich erscheinenden Publikation ‘Nachrichten der HNG’, die sie kostenlos den Inhaftierten zukommen lässt und in der die Leser regelmäßig aufgefordert werden,

.....
„die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten national denkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren. [...] Um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir möglichst viele Informationen zu den hier benannten Vorfällen. Dazu gehören auch die Namen von Staatsanwälten, Einsatzleitern der Polizei oder Richtern, die mit dem jeweiligen Vorgängen zu tun haben.“
.....

Es handelt sich um eine unverhohlene Drohung an Angehörige der Polizei und Justiz, sie bei einer Machtübernahme zu bestrafen.

Neonazis in Nordrhein-Westfalen

Die Bedeutung der vorhandenen Strukturen in Nordrhein-Westfalen beruht auf den guten überregionalen Kontakten der maßgeblichen Führungsaktivisten, dem daraus resultierenden Mobilisierungsgrad im Zusammenhang mit zentralen Veranstaltungen sowie der Bildung einer neuen Erscheinungsform um die Autonomen Nationalisten.

Die Zahl der erkannten Neonazis in Nordrhein-Westfalen liegt weiterhin bei etwa 500 Szeneangehörigen mit leicht steigender Tendenz. Dieser Anstieg ist insbesondere auf die wachsende Bedeutung der Autonomen Nationalisten zurückzuführen.

Die auf regionaler Ebene zu beobachtende ereignisbezogene Zusammenarbeit zwischen den 'Freien Nationalisten' und der NPD hat sich verstetigt. Hier kommt es vor Ort insbesondere auf die persönlichen Kontakte zwischen den Vertretern der 'Freien Kräfte' und der NPD an. Die vormals zu beobachtende dogmenartige Trennung zwischen NPD-Sympathisanten und NPD-Gegnern auf Seiten der 'Freien Nationalisten' wurde im Wesentlichen aufgegeben. Ideologische Differenzen, die zum Teil nur vorgeschoben erschienen und letztlich auch auf persönlichen Animositäten beruhten, rücken in Anbetracht der gemeinsamen „nationalen Sache“ in den Hintergrund.



Lokale und regionale Neonazigruppierungen

Trotz des leichten Anstiegs des neonazistischen Personenpotenzials insgesamt stagniert die Organisation der Szeneangehörigen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen von sogenannten 'Freien Kameradschaften'. Diese Form gibt es lediglich im Kreis Düren, im Rhein-Sieg-Kreis, in Köln und in Dortmund. Die Dortmunder Kameradschaft stellt insofern eine Besonderheit dar, als es sich bei ihren führenden Aktivisten in Personalunion zudem um die tonangebenden Autonomen Nationalisten in Nordrhein-Westfalen handelt.

Darüber hinaus existieren lokale Szenen im Oberbergischen Kreis, im Ennepe-Ruhr-Kreis, in den Kreisen Gütersloh, Kleve/Wesel, Unna, in Düsseldorf, Hamm, Euskirchen, im Raum Wuppertal, in Essen, in Recklinghausen/Marl und in Bochum/Witten/Hattingen. Hierbei handelt es sich größtenteils um sogenannte Mischszenen mit cliquenartigem Charakter, in die zum Teil Angehörige rechtsextremistischer Parteien und der Skinhead-Szene eingebunden sind.

Szene in Aachen/Düren

Die 'Kameradschaft Aachener Land' (KAL) gehörte 2009 erneut zu den aktivsten neonazistischen Gruppierungen in Nordrhein-Westfalen. Die aus der NPD hervorgegangene Gruppierung entfaltet ihre Aktivitäten vorwiegend im Kreis Düren und arbeitet auf lokaler Ebene mit der NPD zusammen.



Szene in Dortmund

Die Gruppierung 'Nationaler Widerstand Ruhrgebiet' rekrutiert ihre Anhänger aus dem Großraum Dortmund/Hamm. Die Führungsaktivisten gehören gleichzeitig den Autonomen Nationalisten in Nordrhein-Westfalen an und treten in diesem Zusammenhang als Wortführer in Erscheinung. Die Gruppierung verfügt über ein hohes Mobilisierungspotenzial in der umliegenden Region. Die Führungspersonen verfügen über weitreichende Kontakte innerhalb der neonazistischen Szene.

Szene im Rhein-Sieg-Kreis

Die in Bad Honnef ansässige 'Freie Kameradschaft Sturm-Rhein-Sieg' wird seit Jahren von einem bundesweit bekannten Neonazi geführt. Der Führungsaktivist trat 2004 im Zusammenhang mit der sogenannten „Volksfrontstrategie“ demonstrativ in die NPD ein. Als Volksfront wurde die Kooperation des parteilich organisierten Spektrums in der NPD und der DVU* mit den „freien Kräften“ der neonazistischen Kameradschaften verstanden – aus Sicht der NPD natürlich unter ihrer Führung. Die zahlenmäßig kleine Gruppierung lebt vor allem von der Reputation des Kameradschaftsführers in der bundesdeutschen Szene.

Kölner Szene

Nach der Entlassung des Kameradschaftsführers aus einer längeren Haft im April 2008 konnte die während dieses Zeitraums weitgehend inaktive 'Kameradschaft Walter Spangenberg Köln' erneut Fuß fassen. Die Gruppierung ist in hohem Maße auf den dortigen Führungsfunktionär fokussiert, der sich um eine Vernetzung der neonazistischen Szene im Rheinland bemüht.

3.2.3 Die Autonomen Nationalisten

Neben den „traditionellen“ Kameradschaften haben sich im Umfeld einer rechtsextremistischen Mischszenen seit 2005 auch in Nordrhein-Westfalen Gruppen gebildet, die sich selbst in Anlehnung an die linksextremistischen Aktivisten des „schwarzen Blocks“ als Autonome Nationalisten (AN) bezeichnen und in Auftritt, Kleidung und Habitus bewusst die entsprechende Symbolik übernehmen.



Aktions- und erlebnisorientierte Zielrichtung

Bei den Autonomen Nationalisten handelt es sich um eine neue Generation von Neonazis mit einer deutlich aktionsorientierten Ausrichtung. Sie rekrutieren sich fast ausnahmslos aus Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 23 Jahren. Die AN können in vollem Umfang der Neonazi-Szene zugeordnet werden, teilweise handelt es sich sogar um aktive Mitglieder bestehender Kameradschaften. Allerdings verfügen die AN über weitreichende Kontakte in die rechtsextremistische Szene sowie im geringen Umfang auch zu sogenannten erlebnisorientierten Jugendlichen als kurzfristiges, temporär ansprechbares Mobilisierungspotenzial. „Erlebnisorientierte

Jugendliche“ zeichnen sich dadurch aus, dass die Teilnahme an beispielsweise Demonstrationen nicht hauptsächlich erfolgt, um einer bestimmten politischen Ideologie Ausdruck zu geben. Vielmehr sind die Aufregung, die „action“ und gelegentlich der Reiz des Verbotenen Anlass zur Beteiligung an solchen Auseinandersetzungen.

Das Erscheinungsbild der AN – nämlich schwarze Bekleidung, Sonnenbrillen, Baseball-Kappen – wird bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen zunehmend von Rechtsextremisten der „klassischen“ Neonazi-Szene sowie NPD-Aktivisten kopiert. In der öffentlichen Wahrnehmung entsteht so der beabsichtigte, jedoch unzutreffende Eindruck eines – auch ideologisch – geschlossenen „schwarzen Blocks“.

Obwohl es Überschneidungen zu bestehenden neonazistischen Strukturen gibt, begreifen sich die Autonomen Nationalisten als separater Bestandteil der rechtsextremistischen Szene. Sie sehen sich als „politische Speerspitze“ und Gegenstück zu den Autonomen des linksextremistischen Spektrums. Deren Auftreten und Taktik ist aus Sicht der AN geeignet, bestimmte Ziele zu erreichen und wird deshalb kopiert.

Keine besondere ideologische Ausrichtung der AN

Bis heute finden allerdings keine nennenswerten internen Diskussionen über die besondere ideologische Ausrichtung der AN im rechtsextremistischen Spektrum statt. Ideologische Grundlage der AN ist – wie im neonazistischen Spektrum generell – ein rassenbiologisch geprägtes völkisches Menschenbild, aus dem kollektivistische Vorstellungen für einen autoritären Staatsaufbau hergeleitet werden.

Zunehmende Gewaltbereitschaft

Die Autonomen Nationalisten sind grundsätzlich gewaltbereit. Gewalt wird als Teil ihrer „Erlebniswelt“ verstanden, jedoch überwiegend situationsbedingt ausgelebt. Nach dem Selbstverständnis der AN ist die Anwendung von Gewalt durch ihre Aktivisten die Wahrnehmung eines vermeintlichen Selbstverteidigungsrechts gegen angebliche staatliche Repression und den politischen Gegner. Diese Stilisierung einer „Opferrolle“ dient jedoch zunehmend der allgemeinen Legitimation von Gewaltanwendung. Ob die AN die „Opferrolle“ verlassen und sich künftig (noch) kampfbereiter geben werden, wird zu beobachten sein.



Regionale Schwerpunkte der AN

Regionale Schwerpunkte der Autonomen Nationalisten in Nordrhein-Westfalen sind die Großräume Dortmund, Aachen und Köln.

3.2.4 Aktionsmuster und Ereignisse von herausragender Bedeutung in 2009

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen sind neben internen Schulungen das wesentliche Betätigungsfeld der Szeneangehörigen. Hierin besteht die einzige Chance, ihre Anliegen – quasi über Multiplikatoren – einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Aufgrund der Beobachtung durch Polizei und Verfassungsschutz sowie die Strafverfolgung durch die Justiz vermeiden es die Szeneangehörigen dabei aber regelmäßig, strafrechtlich relevantes Verhalten zu zeigen.

2009 wurden 23 Demonstrationen durchgeführt. Die Zahl der Teilnehmer schwankte: Zum Teil waren es nur wenige Aktivisten der örtlichen Szene, zum Teil kamen mehr als 700 Teilnehmer aus dem Bundesgebiet und dem Ausland zusammen. Schwerpunkt war das Ruhrgebiet.

Die Themenpalette der Veranstaltungen beschränkte sich dabei nicht auf die typischen rechtsextremistischen Inhalte (zum Beispiel „Befreiung ohne Revolution – Nationaler Sozialismus jetzt“, so das Motto der Demonstration am 1. Mai 2009 in Siegen), sondern umfasste auch sozialpolitische Themen (zum Beispiel die Forderung „Recht auf Zukunft – Arbeit, Freiheit, Brot durch nationalen Sozialismus“; Demonstration am 28. November 2009 in Recklinghausen) sowie die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, der Polizei und der Justiz unter dem Motto „Gegen Polizeiwillkür und Staatsterror“ bei der Demonstration am 22. Januar 2009 in Recklinghausen.



*Plakataufruf zur
Demonstration am
28. November 2009
in Recklinghausen.*

Demonstration am 4. April 2009 in Stolberg

Wie bereits im vergangenen Jahr führte die rechtsextremistische Szene im April eine Demonstration in Stolberg bei Aachen durch. Anlass ist ein Tötungsdelikt am 4. April 2008, bei dem ein 19-jähriger von einem Staatenlosen libanesischer Herkunft erstochen worden war. Obwohl nach dem abschließenden Ermittlungsergebnis kein Hin-

weis auf eine politisch motivierte Straftat vorliegt, wurde das Opfer unmittelbar nach der Tat von der rechtsextremistischen Szene als Märtyrer vereinnahmt.

Insgesamt nahmen 530 Personen (2008: 700 Personen) an der Aktion unter dem Motto „Gegen Ausländergewalt und Inländerfeindlichkeit – Mord Wut Widerstand“ teil. Nennenswerte Zwischenfälle waren wegen der hohen Zahl an eingesetzten Polizeibeamten nicht zu verzeichnen. Die Demonstranten rekrutierten sich vorwiegend aus Neonazis – darunter Autonome Nationalisten – und NPD-Aktivisten. Zahlreiche Teilnehmer waren aus dem Ruhrgebiet angereist. Als Versammlungsleiter fungierten ein NPD-Funktionär und ein Aktivist der Neonazi-Szene gemeinsam.

Gewalttätige Aktion der rechtsextremistischen Szene in Dortmund am 1. Mai 2009

Nachdem die für den 1. Mai 2009 in Hannover geplante zentrale Veranstaltung der bundesweiten Neonazi-Szene zum „Arbeiterkampftag“ durch das Oberverwaltungsgericht Niedersachsen rechtskräftig verboten worden war, hatte sich das neonazistische Spektrum in Nordrhein-Westfalen zunächst auf eine ebenfalls für diesen Tag angemeldete Demonstration in Siegen fokussiert. Deshalb versammelten sich ca. 300 Rechtsextremisten am Dortmunder Hauptbahnhof, um von dort nach Siegen weiterzufahren. Unvermittelt setzte sich die Gruppe dann aber in Richtung Dortmunder Innenstadt in Bewegung, wobei sich rund 100 Personen aus zwei Bussen anschlossen. Im weiteren Verlauf wurden Transparente entrollt, Parolen skandiert und Feuerwerkskörper gezündet. Zudem kam es zu Sachbeschädigungen.

Beim Zusammentreffen mit dem zeitgleich stattfindenden Demonstrationzug des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) kam es dann zu gewalttätigen Ausschreitungen von Rechtsextremisten. Nach Hinzuziehung starker Polizeikräfte konnte die Aktion der rechtsextremistischen Szene beendet werden, wobei es auch zu Angriffen auf die eingesetzten Beamten kam. Zahlreiche Rechtsextremisten wurden in Gewahrsam genommen. Gegen mehrere Hundert beteiligte Personen wurden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet.

Kundgebung der rechtsextremistischen Szene in Dortmund zum Anti-Kriegstag am 5. September 2009

Ein zunächst ausgesprochenes Verbot der auch in diesem Jahr unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“ in Dortmund geplanten

Demonstration der Neonazi-Szene wurde letztinstanzlich durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Die Stand-Kundgebung mit ca. 700 Teilnehmern (2008: ca. 1.200 Teilnehmer) aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland verlief mit starker Polizeipräsenz insgesamt störungsfrei.

Trotz des Rückgangs der Teilnehmerzahl handelte es sich bei dem sogenannten „Nationalen Anti-Kriegstag“ erneut um die größte Aktion von Rechtsextremisten in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2009. An den zahlreichen Gegenveranstaltungen beteiligten sich insgesamt über 4.000 Personen.

„Outingaktionen“ im Internet durch die rechtsextremistische Szene Dortmund

Seit Anfang 2009 werden auf einer dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnenden Internetseite wöchentlich Informationen über Personen veröffentlicht, die nach Auffassung der Betreiber dem linken politischen Spektrum zuzurechnen sind und angeblich „gegen rechts“ arbeiten. Es werden neben dem Namen und der Adresse auch Fotografien der betreffenden Personen eingestellt, die offensichtlich aus privaten Zusammenhängen stammen und vermutlich durch die Betroffenen in andere offene oder geschlossene Internetforen eingestellt wurden.

Die Aktion der rechtsextremistischen Szene bezieht sich auf eine entsprechende Internetaktion der 'Antifa Dortmund*' Ende 2008, bei der zu jedem Adventssonntag mehrere als Rechtsextremisten bezeichnete Personen mit persönlichen Daten und Fotografien veröffentlicht wurden. Dieses „Outing“ sollte offenbar zu Nachteilen im persönlichen und beruflichen Bereich der Rechtsextremisten führen. Aufmachung und Stil der Aktion der 'Antifa Dortmund*' sind von der rechtsextremistischen Homepage nachgeahmt worden.

Die technische Plattform der rechtsextremistischen Internetseite im Dortmunder Raum wird im Ausland betrieben. Mehrere Betroffene, die sich durch das „Outing“ bedroht fühlen, haben Strafanzeigen gestellt. Der strafrechtliche Zugriff durch die Polizei und Staatsanwaltschaft auf Betreiber von Internetseiten im Ausland, aber auch die Feststellung inhaltlich Verantwortlicher im Inland, ist allerdings schwierig.

3.3 Rechtsextremistische Skinheads

Entstehung und Entwicklung der Skinhead-Szene

Die Skinhead-Szene entstand Ende der 1960er Jahre in Großbritannien. Jugendliche aus der Arbeiterschicht begehrten gegen vermeintliche soziale Missstände und steigende Arbeitslosigkeit infolge der zunehmenden Rationalisierung in der Industrie auf. Ihre Zugehörigkeit zur Subkultur dokumentierten Skinheads durch ihr Äußeres: kahlgeschorene Schädel, Bomberjacken, schwere Arbeitsstiefel und Hosenträger. Die Aktivitäten der Skinheads der ersten Generation waren weitgehend unpolitisch und beschränkten sich im Wesentlichen auf Alkoholkonsum, den Besuch von Konzerten oder Fußballspielen und Gewalt. Die Skinhead-Szene machte vor allem in Großbritannien zunehmend mit immer härteren Gewaltexzessen von sich Reden, und damit nahm auch der gesellschaftliche und staatliche Druck auf die Subkultur zu. Dies hatte zur Folge, dass die erste Skinhead-Welle zu Beginn der 1970er Jahre verebte.

Erst gegen Ende der 1970er Jahre lebte die Skinhead-Kultur als Reaktion auf den kommerziellen Ausverkauf des in der Zwischenzeit entstandenen Punk auf. Kleidung, Musik und Verhalten der ersten Skinhead-Generation wurden aufgegriffen. Jedoch fanden nun viele Jugendliche Zugang zu der Subkultur, die vor allem durch die Gewalt angezogen wurden.

Die schlechte wirtschaftliche Situation Großbritanniens und die Verbindung der Themen Einwanderung und fehlende Arbeitsplätze für Jugendliche lösten eine zunehmende Politisierung dieser sogenannten Oi!-Bewegung aus, die durch die rechtsextremistische 'National Front' (NF) genutzt wurde. Ende der 1970er Jahre breitete sich die Skinhead-Subkultur in Europa und in alle Welt aus. Seit der Wiedervereinigung ist diese Szene auch in Deutschland eine bedeutende Größe.

Gewalt und Dresscode

Die Ursachen jugendlicher Gewalt sind vielschichtig und waren wiederholt Anlass soziologischer und kriminologischer Untersuchungen. Demnach wird die allgemeine Jugendkriminalität durch schwierige Familienverhältnisse, fehlende Erfolgserlebnisse und Misserfolge in Ausbildung und Beruf sowie durch gruppendynamische Zwänge begünstigt. Diese Faktoren treffen häufig auch auf rechtsextremistische Straftäter zu.

Nach wie vor nimmt die Öffentlichkeit von der vielschichtigen Skinhead-Szene hauptsächlich den starken rechtsextremistischen Flügel wahr, der sich nicht nur über sein provozierendes Äußeres und eine aggressive Musik definiert, sondern auch über neo-nazistische Ideologieelemente. Anders als bei den Neonazis zeigen sich diese nicht in erster Linie in einer primär ideologischen Argumentation, sondern auch in spontanen gewalttätigen Aktionen.

Äußerlichkeiten wie Kleidung oder Haarschnitt lassen heute allerdings keine eindeutigen Schlüsse auf eine Zuordnung zur Skinhead-Szene mehr zu. Einerseits gibt es viele unpolitische Jugendliche, die ein vermeintlich Skinhead-typisches Aussehen zeigen, ohne dem rechtsextremistischen Teil der Szene anzugehören. Diese Jugendlichen fühlen sich dem unpolitischen Teil der Skinhead-Bewegung – den sogenannten Oi!-Skins zugehörig – dem größeren Teil der Szene. Andererseits verlieren die altbekannten Dresscodes seit einigen Jahren immer mehr an Bedeutung. Insbesondere für den rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene ist es im Alltag einfacher, nicht durch offensichtliches Tragen von einschlägig bekannten Zeichen oder Haarschnitten eine politische Zuordnung möglich zu machen.

Rechtsextremistische Skinhead-Musikszene

Die Skinhead-Szene – wie auch jede andere Jugendsubkultur – wird von den szeneninternen Medien geprägt. Hierzu gehört insbesondere die Skinhead-Musik als ein wichtiges und identitätsstiftendes Element, sie wirkt als Integrations- und Aggressionsfaktor. Die mögliche Wirkung der Musik als Mittel der Indoktrination darf dabei nicht verkannt werden.

Dass Musik als Medium für die ideologische Beeinflussung von Jugendlichen verwendet werden soll, wird bereits in einem Zitat des Briten Ian Stuart Donaldson (auch als Ian Stuart bekannt) deutlich:

.....
„[Musik] berührt die jungen Leute, die von den Politikern nicht erreicht werden. Viele finden die Politik, parteipolitisch gesehen, langweilig, was teilweise stimmt. Es ist doch viel angenehmer, mit anderen ein Konzert zu besuchen und Spaß zu haben, als in eine politische Versammlung zu gehen.“
.....

Donaldson, Frontmann der britischen Band 'Skrewdriver', gründete 1987 die seit 2000 in Deutschland rechtskräftig verbotene 'Blood & Honour'-Organisation zur Verbreitung

rechtsextremistischen Gedankenguts durch Musik und zur Festigung der rechtsextremistischen Skinhead-Szene. Im September 1993 kam Donaldson mit zwei weiteren Bandmitgliedern bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Seitdem wird der schon zu Lebzeiten gefeierte „Skinhead-Führer“ in der Szene als Kultfigur verehrt.

Skinhead-Konzerte und sonstige Musikveranstaltungen (Lieder- oder Balladenabende) dienen der ansonsten weitgehend unorganisierten rechtsextremistischen Skinhead-Szene als Treffpunkt, um Pogo zu tanzen und Alkohol zu konsumieren, als Orte, an denen Kontakte geknüpft und ausgebaut werden und rechtsextremistische Propaganda verbreitet wird. Dabei üben die konspirative Vorbereitung der Konzerte und das Auftreten von Skinhead-Bands, die zum Teil strafrechtlich relevante Liedtexte darbieten, einen besonderen Reiz gerade auf jugendliche Teilnehmer aus. Auf den Konzerten werden auch Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten sowie Merchandising-Artikel (T-Shirts, Sweatshirts mit Bandaufdrucken etc.) verkauft. Auf den Konzertveranstaltungen werden die Lieder teilweise mit einer besonderen Art der Darstellung (zum Beispiel Zeigen des Hitlergrußes, Sieg-Heil-Rufe, Schwenken der Reichskriegsflagge) zur ideologisch-propagandistischen Interaktion mit der Zuhörerschaft vorgetragen. Die Bands spielen neben aktuellen, oftmals durch „verschärfte“ Passagen angereicherten Stücken auch indizierte Lieder, die innerhalb der Szene bestens bekannt sind. Im Verlauf von Skinhead-Konzerten werden auch immer wieder strafbare Handlungen begangen, meist sogenannte Propagandadelikte; allerdings ohne, dass die für eine strafrechtliche Verfolgung erforderliche Außenwirkung vorliegt.

Aufgrund von Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden, der Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien sowie einer allgemeinen sozialen Ächtung ist zu beobachten, dass politische Botschaften verhaltener formuliert und strafrechtlich relevante Textpassagen seltener werden.

Skinhead-Konzerte können nach der derzeitigen Rechtslage nur dann verboten werden, wenn konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen von Straftaten bestehen. Das bloße „Skinhead-Sein“ mit dem damit verbundenen provokativen Outfit und Verhalten – auch wenn der überwiegende Teil der Gesellschaft dieses ablehnt – begründet noch keine Maßnahmen von Polizei oder Verfassungsschutz.

Musikveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen

Im Jahr 2009 wurden in Nordrhein-Westfalen neun Musikveranstaltungen unterschiedlicher Art bekannt (Liederabende, Konzertveranstaltungen und private Feiern

unter Beteiligung von Skinhead-Bands). Es handelte sich um acht Skinhead-Konzerte mit einer Teilnehmerzahl von maximal 200 Personen und einen Liederabend. Die Mehrzahl der Veranstaltungen verlief ohne Außenwirkung. Ihre Vorbereitung erfolgte in den meisten Fällen konspirativ mit SMS oder E-Mail, mit denen die Veranstaltungsorte kurzfristig bekanntgegeben wurden. Dieses Verhalten der Organisatoren soll sicherstellen, dass geplante Veranstaltungen auch tatsächlich stattfinden können. Immerhin trägt der Veranstalter ein finanzielles Risiko – die Verhinderung eines Konzertes durch die Ordnungsbehörden hätte direkte wirtschaftliche Auswirkungen. Damit ist 2009 in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Vorjahr (18 Musikveranstaltungen) die Zahl der bekannt gewordenen und durchgeführten Musikveranstaltungen deutlich gesunken.

Die Organisation von Musikveranstaltungen in kleinerem Rahmen – sowohl in Bezug auf die Räumlichkeiten als auch auf den Teilnehmerkreis – stellt die Szene vor weniger Probleme als die Organisation von großangelegten Konzerten. Offensichtlich gab es jedoch – zumindest im zurückliegenden Jahr – ein gesunkenes Engagement von Personen, die bislang rege in die Organisation eingebunden waren, was eine direkte Auswirkung auf die Zahl der Konzerte in Nordrhein-Westfalen hatte. Auch im Jahr 2009 erfolgte die Organisation der Veranstaltungen nicht mehr ausschließlich durch Mitglieder der rechtsextremistischen Skinhead-Musikszene. Auch Personen aus dem erweiterten Neonazi-Spektrum versuchten sich an der Konzert-Organisation mit dem Ziel, durch die erwarteten Einnahmen eigene Aktionen zu finanzieren. Die bekannt gewordenen Veranstaltungen verliefen jedoch im kleinen Rahmen, jeweils ohne überregionale Mobilisierung. Es ist nicht davon auszugehen, dass hier eine lukrative Finanzierungsquelle für die rechtsextremistische Szene entstehen kann. Vielmehr ist bei diesen Veranstaltungen eher von einem Ereignis auszugehen, das den Zusammenhalt der örtlichen Szene fördert.

Die Teilnehmer der rechtsextremistischen Konzert- oder Liederabende kommen aus allen Landesteilen und nehmen auch weite Anfahrten auf sich. Dies zeigt die Beteiligung von Personen aus Nordrhein-Westfalen an rechtsextremistischen Musikveranstaltungen bundesweit. Im Jahr 2009 wurde bei insgesamt 29 der bundesweit etwa 130 durchgeführten Veranstaltungen eine Beteiligung aus Nordrhein-Westfalen bekannt – sei es durch den Auftritt einer nordrhein-westfälischen Band, sei es durch Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen. 2008 lag die Beteiligung bei 46 der etwa 130 bundesweit durchgeführten Veranstaltungen. In dieser Zahl sind die in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Konzerte enthalten.

Nach wie vor werden auch Konzertangebote im benachbarten Ausland wahrgenommen, weil die dortige Rechtslage die Durchführung derartiger Veranstaltungen erleichtert. Im Einzelnen verteilen sich die Veranstaltungen mit Beteiligung von Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen folgendermaßen:

Brandenburg	1
Hessen	1
Mecklenburg-Vorpommern	1
Saarland	1
Sachsen	4
Sachsen-Anhalt	3
Schleswig-Holstein	1
Thüringen	1
Benachbartes Ausland	7

Skinhead-Bands in Nordrhein-Westfalen

Namentlich bekannt sind aus Nordrhein-Westfalen weniger als 20 rechtsextremistische Skinhead-Bands. Dabei sind Bands, die mit Auftritten und CD-Veröffentlichungen aktiv in der Szene tätig sind – hier sind Bandmitglieder in Einzelfällen in organisierte Zusammenhänge eingebunden –, von den Bands zu unterscheiden, die sich als reine Studio-Projekte verstehen und keine Auftritte absolvieren. Außerdem ist in der recht unsteten und schnelllebigen Musikszene die Auflösung und Neugründung von Bands und das Betreiben von Nebenprojekten an der Tagesordnung, sodass hier eine ständige Bewegung herrscht.

Eine kontinuierliche und langjährige Aktivität in Nordrhein-Westfalen kann nur bei wenigen Bands – zum Beispiel 'Oidoxie' – festgestellt werden. Andere zeigen sporadische Aktivitäten mit längeren Phasen der Untätigkeit. Die Band 'Weisse Wölfe' zog vor allem Anfang der 2000er Jahre durch ihre CD „Weisse Wut“ und durch personelle Überschneidungen mit der Band 'Oidoxie' Aufmerksamkeit auf sich. Das wegen dieser CD anhängige Strafverfahren gegen Mitglieder der Band 'Weisse Wölfe' endete im November 2007 mit einem Freispruch für die Angeklagten. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass weder die Absicht, die im Ausland produzierte CD „Weisse Wut“ in Deutschland zu verbreiten, noch die Mitgliedschaft der Angeklagten in der Band zum Zeitpunkt der Produktion für eine Verurteilung ausreichend belegt werden konnte.

Skinhead-Zusammenschlüsse in NRW

Insgesamt ist der Skinhead-Szene eine straffe Organisationsstruktur fremd. Auch die Bemühungen von 'Blood & Honour', 'Combat 18' oder der 'Hammerskins' haben nicht zu festen Strukturen geführt. Zusammenschlüsse in der Skinhead-Szene – soweit es sie gibt – haben einen sehr engen regionalen Bezug und bestehen in einer losen Verbindung der örtlich ansässigen Skinheads. Es finden keine regelmäßigen und organisierten Veranstaltungen statt, wie es im Bereich der Kameradschaften üblich ist. Vielmehr gibt es anlassbezogene Treffen, gemeinsame Besuche von Musikveranstaltungen und Partys zu unterschiedlichen Gelegenheiten. Die Einbindung in eine solche regionale Gruppe schließt Aktivitäten in anderen, organisierten Zusammenhängen nicht aus, ist jedoch nicht Voraussetzung, um einen Zugang zur rechtsextremistischen Szene zu erhalten.

Vereinzelt verfügen Skinhead-Bands über ein stabiles Fanpotenzial, welches sich regelmäßig trifft oder mit der Band zu deren Auftritten unterwegs ist und Saalschutz-Aufgaben übernimmt. Diese Fangruppe setzt sich üblicherweise aus Personen des Band-Umfeldes oder auch guten Bekannten mit Bezug zur rechtsextremistischen Szene zusammen.

'Blood & Honour', 'Combat 18' und 'Hammerskins' in Nordrhein-Westfalen

Nach dem rechtskräftigen Verbot im Jahr 2001 sind bis heute keine Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen festzustellen, die den Fortbestand von Strukturen der 'Blood & Honour'-Organisation belegen würden. Zwar ist davon auszugehen, dass persönliche Kontakte/Freundschaften der damaligen 'Blood & Honour'-Mitglieder teilweise noch vorhanden sind, jedoch sind Organisationsstrukturen in Nordrhein-Westfalen nicht erkennbar.



Embleme der Organisationen 'Blood & Honour', 'Combat 18' und 'Hammerskins'.

Die Organisation 'Combat 18' wurde Anfang der 1990er Jahre als Schutztruppe gegen Übergriffe linker Gewalttäter in England gegründet. Nach dem Unfalltod Ian Stuart Donaldsons übernahmen Mitglieder von 'Combat 18' zunehmend die Führung bei 'Blood & Honour'. Die Bedeutung von 'Combat 18' ist inzwischen aufgrund geringer Mitgliederzahlen und erneuter Streitigkeiten zwischen den Führungsaktivisten der Organisation erheblich gesunken. Einzelne Angehörige der rechtsextremistischen

Szene in Nordrhein-Westfalen zeigen zwar eine gewisse Faszination für 'Combat 18', erkennbare Strukturen liegen aber nicht vor. Die Verwendung des Begriffes 'Combat 18' ist offensichtlich mit einem hohen Ansehen in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene verbunden und erfolgt daher wahrscheinlich mit dem Ziel, das eigene Ansehen aufzuwerten.

Die 'Hammerskins' wurden Mitte der 1980er Jahre in den USA gegründet. Erklärtes Ziel ist es, weltweit alle weißen und rechtsextremistischen Skinheads in einer Hammerskin-Nation zu vereinigen. 'Hammerskins' vertreten rassistische Grundeinstellungen und betrachten sich selbst als Elite der Skinhead-Bewegung. In Nordrhein-Westfalen liegen keine Erkenntnisse über die Existenz einer 'Hammerskin'-Organisation vor.

Ausblick

Obwohl im Jahr 2009 die bekannte Personenzahl der Skinhead-Szene nicht gestiegen ist, bleibt sie ein wichtiges Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes.

Aus dieser unstrukturierten Szene stammen die Teilnehmer bei den unterschiedlichen Musikveranstaltungen und hieraus kann sich auch der Nachwuchs für die verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen rekrutieren. Dabei ist völlig offen, ob ein Übergang in organisierte Strukturen stattfindet, oder in welche Richtung sich ein vertieftes Engagement entwickelt. Findet ein Jugendlicher zunächst über die lose Struktur der örtlichen Skinhead-Szene einen Zugang zu Konzerten, so können sich hieraus eine Ideologisierung und die aktive Beteiligung an der rechtsextremistischen Szene ergeben. Es können erste Kontakte zu örtlichen Kameradschaften entstehen, verbunden mit regelmäßiger Teilnahme an den Kameradschaftsabenden oder an Demonstrationen und anderen Aktivitäten. Dies ist jedoch keine zwangsläufige Entwicklung. Ein herausragendes Engagement rechtsextremistischer Parteien oder der Kameradschaften im Rahmen der Organisation von Skinhead-Konzerten kann bislang nicht festgestellt werden.

3.4 Rechtsextremistische Vertriebe und Versandhandel

Über die Musik versucht die rechtsextremistische Szene sowohl auf ideologisch Interessierte als auch erlebnisorientierte Mitglieder und Interessenten Einfluss zu nehmen. Die Texte dienen als Transportmittel für das rechtsextremistische Gedankengut. Rechtsextremistische Musik fördert den Zusammenhalt und festigt die Ideologie

der Szene. Gleichzeitig wird sie von der Szene als Lockmittel zur Nachwuchswerbung eingesetzt. Zielgruppe sind insbesondere ideologisch noch nicht gefestigte Jugendliche, die auf diesem Weg zum Einstieg in die rechtsextremistische Szene verleitet werden sollen.

Durch ihre finanzielle und logistische Unterstützung tragen rechtsextremistische Musikvertriebe maßgeblich zur Nachwuchswerbung bei. So wurden mehrere

sogenannte „Schulhof-CDs“ und Schülerzeitungen mit rechtsextremistischen Inhalten realisiert und an Jugendliche kostenlos verteilt. Darüber hinaus ist die Vermarktung von Musik mit rechtsextremistischen Texten sowie Szene-Artikeln nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die rechtsextremistische Szene. Einige Vertriebe unterstützen die Szene nach eigenen Angaben mit einem Teil ihrer Verkaufserlöse. Sie sichern sich dadurch einerseits eine hohe Glaubwürdigkeit als Mitstreiter innerhalb der Szene, andererseits dürfte auch die Hoffnung auf dieses positive Image und damit auf eine Erweiterung des Kundenkreises eine Rolle spielen. Viele Inhaber rechtsextremistischer Musik-Vertriebe bestreiten ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Szene-Produkten oder betrachten den Handel als einen lukrativen Nebenverdienst zu ihrem anderweitig erzielten Einkommen. Auch Einzelpersonen aus der rechtsextremistischen Skinhead-Szene versorgen sich bei den bekannteren Versandhändlern mit CDs und Merchandising-Artikeln, um diese zum Beispiel auf Konzerten oder über Internet-Auktionsplattformen gewinnbringend weiterzuverkaufen.

Mit bundesweit etwa 70 (im Vorjahr etwa 80) rechtsextremistischen Vertrieben ist die Zahl 2009 im Vergleich zum Vorjahr erneut rückläufig. In Nordrhein-Westfalen sind derzeit sechs Vertriebe aktiv (2008: sieben). Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf eine weitere Konsolidierung der Vertriebszene durch Firmenübernahmen zurückzuführen.

Ein Großteil der Vertriebe nutzt das Internet als Plattform nicht zuletzt, weil sowohl Verkäufer wie Käufer eine persönliche Konfrontationen mit dem politischen Gegner beim Onlinekauf nicht befürchten müssen. Durch die anonyme Abwicklung des Kauf-



CD-Cover diverser Bands aus der Skinhead-Szene.

vorgangs wird der Handel auch für Interessenten attraktiv, die aufgrund persönlicher Hemmschwellen vor einem Einkauf bislang zurückgeschreckt waren.

Zudem bietet das Internet die Möglichkeit digitale Inhalte, zum Beispiel Handyklingeltöne sowie Musik-Alben im MP3-Format zu vermarkten. Ein nordrhein-westfälischer Vertrieb hat bereits viele Tonträger digitalisiert und stellt sie neben Klingeltönen gegen Bezahlung zum Download bereit.

Warenangebot



Neben Tonträgern rechtsextremistischer Musikgruppen und Liedermacher bieten rechtsextremistische Vertriebe auch Kleidungsstücke, Aufnäher und andere Devotionalien an. Einen Großteil ihres Umsatzes erzielen solche Unternehmen mit dem Verkauf szenetypischer Textilien. Insbesondere Kleidungsstücke mit politischen Parolen finden innerhalb

der Szene großen Anklang. Der Anteil der Tonträger am Gesamtumsatz und -gewinn ist hingegen rückläufig. Die Ursache liegt hauptsächlich in der Vervielfältigung auf privater Ebene (Brennen von CDs und Tausch von Musiktiteln über Internet-Tauschbörsen). Die Besitzer von Skinhead-Musikvertrieben haben auf diese Entwicklung reagiert und ihre Produktpalette umgestellt beziehungsweise erweitert.



Manche Vertriebe haben auch Fußballfans mit Hooligan-Affinität als Zielgruppe ausgemacht und bedienen diese mit entsprechenden Textilien. Ein nordrhein-westfälischer Vertrieb bietet auch Panzermode, Deko-Waffen, Elektroschocker, Artikel mit Bezügen zu nordischer Mythologie, Heidentum und Runenkunde, Tarnbekleidung sowie übliche Outdoor-Ausrüstung (Zelte, Decken, Schlafsäcke), Rucksäcke, Taschen und Trinkhörner an. Bei mehreren Vertrieben können die Kunden zudem ihre Textilien mit individuellen Motiven und Schriftzügen bedrucken oder besticken lassen.



3.5 Rechtsextremismus im Internet

Rechtsextremisten verfolgen mit ihrer Präsenz im Internet insbesondere folgende Ziele:

- : Selbstdarstellung und Propaganda
- : Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung
- : szeninterne Kommunikation, informationelle Vernetzung und Mobilisierung
- : kommerzielle Zwecke.

Rechtsextremisten nutzen das Internet auf vielfältige Art. Internetveröffentlichungen können mit entsprechenden, häufig kostenlosen Programmen inzwischen auch ohne besonderes technisches Vorwissen optisch ansprechend vorgenommen werden. Auf diese Weise kann mit wenig Aufwand ein großer Adressatenkreis erreicht werden. Auch Mobiltelefone mit Internetzugang werden von Rechtsextremisten für die Verbreitung von Informationen genutzt. Unter anderem setzen Rechtsextremisten sie zur kurzfristigen Information sowie zur Steuerung von Demonstrationsteilnehmern ein. Mit web-basierten Diensten wie dem weltweit verbreiteten Microblogging-Dienst „Twitter“, können auch von unterwegs viele Empfänger erreicht werden.

Sowohl Einzelpersonen des rechtsextremistischen Spektrums als auch alle wesentlichen rechtsextremistischen Parteien (teilweise einschließlich der Landes-, Kreis- und Ortsverbandsebene) sowie Publikationen und sonstige Organisationen sind im Internet vertreten. Vielfach verlinken sich Webseiten mit rechtsextremistischen Inhalten untereinander und erhöhen so ihren Bekanntheitsgrad innerhalb der Szene.

Speziell Weblogs – auf Webseiten geführte und öffentlich einsehbare Tagebücher – gewinnen unter den rechtsextremistischen Internetpräsenzen zunehmend an Bedeutung, da sie eine besonders schnelle und einfache Publikation von Informationen ermöglichen. Über entsprechende Software und Dienstanbieter können Inhalte schnell und einfach hochgeladen und aktualisiert werden. Insbesondere der Weblogging-Dienst 'Logr.org*' wird von vielen – auch internationalen – neonazistischen Gruppierungen zur Publikation genutzt. Mutmaßlicher Betreiber von 'Logr.org*' ist eine in der Szene bundesweit anerkannte Führungspersonlichkeit der AN, die gleichzeitig einen Neonazi-/AN-Propaganda-Vertrieb betreibt.



Beispiel einer Weblogs-Internetseite unter logr.org.

Mit etwa 1.000 deutschsprachigen Homepages im Jahr 2009 ist die Zahl der Internetseiten mit rechtsextremistischen Inhalten im Vergleich zu den Vorjahren weitgehend unverändert geblieben. Gleichwohl ist eine regelmäßige Fluktuation des Angebots feststellbar. Insbesondere Webseiten von Einzelpersonen sind oft nur kurzzeitig im Netz verfügbar. Dies liegt insbesondere daran, dass diese ihre Webseiten häufig über Anbieter von kostenlosem Speicherplatz ins Internet einstellen. Viele dieser Anbieter schließen in ihren Geschäftsbedingungen extremistische Inhalte aus und sperren solche Seiten, nachdem sie hierüber Kenntnis erhalten haben. Ferner werden Mobilisierungsseiten zu Demonstrationen häufig nur zeitnah vor dem anstehenden Ereignis geschaltet und nach der Veranstaltung wieder aus dem Netz entfernt.

Die inhaltliche Bandbreite rechtsextremistisch motivierter Internetpräsenzen ist umfangreich. Sie reicht von Seiten, die offen strafrechtlich relevante Inhalte zeigen, bis zu Seiten, deren rechtsextremistischer Hintergrund nur schwer erkennbar ist. Insbesondere auf revisionistischen Seiten wird versucht, über ein pseudowissenschaftliches Erscheinungsbild die wahren Absichten – die Verharmlosung bzw. Leugnung des Holocaust – zu verschleiern. Ferner machen sich Rechtsextremisten auch Themenfelder zu eigen, die bislang überwiegend von der politischen Linken besetzt waren. Neben globalisierungskritischen Inhalten werden zum Beispiel Umwelt- und Tierschutzthemen aufgegriffen.

Nutzung moderner Web-Techniken durch Rechtsextremisten

Rechtsextremistische Internetangebote folgen der allgemeinen multimedialen Entwicklung des World Wide Web (WWW), indem sie vielfältige szenetypische Musik- und Videoinhalte auf ihren Seiten einbinden. Insbesondere auf Webseiten aktionsorientierter rechtsextremistischer Gruppierungen werden Videos von Demonstrationen und anderen Aktionen zum Download angeboten. Diese multimedialen Elemente sollen nicht nur die Attraktivität der Seiten steigern – sie dienen vielmehr als essenti-

elles Mittel der Nachwuchswerbung in einer jungen Zielgruppe. Auch darüber hinaus werden interaktive Web-Dienste und -Techniken für ihre Zwecke genutzt. Über Weblogs, Videoportale und soziale Netzwerke können schnell eigene Textbeiträge oder Videosequenzen veröffentlicht werden. Außerdem werden in großem Umfang unpolitische Videoportale zur Verbreitung von Filmen und Musikstücken mit rechtsextremistischen Inhalten genutzt. Das Ziel ist hierbei, über die rechtsextremistische Szene hinaus einen möglichst großen Adressatenkreis anzusprechen. Die veröffentlichten Videos unterscheiden sich in ihrer Machart zum Teil deutlich. Während offensichtlich privat erstellte Szene-Videos häufig mit Filmsequenzen aus der NS-Zeit und mit Skinhead-Musik hinterlegt sind, steht bei Videos mit Partei- und Organisationsbezug die Verbreitung ideologischer Inhalte eindeutig im Vordergrund.

Einen elementaren Bestandteil szenointerner Kommunikation stellen weiterhin Internet-Foren dar. Viele rechtsextremistische Webseitenbetreiber bieten den Besuchern ihrer Homepage eine solche Diskussionsplattform, über die Szeneanhänger online miteinander kommunizieren können. Einige Betreiber rechtsextremistischer Foren sind dazu übergegangen, den Zugang zu den Foreninhalten oder Teilbereichen nur noch angemeldeten Nutzern zu ermöglichen. Deutschsprachige Foren weisen vereinzelt Nutzerzahlen im vierstelligen Bereich auf. Zu den bedeutendsten und meistfrequentierten deutschsprachigen Foren zählt das 'Thiazi'-Forum, in dem regelmäßig strafrechtlich relevante Nutzerbeiträge festzustellen sind.

Exekutivmaßnahmen gegen rechtsextremistisches Internetradio 'European Brotherhood Radio'

Am 12. März 2009 wurden gegen das ins Internet gestellte rechtsextremistisches Audioprogramm 'European Brotherhood Radio' in mehreren Bundesländern, darunter Nordrhein-Westfalen, Durchsuchungsbeschlüsse und Haftbefehle vollstreckt. Den Beschuldigten wurde unter anderem vorgeworfen, unter Ausnutzung der Anonymität des Internets ein rechtsextremistisches Onlineprogramm betrieben zu haben. Zudem hatten die Betreiber Anleitungen zur Herstellung von Sprengsätzen im Internet veröffentlicht. Das im Jahr 2005 gegründete 'European Brotherhood Radio' sendete ausschließlich „rechte“ Musik, die häufig die Straftatbestände der Volksverhetzung, der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, der Gewaltdarstellung und des Jugendschutzgesetzes erfüllte. Ferner wurden mehrmals wöchentlich eigene Sendungen ins Netz gestellt, in denen die Moderatoren auch selbst strafbare Parolen

äußerten und den Holocaust leugneten. Hinzu kamen volksverhetzende Äußerungen gegen Juden, Ausländer, Demokraten, Punks, Linke oder Homosexuelle.

Am 30. November 2009 wurden die Beschuldigten durch das Landgericht Berlin zu Freiheitsstrafen von einem bzw. zu zwei Jahren und neun Monaten verurteilt. Vier der insgesamt sieben Verurteilten haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

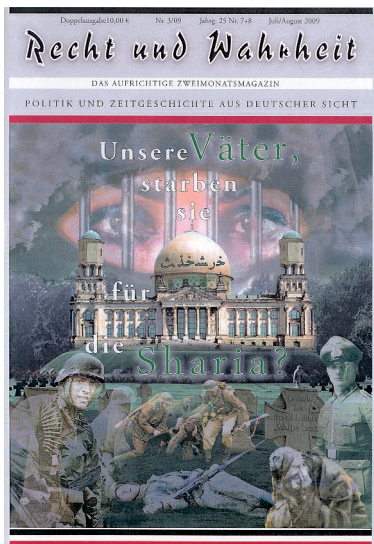
3.6 Diskursorientierter Rechtsextremismus – Revisionismus

Zu den rechtsextremistischen Agitationsschwerpunkten zählt anhaltend das Themenfeld Revisionismus. Das zentrale Anliegen der Revisionisten ist die politisch motivierte Umdeutung der Zeit des Nationalsozialismus durch leugnende, relativierende oder verharmlosende Darstellungen. Auf diese Weise soll ein pseudowissenschaftliches Bild entstehen. Langfristige Zielsetzung ist die Rehabilitation der nationalsozialistischen Ideologie.

Im Mittelpunkt der revisionistischen Geschichtsumschreibungen stehen die Verharmlosung der deutschen Kriegsschuld und seit Ende der 1960er/1970er Jahre die Leugnung des Massenmords an den Juden durch Gas. Diese Argumentation, bei der eine antisemitische Ausrichtung dominiert, konzentriert sich vorwiegend auf das Lager Auschwitz, das zu dem Symbol für den Massenmord an den Juden geworden ist.

So heißt es beispielsweise in dem Periodikum 'Recht und Wahrheit*' in der Ausgabe Nr. 3/09, Juli/August 2009 unter der Überschrift „Die alliierte Umerziehung“:

.....
„Unter dem Vorwand der >Aufklärung< wurde so jahrzehntelang eine einseitige Verbiegung der Geschichte zu Lasten Deutschlands vorgenommen, wobei insbesondere die Allein- und Hauptschuld der Deutschen am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und an furchtbaren



Zeitschrift: 'Recht und Wahrheit', Ausgabe Nr. 3/09. Im Titel heißt es: „Unsere Väter, starben sie für die Sharia?“

Kriegsverbrechen zu behaupten und mit zahlreichen Fälschungen zu beweisen und zu vergrößern versucht wurde.“

Internationales Phänomen

Obwohl der Revisionismus die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland zum Gegenstand hat und als ideologisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus fungiert, stellt dieses Agitationsfeld eine internationale Erscheinung dar, deren zentrale Kommunikationsplattform das Internet bildet. Zahlreiche Protagonisten sind entweder Ausländer oder deutsche Revisionisten, die aufgrund strafrechtlicher Verfolgung in den vergangenen Jahrzehnten ihren Wohnsitz und ihre Aktivitäten ins Ausland verlagert haben, von wo sie über das Internet schnell und gegebenenfalls anonym agieren können. Außerdem fühlen sie sich bei einer Verbreitung der in Deutschland verbotenen Propaganda über ausländische Internetprovider vor strafrechtlicher Verfolgung – vermeintlich – sicher.

Strafverschärfungen und konsequente Strafverfolgung

Die zunehmend konsequente und verschärfte Strafverfolgung von Volksverhetzungsdelikten, auch solchen, die über das Internet begangen werden, hat sich in Deutschland, den USA, Kanada und Belgien bewährt. In Deutschland zeigte die Änderung zum § 130 StGB Wirkung, mit der die sogenannte einfache Auschwitz-Lüge bzw. ein den öffentlichen Frieden störendes Billigen, Verherrlichen oder Rechtfertigen der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft für strafbar erklärt wurde. Veröffentlichungen, die den Holocaust leugnen, wurden zunehmend beschlagnahmt, gleichzeitig wurden zahlreiche Holocaust-Leugner verurteilt. Deshalb und wegen der zusätzlich ausgesprochenen Vereinsverbote gingen bei uns die Kampagnen und Veröffentlichungen mit revisionistischer Agitation sowie die Herstellung und der Vertrieb revisionistischer Schriften zurück.

Holocaust-Leugner sehen sich in Märtyrerrolle

Die Strafverfolgung wird von der Revisionisten-Szene als Grundrechtseinschränkung bzw. als Kriminalisierung angesehen. Rechtskräftig verurteilte Holocaust-Leugner sehen sich daher in einer Märtyrerrolle und prangern die Bundesrepublik Deutschland als „Unrechtsstaat“ an bzw. bezeichnen sie als „System der alliierten Fremdherrschaft“, in dem es keine Meinungsfreiheit und keine Unabhängigkeit der Strafgerichte

gebe. Seit Jahren wird diese Auffassung auch auf der deutsch- und englischsprachigen Homepage des 'National Journal' vertreten, die in den USA betrieben wird. Laut Impressum wird sie von der Redaktionsgemeinschaft „Die Freunde im Ausland“ herausgegeben. Diese Internetseite umfasst neben den genannten Themenfeldern umfangreiche Artikel mit revisionistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Aussagen. So lauteten beispielsweise im Januar und Oktober 2009 veröffentlichte Artikelüberschriften:



.....
„Die Angst vor fälschungsfreier Geschichte treibt die ‘Demokraten’ zu neuen Verbots-Exzessen.“

In den Artikeln wird behauptet:

.....
„In der BRD sind Originaldokumente aus der Hitlerzeit nur dann erlaubt, wenn sie von den Auftragshistorikern mit aufwendigen Elaboraten verfälscht bzw. ins Gegenteil dessen verkehrt worden sind, was sie in Wirklichkeit aussagen.“

.....
„Die Restdeutschen in der BRD wissen fast alle, dass es in diesem Land zwei Wahrheiten gibt. Die politische und die tatsächliche. Besonders deutlich kam das bislang bei der brutalen Verfolgung und Inhaftierung von freien Holocaust-Forschern zutage, [...]. Auch der dümmste der politisch-korrekten BRD-Untertanen müsste [...] jetzt begreifen, dass in der BRD die Wahrheit kriminalisiert wird. Es herrscht in der Tat eine fast beispiellose Wahrheitsverfolgung.“

Vereinsverbote gegen ‘Collegium Humanum’ und den ‘Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten’

Am 7. Mai 2008 hat der Bundesinnenminister den ‘Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten’ (VRBHV) sowie das Vlothoer ‘Collegium Humanum’ (CH) und die ‘Bauernhilfe’ verboten, da ihre Zwecke und Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwider laufen und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. Die gegen das Verbot des CH und der ‘Bauernhilfe’ angestregten Klagen

wurden im August 2009 zurückgewiesen. In zahlreichen Beiträgen in der Vereinszeitschrift des CH ('Lebensschutz-Informationen LSI – Stimme des Gewissens' (LSI)), so das Gericht, werde die eindeutig erwiesene geschichtliche Tatsache des Genozids an den deutschen und europäischen Juden geleugnet oder jedenfalls verharmlost. Außerdem richte sich das CH gegen die verfassungsmäßige Ordnung, weil es eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus aufweise.

Einer der Mitbegründer des verbotenen VRBHV, der 67-jährige österreichische Holocaustleugner Gerd Honsik, wurde am 27. April 2009 in Wien zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Ihm wird zur Last gelegt, von Spanien aus nationalsozialistisches Gedankengut verbreitet zu haben.

Verurteilungen von Revisionisten

Der im Zusammenhang mit den verbotenen Vereinen CH und VRBHV bekannte Rechtsextremist Horst Mahler wurde im März 2009 vom Landgericht Potsdam wegen Volksverhetzung in mehreren Fällen erneut zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren und zwei Monaten verurteilt. Zudem wurde Mahlers Verurteilung durch das Münchener Landgericht rechtskräftig, das ihn wegen Volksverhetzung in drei Fällen zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt hatte. Hintergrund dieses Strafverfahrens war eine Selbstanzeige Mahlers, der CDs mit antisemitischen und holocaustleugnenden Inhalten versandt hatte. Schließlich wurde Mahler inzwischen von der Berliner Anwaltskammer endgültig die Zulassung als Anwalt entzogen.

Einer der einflussreichsten deutschen Holocaustleugner, Gernar Rudolf, wurde am 5. Juli 2009 aus der Justizvollzugsanstalt Rottenburg am Neckar nach Verbüßung einer 30-monatigen Haftstrafe entlassen. Das Landgericht Mannheim hatte ihn am 15. März 2007 wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt worden. In Rudolfs Verlagen 'Castle Hill Publishers' und 'Theses and Dissertations Press' erscheinen deutsch- und englischsprachige revisionistische Bücher.

Aktuelle Entwicklungen in der Revisionisten-Szene

Als ein Versuch der weltweit agierenden Revisionisten-Szene nach den Rückschlägen der vergangenen Jahre und einer defensiven Phase wieder offensiv zu agieren, stellte sich Anfang 2009 ein von dem australischen Holocaustleugner Dr. Frederick Töben am 30. Januar 2009 in Teheran veröffentlichtes Gespräch mit dem iranischen

Revisionisten Mohammad Ali Ramin dar. Darin forderte Töben die Deutschen auf, den Völkermord an den Juden im Zweiten Weltkrieg öffentlich zu leugnen und sich anschließend selbst anzuzeigen. Weiter erklärte er, in Deutschland werde die „Wahrheit“ in Bezug auf den Holocaust unterdrückt und es bestünden aktuell trotz großer Opferbereitschaft besondere Schwierigkeiten für Revisionisten im Kampf für die gemeinsame Sache. Töben wurde im Mai 2009 von einem Gericht im australischen Adelaide zu einer Haftstrafe von drei Monaten verurteilt. Er hatte eine seit 2002 bestehende Anordnung ignoriert, antisemitische und rassistische Hetzschriften von der Homepage des 'Adelaide Instituts' zu entfernen.

3.7 Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten

Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Juli 2001 ein Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten gestartet. Mit dem Programm sollen die zahlreichen präventiven behördlichen Maßnahmen durch das Angebot an Rechtsextremisten ergänzt werden, die rechtsextremistische Szene mit staatlicher Hilfe wieder verlassen zu können. Hierfür hat die Landesregierung im Bürger- und Service Center „Call NRW“ bei der Staatskanzlei eine telefonische Kontaktmöglichkeit geschaffen (Tel.: 0180 3 100 110). Hierbei wird eine Verbindung zu einer eigens ausgewählten Vertrauensperson – dem Aussteigerbetreuer – des Innenministeriums hergestellt, der für jeden Einzelnen ein persönlich zugeschnittenes Ausstiegskonzept entwickelt und bei dessen Umsetzung hilft. Die Ausstiegshilfen umfassen die Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche, Unterstützung bei Qualifizierungsmaßnahmen (beispielsweise bei der Erlangung des Führerscheins oder eines Ausbildungsabschlusses), psychologische Hilfe, Eingliederung in Entziehungsmaßnahmen, die Hilfe bei Familienzusammenführung, Umzugshilfen und Haftbetreuung.

Durch die gemeinsamen Anstrengungen von Verfassungsschutz, Polizei und Justiz ist es gelungen, bis Ende 2009 über 180 Personen in das Programm aufzunehmen. Die Ausstiegswilligen sind zumeist arbeitslos und stammen aus belasteten Familiensituationen. Die Mehrheit der Aufgenommenen war bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten. Viele von ihnen haben die rechtsextremistische Szene inzwischen endgültig verlassen.

4 Linksextremismus³³

Linksextremismus bezeichnet das aktive Wirken für eine politische Überzeugung, die eine umfassende und tiefgreifende Umwälzung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorsieht. Am Ende dieser Veränderung soll ein klassenloses sozialistisches/kommunistisches Gesellschaftssystem stehen, in dem jeder Mensch – unabhängig von seiner Herkunft, seinem Geschlecht oder der Zugehörigkeit zu einer Religion oder einem Staat – frei von Herrschaft durch andere Menschen sein soll.

Verfassungsfeindlichkeit

Zum Erreichen ihrer Ziele wollen Linksextremisten den Kernbereich der durch das Grundgesetz vorgegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik abschaffen oder zumindest in Teilen aufheben. Sie verfolgen Ziele, die gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen und sind deshalb verfassungsfeindlich.

Einig sind sich Linksextremisten aller Schattierungen darin, dass es die bürgerlich-kapitalistische Demokratie zu überwinden gilt. Die Verwirklichung linksextremistischer Utopien hätte die Aufhebung im Grundgesetz verankerter Werke und Inhalte zur Folge. Unsere garantierten Grundrechte und die parlamentarische Demokratie wären genauso beeinträchtigt wie Pluralismus, Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip – je nach ideologischer Ausrichtung in unterschiedlicher Intensität.

Allgemein lassen sich im Linksextremismus ebenso wie im Rechtsextremismus drei grundlegende Formen Extremismus erkennen:

- : der parlamentsorientierte Linksextremismus,
- : der aktionsorientierte Linksextremismus und
- : der diskursorientierte Linksextremismus.

³³ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies durch eine Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

Dem parlamentsorientierten Linksextremismus geht es vor allem um die Erlangung von Einfluss im parlamentarischen Raum bzw. auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Im Ergebnis soll der demokratische Verfassungsstaat unter formaler Beachtung demokratischer Regeln und zum Teil unter Ausnutzung des grundgesetzlich garantierten Schutzes der Parteien (Parteienprivileg) abgeschafft werden. Parlamentsorientiert sind zum Beispiel die DKP, die MLPD und die Partei 'DIE LINKE.*'. Diese versuchen auf parlamentarischem Weg und durch die Teilnahme an Wahlen politischen Einfluss zu gewinnen, um ihre ideologischen Vorstellungen durchzusetzen. Allerdings hindert sie diese Vorgehensweise nicht daran, teilweise sehr intensiv mit aktionsorientierten Gruppen zusammenzuarbeiten oder dies sogar als „zweites Standbein“ zu betrachten.

Die derzeit bestehenden linksextremistischen Parteien verfolgen verschiedene ideologische Richtungen. Ihre unterschiedlichen Ansätze verhinderten bisher in der Regel ein gemeinschaftliches Auftreten.

Nicht alle linksextremistischen Parteien legen ihren Schwerpunkt auf parlamentarische Repräsentanz. Obwohl sie bei Wahlen kandidieren, sind sie sich ihrer geringen Erfolgssaussichten bewusst und wollen daher ihre politischen Ziele vor allem über den außerparlamentarischen Kampf erreichen. Durch Bündnisarbeit und Einflussnahme auf soziale Bewegungen wollen sie auf Veränderungen hinwirken.

Einer der umstrittensten Punkte dabei ist die Anwendung von Gewalt als Mittel zum gesellschaftlichen Umsturz. Häufig wird die politisch motivierte Gewalt als legitimes und geeignetes Mittel angesehen, um linksextremistische Vorstellungen zu verwirklichen. Aus taktischen Erwägungen sieht man in der derzeitigen gesellschaftlichen Lage aber davon ab. Falls aber eine sogenannte „revolutionäre Situation“ soweit fortgeschritten sein sollte, dass Gewalt als dienlich erachtet wird, um den angestrebten Umsturz zu verwirklichen, würde sie von denjenigen, die Gewalt grundsätzlich bejahen, – zumindest den programmatischen Aussagen zufolge – auch angewandt.

Überwiegend keine Probleme mit der Ausübung von Gewalt hat der aktionsorientierte Linksextremismus, der sich als Machtausübung im sichtbaren öffentlichen Raum artikuliert. Zum sichtbaren öffentlichen Raum gehört vor allem die „Straße“. Insbesondere Autonome legen daher ihren Aktionsschwerpunkt in die Organisation und Durchführung von Demonstrationen und vergleichbaren öffentlichen Veranstaltungen.

Maßgeblich für Autonome ist dabei eine grundsätzliche Protest- und Verweigerungshaltung gegenüber dem politischen und gesellschaftlichen System. Wahlen werden

grundsätzlich abgelehnt. Dasselbe gilt für verbindliche Strukturen. Autonome mischen sich überall dort in aktuelle Konflikte ein, wo es ihren persönlichen Bedürfnissen und Grundüberzeugungen entspricht. Die aktionistischen Schwerpunkte liegen vor allem in den Themenfeldern Antifaschismus, Antirassismus, Antiglobalisierung, Antiimperialismus und Anti-Kernkraft. Organisierungsversuche, die über locker organisierte Strukturen und Netzwerke hinausgehen, scheitern regelmäßig, weil die damit verbundene notwendige Institutionalisierung und Verbindlichkeit den Grundvorstellungen zuwiderläuft.

Mit dem Einsatz von Militanz wollen Autonome chaotische Zustände verursachen, um die Unregierbarkeit des Staates herbeizuführen. Insbesondere Gewalt gegen tatsächlich oder vermeintlich rechtsextremistische Personen und Strukturen sowie gegen die Polizei und andere staatliche Institutionen gilt als legitimes Mittel im Einsatz für autonome Zielsetzungen. Die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung gesellschaftlicher Utopien steht konträr zu dem von der Mehrheit der gesamten Gesellschaft als gültig angesehenen Konsens, dass Entwicklung durch demokratische Abstimmung erreicht wird. Gewaltsames Vorgehen missachtet die durch demokratische Prozesse getroffenen Entscheidungen der Mehrheit der Gesellschaft.

Der gesellschaftspolitische Diskurs wird nicht nur von Parteien, sondern auch von linksextremistischen Organisationen bzw. Kleingruppen beeinflusst, die zum Beispiel über Periodika und Gesprächszirkel intellektuell und propagandistisch agieren. Mit ihren Veröffentlichungen bestätigen derartige Publikationen und Gruppen das linksextremistische Weltbild ihrer Anhänger und tragen dadurch zum Zusammenhalt der Szene bei³⁴.

34 In der Pressefassung des Verfassungsschutzberichtes über das Jahr 2008 wurde im Kapitel „Linksextremismus“ die Zeitschrift 'LOTTA' genannt. Hiermit wird richtiggestellt, dass für die erfolgte Nennung eine Berechtigung nicht bestand und das Land hieran nicht festhält.

4.1 Parlamentsorientierter Linksextremismus

4.1.1 DIE LINKE. Landesverband Nordrhein-Westfalen³⁵

Gründung	Oktober 1990
Sitz	Düsseldorf (Landesgeschäftsstelle)
Sprecherin/Sprecher	Katharina Schwabedissen, Wolfgang Zimmermann
Mitglieder	
2009	8.584 (Eigenangabe, Stand 30.9.2009)
2008	7.764 (Eigenangabe, Stand 31.12.2008)
Publikationen	'LANDESINFO Nordrhein-Westfalen' (Zeitschriften der Parteigliederungen/Zeitschriften für regionale Bereiche)
Internet	eigene Homepage/eigene Seiten der regionalen Gliederungen (Kreisverbände)

Geschichte der Bundespartei/Hintergrund

'DIE LINKE.*' auf Bundesebene und der 1990 gegründete Landesverband 'DIE LINKE.*NRW', bei dem **Anhaltspunkte für den Verdacht** linksextremistischer Bestrebungen bestehen, stehen in direkter Nachfolge der 'Sozialistischen Einheitspartei' (SED). 1989/1990: Nach dem Verlust ihrer Macht in der Deutschen Demokratischen Republik musste sich die damalige staatsbeherrschende SED ideologisch, politisch und organisatorisch auf die neue Situation einstellen. Sie tat dies durch die Wahl einer neuen Parteispitze, ihre Umbenennung in 'Partei des demokratischen Sozialismus' (PDS), durch den Bruch mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus in seiner durch die 'Kommunistische Partei der Sowjetunion' geprägten Form und eine – zumindest punktuelle – Orientierung auf bestimmte Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes.

1993 gab sich die PDS ein Parteiprogramm, in dem als wesentliche Ziele die Überwindung des Kapitalismus in der Bundesrepublik Deutschland und der Aufbau einer

³⁵ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

neuen sozialistischen Gesellschaft formuliert waren. Das Programm war so allgemein gehalten, dass es sowohl Reformern des bestehenden Gesellschaftssystems Raum bot als auch Parteiflügeln und innerparteilichen Strömungen, die das bestehende Gesellschaftssystem überwinden wollten. In wesentlichen Fragen legte sich die Partei mit bewusst offen gehaltenen Formulierungen nicht fest. Die daraus resultierende programmatische Mehrdeutigkeit ist bis heute – auch nach dem Beitritt der nicht vom Verfassungsschutz beobachteten Partei 'Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative' (WASG) – unverändert geblieben.

2003 wurde ein neues Programm verabschiedet. Es zeigt in Teilen eine sich entwickelnde Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig blieb die programmatische Mehrdeutigkeit erhalten.

2007: Auch die nach dem Beitritt der WASG verabschiedeten, derzeit gültigen programmatischen Grundsatzdokumente schaffen keine Klarheit hinsichtlich der Vereinbarkeit der politischen Ziele der Partei 'DIE LINKE.*' mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dies gilt sowohl für die Programmatik der Bundespartei als auch für die „Landespolitischen Positionen“ des Landesverbands Nordrhein-Westfalen. Wesentlich ist dabei die Frage, ob die Partei das Grundgesetz inhaltlich tatsächlich akzeptiert oder ob sie nur dessen Begriffe übernimmt, diese aber mit eigenen Inhalten füllt.

Anhaltspunkte für den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit

Das bestimmende Personal und ein großer Teil der Mitglieder stammen aus der westdeutschen dogmatischen 'Neuen Linken', der DKP oder aus trotzkistischen Gruppierungen. Sie führen ihre ideologischen Vorstellungen in der Partei 'DIE LINKE.*' über Zusammenschlüsse/Strömungen wie die 'Antikapitalistische Linke*' (AKL), die 'Sozialistische Linke*' (SL) oder die 'Kommunistische Plattform' (KPF) fort.

Um ein möglichst breites linkes politisches Spektrum abzudecken, werden Aussagen zu Prinzipien und Werten des Grundgesetzes bewusst unklar und auslegungsfähig gehalten. Ein klares und unmissverständliches Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie fehlt. Es bestehen daher Zweifel, ob die Partei 'DIE LINKE.*' sich ideologisch, programmatisch, personell und hinsichtlich ihres politischen Handelns innerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegt.

Marxistische Grundlinien in der Programmatik

Die Partei 'DIE LINKE.*' will das „kapitalistische System“ überwinden und strebt zumindest in Teilen – unter positiver Bezugnahme auf Lenin und Marx – eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik an.

Das programmatische Grundlagenpapier der Bundespartei, die „Programmatischen Eckpunkte“, führt marxistische Grundlinien fort, auch wenn deren typische Terminologie vermieden wird. 'DIE LINKE.*' propagiert hier auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie die Errichtung einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung als notwendiges Ziel und als gebotenen Ausweg aus der Krise des kapitalistischen Systems.

.....
„Unsere Anerkennung gilt den [...] Versuchen einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsordnung.“³⁶
.....

In der Präambel der „Positionen zur Landespolitik“ des nordrhein-westfälischen Landesverbands wird der demokratische Sozialismus als linke Alternative festgeschrieben:

.....
„DIE LINKE. NRW ist sich bewusst, dass nur eine umfassende gesellschaftliche Umgestaltung die Vorherrschaft der Kapitalverwertung überwinden wird.“³⁷
.....

Die Behauptung, Deutschland sei von der „Vorherrschaft der Kapitalverwertung“ gekennzeichnet, lag auch der Bewertung der SED zu Grunde, die Bundesrepublik sei ein „staatsmonopolistisches System“. Sie sei letztlich nur ein „geschäftsführender Ausschuss der Monopolbourgeoisie“. Um diese „Vorherrschaft“ bzw. den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ zu überwinden, müsse sozialistisches gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln geschaffen werden.

Die Forderung nach einer Überwindung des Kapitalismus zugunsten eines demokratischen Sozialismus allein ist noch nicht zwingend extremistisch. Das Grundgesetz sieht keine bestimmte Wirtschaftsordnung vor, solange die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG), die freie Wahl des Berufs, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte (Art. 12 GG), die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 GG) und die Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) gewährleistet sind.

³⁶ „Programmatische Eckpunkte“, in 'DISPUT' vom April 2007, S. 35.

³⁷ Positionen der Landespolitik, abgerufen auf der Homepage der Partei 'DIE LINKE. NRW.'

Die Umsetzung der systemverändernden bzw. -überwindenden Ansätze in den Positionen der Bundes- und der Landespartei in Gänze ist aber ohne die Missachtung zumindest einzelner Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kaum vorstellbar. 'DIE LINKE.'* stellt jedenfalls programmatisch die „Systemfrage“, ohne ein alternatives System zu beschreiben, das mit dem Grundgesetz vereinbar wäre.

Programm zur Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen

Der zunächst bekannt gewordene Programmentwurf zur Landtagswahl führte zu kritischen Stimmen aus der Bundespartei. In dem schließlich auf dem Parteitag in Hamm am 8. November 2009 verabschiedeten Wahlprogramm zeigt sich – trotz der vorgenommenen Änderungen zum Entwurf – wie sehr sich der antikapitalistische Teil der Partei, unter maßgeblichem Anteil der extremistischen Strömungen durchsetzt. Der von der Partei geforderte radikale Kurswechsel und die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird unter die Voraussetzung gestellt, dass

.....
„[...] der Einsatz natürlicher Ressourcen sowie die Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums rational, sozial gerecht, nachhaltig und demokratisch geregelt [...]“³⁸ wird.

In der Formulierung „rational, sozial gerecht, nachhaltig und demokratisch“ (bereits bekannt aus den „Landespolitischen Positionen“) sind alle Elemente enthalten, die auch die Forderung nach einer realsozialistischen Planwirtschaft denkbar erscheinen lassen. Insbesondere der Begriff „rational“ entstammt marxistisch-leninistischem Sprachgebrauch und diente dort zur Begründung der Einführung einer planwirtschaftlich organisierten Ökonomie.

.....
„Nur so kann die freie Entfaltung jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der freien Entfaltung aller werden.“³⁹

Mit der Formulierung „Entfaltung“ vermeidet das Papier das wörtliche Zitat aus dem „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels. Das „Kommunistische Manifest“ fordert, an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft müsse eine Assoziation treten, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Der Austausch der Begriffe „Entwicklung“ und „Entfaltung“ zeigt unter Berücksichtigung des ständigen Bezugs der Partei auf Marx und Engels, dass sie

³⁸ Wahlprogramm zur Landtagswahl 2010, S. 3.

³⁹ Ebd. S. 3.

sinnleich gebraucht werden. Die „Assoziation“ setzt – laut Marx – eine revolutionäre Übernahme der Macht durch das Proletariat als herrschende Klasse und die gewaltsame Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse voraus.

Von besonderer Bedeutung ist für 'DIE LINKE.*' als erster Schritt auf dem Weg zum Sozialismus eine „demokratische Umstrukturierung“ der Wirtschaft, das heißt die Enteignung von Unternehmen:

.....
„Damit nicht wieder einzelne über das Schicksal aller entscheiden, setzt DIE LINKE. NRW dabei auf mehr Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien.“⁴⁰
.....

Das Grundgesetz enthält keine Festlegung auf ein Wirtschaftssystem. Eine grundgesetzkonforme Enteignung – das heißt gegen eine angemessene Entschädigung und nur unter engen Voraussetzungen – kann von daher ein Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik sein. 'DIE LINKE.*' lässt die Frage der Entschädigung jedoch bewusst ebenso ungeklärt wie die Frage, welche Branchen unter dem Begriff „Schlüsselindustrien“ enteignet werden sollen.

Die Positionen der Partei 'DIE LINKE.*' zu „Grund und Boden“ stellen jeden Privatbesitz an Grund und Boden infrage. Eine Eingrenzung erfolgt nicht.

.....
„DIE LINKE. NRW sagt: Der Boden gehört uns allen! Das Privateigentum an Grund und Boden ist eines der zentralen Hindernisse für eine soziale, ökologische und demokratische Entwicklung in Stadt und Land.“⁴¹
.....

Angestrebt wird eine Gesellschaft, die von einer umfassenden staatlichen Kontrolle, Regulierung und Steuerung geprägt ist. Dazu finden sich in dem Wahlprogramm eine Fülle von Versatzstücken, etwa die Forderung nach staatlich gelenkter „bedarfsgerechte[r] Planung und Verteilung“⁴²

.....
„Die ökonomischen Prozesse sind sowohl auf einzel- als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene demokratisch zu gestalten und auszu-“

40 Ebd. S. 13.

41 Ebd. S. 29.

42 Ebd. S. 27.

steuern⁴⁴³, damit „die unnötige Aufblähung der Produktion und des Konsums“⁴⁴⁴ unterbunden werden kann.

.....

Später heißt es:

.....

„Wir sind dazu aufgefordert, Produktion und Konsum auf menschliche Proportionen zu beschränken, anstatt sie nach Renditeerwartungen auszurichten.“⁴⁴⁵

.....

Die einzelnen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen und Absichten zielen in der Gesamtschau auf eine dem Grundgesetz widersprechenden Überwindung des politischen Systems. Die Vielzahl und Intensität der geforderten Eingriffsrechte in das Eigentum und in die persönliche Lebensgestaltung sind mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren.

.....

„Uns muss es weltweit gelingen, den materiellen Konsum und die Arbeit zu teilen und gleichzeitig Lebenssinn und Zufriedenheit aus anderen Quellen zu schöpfen. Wir wollen einen gesellschaftlichen Aufbruch zu einer nachhaltigen, solidarischen und sinnerfüllten Lebensweise gestalten.“⁴⁴⁶

.....

Das sozialistische Menschenbild, welches hier durchscheint, ist mit dem Menschenbild des Grundgesetzes vom selbstbestimmten Individuum kaum in Einklang zu bringen.

Die Positionierung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes stieß auch innerparteilich auf Kritik, vor allem vom „Reformer-Flügel“ der Partei. Ihre Umsetzung ist im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kaum denkbar und steht im Widerspruch zur Versicherung, die Partei stehe auf dem Boden des Grundgesetzes. Jedenfalls ist es ihr bislang nicht gelungen ihre Ziele überzeugend im Sinne des Grundgesetzes zu beschreiben.

Extremistische Zusammenschlüsse sind wichtiger Bestandteil der Partei

Diese Programmatik findet ihre Entsprechung in der personellen Zusammensetzung der Partei. Weiterhin arbeiten im Landesverband seit der Gründung an maßgeblichen

43 Ebd. S. 3.

44 Ebd. S. 5f.

45 Ebd. S. 36.

46 Ebd. S. 36.

Stellen Personen mit, deren politischer Werdegang in der westdeutschen dogmatischen 'Neuen Linken' begann. Diese Strukturen bestehen weiter. Zeitweise arbeitet der gesamte Landesverband NRW, dann wieder Teile von ihm bei bestimmten politischen Themenfeldern mit linksextremistischen Gruppierungen zusammen. Das reicht bis in das gewaltbereite linksextremistische Spektrum. Bis heute hat sich der Landesverband NRW der Partei 'DIE LINKE.*' nicht von eindeutig linksextremistischen Zusammenschlüssen in seinen Reihen getrennt, sondern deren organisatorische Zulässigkeit sogar bestätigt. Dies gilt auch für die Mitglieder trotzkistischer Gruppen, die durch ihre Mitarbeit in der damaligen WASG in die 'DIE LINKE.*' gelangten. Durch die Mitgliedschaft von Sarah Wagenknecht im Landesverband wurden die extremistischen Bestrebungen, insbesondere die 'Kommunistische Plattform', weiter gestärkt.



Auszug aus der Internetseite der 'Kommunistischen Plattform'.

Die Partei lehnt die Auffassungen orthodoxer Kommunisten nicht ab; vielmehr duldet sie diese Strömungen als legitime Ausdrucksformen, lässt die Verankerung dieser Zusammenschlüsse in der Partei zu und unterstützt sie finanziell. Damit ist dies als Bestandteil des eigenen Politikverständnisses der Partei zu bewerten.

'DIE LINKE.*' fördert also innerhalb der Partei offen extremistische Zusammenschlüsse und sieht sie als wichtige Bestandteile der Partei an. Sie erhalten per Satzung spezielle Rechte und finanzielle Unterstützung. Dazu gehört die orthodox geprägte 'Kommunistische Plattform' (KPF). Auf der Homepage der Partei 'DIE LINKE.*' wird die KPF folgendermaßen charakterisiert:

.....
*„Die KPF ist ein offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE., die auf der Grundlage von Programmatik und Satzung der Partei aktiv an der Basis und in Partei-
 strukturen wirken. Die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen
 Gedankenguts ist wesentliches Anliegen der Kommunistischen Platt-
 form.“*

Darüber hinaus existieren in der Partei weitere offene extremistische Strömungen wie das 'Marxistische Forum' oder die 'AG Cuba Si beim Parteivorstand'.

Einen „grundsätzlichen Systemwechsel“ will auch die 'Linksjugend ['solid]', die Jugendorganisation der Partei 'DIE LINKE.*', dies jedoch unter Umständen revolutionär und nicht innerhalb der parlamentarischen Demokratie. Das parlamentarische System wird insoweit nur instrumentell gesehen. In ihrem auf dem 1. Bundeskongress am 5. April 2008 beschlossenen Programm heißt es diesbezüglich:

.....
„Als SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen kämpfen wir für eine libertäre, klassenlose Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat. [...] Die berühmten zwei Gräben Reform oder Revolution bilden für uns keinen Widerspruch. Wir streiten für einen grundsätzlichen Systemwechsel. [...] Wir wollen die Bühne des Parlamentarismus für den Kampf um eine gerechtere Welt nutzen, aber uns nicht der Illusion hingeben, dass dort der zentrale Raum für reale Veränderungen sei.“

Weitere Zusammenschlüsse, bei denen **Anhaltspunkte für den Verdacht** extremistischer Bestrebungen bestehen, sind der 'Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog*' (GD/SD), die 'Sozialistische Linke*' (SL) und die 'Antikapitalistische Linke*' (AKL).

Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Extremisten

'DIE LINKE.*' arbeitet mit inländischen Linksextremisten auch außerhalb der Partei zusammen. Das Spektrum reicht dabei von der 'Deutschen Kommunistischen Partei' (DKP) bis zu gewaltbereiten Autonomen. International arbeitet 'DIE LINKE.*' mit ausländischen kommunistischen Parteien und Organisationen zusammen, zum Beispiel aus Kuba.

Die Kooperation mit der DKP ist regional unterschiedlich ausgeprägt und von den agierenden Personen vor Ort abhängig. Eine Abgrenzung des Landesverbands von der DKP und von deren extremistischen Zielen, beispielsweise dem Ziel eines revolutionären Umsturzes der Macht- und Eigentumsverhältnisse, erfolgt nicht. Eine solche Bündnispolitik ist mit der Anerkennung der Wertprinzipien des Grundgesetzes nicht in Einklang zu bringen.

Verhältnis zur Gewalt

Die Haltung zu linksextremistischer Gewalt ist uneinheitlich. Eine Bundestagsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen beispielsweise meldete 2009 in Berlin eine linksextremistische Demonstration unter dem Thema „Aktionstag gegen staatliche Repression – Solidarität mit Axel, Florian und Oliver“ an. Die Genannten standen als mutmaßliche Mitglieder der 'militanten gruppe (mg)' unter anderem wegen Brandstiftung vor Gericht. Eine klare Distanzierung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ist in dieser Demonstrationsanmeldung nicht zu erkennen. Andere Parteifunktionäre haben sich deshalb von der Anmeldung distanziert.

Verhältnis zur SED-Diktatur in der DDR

'DIE LINKE.*' vermeidet eine klare Distanzierung von der Diktatur in der DDR. Der „reale Sozialismus“ wird im Grundsatz positiv dargestellt, die DDR insgesamt wird nicht als Unrechtsstaat bewertet. Die Partei vermeidet es, sich zur Frage der Vereinbarkeit des DDR-Systems mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland festzulegen.

Im Gegenteil: In einer Publikation der innerparteilichen Strömung 'Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog**' wurde die Ausarbeitung des Grundgesetzes und die „Installierung der Bundesrepublik“ als eine „beispiellose undemokratische“ Hinterzimmerveranstaltung gewertet, während die „Verfassung der DDR von 1949 eine breite demokratische Legitimation“⁴⁷ besessen habe. Der gleiche Autor in der Tageszeitung „junge welt“ zum Grundgesetz:

.....
„Sein Text kam in einer beispiellos undemokratischen Art und Weise zustande.“ und

„Diese Verfassung der DDR war zu jener Zeit die beste und demokratischste deutsche Verfassung.“⁴⁸
.....

Hinzu kommt, dass der überwiegende Teil der Mitglieder der Bundespartei 'DIE LINKE.*' aus der 'Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands' (SED) der DDR kommt. Die Herkunft aus der SED hat bei vielen Mitgliedern identitätsstiftende Bedeutung und Auswirkungen auf deren Wertvorstellungen. So heißt es in einem Flyer der 'Kommunistischen Plattform NRW':

⁴⁷ „Sozialistischer Geraer Dialog Bulletin“, Ausgabe 20 aus November 2009, S. 21 ff.

⁴⁸ „junge Welt“, Ausgabe v. 2. Juni 2009, S. 10 f.

.....
*„Die SED-Politik wird auch für ein unmenschliches Grenzsystem verantwort-
 lich gemacht. Zweifellos ist jeder zu betrauern, der an der Grenze
 sein Leben verlor oder dort verletzt wurde. Aber erst, nachdem die
 Abwanderung von Fachkräften gestoppt worden war, mehrte sich auch
 langsam der Wohlstand der DDR-Bürger.“*⁴⁹

.....
*„Sicher ist auch der Bespitzelungsapparat der Stasi nur begrenzt zu
 rechtfertigen. Es ist aber wohl im Westen weitgehend unbekannt geblie-
 ben, dass es nicht Hauptaufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit
 war, seine Bürger zu bespitzeln.“*⁵⁰

Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen des SED-Regimes werden lediglich auf stalinistische Vorstellungen zurückgeführt. Daher sei – so die parteieigene Einschätzung – die propagierte Abkehr vom „Stalinismus als verbrecherischem Missbrauch des Sozialismus“ auch keine grundsätzliche Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Eine Distanzierung von den im Namen des Marxismus-Leninismus in der DDR begangenen Menschenrechtsverletzungen erfolgt mithin nicht. Der Sozialismus und damit auch die DDR werden vielmehr als Opfer des Stalinismus dargestellt.

„Kollektivistisches“ Grundrechtsverständnis

Grundrechte werden in der Partei 'DIE LINKE.*' regelmäßig nur als kollektive und nicht als individuelle Rechte verstanden. In einem Interview stellte der ehemalige PDS-Abgeordnete des Europäischen Parlaments André Brie dazu fest, die Partei habe

.....
*„trotz vieler Erklärungen kein wirkliches Verhältnis zu Menschenrechten
 entwickelt. Menschenrechte dürfen nicht instrumentalisiert werden. Es
 gibt in der Partei keine Bereitschaft die Individualität von politischen
 Menschenrechten zu akzeptieren. Im Grundgesetz steht: Die Würde
 des Menschen ist unantastbar. Das eben ist das Wesen von Freiheits-
 rechten.“*⁵¹

49 „Wer im Glashaus sitzt, sollte auf DIE LINKE. nicht mit Steinen werfen“, Flyer von 'DIE LINKE.NRW, KPF.

50 Ebd.

51 Interview mit André Brie in: Der Spiegel vom 1. März 2006.

Auch der Vorsitzende der Partei 'DIE LINKE.*' Lothar Bisky sieht⁵² das Problem der Versöhnung von „sozialer Frage“ und „individueller Freiheit“ und fordert von seiner Partei:

.....
„[...] die soziale Frage und individuelle Freiheitsrechte nicht gegeneinander zu stellen, sondern zusammen zu denken [...].“
.....

Eingriffe in Eigentumsrechte

Die Summe der geforderten Eingriffsrechte in das Privateigentum macht es in ihrer unklaren Begrifflichkeit und angesichts der nicht eingegrenzten Eingriffsmöglichkeiten unmöglich, diese Vorstellungen im Rahmen des Grundgesetzes zu verwirklichen. Beispielhaft hierfür stehen die Forderungen nach einer Verstaatlichung von Schlüsselindustrien – ohne Klärung der Entschädigungsfrage – und die ablehnende Haltung zu Privateigentum an Grund und Boden.

Sozialismus als langfristiges Ziel

Als universelle Richtschnur gilt eine politische Strategie, die von der 'Linkspartei.PDS' seit 2004 als „strategisches Dreieck“ bezeichnet und inhaltlich in die Programmatik der Partei 'DIE LINKE.*' übernommen wurde. Dieses setzt sich zusammen aus

- : „Widerstand und Protest“ = außerparlamentarischer Kampf
- : „Anspruch auf Mit- und Umgestaltung“ = parlamentarische Mitarbeit und Regierungsbeteiligung
- : „über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen“ = Sozialismus als langfristiges Ziel.

'DIE LINKE.*' im Wahljahr 2009

Bei der Europawahl 2009 verfehlte 'DIE LINKE.*' in Nordrhein-Westfalen mit 4,6% die Fünf-Prozent-Marke (2004: 2,1% als PDS). Bundesweit erreichte sie einen Stimmenanteil von 7,5% (2004: 6,1%) und damit ein Ergebnis, das von der Partei 'DIE LINKE.*' in Anbetracht der Wirtschaftskrise und den parteiinternen Erwartungen als ernüchternd gewertet wurde.

⁵² Spiegel-Gespräch v. 7. Dezember 2009 in: DER SPIEGEL 50/2009, abgerufen auf Spiegel.de.

Die Kommunalwahl 2009 sollte für die Partei der Startschuss für die Mobilisierung zur Bundestagswahl 2009 und den Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag 2010 sein. Mit 4,4% (2004: 1,4% als PDS) blieb sie deutlich unter ihren Erwartungen. Die besten Ergebnisse erreichte sie in den kreisfreien Städten Oberhausen (8,5%), Duisburg (7,7%) und Herne (7,4%). Mit Ergebnissen von überwiegend unter 5% zog die Partei in alle Kreistage ein.

Bei der Bundestagswahl 2009 konnte 'DIE LINKE.*' in Nordrhein-Westfalen ihr Ergebnis steigern: Mit 8,4% der Stimmen entsendet sie elf Abgeordnete. Bundesweit erreichte die Partei 11,9% und 76 Mandate, 16 Wahlkreise konnte die Partei direkt gewinnen. Das beste Ergebnis in Nordrhein-Westfalen erreichte sie mit 13,7% im Wahlkreis Duisburg II. Im Vergleich der Bundesländer hat 'DIE LINKE.*' aber in zwölf Bundesländern besser abgeschnitten als in Nordrhein-Westfalen.

Für überregionale Beachtung sorgte die Kandidatur von Sarah Wagenknecht in einem Düsseldorfer Wahlkreis. Wagenknecht, bekanntestes Mitglied der linksextremistischen 'Kommunistischen Plattform', schaffte über Platz 5 auf der Landesliste den Einzug in den Bundestag.

Mitgliederentwicklung in Nordrhein-Westfalen

Nach einer Aufstellung des Landesverbandes hatte 'DIE LINKE.*NRW' Ende 2007 rund 5.900 Mitglieder. Zum 30. September 2009 ist die Mitgliederzahl – nach Angaben der Partei – auf 8.584 gestiegen. Damit ist der nordrhein-westfälische Landesverband der größte Landesverband in den alten Bundesländern und der viertgrößte bundesweit.

Weitere Entwicklungen auf Landesebene

Von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Partei in Nordrhein-Westfalen sind zwei Ereignisse. Zum einen der Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Wegen der Größe des Bundeslands und wegen der Bedeutung für die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat hat die Bundespartei den Wahlkampf zu ihrer Angelegenheit erklärt. Ein Erfolg würde bundespolitisch das Signal aussenden, die Partei sei im Westen nun endgültig angekommen.

Wichtig ist zum anderen die schon beginnende Debatte um ein neues Parteiprogramm. Ein Erfolg der nordrhein-westfälischen 'LINKEN' bei der Landtagswahl würde

eine Stärkung der offen extremistischen Kräfte in der Partei darstellen. Der Reformflügel hätte es dann schwerer, seine moderateren und pragmatischeren Vorstellungen durch zu setzen. Dies zeigt sich zum Beispiel an der offen vorgetragenen Kritik des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen an dem eher realpolitisch orientierten Landesverband in Brandenburg und am dort ausgehandelten Koalitionsvertrag.

4.1.2 Deutsche Kommunistische Partei

	Bund	NRW
Gründung	1968	Bezirk Rheinland Westfalen und Ruhr Westfalen
Sitz	Essen	
Vorsitzender	Heinz Stehr	
Mitglieder		
2009	4.380 (Eigenangabe DKP)	rd. 1.500
2008	4.200	rd. 1.500
Publikationen	'unsere zeit' (uz); 'Marxistische Blätter'	
Internet	Eigene Homepage	

Hintergrund und Verfassungsfeindlichkeit der DKP

Die 'Deutsche Kommunistische Partei' (DKP) ist neben der MLPD eine Kernorganisation des orthodox-kommunistischen Linksextremismus. Die Partei versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen 'Kommunistischen Partei Deutschlands' (KPD), bekennt sich als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ zum Marxismus-Leninismus und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an.



Aufruf zu einer DKP-Veranstaltung in Berlin mit positivem Bezug zur russischen Oktoberrevolution

„Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus. Unter der Voraussetzung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der gesamtgesellschaftlichen Planung der Produktion kann in einem längeren historischen Prozess eine Ordnung menschlichen Zusammen-

lebens entstehen, 'worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist'. (K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848) Für dieses Ziel die Arbeiterklasse und die Mehrheit der anderen Werktätigen zu gewinnen – darum geht es der DKP.“ (Auszug aus dem Programm der DKP, beschlossen auf dem 17. Parteitag der DKP am 8. April 2006)

Ziele: Klassenkampf, Revolution, Systemüberwindung



Wahlplakat der DKP.

Nach ihrer Vorstellung soll die Arbeiterklasse als maßgebende gesellschaftsverändernde Kraft durch einen klassenkämpferisch-revolutionären Akt die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse, den Parlamentarismus und den politisch-gesellschaftlichen Pluralismus überwinden. Gewaltanwendung wird dabei nicht ausgeschlossen. Über die Zwischenstufe des Sozialismus wird eine klassenlose kommunistische Gesellschaft angestrebt, in der alle wesentlichen Antagonismen (Gegensätze), insbesondere der zwischen Kapital und Arbeit, aufgehoben sein sollen. Individualgrundrechte haben hier keinen Platz.

Aktionsschwerpunkte der DKP

Wahlen in 2009

Anfang 2009 beschloss die Partei bei der 2. Tagung ihres 18. Parteitages in Berlin ihre Teilnahme an der Europawahl am 7. Juni 2009 mit einer eigenen Liste. Die DKP erreichte bundesweit 25.587 Stimmen (Nordrhein-Westfalen: 4.720 Stimmen) und – wie 2004 – einen Stimmenanteil von 0,1%.

Bei den Kommunalwahlen 2009 in Nordrhein-Westfalen am 30. August 2009 verlor die DKP in Bottrop und Gladbeck jeweils ein Ratsmandat, ist aber dort weiterhin in den Räten vertreten. In Düsseldorf und Essen hingegen sind die Mandate verloren gegangen, ebenso in Dortmund in einem Wahlbündnis „linker Kräfte“. Einzelnen



DKP-Logo zur Europawahl 2009 und Plakat auf der Homepage der DKP-Minden.

DKP-Mitgliedern gelang der Einzug in die kommunalen Parlamente in lokalen „linken Bündnissen“, zum Teil auf Listen mit der Partei 'DIE LINKE.*'.

Zur Bundestagswahl am 27. September 2009 trat die Partei nur in Berlin mit einer eigenen Landesliste an und erzielte 0,1% der Stimmen. Ihr Ziel war es, den von der dortigen SPD/'DIE LINKE.*'-Koalition enttäuschten Wählerinnen und Wählern eine „linke“ Wahlalternative zu bieten und vor allem der Regierungspartei 'DIE LINKE.*' Wählerstimmen abzunehmen. Bundesweit unterstützte die DKP hingegen die Partei 'DIE LINKE.*'.

uz-Pressesfest 2009 – 40 Jahre uz

Im Vordergrund der politischen und organisatorischen Arbeit der Parteiführung stand das traditionelle Pressesfest der Parteizeitung 'unsere zeit' (uz), das als „Fest der Solidarität“ am 19./20. Juni 2009 im Revierpark Dortmund-Wischlingen ausgerichtet wurde. Das als „Plattform der Begegnung linker Politik“ titulierte Fest sollen nach eigener Darstellung rund 50.000 Menschen besucht haben; entsprechend wurde es „als Erfolg der Solidarität linker Kräfte“ gefeiert.



Wegen der sich verschärfenden Finanzprobleme wird es für die Partei zunehmend schwieriger, die wöchentliche Ausgabe der uz im Jubiläumsjahr 2009 aufrecht zu erhalten. Als Folge dieser Entwicklung hat die DKP zur Rettung der uz für 2010 eine Preissteigerung, verbunden mit flexiblen Abonnementsformen, angekündigt.

Ausblick zur Landtagswahl

Diskutiert wird, dass die Bezirke Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen keine eigene Landesliste zur Landtagswahl 2010 aufstellen, sondern nur in ausgewählten Wahlkreisen Direktkandidatinnen und -kandidaten antreten lassen.

Strategiediskussion im Vorfeld des 19. Parteitages im Jahr 2010

Die DKP verfolgt weiterhin die Strategie, in Betrieben, Gewerkschaften, sozialpolitischen Bereichen und in außerparlamentarischen Bewegungen, zum Beispiel in Friedensbewegungen, Einfluss zu gewinnen. Auch mit dem autonomen Spektrum wird partiell zusammengearbeitet. Dabei steht für viele Mitglieder die Agitation zum

Klassenkampf im Vordergrund, um die Arbeiterschaft als das „revolutionäre Subjekt“ für eine sozialistisch-kommunistische Alternative zum kapitalistischen System zu mobilisieren. Wahlerfolge werden wegen der ideologisch determinierten Ablehnung des demokratischen Parteienpluralismus als nachrangig angesehen.

Im Vorfeld des 19. Parteitages der DKP im nächsten Jahr führt die Partei derzeit auf der Grundlage ihres Programms von 2006 eine Debatte zur Frage „Was ist heute revolutionär?“. Es geht um die mögliche Neuausrichtung der Partei in gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen, aber auch um die zukünftige wahl- und bündnispolitische Ausrichtung. Ausgangspunkt dafür ist ein Positionspapier „Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!“, das von 84 Parteimitgliedern unterzeichnet ist und parteiintern kontrovers diskutiert wird.

Diese Diskussion dürfte auch als Kritik am Parteivorstand zu verstehen sein, die mit dem Wahlauftritt zugunsten der Partei 'DIE LINKE.*' trotz der ebenfalls angestrebten weiteren Etablierung der DKP zusammen hängen dürfte. Der Parteivorstand sieht in der intensiven parteiinternen Debatte „die Gefahr der Fraktionierung der DKP“.⁵³

Weiterhin politisches Schattendasein der DKP

Der DKP gelingt es seit Jahren nicht, bei demokratischen Wahlen nennenswerte Erfolge zu erzielen und sich als „linke“ Alternative im Parteienspektrum zu etablieren. Von daher ist ihr vorwiegend außerparlamentarisches Engagement verständlich, um öffentlich wahrgenommen zu werden. Ob eine mögliche Personal- und Programmdiskussion auf dem kommenden Parteitag Klarheit hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung der Partei bringen wird, bleibt abzuwarten. Insgesamt ist festzustellen, dass die DKP nach dem Scheitern des Kommunismus im Ostblock, dem Mauerfall und dem Untergang der DDR vor 20 Jahren ein (wahl-)politisches Schattendasein führt und von einem revolutionären Umsturz mit dem Ziel einer sozialistischen – und in der Folge kommunistischen – Gesellschaft weiter entfernt ist denn je.

⁵³ Referat des Vorsitzenden der DKP, Heinz Stehr, auf der 8. Parteivorstandstagung, in: *Debatte* 1 (November 2009), www.debatte.kommunisten.de, S. 4.

4.1.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

Gründung	1982	
Sitz	Gelsenkirchen	
Vorsitzende	Stefan Engel	
Neben-organisationen	‘Rebell*’ und ‘Rotfuchse*’ (Jugend- bzw. Kinderorganisation der MLPD)	
Vorfeld-organisationen	Zahlreiche Gruppierungen mit nomineller Eigenständigkeit dienen der Partei als struktureller Unterbau, darunter der Frauenverband ‘Courage*’ oder die Kommunalen Wahlbündnisse ‘AUF*’.	
Mitglieder	Bund	NRW
2008	ca. 2.000	ca. 650
2007	ca. 2.000	ca. 650
Publikationen	‘Rote Fahne’ (RF), wöchentliche Auflage ca. 7.500	
Internet	Die Partei verfügt über eine umfangreiche Internetpräsenz; ‘Rote Fahne News’ als Online-Nachrichtenmagazin.	

Hintergrund und Verfassungsfeindlichkeit

Die 1982 aus dem ‘Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands’ (KABD) hervorgegangene MLPD bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von Marx, Engels, Stalin und Mao Tse-tung und verbindet nach eigener Aussage „den Kampf um die Forderungen der Arbeiter- und Volksbewegungen mit dem Ziel der internationalen sozialistischen Revolution“. Die Zielsetzung der MLPD ist durch eindeutig verfassungsfeindliche Aussagen geprägt.

Ziel: Revolution, Diktatur des Proletariats, Kommunismus

Bereits die Präambel in den Parteistatuten verdeutlicht dies:

.....
„Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.“



Die angestrebte Gesellschaftsordnung soll durch eine Revolution erreicht werden, in deren Verlauf sich die „Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei [Anm.: gemeint ist die MLPD] zum bewaffneten Aufstand erheben, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, die Diktatur des Proletariats errichten und gegen die Konterrevolution verteidigen“ müsse.

In einem „15 Punkte Programm“ der Partei wird ausgeführt:

Es „muss die Herrschaft der internationalen Monopole gestürzt und der Sozialismus aufgebaut werden. Nicht nur in Deutschland: Den vereinigten sozialistischen Staaten der Welt gehört die Zukunft.“

Im Parteiprogramm der MLPD wird dies konkretisiert:

„Der Sozialismus stellt eine Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus dar.“ Erforderlich sei ein „systematischer ideologisch-politischer Kampf um das sozialistische Bewusstsein zur Überwindung der bürgerlichen Ideologie“.

Aktionsschwerpunkte der MLPD

Das gesamte Aktionspotenzial der MLPD fußt auf dem geschlossenen marxistisch-leninistischen Weltbild einer klassischen kommunistischen Kaderpartei. Dies zeigt sich auch in der dogmatisch unantastbaren Stellung des seit der Parteigründung amtierenden Vorsitzenden. In Nordrhein-Westfalen verfügt die Partei über einen Landesverband.

Das Hauptaugenmerk der politischen Arbeit legt die Partei neben der Frauen- und Jugendpolitik, die sie mit vermeintlich eigenständigen organisatorischen Gruppen umzusetzen versucht, vorwiegend auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie der Beteiligung an sozialen Protesten. Da sich die MLPD in einer fortdauernden Verfolgungssituation durch den Staat und seine Organe wähnt, agiert sie auf kommunaler Ebene verdeckt. Hier unterstützt die Partei angeblich unabhängige Personenwahlbündnisse mit der Bezeichnung ‘AUF*’ (für: „alternativ, unabhängig, fortschrittlich“), die jedoch zum Teil personell mit der MLPD verflochten sind.



Kommunalwahlergebnisse der 'AUF**'-Gruppen

Zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen traten – wie bereits 2004 – neun 'AUF**'-Gruppierungen vorwiegend im Ruhrgebiet an. Hier hat die MLPD ihren landesweiten Schwerpunkt und vermag personelle und logistische Unterstützung vor Ort zu leisten. Fast alle 'AUF**'-Listen haben Stimmenanteile verloren; im Gegensatz zu 2004 konnten sie nur noch in sieben der neun Räte mit ein bis zwei Mandaten einziehen.

MLPD bleibt bedeutungslose Splittergruppierung

Im linksextremistischen Spektrum ist die MLPD aufgrund ihrer fortdauernden ideologischen Formelhaftigkeit und des sektenähnlichen Charakters weitgehend isoliert. Die Bemühungen um eine Positionierung als relevanter Faktor im Zusammenhang mit den „Montagsdemonstrationen“ sind offenkundig gescheitert.

Zur Bundestagswahl 2009 hatte die MLPD im Vorfeld mit der Gründung diverser Landesverbände eine flächendeckende Kandidatur vorbereitet, erzielte jedoch bundesweit lediglich 0,1% der Zweitstimmen (Nordrhein-Westfalen: unter 0,1%). Die Partei verharrt damit in ihrer Rolle als lediglich punktuell wahrnehmbare Splittergruppierung, spielt mithin in der politischen Landschaft eine kaum wahrnehmbare Rolle.



4.2 Aktionsorientierter Linksextremismus – Autonome Szene

Anhaltspunkte für den Verdacht linksextremistischer Bestrebungen und ideologische Orientierung

Die gemeinsame ideologische Basis der linksautonomen Szene bilden fundamental-anarchistische und kommunistische Theoriefragmente. Anarchismus ist wegen der von ihm verfolgten Abschaffung jeglicher regelbasierter hierarchischer, staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar. Dasselbe gilt für den Kommunismus wegen seines monopolistischen Herrschaftsanspruchs, seines kollektivistischen Menschenbilds und der mangelnden

Akzeptanz individueller Grundrechte.⁵⁴ Linksautonome lehnen die bürgerliche Gesellschaft daher ab und verfolgen die Vision einer selbstbestimmten Lebensweise in einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, ist in der Auseinandersetzung mit dem Staat, seinen Einrichtungen und Repräsentanten auch Gewalt ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im politischen Kampf. Dies ist mit dem staatlichen Gewaltmonopol als Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ebenfalls unvereinbar.

4.2.1 Strukturen der autonomen Szene

Wesentliches Merkmal der autonomen Szene ist ihre Heterogenität. Linksautonome Personenzusammenhänge existieren in fast allen größeren Städten Deutschlands, beispielsweise in Berlin, Hamburg, im Rhein-Main-Gebiet, in der Region Dresden/Leipzig, aber auch in kleineren Universitätsstädten wie Göttingen und Freiburg. Die Szene in Nordrhein-Westfalen ist eine alternative Mischszene ohne klare Abgrenzung zu anderen subkulturellen Strömungen.

Temporäre Anlässe – etwa CASTOR-Transporte oder politische Gipfeltreffen – können ein vorübergehendes Interesse der linksautonomen Szene wecken. Schwerpunkt und Bindeglied für linksautonome Strukturen ist aber die Zusammenarbeit im Themenfeld Antifaschismus. Dabei wendet sich die Autonome Antifa mit ihrer Agitation und Aktionen vor allem gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, aber auch gegen Staat und Polizei. Gruppierungen der Antifa gibt es in nahezu allen Städten im Land. Größe und Struktur sind sehr unterschiedlich und können rasch wechseln. Schwerpunkte von Antifa-Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen lagen 2009 im Raum Köln/Bonn und dem Ruhrgebiet.

Die klassische, aktionsorientierte Antifa setzt bei ihrem Kampf gegen neonazistische Aktivitäten und Strukturen oft auf örtlich verankerte breite Bündnisarbeit „gegen Rechts“. Pragmatische Bündnisse mit linksextremistischen Parteien und Gruppierungen (zum Beispiel der DKP) sowie Initiativen und Organisationen des bürgerlichen Spektrums werden dabei als taktisches Mittel eingesetzt.

Antifa-Gruppierungen mit einer gewissen Größe und Stabilität sind häufig in überregionale und bundesweite Strukturen eingebunden, beispielsweise Bestandteil des

⁵⁴ Zur Unvereinbarkeit der sozialistisch-kommunistischen Ideologie mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung siehe im Einzelnen die Beiträge zur Partei 'DIE LINKE.*', DKP und MLPD.

bundesweiten Zusammenschlusses 'ums Ganze!'. Dieses vor allem von linksextremistischen Gruppierungen aus dem Rhein-Main-Gebiet und Berlin initiierte Projekt beteiligt sich primär an bundesweiten Großprotesten in den Bereichen Soziales, Antifaschismus und Globalisierungskritik.

Andere Antifa-Gruppierungen arbeiten bei der Mobilisierung zu Großkundgebungen mit dem bundesweiten Bündnis 'Interventionistische Linke*' (IL) zusammen. Diese Struktur steht innerhalb der bundesweiten autonomen Szene in unmittelbarer Konkurrenz zum oben erwähnten 'ums Ganze!'.

Das Bündnisnetzwerk der IL* ist wesentlicher Bestandteil für Aktionen gegen politische Gipfeltreffen und Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene. In ihr sind mehrere deutsche, nach eigener Darstellung „linksradikale und antikapitalistische“ Gruppen, Nichtregierungsorganisationen, 'ATTAC', Zeitungsredaktionen und Kampagnen wie 'Libertad!' zusammengeschlossen. Die IL* organisierte beispielsweise beim G 8-Gipfel 2007 einen Demonstrationsblock, der als „schwarzer Block“ bei der Großdemonstration am 2. Juni 2007 in Rostock hauptverantwortlich für Ausschreitungen und zahlreiche Verletzte auf Seiten der Polizei und der Demonstranten war. Auffällig war auch die Mobilisierungsfähigkeit und der zunehmend professionelle Organisationsgrad der IL* im Vorfeld und während des „Anti-Islamisierungskongresses“ von 'pro Köln*' im September 2008 in Köln (AIK I) und beim NATO-Gipfel im April 2009.

Innerhalb des linksextremistischen Spektrums hat sich mit den „Antideutschen“ eine Denkrichtung etabliert, die mit traditionellen linken Grundüberzeugungen bricht. Ausgangspunkt der antideutschen Ideologie ist die Ablehnung der Existenz einer deutschen Nation und – daraus resultierend – die Abschaffung des deutschen Staates. Dies korrespondiert mit der uneingeschränkten Solidarität mit dem jüdischen Volk und dem israelischen Staat sowie mit den USA als Schutzmacht Israels. Antideutsche werfen der deutschen Gesellschaft – sie sprechen häufig von der „deutschen Volksgemeinschaft“ – und der übrigen Linken vor, offen oder latent antisemitisch zu sein. Da von den Antideutschen „der Kampf Israels in der Tradition des Aufstands im Warschauer Ghetto“ und „der jüdische Staat als Bollwerk gegen den Islamfaschismus“ gesehen wird, befürworten sie alle Maßnahmen bis zum Krieg, die den Bestand Israels und den Schutz seiner jüdischen Bewohner sichern sollen.

Die Antideutschen sehen in der deutschen Wiedervereinigung den Auftakt für eine neue Ära der imperialistischen und nationalistischen Machtpolitik. Ihre Position führt zwangsläufig zu Konflikten mit der Mehrheit der orthodox-kommunistischen und

autonomen Linken, deren antiimperialistische Grundeinstellung in erster Linie von der Kritik an angeblichen Hegemoniebestrebungen der USA geprägt und traditionell propalästinensisch ausgerichtet ist. Auch bei Antideutschen steht allerdings das Themenfeld „Antifaschismus“ im Vordergrund. Der stets kompromisslos vertretene Standpunkt und das Auftreten antideutscher Aktivisten zum Beispiel mit den Nationalflaggen Israels und der USA auf linken Demonstrationen führte bereits wiederholt dazu, dass sich linke Gruppen spalteten oder die Antideutschen aus Szenetreffpunkten ausgeschlossen wurden. Anlässe mit Bezug zur Nahost-Problematik, insbesondere propalästinensische Demonstrationen, nutzen Antideutsche mitunter zu Israel-solidarischen Gegenäußerungen und damit verbundener Selbstdarstellung.

Antinationale oder antideutsche Antifa-Gruppierungen beschäftigen sich – je nach Schwerpunktsetzung – teils mit Theoriearbeit in Form von Infoveranstaltungen, teils mit eigenen Aktionen gegen die Veranstaltungen von Rechtsextremisten. Sie sind häufig über das Internet vernetzt und arbeiten mit ähnlich ausgerichteten Gruppierungen insbesondere bei der Mobilisierung von Kundgebungen zusammen.

Handlungsmuster und Aktionsformen

Insgesamt umfasst das Aktionsrepertoire der linksautonomen Szene sowohl die „offene“ politische Betätigung wie die Agitation mit Flugblättern, Plakaten, Internetaufrufen und Szenepublikationen als auch „militante“ Aktionsformen. In Nordrhein-Westfalen stehen vor allem Demonstrationen und sonstige Aktionen – gegebenenfalls auch mit der Konsequenz tätlicher Auseinandersetzungen und Sachbeschädigungen – als Reaktion auf Veranstaltungen des „rechten“ Spektrums sowie Outing-Aktionen (Offenlegung der Mitgliedschaft in NPD oder Neonazi-Szene) im Vordergrund. Diese Links-Rechts-Konfrontationen, das heißt die Auseinandersetzungen zwischen der örtlichen Antifa und rechtsextremistischen Gruppierungen, sind einerseits politisch motiviert, andererseits oft aber auch nur Anlass, Aggressionen, Gewalt und Hass auszuleben.

Gegner ist aber auch die Polizei, die von der Szene sowohl als „Beschützer“ von Demonstrationen und anderen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene als auch als Repräsentant des ohnehin abgelehnten Staates angesehen wird.

Besonders relevante Themenfelder im Jahr 2009

Das Hauptthemenfeld der autonomen Szene war auch im Jahr 2009 in Nordrhein-Westfalen der Antifaschismus, also die Bekämpfung des rechtsextremistischen bzw.

rechtspopulistischen Spektrums, und damit verbunden Aktionen gegen eine Vielzahl von Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene.

In ähnlicher Weise, jedoch in deutlich geringerem Umfang, werden auch die anderen Themenfelder der linksextremistisch-autonomen Szene mit dem Protest gegen das „bürgerlich-kapitalistische System“ verwoben. Im Themenfeld Antirassismus kam es beim „Kampf“ gegen Abschiebemaßnahmen zu Demonstrationen und anderen Aktionen. International bedeutsam waren für das Themenfeld Antimilitarismus der NATO-Gipfel im April 2009 in Straßburg, Baden-Baden und Kehl und für das Themenfeld Antiglobalisierung der „Klimagipfel“ im Dezember 2009 in Kopenhagen.

4.2.2 Themenfeld Antifaschismus

Die autonome Antifa wendet sich in ihrem „antifaschistischen Kampf“ vor allem gegen Veranstaltungen rechtsgerichteter Gruppierungen mit dem Ziel, diese – gegebenenfalls auch mit Gewalt – zu stören oder zu verhindern, sowie gegen Organisationen, Institutionen und Szeneobjekte rechtsgerichteter Gruppierungen und gegen Einzelpersonen, die tatsächlich oder vermeintlich der rechtsgerichteten Szene angehören oder denen eine Unterstützung der Szene unterstellt wird. Hierdurch werden die Grundrechte der Meinungs-, Versammlungs- und politischen Organisationsfreiheit der Anhänger des „rechten“ Spektrums negiert. Antifa-Aktivitäten gehen weit über öffentliche Meinungsbekundungen hinaus. Bei ihren Aktivitäten gegen „Rechte“ kommt es oftmals zu Rechts-Links-Konfrontationen mit erheblicher Öffentlichkeitswirkung; sie bieten der Antifa eine willkommene Gelegenheit, sich in Szene zu setzen.



Damit verknüpft ist der Kampf gegen den Staat, seine Einrichtungen und Repräsentanten, die als „repressive“ Unterdrückungsinstrumente betrachtet werden. Schon die Polizeipräsenz bei Demonstrationen wird als „strukturelle Gewalt“ empfunden, die „Gegengewalt“ als „legitimer revolutionärer Akt“ rechtfertigt. Die polizeiliche Pflicht zur Gewährleistung auch „rechter“ Veranstaltungen wird nicht als verfassungsrechtlich erforderliche Maßnahme, sondern als „Schutz der Rechten“ interpretiert. Vor allem Demonstrationen des rechtsextremistischen Spektrums bilden seitens der autonomen Antifa in Nordrhein-Westfalen zunehmend den Anlass für gewalttätige Auseinandersetzungen.

„Wir orientieren [uns] auf eine Verknüpfung aller Formen des antifaschistischen Widerstands und lehnen eine Verkürzung auf „nur militant“ oder „nur bündnikskompatibel“ ab. Unsere Aufgabe ist es, die Faschisten wirkungsvoll zu bekämpfen, ohne uns zu isolieren und von der staatlichen Repression zerschlagen zu werden.“⁵⁵

Aktionen gegen den „Anti-Islamisierungskongresses“ am 9. Mai 2009 in Köln

Ein Anlass für Proteste war der zweite „Anti-Islamisierungskongress“ (AIK II) der Gruppierungen 'pro Köln*' und 'pro NRW*' am 9. Mai 2009 in Köln. Auch die bereits im Vorfeld der Kommunalwahlen an jedem Samstag stattfindenden Mahnwachen von 'pro Köln*' am Bauplatz der geplanten Moschee in Köln stellten regelmäßig Anlässe für Gegenaktionen dar, die jedoch zu keinen nennenswerten Störungen führten.

Der Protest gegen den diesjährigen AIK II verlief auf weit niedrigerem Niveau als im Vorjahr. Die Mobilisierung war insbesondere auf überregionaler Ebene sehr zurückhaltend. Ein über Nordrhein-Westfalen hinausreichendes Protestspektrum blieb weitgehend aus. Unter dem Motto „Aufgestanden! Hingegangen! Abgepiffen!“ mobilisierte das linksautonome Protestspektrum mit dem Ziel, die geplanten Veranstaltungen von 'pro Köln*' und 'pro NRW*' zu unterwandern und die Veranstaltungen zu sprengen.



Internetauszug des Aufrufs der linksautonomen Szene.

Am 9. Mai 2009 mischten sich etwa 50 Gegendemonstranten zunächst unerkannt unter die Kongressteilnehmer auf dem Kundgebungsplatz, wurden dann aber durch Polizeikräfte räumlich getrennt. Die Protestbekundungen führten deshalb nicht zur Störung der Veranstaltung. Weitere Gegenaktivitäten fanden auch an anderen Orten in der Nähe statt.

⁵⁵ 'Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und Neuss', Positionen des Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und Neuss (Antifa-KOK) zu den Thesen der 28. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW, These 5 (Auszug) v. Februar 2009.

„5. Nationaler Antikriegstag“ in Dortmund am 5. September 2009

Nach der Veröffentlichung von Planungen seitens der rechtsextremistischen Szene für einen „Nationalen Antikriegstag“ in Dortmund am 5. September 2009 wurde bereits seit Beginn des Jahres durch lokale Gruppierungen, die sich zu einem 's5-Bündnis'⁵⁶ zusammengeschlossen hatten, bundesweit und in den Niederlanden mit hohem Organisationsaufwand mobilisiert. Interne ideologische Querelen führten zu einer Spaltung innerhalb der linksextremistischen Szene. Dabei wurde den lokalen Gruppierungen ihre Affinität zur antideutschen Szene vorgehalten. Als Alternative zum 's5-Bündnis*' wurde das Bündnis 'Dortmund stellt sich quer*' ins Leben gerufen, das neben Teilen des autonomen Antifa-Spektrums und dem Umfeld des DKP-nahen 'Linken Bündnis Dortmund*' (LibüDo) auch anpolitisierte Jugendliche sowie Migranten in die Protestmobilisierung einbezog.



„Eine Verhinderung oder eine erhebliche Beeinträchtigung des Nazi-Aufmarschs würde die Autonome-Nationalisten-Szene in ihrer Hochburg empfindlich treffen. [...] Richtet euch auf einen langen Tag ein – nach der Demo ist noch lange nicht Schluss!“⁵⁷

Trotz der Streitigkeiten bei der Mobilisierung und geringer Resonanz auf Vorfeldaktionen nahmen schließlich etwa 4.000 extremistische und nicht extremistische Personen aus allen Landesteilen und auch aus anderen Bundesländern am Protest gegen den „Nationalen Antikriegstag“ teil. Im Verlauf der Gegenkundgebungen des 's5-Bündnisses*' und 'Dortmund stellt sich quer*' kam es zur Bildung eines „Schwarzen Blocks“, der sich verummte. Kleingruppen versuchten, Polizeiabsperrungen zu durchbrechen und mit Gewalt zur Demonstration der rechtsextremistischen Szene vorzudringen. Dabei kam es zu Steinwürfen auf Einsatzkräfte und Sachbeschädigungen an Polizeifahrzeugen. Bei den Auseinandersetzungen wurden über 300 Personen in Gewahrsam genommen.

⁵⁶ „s5“ steht für das Datum „5. September“.

⁵⁷ 's5-Bündnis', Die Dortmunder Naziszene - Dateidownload 20090712-diedortmund-28973.m3u aus Audiobeitrag #28793 auf <http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=28973>.

Direkte Angriffe, Gewalt bei Kundgebungen und Folgeaktionen

Grundsätzlich und wie bereits bei den Großkundgebungen erkennbar werden die Anlässe für demonstrative Aktionen der Antifa zumeist von der rechtsextremistischen Szene gesetzt. Die Antifa reagiert nahezu ausschließlich auf bevorstehende Kundgebungen, Konzerte, interne Versammlungen und sonstige Aktionen rechtsextremistischer Gruppierungen und antwortet reflexhaft mit Gegenkundgebungen und Aktionen zur Störung oder Verhinderung von Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene. Die Gelegenheiten reichen von Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene über Auftritte von Bands, deren Konzerte regelmäßig von Teilen der rechtsextremistischen Szene besucht werden bis zur Eröffnung eines Modegeschäfts, das mit von Rechtsextremisten bevorzugten Artikeln der Marke „Thor Steinar“ Handel treibt.

In Aachen kam es vermehrt zu Konfrontationen zwischen Personen aus dem Umfeld der rechtsextremistischen Szene einerseits und tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Antifa-Aktivisten andererseits. Nachdem es mehrfach zu Übergriffen gekommen war, veranstaltete die Antifa-Szene in Aachen am 2. Oktober 2009 eine Kundgebung mit der Forderung, einen namentlich genannten „rechten Szenetreff“ zu schließen.



Internetauszug der Antifa-Gruppierung Aachen.

Wahlkampf als Anlass für Auseinandersetzungen und „Outingaktionen“

In direktem Bezug zum Wahlkampf der diesjährigen Kommunal- und Bundestagswahlen standen mehrere Aktionen von Antifa-Aktivisten gegen die NPD und 'pro Köln*'/pro NRW*. Vor allem in Aachen und Bochum wurde gegen NPD-Infostände und Unterschriftensammlungen zur Unterstützung der NPD protestiert. NPD-Aktivisten wurden bedroht und verbal, teils sogar tätlich angegriffen.

Bei einer Wahlkampfkundgebung von 'pro NRW*' am 22. August 2009 in Radevormwald nutzten Antifa-Aktivist:innen aus dem Bergischen Land die Gegenveranstaltung der Partei 'DIE LINKE.*' dazu, aus der Menge heraus Eier und Steine auf den 'pro NRW'-Fahrzeugkonvoi zu werfen. Die Taktik, Veranstaltungen des politischen Gegners massiv zu stören, wird von der rechtsextremistischen Szene zunehmend übernommen. Sie versucht mittlerweile, in gleicher Weise Veranstaltungen mit Antifa-Bezug zu stören.

So sind auch „Outing“-Aktionen zu sehen, die in der Auseinandersetzung von Links- und Rechtsextremisten nicht neu sind. Antifa-Gruppierungen im östlichen Ruhrgebiet führen gezielt „Outings“ durch, um rechtsextremistische Funktionäre, einfache Mitglieder der Kameradschaftsszene oder auch nur vermutete Rechtsextremisten zu offenbaren. Bei diesen Aktionen werden Nachbarschaft und/oder Arbeitgeber über die Aktivitäten der Personen informiert, um die betreffenden Personen sozial zu isolieren und unter Druck zu setzen. Neuer ist allerdings, dass Rechtsextremisten auf eine „Outing“-Aktion Linker gleichermaßen antworten.

4.2.3 Themenfeld Antirassismus

Der Antirassismus hat nicht die Bedeutung anderer Themenfelder in der linksautonomen Szene. Trotz der jährlichen Wiederholung bundesweiter Aktionen halten sich öffentliche Wirkung und Mobilisierungsfähigkeit in Grenzen.

„Aktionswoche gegen Abschiebung“ vom 24. bis 30. August 2009

Wie im Vorjahr rief die 'Büren-Gruppe Paderborn*' Anfang 2009 im Internet vom 24. bis 30. August 2009 zu einer bundesweiten „Aktionswoche gegen Abschiebung“ bzw. am 29. August zu einem „Tag ohne Abschiebung“ auf, um durch Veranstaltungen auf die Problematik aufmerksam zu machen:

.....
„Auch in 2009 wollen wir wieder Sand in die Abschiebemaschinerie streuen [...] und zu „vielfältigen Aktionen an den unterschiedlichen Orten des Abschieberegime: Knäste, Lager, Grenzen, Flughäfen, Ausländerbehörden, Profiteure etc.“ aufrufen.
.....

In einem weiteren Aufruf wurde gefordert:

.....
*„Abschiebehaft abschaffen!
Für das Recht auf Bewegungsfreiheit! Für ein Ende von Grenz- und*
.....

Bewegungskontrollen!

Wer kommen will, soll kommen dürfen!

Wer bleiben will, soll bleiben dürfen!“



Internetauszug zum Thema „Kein Mensch ist illegal“.

Bundesweite Demonstrationen überwiegend friedlich

Vor und während der Aktionswoche kam es bundesweit zu Demonstrationen bzw. Mahnwachen gegen Abschiebungen, in Nordrhein-Westfalen unter anderem in Neuss, Wuppertal, Düsseldorf, Bochum, Bielefeld und Paderborn. In den meisten Fällen verliefen die Aktionen im Umfeld von Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) oder Abschiebehaftanstalten friedlich. Vereinzelt ist es zu unfriedlichen Demonstrationen gekommen.

Beispielsweise ist das Büro des „Heimatgartens“, das sich um die freiwillige Rückkehr und humanitäre Reintegration von Flüchtlingen kümmert, mit Farbe und Pflastersteinen attackiert worden. Auch die Zentrale Ausländerbehörde Bielefeld (ZAB) war Ziel eines Farbbeutelangriffs. In einem Bekennerschreiben hieß es, beide Einrichtungen seien Teil des Systems der rassistischen EU-Flüchtlings- und Migrationspolitik:

„Zu dieser Politik gehört nicht nur der Ausbau der ‘Festung Europa’, also der Abschottung und der Migrations- und Fluchtabwehr, die zunehmend immer weiter entfernt von den Außengrenzen beginnt. Dieses System umfasst auch eine Ausweitung innerstaatlicher Ausgrenzungsmaßnahmen (z. B. Auf- und Ausbau des Lagersystems), eine zunehmende Entrechtung (Residenzpflicht und Arbeitsverbot) und die Perfektionierung der zugehörigen Abschiebemaschinerie.“

4.2.4 Themenfeld Antimilitarismus

Am 3. und 4. April 2009 fand ein NATO-Gipfeltreffen anlässlich des 60-jährigen Bestehens mit hochrangigen Staatsgästen aus den Mitgliedsländern in Straßburg und Baden-Baden statt. Linksextremisten waren die treibende Kraft der Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel, vor allem aus der antimilitaristischen bzw. der internationalen globalisierungskritischen Bewegung. Die hohen Erwartungen der Protestorganisationsoren von 30.000 Teilnehmern bei der internationalen Großdemonstration erwiesen sich jedoch als überzogen. Gleichwohl handelte es sich um die seit langem größte internationale Mobilisierung im Themenfeld Antimilitarismus.

Aktionen im Vorfeld des Gipfels

Maßgeblicher Träger der Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel war eine von nicht-extremistischen Gruppen aus der Friedensbewegung und Linksextremisten unterschiedlicher Ausrichtung initiierte „No-NATO-Kampagne“. Im Vorfeld wurden auf „Internationalen Aktionskonferenzen“ ein Aktionsplan für eine „Aktionswoche“ vereinbart. Die 'Interventionistische Linke*' (IL)⁵⁸ rief zu Demonstrationen und Blockaden auf, die linksextremistische Initiative 'Libertad!' zu „militanten Aktionen“. Diverse lokale Bündnisse organisierten ein Protestcamp. Mit Bezug zum NATO-Gipfel wurden im Vorfeld über 100 Straftaten, überwiegend Sachbeschädigungen durch Farbschmierereien, verübt, darunter auch gegen den Postdienstleister DHL (Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge).

Verlauf der „Aktionswoche“ vom 30. März bis zum 4. April 2009

Die Teilnehmerzahlen schwankten von mehreren Hundert bis zu 16.000 Teilnehmern. Es wurden Barrikaden errichtet, Straßen und Brücken blockiert, darunter die Europa-Brücke über den Rhein zwischen Straßburg und Kehl, es kam zu Angriffen auf Polizeidienststellen und Sachbeschädigungen in Straßburg. Die Gewalttätigkeiten eskalierten am 4. April 2009, als etwa 1.800 Aktivisten in der Innenstadt von Straßburg an mehreren Stellen die Zufahrtsstraßen zum Kongresszentrum blockieren wollten.

Gewalttäter errichteten teilweise brennende Barrikaden, plünderten und zerstörten eine Tankstelle und setzten ein Hotel, ein angrenzendes Einkaufszentrum, eine Fast-Food-Filiale, ein Tourismus-Büro, eine Apotheke und ein französisches Zollgebäude

58 Zusammenschluss von Gruppierungen des militanten autonomen Lagers sowie zum Teil langjährig aktiver, nicht ausschließlich linksextremistischer Einzelpersonen.

in Brand.⁵⁹ Erst am Nachmittag beruhigte sich die Lage. Die Gewalteskalation am 4. April 2009 in Straßburg wurde szeneeintern teilweise kritisiert.

Anreisen und Beteiligung aus Nordrhein-Westfalen

Viele der an gewalttätigen Ausschreitungen Beteiligten dürften aus dem Ausland angereist sein.⁶⁰ Aus Nordrhein-Westfalen nahmen ca. 70 Personen des linksextremistischen Spektrums an den Protesten gegen den NATO-Gipfel teil; Hinweise auf Beteiligung an gewalttätigen Auseinandersetzungen gab es nicht.

4.2.5 Themenfeld Antiglobalisierung

UN-Klimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen

Vom 7. bis 18. Dezember 2009 fand in Kopenhagen die „15. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention“ mit zahlreichen Staats- und Regierungschefs statt. Zahlreiche nichtextremistische und linksextremistische Organisationen und Gruppierungen kündigten umfangreiche Protestaktionen, Linksextremisten zudem „massive Störungen“ der Konferenz mit Gewalt, an. Durch präventivpolizeiliches Vorgehen konnten jedoch Störaktionen der linksextremistischen Szene weitgehend verhindert werden. Insgesamt wurden – zumeist präventiv – etwa 1.700 Personen in Gewahrsam genommen, darunter über 400 Deutsche.

Aktionen im Vorfeld des Gipfels

Die mit der Mobilisierung gegen den COP15 befassten internationalen Netzwerke der sogenannten Klimabewegung hatten sich auf gemeinsame Protestaktionen verständigt (Großdemonstrationen, Aktionen des zivilen Ungehorsams, Kleingruppenaktionen etc.). In Deutschland wurden über 100 Mobilisierungsveranstaltungen durchgeführt,⁶¹ schwerpunktmäßig im norddeutschen Raum. Es wurde eine für derartige internationale Szenarien übliche Protestinfrastruktur geschaffen.

⁵⁹ <http://www.welt.de/politik/article3502352/Randalierer-setzen-Strassburger-Hotel-in-Flammen/>; abgerufen am 4. April; <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ausschreitungen-am-rande-des-gipfels/>; abgerufen am 4. April.

⁶⁰ <http://www.welt.de/politik/article3502352/Randalierer-setzen-Strassburger-Hotel-in-Flammen/>; abgerufen am 4. April; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,druck-617480,00.html>; abgerufen am 4. April.

⁶¹ <http://www.linkezeitung.de>; abgerufen am 1. Dezember 2009.

Im November und Dezember 2009 kam es unter anderem zu Brandanschlägen und Farbschmierereien gegen Fahrzeuge und Einrichtungen der Deutschen Bahn AG, der DB Service GmbH, der DHL und einer Werbeagentur, aber auch gegen dänische diplomatische Vertretungen in Deutschland. Zudem wurde in Hamburg das Wohnhaus des ehemaligen Umweltsenators und jetzigen Vorstandsvorsitzenden der RWE-Tochter „Innogy“ beschädigt.

Verlauf der „Aktionswoche“ vom 11. bis 18. Dezember 2009

Im Verlauf der „Aktionswoche“ waren die Protestaktionen überwiegend friedlich. Allerdings kam es auch zu Angriffen auf die Polizei mit Molotowcocktails, Sachbeschädigungen, Barrikadenbildungen und Brandstiftungen gegen Fahrzeuge. Die Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen schwankten von mehreren Hundert bis zu 100.000 Personen bei der Großdemonstration am „Globalen Klimaaktionstag“ am 12. Dezember 2009.

Die Protestszene kritisierte das Vorgehen der dänischen Polizei gegen Demonstranten. Während des Gipfels kam es auch in verschiedenen Städten Deutschlands zu einer Reihe von Protestaktionen, im Wesentlichen gegen das polizeiliche Vorgehen in Kopenhagen und gegen die Klimapolitik der Teilnehmerstaaten. Ferner wurden Brandanschläge gegen Firmenfahrzeuge und Sachbeschädigungen an dänischen diplomatischen Einrichtungen verübt.

Anreisen und Beteiligung aus Nordrhein-Westfalen

Anreisen des linksextremistisch-autonomen Spektrums, aber auch von Mitgliedern der Partei 'DIE LINKE.*' und deren Jugendverband 'Linksjugend [solid]', erfolgten aus dem gesamten Bundesgebiet. Insgesamt war aus Deutschland mit über 1.000 Klimaaktivisten zu rechnen, darunter mindestens 500 gewaltbereite Linksextremisten. Aus Nordrhein-Westfalen wurde mit 50 – 100 Autonomen gerechnet.

4.2.6 Aktivitäten „Antideutscher“

Israelische Flaggen in Duisburg am 10. Januar 2009

Die 'Islamische Gemeinschaft Milli Görüs' führte am 10. Januar 2009 in Duisburg eine Demonstration mit ca. 10.000 Teilnehmern durch, um gegen die kriegsrische Ausei-

andersetzung im Gaza-Streifen zu protestieren. Als der Zug ein Haus passierte, an dem zwei israelische Flaggen angebracht waren, stoppte er. Aus dem Zug wurden lautstark antisraelische Parolen skandiert, Gegenstände auf die Wohnung geworfen und versucht, gewaltsam in das Gebäude einzudringen. Da die Bewohner zunächst nicht erreicht werden konnten, drangen Polizeikräfte in das Gebäude ein und entfernten die Flaggen. Erst danach beruhigte sich die Situation, so dass die Demonstration fortgesetzt werden konnte. Der Wohnungsinhaber bzw. weitere Personen, die mit dem Aufhängen der Flaggen in Zusammenhang standen, sind dem antideutschen Spektrum zuzurechnen. Der Vorfall erzielte eine erhebliche Öffentlichkeitswirkung, wodurch das Phänomen der Antideutschen auch im linksextremistischen Spektrum wieder in den Blick geriet.

4.2.7 Brandanschläge linksextremistischer Autonome

Vor allem in Hamburg und Berlin kam es 2009 zu einer Reihe von Auseinandersetzungen mit der Polizei, zu Brandanschlägen gegen Fahrzeuge sowie zu Angriffen gegen staatliche Einrichtungen. Sowohl die Ursachen als auch die Frage, ob die Auseinandersetzungen eine neue Qualität von „linker“ Gewalt bedeuten, werden derzeit zwischen Politik, Sicherheitsbehörden, Medien und der Wissenschaft intensiv diskutiert.

Im Zuge der bundesweit zunehmenden Links-Rechts-Konfrontationen hat die Gewaltbereitschaft des linksautonomen politischen Spektrums als Ausdruck des „antifaschistischen“ Kampfes“ vor allem bei Demonstrationen des rechten Spektrums auch in Nordrhein-Westfalen deutlich zugenommen – Objekte der Angriffe sind dabei aber Polizisten und der politische Gegner, nicht Gebäude und Fahrzeuge. Regelmäßig wiederkehrende Anlässe für massive Auseinandersetzungen mit der Polizei, wie sie das Schanzenfest in Hamburg oder die Krawalle am 1. Mai in Berlin sind, mit schweren Gewalttaten sowie Anschläge gegen staatliche Einrichtungen gibt es Nordrhein-Westfalen dagegen nicht.

5 Ausländerextremismus⁶²

Der Verfassungsschutz beobachtet im Ausländerextremismus Bestrebungen, die

- : gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- : durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- : gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Schwerpunktmäßig liegen die Bestrebungen in den beiden letztgenannten Bereichen. Dabei ist die Tatbestandsvoraussetzung der Gewaltanwendung schon dann erfüllt, wenn ausländische Gruppierungen von hier aus gewaltsame Aktionen im Heimatstaat vorbereiten, etwa durch Aufrufe zur Gewalt oder durch die Beschaffung finanzieller oder sonstiger Mittel.

Der Ausländerextremismus ist durch eine Vielzahl von Vereinigungen von unterschiedlicher Organisationsstruktur und Größe geprägt. Den Schwerpunkt bilden in Nordrhein-Westfalen die extremistischen Organisationen aus der Türkei. Die sehr unterschiedlichen Zielrichtungen ausländerextremistischer Organisationen lassen sich im Wesentlichen in nationalistische Bestrebungen, linksextremistische Bestrebungen und ethnisch motivierte Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbestrebungen unterteilen. Dabei sind die Übergänge fließend: So sind einige Organisationen ursprünglich links-extremistischer Ausrichtung nach jahrelanger Entwicklung heute vorrangig von ethnisch begründetem Unabhängigkeitsstreben geprägt.

⁶² Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

5.1 Türkische Organisationen

5.1.1 Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.⁶³

Leitung	Sentürk Dogruyol	
Mitglieder	Bund	NRW
2009	ca. 7000	ca. 2000
2008	ca. 7000	ca. 2000
Publikation	'Türk Federasyon Bülteni' ('Bulletin der Türkischen Föderation')	
Internet	türkischsprachige Homepage	

Hintergrund

Die unter der Bezeichnung 'Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.*' ('Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu') bekannte ADÜTDF* ist die anhängerstärkste Gruppierung innerhalb der 'Ülkücü-Bewegung', die auch unter der Bezeichnung „Graue Wölfe“ bekannt ist. Die Bewegung basiert auf einem übersteigerten Nationalbewusstsein, das die türkische Nation sowohl politisch-territorial als auch ethnisch-kulturell als höchsten Wert ansieht. Neben dem



Türkentum, das an erster Stelle steht, kommt dem Islam als einer die türkische Identität ergänzenden Komponente besondere Bedeutung zu. Die sogenannte türkisch-islamische Synthese wird von den Anhängern in der Aussage zusammengefasst: „Islam ist unsere Seele, Türkentum ist unser Leib“, was das stark religiös gefärbte Nationalismusverständnis zum Ausdruck bringt. Ein weiteres Element der Ideologie ist der Panturkismus. Die politischen Ziel- oder Wunschvorstellungen orientieren sich deshalb zum einen am Osmanischen Reich mit seinem türkisch-islamischen Charak-

⁶³ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

ter, zum anderen gehen sie in Richtung Panturkismus, also einer Vereinigung aller Türken (turksprachigen Völker) unter der Führung einer großen und mächtigen Türkei.

Die Demokratie gefährdende Ülkücü-Ideologie lebt im Wesentlichen von Feindbildern, zu denen in unterschiedlichen Kombinationen variable Verschwörungstheorien entwickelt werden. Zu den ideologischen Feinden gehören vor allem Kurden, Amerikaner, Juden und Armenier, aber auch Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten, zum Beispiel Homosexuelle.

Der sogenannte Ülkücü-Eid, der auf zahlreichen einschlägigen Web-Seiten nachzulesen ist, macht die Kernaussage der Ideologie deutlich:

.....
*„Ich schwöre bei Allah, dem Koran, dem Vaterland, bei meiner Flagge
 Meine Märtyrer, meine Frontkämpfer sollen sicher sein
 Wir, die idealistische türkische Jugend, werden unseren Kampf gegen
 Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und jegliche Art von Imperia-
 lismus fortführen
 Unser Kampf geht bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug,
 bis zum letzten Tropfen Blut
 Unser Kampf geht weiter, bis die nationalistische Türkei, bis das Reich
 Turan erreicht ist
 Wir, die idealistische türkische Jugend, werden niemals aufgeben, nicht
 wanken, wir werden siegen, siegen, siegen
 Möge Allah die Türken schützen und sie erhöhen“*

Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen

Durch ihr teilweise extrem nationalistisches Gedankengut verfolgt die ADÜTDF* Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Absatz 2 Grundgesetz – GG) oder das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des GG) richten und erfüllt damit die Voraussetzungen zur Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 4 VSG NRW.

Struktur

Die ADÜTDF*, die 1978 in Frankfurt/Main als 'Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.' gegründet wurde, hat sich 2007 in 'Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.' umbenannt.

Zudem wurde eine 'Türkische Konföderation in Europa' (ATK) als europäische Dachorganisation gegründet. Ihr gehören die nationalen Vereinigungen aus Deutschland und aus weiteren europäischen Staaten an. Die ADÜTDF* ist die deutsche Vertretung der in der Türkei ansässigen 'Partei der Nationalistischen Bewegung' ('Milliyetçi Hareket Partisi' – MHP). 1969 von Alparslan Türkeş gegründet, wird sie seit dessen Tod 1997 von Devlet Bahçeli geführt. Die MHP, die von 1999 bis 2002 an der türkischen Regierung beteiligt war, konnte bei den Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 ihren Stimmenanteil von zuvor 8,3 auf 14,3% fast verdoppeln.

In Deutschland werden etwa 150 Vereine mit rund 7.000 Mitgliedern der ADÜTDF* zugerechnet. Rund 70 Vereine befinden sich in Nordrhein-Westfalen.

Finanzierung

Die ADÜTDF* finanziert sich im Wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und den Verkauf von Publikationen.

Veranstaltungen

Am 30. Mai 2009 fand der 26. Kongress der ADÜTDF* in der Grugahalle in Essen mit rund 7.000 Teilnehmern (25. Kongress im Jahre 2007 in Oberhausen: 8.000 Teilnehmer) statt. Als Gäste nahmen an der Veranstaltung auch Vertreter der im türkischen Parlament vertretenen MHP und deren Vorsitzender, Devlet Bahçeli, teil. Darüber hinaus wurden 2009 in Nordrhein-Westfalen noch mehrere Saalveranstaltungen mit bis zu 3.000 Teilnehmern durchgeführt.

Internetaktivitäten jugendlicher Ülkücü-Anhänger

Das Internet hat für die Darstellung des türkisch-nationalistischen Gedankengutes insbesondere bei den jugendlichen Anhängern der Ülkücü-Bewegung erkennbar an Bedeutung gewonnen. In zahlreichen, offen zugänglichen Videoportalen, aber auch in einem Netzwerk türkisch-nationalistischer Webseiten präsentieren Jugendliche ihre extremistischen Forderungen und Positionen. Die hier bekannten Videos sind überwiegend in türkischer Sprache aufgezeichnet. Sie enthalten extrem kurden-, homosexuellen-, jüden-, armenier- und USA-feindliche Aussagen sowie obszöne und beschimpfende Darstellungen. Sie hetzen gegen das friedliche Zusammenleben der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppierungen und fördern damit auch in der Bundesrepublik Deutschland das Entstehen von Parallelgesellschaften mit dem

entsprechenden Konfliktpotenzial. Bis auf ganz wenige Ausnahmen haben gewalttätige Auseinandersetzungen, die hierauf zurück zu führen sind – zumindest in Deutschland – nicht statt gefunden.

Gewaltbereitschaft

Die ADÜTDF* stellt sich als gesetzestreu dar, und ihre offiziellen Vertreter haben bereits vor einigen Jahren Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer ideologischen Überzeugungen abgelehnt.

Im Zusammenhang mit den türkisch-kurdischen Auseinandersetzungen im Grenzgebiet des Nord-Irak kam es auch in Nordrhein-Westfalen im Oktober/November 2007 zu zahlreichen pro-türkischen Demonstrationen, die zwar nicht von der ADÜTDF* angemeldet wurden, bei denen aber vereinzelt, insbesondere von jugendlichen Teilnehmern der Veranstaltungen, durch das mit der Hand gezeigte Wolfssymbol auf die Bewegung aufmerksam gemacht wurde. In der Zeit des verstärkten Demonstrationaufkommens kam es auch in Nordrhein-Westfalen zu vereinzelt gewalttätigen Übergriffen national gesinnter türkischer Jugendlicher auf kurdische Einrichtungen. Ähnliche Zusammenstöße waren 2008 und 2009 nicht zu verzeichnen.

Bewertung

Aufgrund der Vielfalt und auch der Vielzahl der hier bekannten Internetauftritte liegt die Vermutung nahe, dass die Ülkücü-Bewegung mit ihren Positionen und Forderungen das Entstehen einer extremistischen, isolierten Jugendbewegung in Deutschland fördert. Insbesondere unter den oft schon in Deutschland geborenen türkischstämmigen Jugendlichen der zweiten und dritten Migrantengeneration, gibt das Erstarken eines übersteigerten türkischen Nationalbewusstseins Anlass zur Sorge, da dies die Integration der Jugendlichen in die Lebens- und Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland behindert. Ob die Beeinflussung der Jugendlichen allein durch das Internet oder auch in den Vereinen bzw. durch Mitschüler erfolgt, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Vorfälle an Kölner Schulen im März 2006 haben jedoch deutlich gezeigt, dass der Einfluss von Mitschülern nicht zu unterschätzen ist.

5.1.2 Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front; Türkische Volksbefreiungspartei/-Front – Revolutionäre Linke

Leitung	Nach dem Tod von Dursun Karataş wurde noch kein Nachfolger benannt	
Mitglieder	Bund	NRW
2009	650	200
2008	650	200
Publikationen	‘Kurtuluş’ (‘Befreiung’), ‘Yürüyüş’ (‘Der Marsch’)	
Internet	mehrsprachige Homepage	

Hintergrund

Die in der Türkei und Deutschland verbotene ‘Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front’ (‘Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi’ – DHKP-C) verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System zu errichten. Hierzu bedient sie sich in der Türkei auch terroristischer Methoden. So war die Organisation im Vorfeld des NATO-Gipfels im Juni 2004 in Istanbul für die Bombenexplosion in einem Linienbus mit vier Toten und zahlreichen Verletzten verantwortlich. Im Juli 2004 wurde nach Angaben der türkischen Sicherheitskräfte durch Erschießung eines mutmaßlichen Attentäters ein Anschlag auf das Justizministerium in Ankara vereitelt; der Täter soll Mitglied der DHKP-C gewesen sein. In Deutschland wurden von der Organisation – allerdings letztmalig 1998 – Gewaltaktionen gegen Anhänger des Oppositionsflügels und Spendenerpressungen verübt.



Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen

Mit ihrem Bestreben gefährdet die DHKP-C sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik (§ 3 Absatz 1 Nr. 1 und Nr. 3 VSG NRW). Wegen der gleichermaßen vorhandenen Gewaltbereitschaft unterliegt auch die weniger bedeutende Abspaltungsgruppe ‘Türkische Volksbefreiungspartei/-Front’ (THKP-C) der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden.

Die DHKP-C und die THKP/-C sind Nachfolgeorganisationen der in der Bundesrepublik seit 1983 verbotenen 'Devrimci Sol' und als solche seit dem 1. Februar 2000 rechtskräftig verboten. Ein Streit zwischen den seinerzeitigen Vorsitzenden begründete die bis heute andauernde Rivalität zwischen beiden Organisationen, ohne dass ernsthafte ideologische Differenzen zu erkennen wären. Unter der Bezeichnung DHK-C – 'Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi' agiert der militärische Arm der DHKP-C. Die politischen Aktivitäten werden seit dem Verbot 1983 konspirativ fortgesetzt. Im Mai 2002 hat der Rat der Europäischen Union die DHKP-C auf die europäische Liste der Terrororganisation gesetzt.

Struktur

Deutschland ist neben der Türkei das wichtigste Betätigungsgebiet der DHKP-C. Die Organisation verfügt über feste Strukturen. Dem Deutschlandverantwortlichen sind Gebietsverantwortliche nachgeordnet. Die eingesetzten Funktionäre treten zur Tarnung unter Decknamen auf. Als örtliche oder regionale Basis dienen der DHKP-C Vereine, deren Satzung keinen Rückschluss auf die Organisation zulassen. In Nordrhein-Westfalen verfügt die DHKP-C über solche Stützpunkte unter anderem in Bielefeld, Dortmund, Duisburg und Köln.

Als der verbotenen DHKP-C nahestehend wird der 'Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei' (TAYAD) angesehen, der in Deutschland auch unter dem Namen jeweiliger regionaler TAYAD-Komitees öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchführt. Wegen personeller Verflechtungen wird auch bei der 'Anatolischen Föderation e. V. Köln', die aus dem 'Verband anatolischer Volkskulturvereine e. V.' hervorgegangen ist, eine Nähe zur DHKP-C angenommen.

Finanzierung

Die DHKP-C finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und den Verkauf von Publikationen. Wie in den Vorjahren konnte das selbst gesetzte Ziel der Spendenkampagne bei Weitem nicht erreicht werden.

Medieneinsatz

Die Publikationen 'Tavir', 'Kerbela' und 'Kültür Adası' wurden eingestellt. Neben den Publikationen 'Kurtuluş' ('Befreiung') und 'Yürüyüş' ('Der Marsch') nutzt die DHKP-C intensiver als die übrigen linksextremistischen türkischen Organisationen das Internet

für Aufrufe und politische Erklärungen. Sie verfügt über eine mehrsprachige Homepage.

Generalsekretär der DHKP-C verstorben

Der Gründer und langjährige Generalsekretär der DHKP-C, Dursun Karataş, verstarb am 11. August 2008 in den Niederlanden im Alter von 55 Jahren. Im Internet wurde der Tod von der DHKP-C noch am gleichen Tage unter der Überschrift „Wir haben unseren Kommandanten, unseren Führer, unseren Onkel verloren“ offiziell bekannt gegeben. Karataş war die Leit- und Integrationsfigur der Organisation und stand für ihren Zusammenhalt. Bis zum Redaktionsschluss dieses Berichts im Januar 2010 ist weder ein offizieller noch ein inoffizieller Nachfolger von Dursun Karataş bekannt geworden. Von verschiedenen Personen, die als mögliche Nachfolger im Gespräch waren, konnte sich bisher keine durchsetzen.

Strafverfolgungsmaßnahmen

Am 5. November 2008 wurden in Nordrhein-Westfalen drei mutmaßliche Führungsfunktionäre der DHKP-C festgenommen und darüber hinaus acht Objekte – darunter Ortsvereine in Köln, Dortmund und Duisburg – durchsucht. Den Festgenommenen wird vorgeworfen, als hochrangige Führungsfunktionäre der DHKP-C in Europa Mitglieder der innerhalb der DHKP-C bestehenden terroristischen Vereinigung in der Türkei zu sein (§ 129b StGB). Ferner werden ihnen wegen der Auswahl von Kurieren für Waffentransporte Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz (§ 34 AWG) vorgeworfen. Gegen zwei von ihnen wurde am 6. Oktober 2009 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf der Prozess eröffnet.

Seit dem 5. November 2007 läuft vor dem Oberlandesgericht Stuttgart ein Prozess gegen fünf Mitglieder der DHKP-C. Die mutmaßlichen Funktionäre werden beschuldigt, seit dem 30. August 2002 einer terroristischen Vereinigung (§ 129b StGB) anzugehören, die sich innerhalb der DHKP-C gebildet hat. Die Angeklagten sollen vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus diese Vereinigung, die in der Türkei zahlreiche terroristische Aktionen (Selbstmordattentate, Brand- und Sprengstoffanschläge) verübt hat, unterstützt haben. Drei Angeklagte wurden am 7. August 2009 zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und elf Monaten und fünf Jahren verurteilt. Gegen die anderen zwei Angeklagten läuft der Prozess weiter.

Ein weiterer Prozess begann am 15. Januar 2009 vor dem OLG Düsseldorf gegen einen im Jahr 2007 verhafteten Führungsfunktionär und Mitbegründer der DHKP-C.

Aktionen im Zusammenhang mit dem Todesfasten sind vorläufig beendet

Zentrales Thema der DHKP-C war in den vergangenen Jahren das sogenannte „Todesfasten“. Dieser Protest gegen die Haftbedingungen in der Türkei hat 122 Menschenleben gefordert. Im Januar 2007 verbesserte das türkische Justizministerium die Haftbedingungen leicht. Die DHKP-C sieht dies als Eingehen der türkischen Regierung auf ihre Forderung und damit als erfolgreiches Ergebnis ihrer jahrelangen Protestaktionen an. Sowohl in der Türkei als auch in Deutschland wurde der „Sieg“ von DHKP-C-nahen Organisationen gefeiert.

Bewertung

Die Probleme in den zurückliegenden Jahren bei der Mitglieder motivation und bei der Finanzierung der Organisation bestehen fort. Hinzu kommt aber auch noch die konsequente Verfolgung und Verhaftung von Führungsfunktionären durch die Sicherheitsbehörden, die die Organisation schwächen. Dass die DHKP-C durch die Erweiterung ihres politischen Spektrums auf sozialpolitische Themen in Deutschland eine Stärkung erfahren könnte, ist zudem nicht erkennbar.

5.2 Arbeiterpartei Kurdistans; Volkskongress Kurdistans und unterstützende Organisationen

Seit dem 26. November 1993 in Deutschland vom Bundesministerium des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt.

Sitz	Nord-Irak
Europavertretung	wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit wechselnden Aufenthaltsorten
Vorsitz	Zübeyir Aydar (bis Juli 2009), Remzi Kartal (ab Juli 2009)
Höchstes Entscheidungsorgan	Generalversammlung

Mitglieder	Bund	NRW
2009	ca. 11.500	ca. 2.000
2008	ca. 11.500	ca. 2.000
Publikationen	‘Serxwebun’ (Unabhängigkeit), erscheint monatlich; ‘Sterka Ciwan’ (Stern der Jugend), erscheint monatlich; ‘Newaya Jin’ (Erlebnisse der Frauen), erscheint zweimonatlich; ‘Kurdistan-Report’, Auflage bis 15.000; Tageszeitung ‘Yeni Özgür Politika’	
Medien	‘ROJ-Gruppe’ mit Sitz in Brüssel mit den Fernsehsendern ‘ROJ-TV’ mit dänischer Sendelizenz und ‘MMC TV’, Sendelizenzgeber unbekannt, sowie dem Radiosender ‘Denge Mezopotamya’; ‘NEWROZ TV’ mit Sitz in Schweden	
Internet	Zahlreiche Internetauftritte über mehrere Server	

Hintergrund

Die ‘Arbeiterpartei Kurdistans’ (PKK), die heute unter der Bezeichnung ‘Volkskongress Kurdistans’ (KONGRA-GEL)⁶⁴ agiert, wurde im November 1978 in der Türkei gegründet. Sie strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an, der die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nord-Irak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte. In diesem Gebiet leben etwa 20 bis 25 Millionen Kurden, davon etwa 12 bis 15 Millionen in der Türkei. Im Januar 2000 wurde dieses Ziel aufgegeben; stattdessen strebt die Partei die Stärkung demokratischer und kultureller Rechte der Kurden in den jeweiligen Siedlungsgebieten an. Die PKK unterhält in der Türkei militärische Kräfte, die seit im Januar 2000 unter der Bezeichnung ‘Volksverteidigungskräfte’ (HPG) agieren.



Seit dem 26. November 1993 sind der PKK und ihrer Nebenorganisation ‘Nationale Befreiungsfront Kurdistans’ (‘Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan’ – ERNK) die Betätigung in Deutschland verboten. Das Bundesministerium des Innern hat am 30. Juli 2004 festgestellt, dass sich „das gegen die PKK verhängte vereinsrechtliche Betä-

⁶⁴ Zwischenzeitlich ist der KONGRA-GEL in der Türkei vermehrt dazu übergegangen, wieder unter dem ursprünglichen Namen PKK aufzutreten.

tigungsverbot [...] auch auf den KONGRA-GEL erstreckt“. Außerdem wird die PKK in der Liste der Europäischen Union über terroristische Organisationen geführt. Das Verbot umfasst auch weitere Organisationen des KONGRA-GEL, nämlich die ERNK-Nachfolgeorganisation CDK ‘Koordinasyon Civata Ekolojik – Demokratik a Kurd Li Ewropa’, zu Deutsch: ‘Koordination der kurdischen ökologisch-demokratischen Gesellschaft in Europa’ und die 2005 gegründete KCK (‘Koma Civaken Kurdistan’) bzw. deren Vorgängerin, die ‘Koma Komalen Kurdistan’ – KKK. Die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kurden wird auf 500.000 bis 600.000 geschätzt, etwa 200.000 davon leben in Nordrhein-Westfalen.

Obwohl in Westeuropa seit Ende März 1996 ein Kurswechsel zu friedlichem Verhalten erkennbar ist, stellt die PKK wegen einer Reihe gewalttätiger öffentlicher Aktionen und wegen der fortlaufenden innerorganisatorischen Gewalttaten nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar (§ 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW).

Ihre Ziele verfolgt die PKK in der Türkei auch heute noch mit Waffengewalt, wie die bis in das Jahr 2009 andauernden Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und Guerilla-Einheiten sowie terroristische Anschläge in der Türkei zeigen. Damit gefährdet die Organisation die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass auch aus diesem Grunde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW erforderlich ist.

Gründungsmitglied und Führer der PKK war Abdullah Öcalan, der trotz seiner Inhaftierung seit Februar 1999 formal bis November 2003 als Generalsekretär an der Spitze der Organisation stand. Erst als im Zuge innerorganisatorischer Veränderungen der KONGRA-GEL als Nachfolge der PKK gegründet wurde, trennte man sich auch formal vom ehemaligen Vorsitzenden Abdullah Öcalan und von dem militärischen Flügel, der ‘Volksbefreiungsarmee Kurdistans’. Abdullah Öcalan bleibt Identifikationsfigur der PKK-Anhänger. Nachrichten über seinen Gesundheitszustand oder die Bedingungen seiner Haft erregen die Gemüter und können auch demonstrative Gewalttaten und Demonstrationen auslösen.

Der Finanzbedarf der PKK ist nach wie vor erheblich, um die Aktionsfähigkeit der Organisation im In- und Ausland zu erhalten. Insbesondere die militärischen Aktivitäten der Guerillakräfte in der Auseinandersetzung mit dem türkischen Militär kosten viel Geld. Wichtigste Geldquelle bleibt die jährliche Spendensammlung, die durch regelmäßige Zahlungen von Anhängern und durch Erlöse aus dem Zeitschriftenverkauf

ergänzt wird. Wie in den Vorjahren gab es auch 2008/2009 vereinzelte Hinweise auf Gewaltandrohung und -anwendung bei Spendenunwilligen.

Situation in der Türkei

Der politische Kurs der Türkei gegenüber der kurdischen Bevölkerung ist ambivalent: Einerseits nimmt die Regierung erhebliche innenpolitische Auseinandersetzungen in Kauf, auf der anderen Seite steht das Verbot der kurdischen 'Partei für eine demokratische Gesellschaft' (DTP) am 11. Dezember 2009.

Die Öffnung für kurdische Belange betreibt Ministerpräsident Erdogan schon seit 2005, indem er – auch gegen den erbitterten Widerstand von nationalistischen Türken und dem Militär – ausdrücklich von einem „Kurdenproblem“ sprach oder sich sogar in kurdischer Sprache öffentlich äußerte. Der politische Disput gipfelte 2008 in einem Parteiverbotsverfahren gegen die regierende AKP, das jedoch nicht zustande kam. Am 13. November 2009 kündigte die türkische Regierung an, man wolle den seit 25 Jahren anhaltenden Kurdenkonflikt beenden. Demnach sollen Kommunen im Kurdengebiet das Recht erhalten, ihre vor Jahren durch türkische Namen ersetzten alten Ortsnamen wiedereinzuführen. Kurdische Politiker dürften sich in Wahlkampfauftritten wieder in ihrer Sprache an das Wahlvolk wenden. Alle bisherigen Einschränkungen der einst total verbotenen kurdischen Sprache sollen abgeschafft werden. Man wolle „die politischen Rechte aller Bürger ausbauen“. Das Motto des Regierungsplans für die Kurden laute „Mehr Freiheit für alle“.

Demgegenüber wurde am 11. Dezember 2009 die DTP wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation verboten. Neben dem Verbot erhielten 37 Funktionäre der DTP ein fünfjähriges Politikverbot, darunter der Parteivorsitzende. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die DTP mit der PKK kooperiert und separatistische Ziele verfolgt. Die Partei sei zu einem „Brennpunkt von Aktivitäten gegen die unteilbare Einheit von Staat, Land und Nation“ geworden.

Organisation in Europa

Zur politischen Vertretung auf europäischer Ebene und für Propagandazwecke hat der KONGRA-GEL eine Reihe Organisationen gegründet. Dazu gehört als offizielle Europavertretung die 'Koordinasyon Civata Ekolojik – Demokratik a Kurd Li Ewropa' – 'Koordination der kurdischen ökologisch-demokratischen Gesellschaft in Europa' (CDK). Sie hat die Aufgabe, die in Europa lebenden Kurden durch Presse- und Öff-

fentlichkeitsarbeit sowie Propagandatätigkeit zu informieren und für den – im Sprachgebrauch der PKK – „Befreiungskampf“ zu begeistern. Die wichtigsten Neben- bzw. Teilorganisationen, mit denen der KONGRA-GEL in Deutschland vertreten ist, sind die 'Union der freien Frauen' (YJA) und der 'Demokratische Jugendföderalismus Kurdistans' – ('Komalen Ciwan').

Die Partei ist eine straff geführte Kaderpartei. Um unentdeckt zu bleiben, leben ihre führenden Funktionäre – zumindest ab Gebietsleiter⁶⁵ aufwärts – konspirativ. Sie wechseln in der Regel täglich ihren Aufenthaltsort, benutzen Decknamen und sind nur unter Telefonanschlüssen zu erreichen, die auf unverdächtige Personen angemeldet sind. Vornehmlich halten sie sich in Deutschland, Belgien, Frankreich und den Niederlanden auf. Sie widmen ihre Arbeitskraft ausschließlich der Partei. Dabei sind sie für die Verbreitung von Parteibeschlüssen und Reden von Parteifunktionären, den Start und die Steuerung von Kampagnen und für Demonstrationen zuständig. Zudem sind sie verantwortlich für die Spendensammlung und überwachen den Verkauf von Zeitungen und Eintrittskarten für Großveranstaltungen, wie dem jährlichen internationalen kurdischen Kulturfestival. Die im Zuge von innerorganisatorischen Demokratisierungsbemühungen eingerichteten Volksräte auf der Ebene der Gebiete sind bis heute ohne wesentliche inhaltliche Einflussmöglichkeit geblieben.

Wie in den Vorjahren mussten sich auch 2009 aktive und ehemalige Funktionäre in Strafverfahren wegen Verstößen gegen das Vereinsgesetz, Nötigung oder Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung verantworten. Dabei wurden Haftstrafen zwischen knapp zwei und vier Jahren verhängt.

„Roadmap“ und Haftsituation von Abdullah Öcalan

Seinen Rechtsanwälten zufolge hat Abdullah Öcalan am 20. August 2009 der Gefängnisbehörde eine „Roadmap“ übergeben, die einen Plan zur demokratischen Lösung der Kurdenfrage und zum Frieden enthalten soll. Da diese Roadmap bisher nicht veröffentlicht wurde, fanden in der Türkei zahlreiche Demonstrationen und militante Aktionen statt, die auf die Herausgabe durch die türkische Regierung abzielten.

⁶⁵ Deutschland ist in drei Regionen („Saha“) – Nord, Mitte und Süd aufgeteilt. Der Bereich „Saha-Mitte“, zu dem auch Nordrhein-Westfalen gehört, ist in 7 Gebiete („Bölge“) unterteilt.

Anschläge kurdischer Jugendlicher

Zu Beginn 2009 und am Jahresende kursierten zudem Meldungen, dass sich die Haftsituation von Abdullah Öcalan verschlechtert habe. Im Nachgang dazu kam es europaweit zu zahlreichen gewalttätigen Aktionen. In Nordrhein-Westfalen ereigneten sich im Zuge dieser Proteste drei Brandanschläge, zu denen zumeist auf der Internetseite „rojaciwan.com“ Hinweise auf die Tatbeteiligten veröffentlicht wurden. Bei den drei Anschlägen gegen türkische Einrichtungen am 3. Februar gegen das türkische Generalkonsulat und 8. Februar 2009 gegen eine türkische Einrichtung in Dortmund und einen türkischen Verein in Wuppertal wird eine Täterschaft der kurdischen Jugendorganisation 'Komalen Ciwan' vermutet, wenngleich sich diese nicht ausdrücklich dazu bekannt hat. Über den Fernsehsender 'ROJ-TV' rief die Jugendorganisation 'Komalen Ciwan' zudem im November 2009 zu „legitimen Aktionen“ auf. „Die Folter auf der Gefängnisinsel Imrali“ müsse mit dem Geist des 27. Novembers, dem Jahrestag der Gründung der PKK, beantwortet werden.

Medieneinsatz

Die PKK bedient sich eines verzweigten Mediennetzes, das der Information in der kurdischen Anhängerschaft der PKK dient. Es umfasst Fernseh- und Radiosender und mehrere Zeitungen. Veröffentlichungen dieser Medien werden oft durch die Nachrichtenagentur 'Firat' aufbereitet. Die Medien verbreiten im Wesentlichen Beiträge über die Ziele und Aktivitäten der PKK. In der Zeitung 'Yeni Özgür Politika' finden sich zudem Hinweise auf kleinere regionale Veranstaltungen und ganzseitige Aufrufe zur Teilnahme an Großveranstaltungen. Weitere Zeitungen und Zeitschriften, die Propaganda für die PKK betreiben, sind die 'Serxwebun' ('Unabhängigkeit'), der deutschsprachige 'Kurdistan-Report' und der 'Sterka Ciwan' ('Stern der Jugend'). Auf die weibliche kurdische Anhängerschaft ausgerichtet ist die Zeitschrift 'Newaya Jin' ('Erlebnisse der Frauen').

Seit März 2004 ist der Fernsehsender 'ROJ-TV' in Betrieb. Er arbeitet mit einer dänischen Sendelizenz. Schwerpunkt der Programmgestaltung sind kulturelle Sendungen, Diskussionsrunden, Sendungen, an denen sich die Zuschauer telefonisch beteiligen können, und Nachrichtenbeiträge, in denen vorrangig Vertreter der PKK zu Wort kommen. Zum Senderverbund gehören neben 'ROJ-TV' auch der Fernsehmusiksender 'MMC TV' mit Sitz in Dänemark und der Radiosender 'Denge Mezopotamya' mit Sitz in Belgien, der ein ähnliches politisches Programm wie 'ROJ-TV' sendet. Dieser Senderverbund wird als PKK-nah bewertet. Der Betrieb des Senders

wurde mit Verbotsverfügung vom 19. Juni 2008 vom Bundesministerium des Innern in Deutschland verboten. Das Verbotsverfahren ist bislang nicht abgeschlossen, so dass er weiter empfangen werden kann.

Massenorganisationen

Neben der CDK hat die PKK in Europa die Bildung sogenannter Massenorganisationen initiiert. Sie sollen bestimmte Personen- und Berufsgruppen als weiteres Unterstützungspotential gewinnen, ohne dass aus dem Organisationsnamen unmittelbar eine Verbindung zur PKK hergeleitet werden kann. Folgende Organisationen sind hier bekannt und aktiv:

- : 'Demokratischer Jugendkonföderalismus Kurdistans' ('Komalen Ciwan')
- : 'Islamische Bewegung Kurdistans' (HIK oder KIH),
- : 'Union der freien Frauen' (YJA),
- : 'Union der Student/Innen aus Kurdistan' (YXK),

Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)

Zur Förderung der kulturellen Belange der kurdischen Bevölkerung in Deutschland wurde am 27. März 1994 die 'Föderation kurdischer Vereine in Deutschland' (YEK-KOM) – Sitz ist Düsseldorf – gegründet. Gemäß der Vereinssatzung sieht die YEK-KOM ihre Aufgabe in der Pflege der kurdischen Kultur, Sprache und Tradition. Daneben will sie für Völkerverständigung und Freundschaft werben. Nach ihrem Selbstverständnis vertritt YEK-KOM jedoch auch die politischen und kulturellen Interessen der Kurden im Sinne der PKK in Deutschland. So forderte YEK-KOM am 15. Jahrestag des PKK-Verbots dessen Aufhebung. YEK-KOM ist nicht vom Betätigungsverbot gegen die PKK und deren Nachfolgeorganisationen erfasst. Die dem Dachverband angeschlossenen Vereine haben eine Nähe zur PKK als gemeinsame Grundlage.

Als Dachorganisation zahlreicher Mitgliedsvereine in der Bundesrepublik Deutschland ist YEK-KOM in die Strukturen der 'Konföderation kurdischer Vereine in Europa' (KON-KURD) eingebunden. YEK-KOM finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge von Vereinen und durch Spenden. Auf dem 15. Jahreskongress des YEK-KOM im Februar 2009 wurden die Vereinsmitglieder aufgefordert, sich weiterhin aktiv an der politischen Arbeit in Deutschland zu beteiligen und damit die kurdischen Interessen zu vertreten.

Es solle die Nähe zu politischen Parteien gesucht und eine geschlossene Unterstützung bei Landtags- und Kommunalwahlen organisiert werden.

Initiativen und Veranstaltungen

Mit Demonstrationen und Festivals wird versucht, einerseits die Aufmerksamkeit auf die Lage der Kurden in den Siedlungsgebieten zu richten; andererseits dienen sie dazu, unter den im Ausland lebenden Kurden die Zugehörigkeit zur kurdischen Kultur lebendig zu halten und zu festigen. Zu internationalen oder bundesweiten Großdemonstrationen und Festivals können zum Teil mehrere zehntausend Anhänger mobilisiert werden. Öffentlichkeitswirksame Aktionen als Reaktion auf Exekutivmaßnahmen gegen die Organisation sowie zu den Haftbedingungen von Abdullah Öcalan und dem Konflikt im türkisch-irakischen Grenzgebiet bildeten neben den jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen im Jahr 2009 die Schwerpunkte.

Unter den Großveranstaltungen ragt das „17. Internationale Kurdische Kulturfestival“, das am 12. September 2009 von der YEK-KOM auf der Trabrennbahn in Gelsenkirchen veranstaltet wurde, heraus. An der Veranstaltung unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ nahmen etwa 40.000 Personen aus Deutschland und dem benachbarten Ausland teil. Der überwiegende Teil des Programms bestand aus kulturellen Beiträgen. Viele Kurden nutzten das Festival, um Familienangehörige und Bekannte zu treffen. Mit Ausnahme von vereinzelten Zusammenstößen kurdisch- und türkischstämmiger Jugendlicher am Rande der Veranstaltung verlief das Fest wie in den Vorjahren friedlich.

Eine Reihe weiterer Kultur- und Sportveranstaltungen zog zwischen 2.500 und 15.000 Teilnehmer an. Dazu gehörten die Feiern zum Newroz-Fest – dem kurdischen Neujahr – und das „Mazlum Dogan“ Sportfest am 11. Juli 2009 in Köln. Statt der erwarteten 20.000 Teilnehmer fanden sich hier allerdings lediglich etwa 6.000 Kurden aus Deutschland und den angrenzenden Ländern ein. Der Veranstaltungsort war geschmückt mit Bildern von Märtyrern, zahlreichen Fahnen der verbotenen KCK und verschiedenen politischen Spruchbändern. Neben den sportlichen Wettkämpfen gab es ein kulturelles Rahmenprogramm, aber auch politische Reden und Videobotschaften.

An die kurdischen Frauen richtet sich das „Zilan-Frauenfestival“, das am 6. Juni 2009 in Gelsenkirchen zum fünften Mal ausgerichtet wurde. Das Festival unter dem Motto „Wir sind niemandes Ehre, unsere Ehre ist unsere Freiheit!“ bot den etwa 2.500

Teilnehmer/-innen frauenpolitische Themen und kulturelle Aktionen und verlief ohne besondere Vorkommnisse.

Bewertung

Die in den vergangenen Jahren eingeführten Prinzipien der KCK, wonach eine organisationsinterne Demokratisierung eingeführt werden soll, haben sich auch 2009 nicht nachhaltig und flächendeckend durchgesetzt. Es kommt maßgeblich auf die persönliche Durchsetzungskraft der Verantwortlichen in den Gebieten an, in welchem Umfang die Vorgaben erfüllt werden. Die Basis steht den Neustrukturierungen weiterhin skeptisch bis gleichgültig gegenüber und verlässt sich auf die Führungskraft der Partei bzw. der Dachorganisationen. Bei der Durchführung der für die Partei existenziell wichtigen jährlichen Spendenkampagne sind die Aktivisten mehr denn je gefordert, die Vorgaben der Organisation umzusetzen. Der bewaffnete Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten, der Funktionsapparat und die aufwändige Kommunikationstechnik verbrauchen Geldmittel in Millionenhöhe.

Der militärische Konflikt zwischen türkischen und iranischen Militärkräften auf der einen und der kurdischen Guerilla auf der anderen Seite bestimmt neben dem immer wiederkehrenden Thema „Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan“ die Stimmungslage der Anhängerschaft in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Daneben wird das Aktionsverhalten auch durch die aktuellen Lageentwicklungen in der Türkei und den kurdischen Siedlungsgebieten beeinflusst. Die Fortführung der militärischen Maßnahmen gegen die PKK, die abermalige Mandatsverlängerung für grenzüberschreitende Interventionen, die verstärkte Kooperation der Türkei mit ihren Nachbarländern auch zur Bekämpfung der PKK, das behauptete Zurückhalten der von Abdullah Öcalan verfassten „Roadmap“, die erneuten Festnahmen von Mitgliedern der prokurdischen Partei DTP sowie das Verbot der DTP deuten nicht auf eine Entspannung im Kurdenkonflikt hin.

In Europa soll der Friedenskurs der Organisation nach den Vorgaben der verantwortlichen Kader unbedingt beibehalten werden. Gleichwohl gibt es weiterhin Hinweise, wonach eine Abkehr vom betont gewaltfreien Verhalten in Deutschland anlassbezogen möglich ist und von der Europaführung geduldet wird. Gewalttätige Aktionen, insbesondere kurdischstämmiger Jugendlicher, die zeitweise hoch emotionalisiert sind, belegen dies.

5.3 Iranische Organisationen

5.3.1 Nationaler Widerstandsrat Iran⁶⁶, Volksmodjahedin Iran-Organisation

	Bund	NRW
Sitz	Berlin	Köln
Mitglieder		
2009	ca. 900	ca. 400
2008	ca. 900	ca. 400
Publikationen	'Mojahed', 'Iran Liberation'	
Fernsehsender	'Iran NTV', Sitz: London	
Internet	diverse mehrsprachige Homepages	

Hintergrund

Auf Betreiben der 1965 gegründeten 'Volksmodjahedin Iran-Organisation' ('Modjahedin-E-Khalq' – MEK) entstand 1981 in Paris im Zusammenschluss mit mehreren kleineren iranischen Oppositionsgruppen der 'Nationale Widerstandsrat Iran*' (NWRI). Der NWRI* vertritt die 'Volksmodjahedin' in Deutschland. Ziel der 'Volksmodjahedin' ist der Sturz des iranischen Regimes. Zu diesem Zweck unterhalten sie im Irak die 'Nationale Befreiungsarmee' (NLA), die als militärischer Arm der Organisation fungiert. Faktisch ist die NLA seit ihrer Entwaffnung im Zuge des Irakkrieges im Mai 2003 nicht mehr in der Lage, die bis ins Jahr 2002 durchgeführten kleineren militärischen Aktionen und Anschläge auf iranischem Territorium durchzuführen.



⁶⁶ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen

Auch nach der Entwaffnung der im Lager „Ashraf“ verbliebenen MEK-Mitglieder wurde die NLA nicht aufgelöst, sondern es wird im Lager weiterhin an militärischen Ritualen festgehalten, so dass davon ausgegangen werden muss, dass die Zielsetzung der Organisation unverändert geblieben ist. Es liegen somit hinreichende **Anhaltspunkte für den Verdacht** vor, dass auch weiterhin Bestrebungen verfolgt werden, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW).

Die MEK gilt als die am besten organisierte iranische Oppositionsgruppe und nimmt für sich in Anspruch, die „einzige demokratische Alternative“ zum iranischen Regime zu sein. Sie ist eine streng hierarchische Kaderorganisation mit ursprünglich revolutionär-marxistischer Ausprägung, vermischt mit Elementen des schiitischen Islam. Nach dem Sturz des Schah von Persien, an dem die MEK maßgeblich beteiligt war, und dem folgenden, schließlich verlorenen Machtkampf gegen Khomeini wurde die Organisation 1981 in Iran verboten. Die MEK-Führung musste ins Ausland fliehen. Im Pariser Exil gründete Massoud Radjavi den durch die MEK dominierten 'Nationalen Widerstandsrat Iran*'. Seine Ehefrau Maryam Radjavi wurde 1993 durch den NWRI* zur „Exilpräsidentin“ gewählt.

Mitte 2002 ist die MEK in die Liste der terroristischen Organisationen der Europäischen Union aufgenommen worden; der NWRI* als politischer Arm ist von dieser Maßnahme nicht betroffen. Am 12. Dezember 2006 erklärte das Europäische Gericht Erster Instanz (GEI) auf die Klage der MEK die Entscheidung des Rates der Europäischen Union, die MEK auf der EU-Terrorliste zu führen, für nichtig. Der Grund war unter anderem die fehlende Anhörung im Vorfeld der Listung.

Die mit dieser Entscheidung des Gerichts verbundene Hoffnung der MEK auf Streichung von der Terrorliste erfüllte sich jedoch nicht. Am 29. Juni 2007 veröffentlichte der EU-Ministerrat – nach Anhörung der MEK – vielmehr einen neuerlichen Beschluss über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, der weiterhin die MEK sowie die NLA als terroristische Organisation führt. Noch im Juli 2008 erneuerte der EU-Ministerrat die Listung. Im Laufe des Jahres 2008 ergingen auf Klage der MEK zwei weitere Entscheidungen des GEI zugunsten der Organisation, welche jedoch nicht dazu führten, dass der Ministerrat von seiner bisherigen Einschätzung der MEK abwich.

Schließlich hat der EU-Ministerrat mit Wirkung vom 27. Januar 2009 sowohl MEK als auch NLA von der sogenannten EU-Terrorliste gestrichen.

In ihrem Kampf gegen die iranische Führung verfolgte die MEK eine Doppelstrategie: Neben politischer Agitation und Geldbeschaffungsmaßnahmen führten die bewaffneten Kräfte der Organisation – die NLA – zu Zeiten der Herrschaft Saddam Husseins von irakischen Stützpunkten aus militärische Aktionen gegen staatliche iranische Einrichtungen und Repräsentanten durch. Im Rahmen der politischen Agitation bemüht sich die MEK bzw. der NWRI* seit Jahren darum, die iranische Führung im westlichen Ausland zu diskreditieren. Die Organisation sah in der Vergangenheit in militanten Störaktionen, insbesondere bei Staatsbesuchen von Mitgliedern der iranischen Staatsführung in Deutschland, legitime Protestmittel. Seit dem Jahr 2003 sind die Proteste in Deutschland durchweg friedlich durchgeführt worden.

Struktur

Die Deutschlandvertretung des NWRI* hat ihren Sitz in Berlin, ein weiterer logistischer Standort befand sich bis 2008 in Köln. Im Umfeld des NWRI* existieren in Deutschland zahlreiche Vereine, die eine ideologische Anbindung an den NWRI* aufweisen oder durch Aktivisten der Organisation geführt werden und durch die Öffentlichkeitsarbeit für die Organisation betrieben wird sowie Spendensammlungen organisiert werden. Hierzu zählen:

- : 'Verein der Iraner in Wuppertal, Sympathisanten des nationalen Widerstandsrates Iran e.V.**' Sitz: Wuppertal,
- : 'Menschenrechtsverein für Migranten e.V.*', Sitz: Aachen,
- : 'Verein für Gerechtigkeit e.V.*', Sitz: Köln,
- : 'Verein für Menschen und Freiheit e.V.** (V.M.F.)', Sitz: Bonn.

Folgende Vereine wurden im Laufe des Jahres 2009 aufgelöst:

- : 'Hilfswerk für Menschenrechte im Iran e.V.' (HMI), Sitz: Dortmund,
- : 'Menschenrechtsverein für ExiliranerInnen e.V.' (MEI), Sitz: Düsseldorf.

Finanzierung

Vereine im Umfeld des NWRI* führen seit Jahren Spendenkampagnen durch und begründen diese mit humanitären Anliegen. Im Berichtszeitraum waren in Nordrhein-Westfalen keine Hinweise auf Straßensammlungen zu verzeichnen. Die Vereine werben jedoch über ihre Homepages im Internet gezielt um Spenden. Der in London befindliche Fernsehsender des NWRI* 'Iran NTV', hat im Jahr 2009 mehrfach Spendenaufrufe gesendet. Weiterhin bezieht die MEK Einnahmen aus dem Vertrieb der organisationseigenen Publikation 'Mojahed'.

Aktuelle Entwicklung

Mit Ende des Irak-Kriegs im Mai 2003 befanden sich zunächst fast 4.000 entwaffnete NLA-Angehörige im einzig noch verbliebenen MEK-Camp „Ashraf“ in der Nähe von Bagdad unter US-Aufsicht. Von ihnen hielten sich im Jahre 2009 immer noch etwa 3.500 dort auf.

Durch die multinationalen Truppen im Irak wurde den im Camp befindlichen NLA-Angehörigen der Status von „geschützten Personen“ nach den Bestimmungen der Vierten Genfer Konvention zuerkannt. In der Konsequenz ist eine Auslieferung der NLA-Kämpfer an Iran ausgeschlossen. In der Vergangenheit wurde immer wieder die freiwillige Rückkehr einzelner NLA-Angehöriger nach Iran bekannt. Dabei handelte es sich in erster Linie um Familienzusammenführungen. Nachdem im Jahr 2008 in Presseberichten Abgeordnete des irakischen Parlaments zitiert worden waren, die sich gegen den Verbleib der MEK-Mitglieder im Land aussprachen, zeigte die irakische Regierung im Jahr 2009, dass sie das Lager „Ashraf“ endgültig auflösen will. Am 1. Januar 2009 ist die Kontrollgewalt über „Ashraf“ von US-amerikanischen auf die irakischen Truppen übertragen worden. Am 28. Juli 2009 errichteten irakische Einheiten einen Polizeiposten inmitten des Lagers, wobei es aufgrund des Widerstandes der NLA-Angehörigen zu Auseinandersetzungen mit den irakischen Sicherheitskräften kam, in deren Verlauf mindestens sieben MEK-Mitglieder getötet und mehrere hundert verletzt wurden. Am 15. Dezember 2009 rückten irakische Truppen und Polizeieinheiten – begleitet von einer kleinen Gruppe westlicher Journalisten – in das Lager ein, um mit der Räumung zu beginnen. Sie teilten den Bewohnern mit, dass diejenigen NLA-Angehörigen, die nicht nach Iran oder in ein Drittland ausreisen wollen, in ein ehemaliges Internierungslager im Süden des Irak verbracht werden sollen. Die Camp-Bewohner nutzen die Anwesenheit der Pressevertreter und betonten lautstark und unmissverständlich ihre Absicht, Ashraf nicht freiwillig verlassen zu wollen. Die

irakischen Kräfte zogen sich daraufhin zurück, wobei sie noch die Bewohner ultimativ aufforderten, dass Camp spätestens bis zum 18. Dezember zu verlassen. Dieser Termin ist inzwischen (Februar 2010) ohne weitere Folgen verstrichen.

Initiativen und Veranstaltungen

Die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten des NWRI* als politischem Flügel der MEK waren 2009 auf folgende Themen fokussiert:

- : Protest gegen die Schließung des Lagers „Ashraf“;
- : Präsentation angeblicher Enthüllungen im Zusammenhang mit dem iranischen Atomprogramm;
- : grundsätzliche Kritik des NWRI* an den iranischen Präsidentschaftswahlen und Anprangerung von Menschenrechtsverletzungen in Iran.

Im Jahr 2009 fanden – auch unter Beteiligung von NWRI*-Aktivisten aus Nordrhein-Westfalen – Demonstrationen im europäischen Ausland, insbesondere in Frankreich, Belgien und der Schweiz statt. Das Demonstrationsgeschehen von Anhängern des NWRI* in Nordrhein-Westfalen nahm im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stark zu. 2009 wurden hier rund 40 Veranstaltungen durchgeführt, wobei diese fast alle in Köln abgehalten wurden. Die Teilnehmerzahl bei den durchweg friedlichen Kundgebungen schwankte zwischen 20 und 80 Personen.

Die jährliche zentrale Großveranstaltung des NWRI* am 20. Juni 2009 in Villepinte bei Paris sollen nach Angaben des NWRI* 90.000 Personen besucht haben. Die tatsächliche Teilnehmerzahl dürfte darunter gelegen haben. Mit der Veranstaltung erinnert der NWRI* an die gegen ihn am 17. Juni 2003 durchgeführte Aktion der französischen Polizei. Zugleich präsentiert sich der NWRI* als nach seinem Selbstverständnis ein-zige demokratische iranische Oppositionsgruppe.

Die Veranstaltung wurde – wie schon in früheren Jahren – durch mehrere europäische Parlamentarier unterstützt. Höhepunkt war eine Ansprache der „Exilpräsidentin“ Maryam Rajavi, in der sie die bekannten Schwerpunktthemen des NWRI* wiederholte.

Medieneinsatz

Die Organisation bedient sich weitgehend elektronischer Medien. Das TV-Programm des NWRI*-Senders 'Iran NTV' wird nicht nur über Satellit, sondern auch via Internet übertragen. Neben den offiziellen Websites des NWRI* bzw. der MEK gibt es eine Vielzahl von Homepages, die aufgrund des Angebots den beiden Organisationen zugeordnet werden können. Diese werden nicht nur zur Verbreitung von Propaganda genutzt, sondern dienen auch als Kommunikationsplattform für Mitglieder. Die Angebote sind hauptsächlich in Farsi, aber auch auf Englisch, Französisch und Deutsch verfügbar. Die Print-Ausgabe des 'Mojahed', des periodisch erscheinenden Presseorgans der MEK, ist ebenfalls online verfügbar.

Im Vorfeld von Großveranstaltungen des NWRI* werden Internetseiten eingerichtet, die der Werbung für diese Veranstaltungen dienen. Die Veranstaltungen selbst werden häufig von Live-Reportagen begleitet und anschließend mit umfangreichen Bildergalerien im Internet dokumentiert.

Bewertung

Nachdem die amerikanischen Truppen zu Jahresbeginn die Kontrolle über das Lager „Ashraf“ an den Irak übergeben haben, und die irakische Regierung unter Berufung auf ihre Souveränität im Lager zunächst einen Polizeiposten errichtet und nun die Auflösung des Camps beschlossen hat, ist dessen Existenz nicht mehr länger garantiert. Der Irak wird die zum Jahresende eingeleitete endgültige Räumung mit hoher Wahrscheinlichkeit 2010 durchsetzen. Die Auflösung der NLA als bewaffneter Arm der MEK wird damit – zumal sie seit 2003 nicht mehr über schwere Waffen verfügt – absehbar.

Der NWRI* setzt alles daran, sich als einzige demokratische Alternative für den aus seiner Sicht wünschenswerten Regimewechsel in Iran zu präsentieren. Dabei nutzt der NWRI* die Äußerungen des iranischen Präsidenten zu Israel und zur Atomfrage sowie die in Iran wieder vermehrt öffentlich vollzogenen Hinrichtungen und Körperstrafen, um bei öffentlichen Kundgebungen positive Resonanz zu erzielen. Die Protestwelle von auch in Europa lebenden Iranern gegen die Wiederwahl Ahmadinejads zum iranischen Präsidenten hat gezeigt, dass der NWRI*, anders als von ihm beansprucht, keineswegs die Meinungsführerschaft in der iranischen Oppositionsbewegung hat.

5.4 Tamilische Befreiungstiger

Interessenvertretung in Deutschland:	'Tamil Coordination Committee' (TCC) mit Sitz in Oberhausen	
Mitglieder	Bund	NRW
2009	ca. 800	ca. 300
2008	ca. 800	ca. 300
Internet	englischsprachige Homepage	

Hintergrund

Die 'Tamilischen Befreiungstiger' ('Liberation Tigers of Tamil Eelam' – LTTE) streben seit 1972 die Errichtung eines unabhängigen sozialistischen Staates „Tamil Eelam“ auf dem überwiegend von Tamilen bewohnten Nord-Ost-Territorium von Sri Lanka an.



Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen

Zur Durchsetzung ihrer Ziele führt die LTTE seit 1983 einen erbitterten Guerillakrieg gegen die singhalesische Zentralregierung und verübt Terroranschläge gegen srilankische und indische Ziele. Damit verfolgen die in Deutschland lebenden Anhänger der LTTE Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden; sie erfüllen damit die Voraussetzungen nach § 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW.

Der von der LTTE geführte Guerillakrieg hat bis Ende 2008 mehr als 60.000 Menschen das Leben gekostet. Bei ihren Terroranschlägen nehmen die LTTE den Tod von Zivilisten in Kauf.

Situation in Sri Lanka

Die nach jahrelangem Bürgerkrieg unter Vermittlung der norwegischen Regierung im Februar 2002 im Anschluss an ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der srilankischen Regierung und der LTTE begonnenen Friedensverhandlungen wurden bereits

im April 2003 wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten ausgesetzt. Die in den Folgejahren unternommenen Friedensbemühungen scheiterten endgültig im Jahr 2006. Ab dem Frühjahr 2006 eskalierte der Konflikt und der nur noch formal bestehende Waffenstillstand wurde im Januar 2008 durch die srilankische Regierung aufgekündigt.

Eine im Januar 2009 durch die srilankische Armee begonnene Offensive fügte den LTTE-Rebellen schnell große Gebietsverluste zu. Nach wenigen Wochen waren alle bislang von der LTTE kontrollierten Städte eingenommen. Im Mai 2009 schließlich nahm die srilankische Armee die letzten von der LTTE kontrollierten Gebiete im Nordosten Sri Lankas ein. Am 16. Mai 2009 erklärte die srilankische Regierung die Rebellen für besiegt und den Bürgerkrieg für beendet. Am 18. Mai wurde nach Militärangaben der Führer der LTTE, Velupillai Prabhakaran, auf der Flucht erschossen.

Die Möglichkeiten und die Bereitschaft, den bewaffneten Kampf fortzuführen, lassen sich derzeit nicht zuverlässig beurteilen, insbesondere nicht, ob die LTTE im Ausland noch über entsprechende Strukturen und Mittel verfügt, die eine solche Option mittelfristig eröffnen. Insofern ist derzeit nicht sicher, ob der Bürgerkrieg ein dauerhaftes Ende gefunden hat.

Struktur in Deutschland

Die LTTE tritt in Deutschland nicht unter ihrem Namen auf. Ihre Ziele und Interessen werden hier durch das 'Tamil Coordination Committee' (TCC) mit Sitz in Oberhausen vertreten. Die LTTE-Sektion Deutschland wird durch konspirative Zellen gebildet, die sich nach außen völlig abschotten.

Der LTTE nahestehende Organisationen sind:

- : 'Tamil Youth Organization*' (TYO), Sitz: Hamm;
- : 'Tamil Rehabilitation Organization e. V.*' (TRO), Sitz: Wuppertal;
- : 'Tamil Student Organization e.V.*' (TSV), Sitz: Neuss;
- : 'Tamilische Bildungsvereinigung e.V.*', (TBV) Sitz: Stuttgart

Finanzierung

Das Hauptziel der LTTE im Ausland und damit auch in Deutschland ist es, Geld für den „Befreiungskampf“ in der Heimat zu beschaffen. Ohne die regelmäßige finanzielle Unterstützung aus dem Ausland wäre die LTTE nicht in der Lage, kontinuierlich für ihre Ziele einzutreten und den paramilitärischen Apparat in Sri Lanka aufrecht zu erhalten. Über die Höhe der Gelder, die von der LTTE jährlich für den Kampf, aber auch für die Versorgung von Flüchtlingen in der Heimat akquiriert werden, liegen keine gesicherten Angaben vor.

In erster Linie finanziert sich die Organisation durch Spendensammlungen. So leisten viele Auslands-Tamilen einen „Solidaritätsbeitrag“ und spenden regelmäßig für die LTTE. Inwieweit die Spenden freiwillig oder auch unter einem gewissen Druck geleistet werden, lässt sich nur schwer einschätzen.

Die der LTTE nahestehenden Organisationen richten zahlreiche Kultur-, Sport- und Gedenkveranstaltungen aus. Durch den Verkauf von Eintrittskarten, Büchern, DVDs und CDs werden teilweise erhebliche Einnahmen erzielt. Es besteht der Verdacht, dass sie der Finanzierung des „Befreiungskampfes“ dienen. Bei entsprechenden Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen können regelmäßig 500 bis 2.000 Besucher festgestellt werden.

EU-Terrorliste

Die stetig eskalierende Gewalt in Sri Lanka war einer der Auslöser dafür, dass die EU die LTTE am 29. Mai 2006 auf die Liste der terroristischen Organisationen setzte. Eine Besonderheit ist, dass diese Listung mit einer politischen Erklärung verbunden wurde, die die Listung als nicht endgültig bezeichnet und die Rücknahme in Aussicht stellt, sollten die LTTE dauerhaft der Gewalt abschwören und sich erkennbar nachhaltig für den Friedensprozess einsetzen.

Zeitgleich zur Listung der LTTE durch die EU haben die Geberländer für Sri Lanka (EU, Japan, USA) beiden Konfliktparteien – also auch der Regierung Sri Lankas – angedroht, jegliche finanzielle Unterstützung einzustellen, sollte der Gewalt auf Sri Lanka kein Ende bereitet werden. Das damit verbundene diplomatische Ziel, die sich immer rascher drehende Spirale der Gewalt aufzuhalten konnte allerdings nicht erreicht werden.

Aktivitäten/Aktionsverhalten

Seit Januar 2009 gab es auch in Nordrhein-Westfalen eine erhebliche Zunahme von Demonstrationen durch Tamilen unter zum Teil zahlenmäßig hoher Beteiligung von bis zu 4.500 Teilnehmern bis Mai 2009. Motto dieser Versammlungen war, jeweils sinngemäß variierend, „Gegen die täglichen Angriffe der srilankischen Armee auf tamilische Zivilisten und Verbrechen gegen die tamilische Minderheit in Sri Lanka“ oder „Krieg ohne Zeugen in Sri Lanka – Deutschland hilf uns“.

Dabei war festzustellen, dass die Entwicklung des Kriegsgeschehens in Sri Lanka und die bedrängte Lage auch für die dortige Zivilbevölkerung von den hier lebenden Tamilen mit wachsender Sorge beobachtet wurde. Während Demonstrationen der mit der LTTE sympathisierenden Tamilen in der Vergangenheit friedlich und diszipliniert verliefen, zeigte sich ab Februar 2009 eine zunehmende Emotionsgeladenheit, die sich im Verbrennen von Stroh puppen, Eierwürfen gegen Konsulate westlicher Staaten, Hungerstreiks und Blockadeaktionen äußerte.

Vom 10. bis zum 21. April 2009 demonstrierten 400 bis 500, in der Spitze bis zu 1.000 Tamilen mit einer Dauermahnwache, begleitet von einzelnen Hungerstreikaktionen, vor dem Landtag in Düsseldorf.

Am 16. Mai 2009 blockierten um die 200 Tamilen eine Stunde lang mehrere Gleise im Düsseldorfer Hauptbahnhof, wodurch der Bahnverkehr erheblich behindert wurde und Ausfälle von Bahnen die Folge waren. Am 17. Mai 2009 blockierten ungefähr 200 Tamilen die Autobahn A 52 bei Ratingen in beiden Fahrtrichtungen und unterbrachen den Autoverkehr. Zeitgleich versammelten sich rund 200 Tamilen vor dem Düsseldorfer Landtag. Aus der Versammlung heraus wurde durch einen Steinwurf die Glasfassade des Landtages beschädigt.

Nachdem ab Mai 2009 die Versammlungsaktivitäten für einige Wochen nachgelassen hatten, war ab Juli 2009 wieder eine Zunahme von Versammlungsgeschehen zu bemerken. Auch wenn die Organisation damit ein Zeichen in Richtung der Anhängerschaft und der Öffentlichkeit setzen wollte war doch festzustellen, dass die Teilnehmerzahlen teilweise deutlich hinter den Erwartungen der Veranstalter zurückblieben.

Als jährlich wiederkehrende Saalveranstaltung fand am 27. November 2009 der sogenannte „Heldengedenktag“ der LTTE in Essen mit 5.000 Teilnehmern statt.

Einschätzung und Perspektive

Die Nachricht vom Tod des LTTE-Führers Prabhakaran wurde in der LTTE-nahen tamilischen Diaspora mit Fassungslosigkeit aufgenommen. Viele in Deutschland lebende Exiltamilen zweifelten die Todesnachricht an und hofften, auf der Veranstaltung zum sogenannten „Heldengedenktag“ ein Lebenszeichen Prabhakarans zu bekommen. Das Ausbleiben eines entsprechenden Lebenszeichens gibt dieser Hoffnung allerdings keine Nahrung.

Die Zerschlagung der LTTE-Verbände in Sri Lanka und der Verlust der unbestrittenen Führungspersönlichkeit Prabhakaran hat innerhalb der weltweit noch bestehenden LTTE-Strukturen die Konkurrenz zweier Flügel um die künftige Ausrichtung der Organisation entstehen lassen. Während die Vertreter eines gemäßigten Flügels einen Aufbau demokratischer Strukturen anstreben und den ethnischen Konflikt einer friedlichen Lösung zuführen wollen, befürworten die Vertreter des anderen Flügels weiterhin die Option des bewaffneten Kampfes.

Die Ungewissheit über die künftige Ausrichtung der Organisation und auch darüber, welche Strukturen innerhalb der Organisation aktuell in Sri Lanka noch bestehen, hat die Anhängerschaft der LTTE auch in Nordrhein-Westfalen stark verunsichert. Während sich bis Mai 2009 die für die Tamilen in Sri Lanka bedrängte Lage auch im Spendenaufkommen der hier lebenden LTTE-Anhänger widerspiegelte, ist danach eine deutliche Zurückhaltung wohl auch in der Spendenbereitschaft eingetreten. Eine dann damit einhergehende zusätzliche Schwächung der Organisation dürfte den Druck innerhalb der LTTE erhöhen, den Konflikt um die künftige Ausrichtung schnell zu lösen und der Anhängerschaft eine Perspektive zu geben.

6 Islamismus⁶⁷

Der Islamismus ist eine Form des politischen Extremismus, der in Teilen der verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland widerspricht. Im Gegensatz zum Islam ist der Islamismus eine politische Ideologie. Er leitet jedoch – anders als säkulare antimokratische Ideologien wie Marxismus oder Nationalsozialismus – seine politischen Ordnungsvorstellungen aus der Religion ab. Dabei wird eine einseitige und meist rückwärtsgewandte Auslegung der islamischen Quellen vertreten. In vielen Fällen steht eine solche Auslegung dem Grundgesetz mit den dort verbürgten Rechten von Gleichheit, Freiheit und Menschenwürde entgegen. Deshalb müssen Organisationen, die tatsächliche Anhaltspunkte für eine islamistische Bestrebung erkennen lassen, vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Hierzu gehören aber nicht nur gewalttätige oder gewaltbereite islamistische Organisationen, sondern auch solche, die auf Gewalt verzichten und stattdessen auf legalem Wege die Verbreitung, Etablierung und letztendliche Durchsetzung ihrer extremistischen politischen Vorstellungen anstreben.

Die überwiegende Mehrheit der hier lebenden Muslime praktiziert ihre Religion friedlich und innerhalb der geltenden Gesetze und Regeln. Lediglich ein sehr kleiner Teil von weniger als 1% wird von den Verfassungsschutzbehörden dem islamistischen Spektrum zugeordnet.

Weitgehendes Einvernehmen besteht bei islamistischen Bestrebungen über den Gegner, der der Errichtung der „islamischen Ordnung“ im Wege steht. Neben allem, was nicht als islamisch gilt, sind dies insbesondere: der Westen, mit seinen wirtschaftlichen (Kapitalismus) und politischen (Demokratie) Merkmalen, und der Zionismus. Die Feindschaft gegenüber dem Zionismus und Israel führt bei den Anhängern islamistischer Bestrebungen in der Regel zu einem heftigen Antisemitismus. Historische und aktuelle politische sowie militärische Konfrontationen zwischen christlich geprägtem Okzident bzw. humanistisch geprägtem Westen und islamisch geprägtem

67 Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung () ausdrücklich hervorgehoben.*

Orient sowie wirtschaftliche und politische Ungleichheiten in islamischen Ländern, die mit dem Westen kooperieren, dienen Islamisten zur Untermauerung ihres Feindbildes.

Islamistische Bestrebungen in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen aufzuklären ist einer der Schwerpunkte der Arbeit des Verfassungsschutzes. Besonderer Stellenwert ist dabei dem transnationalen islamistischen Terrorismus beizumessen. Doch auch die langfristige Wirkung gewaltfreier islamistischer Bestrebungen darf nicht unterschätzt werden. Über die islamistischen Bestrebungen die Öffentlichkeit in geeigneter Form zu informieren ist eine weitere wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes, der er mit seinen Berichten und anderen Publikationen nachkommt.

6.1 Islamistisch motivierter Terrorismus – Jihadisten

6.1.1 Aktuelle Entwicklungen

Folgende Themen waren 2009 im Fokus des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen.

- : Im Bereich des sogenannten homegrown-Terrorismus ist keine Entwarnung zu geben. Über Sprachreisen in islamisch-geprägte Länder und das Internet werden junge Leute für die gewaltbereite Strömung im Islam geworben.
- : Das Internet allgemein hat für den Islamismus an Bedeutung gewonnen. Bekannt geworden sind zahlreiche Droh- und Propagandavideos, die 2009 im Netz der Allgemeinheit zugänglich gemacht wurden. Aber auch soziale Netzwerke und Videokanäle werden gezielt genutzt.
- : Weiterhin auszugehen ist von einer abstrakt hohen Bedrohungslage für Deutschland, und damit auch Nordrhein-Westfalen. Konkrete Anschlagdrohungen gab es kurz vor den Bundestagswahlen im September 2009, die bislang allerdings nicht in die Tat umgesetzt wurden.
- : Weiterhin auszugehen ist auch von einer Internationalisierung der islamistischen Szene und einer gleichzeitigen Dezentralisierung. Seit dem Beginn der NATO-Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan sind acht Jahre vergangen. Der Verbleib von 'al-Qaida'-Chef Usama bin Ladin und seines Stellvertreters Aiman al-Zawahiri ist nach wie vor ungeklärt. Das internationale terroristische Netzwerk verliert zwar Jahr für Jahr wichtige Führungspersonen, von einer nachhaltigen Zerschlagung

des Terrornetzwerks um bin Ladin kann jedoch nach wie vor nicht ausgegangen werden.

- : Terroristische Netzwerke verfügen nach wie vor über die Fähigkeit, Terrorakte mit hohen Opferzahlen zu planen und durchzuführen. Die Motivation hat sich durch die weiter andauernde Präsenz von ausländischen Soldaten – insbesondere in Afghanistan – nicht abgeschwächt, sondern weiter verstärkt. Eine kaum einschätzbare Gefährdung – auch für Deutschland – geht weiterhin von operativ nicht angebotenen Zellen oder Einzelpersonen aus, die sich durch die Propaganda der Organisationen zu mehr oder weniger durchgeplanten Einzeltaten motivieren lassen.

Hintergrund

Die Bezeichnung „Jihadisten“ (islamistische Terroristen, auch Mujahidin) ist ein Sammelbegriff, unter dem unterschiedlich strukturierte Gruppierungen zusammengefasst werden. Sie bilden organisierte, teilweise aber auch nur lose zusammenhängende Netzwerke von Personen mit ähnlichen Grundüberzeugungen, die sich durch ihre Gewaltorientierung auszeichnen. Sie betrachten sich als Kämpfer für den Islam. Ihr Name leitet sich von dem Begriff „Jihad“ ab, den sie einseitig als Aufruf zum gewaltvollen Widerstand gegen alle „Feinde des Islam“ auslegen. Die weitaus wichtigere Bedeutung des Begriffs Jihad in der islamischen Rechtslehre, das Ringen jedes Einzelnen um einen gottgefälligen Lebensweg, wird von ihnen vollkommen ausgeblendet.

Jihadisten verhalten sich höchst konspirativ. Sie sammeln sich um einzelne – zum Teil lokale – Führungspersönlichkeiten, die wiederum über vielfältige Kontakte zu anderen lokalen und internationalen Jihadisten verfügen. Dadurch entstehen Beziehungen, die bei Bedarf aktiviert werden, etwa um logistische und finanzielle Unterstützung zu leisten. Ausgangspunkt der meisten dieser Gruppierungen ist die von Usama bin Ladin gegründete Organisation 'al-Qaida' (Die Basis).

Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen

Weil sie durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen weltweit agieren und insbesondere die USA und ihre Verbündeten mit Terror bedrohen, gefährden Mitglieder und Unterstützer der Jihadisten-Netzwerke die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW). Sie gefährden zudem die innere Sicherheit, da terroristische Aktionen gegen Ziele in Deutschland nicht

ausgeschlossen sind, sodass sich die Beobachtung inländischer Aktivitäten auch auf § 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW stützt.

Entwicklungsgeschichte

Die Entstehung des Mujahidin-Phänomens geht auf die sowjetische Invasion in Afghanistan im Jahr 1979 zurück. Der Widerstand gegen die Besatzung (1979 bis 1989) formierte sich unter religiösen Vorzeichen. In Trainingslagern wurden die Freiwilligen auf den Kampf gegen die sowjetische Armee vorbereitet. Dies legte die Basis für eine Terrorausbildung, die die Afghanistankämpfer später in ihren jeweiligen Heimatländern zum Einsatz brachten.

Die von Usama bin Ladin gegründete 'al-Qaida' trat in dieser Zeit erstmals in Erscheinung. Ihr Zweck war zunächst die logistische Unterstützung der afghanischen Kämpfer mit Geld, militärischer und religiöser Ausbildung sowie mit freiwilligen Kämpfern überwiegend arabischer Herkunft. Darüber hinaus nahm bin Ladin auch als Kommandeur an Kämpfen gegen die Sowjettruppen teil und wird deshalb von den Mujahidin als Führer und Symbolfigur bis heute für den „gerechten Kampf“ der Muslime verehrt.

Die Jihadisten sind von Hass auf Israel, die USA, ihre westlichen Verbündeten sowie die mit dem Westen kooperierenden Regierungen islamischer Staaten getrieben. Der „Westen“ wird pauschal für Unterdrückung, Korruption, Unterentwicklung und den Niedergang „sittlicher (islamischer) Werte“ verantwortlich gemacht. Im Februar 1998 bildete sich unter der Führung von 'al-Qaida' ein internationaler Zusammenschluss, die 'Islamische Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler', der Organisationen aus Ägypten, Pakistan, Bangladesh und inzwischen auch Irak, Algerien und Usbekistan angehören. Das Netzwerk von Usama bin Ladin umfasst damit nicht mehr nur arabischstämmige Kämpfer. Bin Ladin bezeichnete es als individuelle Pflicht eines jeden Muslim, Amerikaner und ihre Verbündeten – Zivilisten und Militärpersonal gleichermaßen – zu töten, wo immer sich die Möglichkeit dazu biete, bis die heiligen Stätten der Muslime von den „Ungläubigen“ befreit seien. Nach diesem Aufruf sind zahlreiche Anschläge weltweit verübt worden. Zu den Anschlägen mit einer hohen Zahl von Opfern zählen vor allem die Terroranschläge am 11. September 2001 in New York/Washington, am 11. März 2004 in Madrid und am 7. Juli 2005 in London.

Struktur

Das transnationale terroristische Netzwerk 'al-Qaida' unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von anderen islamistischen terroristischen Gruppierungen: Es ist nicht auf ein Territorium begrenzt und hat keine festen Organisationsstrukturen. Es muss davon ausgegangen werden, dass 'al-Qaida' nur noch für einen Bruchteil der terroristischen Anschläge weltweit die direkte Verantwortung trägt. Usama bin Ladin selbst ist in terroristischen Kreisen heute in erster Linie Symbolfigur und Vorbild. Vor allem bei Jugendlichen, die sich zur jihadistischen Ideologie hingezogen fühlen, wird er wie ein Popstar verehrt – nicht zuletzt, weil er sich bislang einer Festnahme entziehen konnte.

Die Triebfeder der unzähligen Terrorzellen weltweit ist nur vordergründig die gleiche Ideologie. Betrachtet man die Konflikte, an denen sich islamistische Terroristen weltweit beteiligen, so fällt auf, dass vom Maghreb über den Nahen Osten und Tschetschenien bis nach Süd-Ost-Asien ganz unterschiedliche Motive den gewaltsamen Kampf bestimmen können. Regional definierte, machtpolitische und ethnische Interessen stehen deutlich im Vordergrund. Die führenden Köpfe der internationalen Terrorzene machen sich die Vielzahl der Konflikte, an denen Muslime beteiligt sind, zu Nutze und stülpen ihnen die vermeintlich gemeinsame Ideologie des weltweiten Jihad über. Dabei sind sie in zweierlei Hinsicht erfolgreich: Sie münzen regionale ethnische und/oder soziale Konflikte in religiöse Konflikte um, und sie stellen sie in den Kontext einer globalen Auseinandersetzung zwischen „Glauben“ und „Unglauben“. Dadurch radikalisieren sie alle beteiligten Konfliktparteien in ihrem Sinne.

Im Bereich des internationalen islamistischen Terrorismus ist bereits seit einigen Jahren zu beobachten, dass eher festgefügte globale Netzwerkstrukturen, die einst in den Trainingslagern der 'al-Qaida' in Afghanistan entstanden waren, immer weiter schwinden. Stattdessen hat sich weltweit eine Vielzahl kleiner, lokaler und autonomer Terrorzellen gebildet. Sie haben die Ideologie 'al-Qaidas' verinnerlicht und agieren in ihrem Sinne. 'Al-Qaida' hat durch die „Dezentralisierung des Terrors“ die Funktion als Koordinierungsstelle von Anschlägen eingebüßt. Das weltweite Terrornetzwerk muss sich auf die weitgehende Zerschlagung seiner früheren Führungs- und Kommunikationsstruktur, vor allem in den vermuteten Hochburgen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, einstellen. Es bleibt in eingeschränktem Maße handlungsfähig, da ideologische Leitlinien und Ziele immer noch durch Führungsfiguren wie Usama bin Ladin und seinen Stellvertreter Aiman al-Zawahiri über das Internet medienwirksam bekannt gemacht werden.

Finanzierung

Jihadisten- bzw. Mujahidin-Netzwerke finanzieren sich aus unterschiedlichen Quellen. Spenden, Gewinne aus legalen Geschäften (zum Beispiel aus dem Pkw-Handel) sowie Profite aus illegalen Aktivitäten wie Schmuggel, Waffen-, Diamanten- und Drogenhandel, Handel mit gefälschten Pässen oder Kreditkartenbetrug haben zunehmende Bedeutung. Für finanzielle Transaktionen werden häufig Bankkonten in sogenannten „off-shore“-Ländern (ohne Bankenaufsicht) oder andere verdeckte Methoden des Geldtransfers genutzt.

6.1.2 Jihadismus im Internet

Das Internet ist mittlerweile das wichtigste Kommunikationsmittel, mit dem der transnationale islamistische Terrorismus seine Vorstellungen und Ziele propagiert. Lange Zeit waren vor allem arabische Fernsehsender von Terroristen genutzt worden, um Videos und Tonbänder zu verbreiten. 2009 wurde arabischen TV-Sendern wie 'al-Jazeera' oder 'al-Arabiya' jedoch nur noch in Einzelfällen Video- oder Audiomaterial zugespielt. Diese Funktion ist mittlerweile bestimmten Internetseiten oder -foren zugefallen. Akteure des internationalen islamistischen Terrorismus setzen das Internet aber auch zum Informationsaustausch und zur verdeckten Kommunikation ein. Insbesondere für terroristische Netzwerke, die häufig über Landesgrenzen hinweg unerkannt Kontakte halten und Informationen austauschen müssen, ist das Internet unentbehrlich geworden.

Das Internet ist nicht nur im Bereich des internationalen islamistischen Terrorismus von herausragender Bedeutung. Auch im gewaltlosen Islamismus finden Netzwerkbildung und Ideologietransfer im Netz statt. Das Internet ermöglicht eine schnelle, grenzüberschreitende und sichere Kommunikation und eröffnet damit fast unbegrenzte Nutzungsmöglichkeiten.

Viele islamistische Organisationen verfügen über eigene, teils mehrsprachige Homepages, auf denen sie ihre Ideologie verbreiten und Mitglieder werben. 2009 war zu beobachten, dass Einzelpersonen mit Massenemails gezielt Propaganda und Drohbotschaften an einen ausgewählten Kreis von Personen und Behörden innerhalb Deutschland schickten.

Der internen Kommunikation von Islamisten und Jihadisten dient zudem eine Vielzahl einschlägiger Internetforen und „Chatrooms“. Jihadistische Kreise nutzten 2009 auch

intensiv Videoportale zum Austausch von Gewalt verherrlichendem Filmmaterial. Diese Portale bieten in der Regel auch die Möglichkeit zum Meinungs- und zum Informationsaustausch und zur Bildung virtueller Freundeskreise. Auf diese Weise sind im jihadistischen, wie auch im sonstigen islamistischen Bereich, Netzwerke entstanden, die aufgrund der Reichweite des Internets und des hohen Grads an Anonymisierbarkeit besonders personenstark sind.

Vielfältige Nutzungsmöglichkeiten

Das Internet eignet sich wie kein anderes Medium zur Verbreitung von Propaganda und zum Ideologietransfer. Jihadisten kommunizieren im Internet verdeckt, betreiben Netzbildung, sammeln Spenden oder rekrutieren Freiwillige für den Jihad. Auch die Vorbereitung auf Kampfeinsätze erfolgt vielfach mit Hilfe des Internets. Anleitungen zum konspirativen Verhalten, zum Bau von Waffen, zur Herstellung von Giften und Sprengsätzen – alle wesentlichen Informationen und Anleitungen zur Vorbereitung und Durchführung von Anschlägen lassen sich über das Internet beziehen. Damit fungiert es als eine Art „virtuelles Trainingslager“. Jihadisten nutzen das Internet darüber hinaus zur Selbstinszenierung und zur psychologischen Kriegsführung. Sie verbreiten dort Bekennerschreiben und -videos ebenso wie Bilder und Videos von Bombenanschlägen, Entführungs- und Hinrichtungsoffern. Solche Szenarien erregen weltweit Aufsehen und verbreiten Angst und Schrecken. Auch Internetbotschaften, in denen mit Anschlägen gedroht wird, sollen die Bevölkerung verunsichern wie etwa das Video des deutschen 'al-Qaida'-Mitglieds Bekkay Harrach anlässlich der Bundestagswahl 2009, in dem er vor Anschlägen auf deutschem Boden im Falle eines fortgesetzten Afghanistan-Engagements warnte.

Ideologietransfer

Akteure des internationalen Terrorismus nutzen das Internet exzessiv zur Verbreitung ihrer Jihad-Ideologie. Sie dient den weltweit zersplitterten, autonom agierenden Terrornetzwerken als gemeinsame Basis, als eine Art einigendes Band. Da eine zentrale Befehlsstruktur fehlt, ist die Inspiration und Motivation zur Durchführung immer neuer Anschläge für den Fortbestand des internationalen Terrorismus von existenzieller Bedeutung. Ein wesentliches Ziel der Internetpropaganda ist es deshalb, die Ideologie des gewaltsamen Jihad am Leben zu erhalten. So werden neben jihadistischer Literatur, Tonträgern und Videos regelmäßig auch Verlautbarungen von Führungsfiguren des internationalen Terrorismus ins Netz gestellt. Darin wird in Anspielung auf erfolgte

Terrorakte oder unter Androhung neuer Anschläge die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt. Gleichzeitig wird die weltweite Anhängerschaft ideologisch „justiert“. Ziel ist es, die potenziellen Unterstützer auf dem „richtigen“ Kurs zu halten und möglichst viele neue Sympathisanten hinzuzugewinnen. Vor allem Berichte von Gewalt an Muslimen in Krisenregionen, wie dem Irak und Afghanistan, sollen der Welt die systematische Unterdrückung und Geißelung der muslimischen „Umma“ (der Glaubensgemeinschaft der Muslime) vor Augen führen. Emotionalisierende Fotos von verletzten oder getöteten Zivilisten, vor allem von Kindern, Frauen und alten Menschen, wecken beim Betrachter Betroffenheit und lassen bei empfänglichen Personenkreisen Terrorakte als eine gerechte und legitime Form des Widerstands gegen die „ungläubigen Aggressoren“ erscheinen. Vor diesem Hintergrund finden sich auf jihadistischen Internetseiten häufig auch Aufrufe zur Teilnahme am gewaltsamen Jihad.

Zunahme an deutschsprachiger Jihad-Propaganda

2009 war ein deutlicher Anstieg deutschsprachiger bzw. deutschlandbezogener Jihad-Propaganda im Internet feststellbar. Beispielhaft dafür ist die Welle deutschsprachiger jihadistischer Propaganda, die unmittelbar vor der Bundestagswahl die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit auf sich zog. Bereits zu Beginn des Jahres 2009 und verstärkt ab Anfang September hatten zum Teil deutschsprachige Akteure unterschiedlicher jihadistischer Gruppierungen, wie 'al-Qaida', der Taliban, der IJU und der IBU, in Internetbotschaften das deutsche Engagement in Afghanistan kritisiert. Während die Taliban explizit klarstellten, Anschläge gegen Deutsche oder deutsche Einrichtungen ausschließlich in Afghanistan zu verüben zu wollen, blieb in den abstrakten Drohungen anderer Terrororganisationen zunächst offen, wo und in welcher Form sie Angriffe gegen die Bundesrepublik befürworteten. Erst in zeitlicher Nähe zur Bundestagswahl konkretisierten sich die Terrordrohungen. In der Videobotschaft des in Deutschland aufgewachsenen Bekkay Harrach, einem Mitglied von 'al-Qaida', wurde erstmals ein zeitlicher Rahmen für mögliche Terroranschläge in Deutschland genannt. In den sich unmittelbar anschließenden zahlreichen Terrorbotschaften anderer jihadistischer Gruppen wurden später insbesondere durch die Einblendung von Fotos deutscher Politiker sowie von Wahrzeichen deutscher Großstädte potenzielle Anschlagssziele ins Blickfeld gerückt. Diese jihadistischen Videos mit vielfältigen Deutschlandbezügen wurden in den Wochen nach ihrer Veröffentlichung überwiegend durch Einzelpersonen des jihadistischen Spektrums im Netz verbreitet und in Chats oder auf Videoportalen zustimmend kommentiert.

Drohbotschaften gegen Deutschland

Mehr als 20 Audio- oder Videobotschaften von 'al-Qaida' oder anderen jihadistischen Gruppierungen mit Bezügen zu Deutschland wurden 2009 veröffentlicht. Darunter waren von besonderer Bedeutung:

- : Die am 17. Januar 2009 erschienene Video-Botschaft des deutschen 'al-Qaida'-Mitglieds Bekkay Harrach. Diese der 'al-Qaida' zuzurechnende Botschaft enthielt erstmals direkten Drohungen gegen Deutschland in deutscher Sprache.
- : Die am 18. September 2009 veröffentlichte Botschaft des Bekkay Harrach, worin er Deutschland mit einem Anschlag innerhalb von zwei Wochen nach der Bundestagswahl drohte, sofern sich die Wähler für eine Fortsetzung des Afghanistan-Engagements entscheiden würden.
- : Die am 20. und 25. September 2009 erschienene zweiteilige Audio-Botschaft des Bekkay Harrach, die in deutscher Sprache für eine Beteiligung von Muslimen am Jihad warb.
- : Das am 22. September 2009 anlässlich des Jahrestags der Anschläge vom 11. September 2001 publizierte Video der 'al-Qaida'. Darin bezog sich der Sprecher ausdrücklich auf die gegen Deutschland gerichteten Drohungen durch Bekkay Harrach und wünschte ihm Erfolg.
- : Das am 25. September 2009 veröffentlichte Video der Medienstelle 'Elif Medya', in dem sich ein Mujahid in deutscher Sprache an die deutsche Bevölkerung wandte und deutsche Medien und Politiker scharf angriff. Das Bedrohungsszenario für Deutschland wurde durch die Einblendung symbolträchtiger Bilder aus deutschen Großstädten (Brandenburger Tor in Berlin; Silhouette von Frankfurt/Main; Münchner Oktoberfest; Hamburger Hauptbahnhof; Kölner Dom) konkretisiert.
- : Die ebenfalls am 25. September im Internet erschienene Audiobotschaft von Usama bin Ladin, die, mit deutschen Untertiteln versehen, an die Europäer appellierte, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen.
- : Die am 28. September 2009 veröffentlichte Videobotschaft des 'al-Qaida'-Vize Aiman al-Zawahiri, in der er die deutsche Präsenz in Afghanistan thematisierte und den Deutschen mit der Tötung von Soldaten in Afghanistan drohte.

- : Das von der 'Islamischen Bewegung Usbekistan' (IBU) am 3. Oktober 2009 veröffentlichte Video, in dem sich vier Personen mit Deutschland- bzw. Nordrhein-Westfalen-Bezügen in deutscher Sprache an Muslime wandten und sie zum gewaltsamen Jihad aufforderten.

Das Auftreten von Personen aus der deutschen Islamisten-Szene, die sich in zahlreichen Videos direkt aus realen Kampfgebieten präsentierten, lässt befürchten, dass die Videos eine besonders radikalisierende Wirkung auf Anhänger der jihadistischen Szene haben können.

Auch 2009 konnte eine Reihe von Internetforen festgestellt werden, die sich die Werbung für den Jihad in deutscher Sprache zur Aufgabe gemacht haben. Solche Foren verbreiten deutsche Übersetzungen von Videobotschaften bekannter 'al-Qaida'-Größen oder deutschuntertitelte Propagandavideos. Die wachsende Zahl solcher Internetpräsenzen zeigt, dass sich extremistische Kreise bemühen, innerhalb eines deutschsprachigen Publikums für den gewaltsamen Jihad zu werben und Kampfwillige zu rekrutieren. Diese Tendenz wurde 2009 mehrfach eindrucksvoll durch den Auftritt deutschsprachiger Akteure in Jihad-Videos unterstrichen, die in deutscher Sprache an deutsche Muslime appellierten, sich dem Jihad anzuschließen.

Das Interesse der jihadistischen Internet-Szene an der deutschen Politik ist unverändert groß. Innen- und außenpolitische Entwicklungen, wie die Ermordung einer Ägypterin im Juli 2009 im Dresdner Landgericht, der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr und nicht zuletzt der Raketen-Angriff auf Tanklaster in Kunduz im September 2009 werden auch auf arabischen und türkischen Internet-Foren diskutiert und häufig als Rechtfertigung für den Einsatz des gewaltsamen Jihads gegen Deutsche herangezogen.

Selbstinszenierung und psychologische Kriegsführung

Terroristen nutzen das Internet auch, um in den eigenen Reihen und beim „Feind“ den Eindruck weltweiter Handlungsfähigkeit und ungebrochener Schlagkraft zu erzeugen. Fotos und Videos von Kampfhandlungen und Bombenanschlägen sollen die Anhängerschaft in der Überzeugung stärken, als Teil einer siegreichen Gemeinschaft für eine edle Sache zu kämpfen. Diesem Zweck dienen beispielsweise die Beiträge von 'al-Furqan', der Medienproduktionsfirma des 'Islamic State of Iraq' (ISIt). Deren Schwerpunkt liegt auf der Produktion von Videos, die Anschläge gegen Militärfahrzeuge sowie Exekutionen vermeintlicher Kollaborateure dokumentieren. Die Beiträge

vermitteln durchweg den Eindruck, als führten Jihadisten im Irak ausschließlich erfolgreiche Terroroperationen durch und schädigten ihre Gegner unentwegt und in einem solchen Ausmaß, dass ihr endgültiger Sieg nur noch eine Frage der Zeit sei.

Neben 'al-Furqan' sorgt mittlerweile eine Reihe weiterer Medienproduktionseinheiten, darunter die für 'al-Qaida' produzierende 'al-Sahab' dafür, dass jihadistische Propaganda in großem Stil und auf technisch hohem Niveau hergestellt bzw. aufbereitet wird. Immer mehr jihadistische Organisationen und Gruppierungen nennen bestimmte Medienproduktionseinheiten ihr Eigen oder nehmen deren Dienste in Anspruch. Wiederum andere Medienstellen haben sich auf den Vertrieb jihadistischer Propaganda spezialisiert. Sie sorgen dafür, dass Videos, Audios und anderes Material auf einschlägigen Internetforen verbreitet werden. Im Jahr 2009 wurden eine Reihe neuer Medieneinheiten mit überwiegend regionalen Bezügen bekannt, darunter die für die IBU publizierende 'Jund Allah', die in Nordafrika zu verortende 'al-Andalus' oder die türkischsprachige 'Taifatul Mansura'. Vielfach kompensieren solche Medieneinheiten aber auch Imageverluste, die terroristische Gruppierungen in Kampfgebieten erleiden. Häufig sollen gesteigerte Aktivitäten im Netz über Popularitätseinbußen bei der Bevölkerung hinwegtäuschen.

Terroristen nutzen das Internet darüber hinaus als Instrument der psychologischen Kriegsführung. Die Folterung und Tötung von Gefangenen und Entführungssopfern vor laufender Kamera und die anschließende Zurschaustellung im Netz dienen nicht nur der Demütigung der Opfer. Durch die Betrachtung der Gewalthandlungen soll sich beim Gegner ein Gefühl der Bedrohung einstellen. Er soll sich schutzlos und unterlegen fühlen, Vertrauen in seine Umgebung verlieren und die Handlungsfähigkeit seiner Regierung in Zweifel ziehen. Anschlags- und Bekennervideos, Fotos von Verletzten und Getöteten, auf denen grausamste Details in Großaufnahme zu sehen waren, kursierten 2009 massenhaft im Netz.

Ein weiteres Instrument der psychologischen Kriegsführung via Internet ist die Aufzählung von Tötungen und terroristischen Aktionen in „Erfolgslisten“. Die besondere Gefährlichkeit und Schlagkraft der jeweiligen Terrorgruppe soll auf diese Weise glaubhaft gemacht werden. Längst sind es jedoch nicht mehr die Terrorgruppen selbst, die über „Erfolge“ ihrer Kämpfer berichten, sondern fanatisierte Einzelpersonen mit vermeintlichem Insiderwissen, die auf Foren oder eigenen Kanälen regelmäßig über erfolgte Angriffe sowie die Zahl der verwundeten und getöteten „Feinde“ berichten. Auch Vorbereitungshandlungen für Terroranschläge werden teils akribisch dokumentiert, um sie anschließend ins Netz zu stellen. Entsprechende Videos und Verlautbarungen sol-

len außerdem den Eindruck erwecken, eine ungemein große Zahl von Terrorgruppen sei vor Ort aktiv. Wenn neue Terrorgruppen im Internet auftauchen, sich zu Attentaten bekennen oder neue ankündigen, muss damit gerechnet werden, dass einige von ihnen reine Erfindungen sind.

Zunehmende Professionalisierung

Die jihadistische Internetszene ist diffus, unübersichtlich und unkontrollierbar. Dies liegt vor allem daran, dass Akteure und Sympathisanten des internationalen Terrorismus regen Gebrauch von den technischen Möglichkeiten des Internets machen. Beim Ideologietransfer via Netz arbeiten Akteure und Sympathisanten des internationalen Terrorismus Hand in Hand. Terroristische Gruppen propagieren und rekrutieren entweder auf ihren eigenen Websites oder nutzen dazu fremde jihadistische Seiten. Dort stellen sie zum Beispiel Propagandamaterial von 'al-Qaida' ein oder richten Links zu ihren Seiten ein. Der Informationsfluss wird aber zu einem erheblichen Teil von Internet-Nutzern in Gang gehalten, die selbst keiner bestimmten Gruppe angehören. Sie verweisen auf ihren Webseiten, Blogs oder Videokanälen auf entsprechendes Propagandamaterial, verlinken zu 'al-Qaida'-nahen Seiten oder senden aus jihadistischen Webseiten kopierte Informationen an andere Adressen.

2009 war auch eine rege Übersetzertätigkeit fremdsprachlichen Propagandamaterials ins Deutsche feststellbar. So wurden Videos und Audios entweder synchronisiert oder mit deutschen Untertiteln versehen. Auch die grafische Aufbereitung von Videomaterial hat vielfach ein hohes Maß an Professionalität erreicht.

Ebenso machte sich bei den Sicherheitsvorkehrungen, die islamistische Extremisten im Internet treffen, eine zunehmende Professionalisierung bemerkbar. Im jihadistischen Bereich sind Internetseiten in der Regel nur für einen begrenzten Zeitraum unter ein und derselben Adresse abrufbar. Der häufige Wechsel von Website-Adressen dient vor allem dazu, Spuren im Netz zu verwischen. Bestimmte Webseiten sollen einem Kreis von Insidern vorbehalten bleiben. Solche versteckten Webseiten (Blackboards) können nur durch Kenntnis des konkreten Namens, nicht aber von Suchmaschinen gefunden werden. Eine andere Möglichkeit ist es, den Zugriff auf bestimmte Seiten einzuschränken, beispielsweise durch Kennungen und Passwörter. Darüber hinaus werden alle Möglichkeiten der Verschlüsselung und Kryptografie angewendet, um einschlägige Inhalte unerkannt ins Internet zu stellen. Mittels spezieller Programme können Informationen zum Beispiel in Bild- und Musikdateien versteckt werden. Die entsprechende Software kann aus dem Internet heruntergeladen werden.

Internetforen, Chatrooms und Videokanäle

Nachdem in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 die wichtigsten jihadistischen Foren abgeschaltet worden waren und kurzzeitig weniger bekannte Foren in den Vordergrund rückten, ist im Frühjahr 2009 erstmals wieder Bewegung in die Struktur der verbliebenen Foren gekommen. Zu den wichtigsten Neuerungen zählt der Zusammenschluss eines englischsprachigen, eines arabischsprachigen und eines deutschsprachigen islamistischen Forums zum 'Netzwerk der Unterstützer des Jihads'. Daneben hat 2009 eine Verlagerung der Aktivitäten in andere jihadistische Internetforen stattgefunden, von denen sich einige von unbedeutenden Präsenzen hin zu zentralen Verbreitungsorganen der Propaganda sowie zu Diskussionsplattformen jihadistischer Internetuser entwickelt haben. Im deutschsprachigen Bereich haben sich 2009 zwei bedeutende jihadistische Foren herauskristallisiert, daneben gibt es eine Reihe deutschsprachiger Chatrooms, in denen jihadistischer Gedankengut ausgetauscht wird.

Die teils passwortgeschützten mehrsprachigen jihadistischen Foren bieten nicht nur die Möglichkeit der Kommunikation in offenen oder geschlossenen Bereichen, sie versorgen ihre Nutzer auch mit aktuellen Informationen und Nachrichten aus der terroristischen Szene und stellen Video- und Audiomaterial zum Download bereit. Eine Belebung haben 2009 auch sogenannte jihadistische Online-Magazine erfahren, die auf einschlägigen Foren veröffentlicht wurden. So ist seit dem Frühjahr 2009 das erste englischsprachige Jihad-Magazin auf Internetforen abrufbar. Das Magazin behandelt ideologische und militärische Fragen und legt einen Schwerpunkt auf politische Themen mit Bezug zu den USA. Ein weiteres jihadistisches Online-Magazin, das ein arabischsprachiges Sprachrohr der afghanischen Taliban ist und in unregelmäßigen Abständen auf jihadistischen Internetforen veröffentlicht wird, behandelte 2009 auch Themen mit Deutschlandbezug, darunter die Tötung einer Ägypterin in Dresden aus fremdenfeindlichen Motiven.

Jihadistische Internet-Foren waren im Kontext des achten Jahrestages der Terrorangriffe vom 11. September 2001 massiven externen Online-Angriffen ausgesetzt. So wurden beispielsweise Foren penetriert und deren Nutzerkonten übernommen, um falsche Inhalte in der Szene zu verbreiten. Diese Angriffe haben jedoch nicht zu einer Schwächung der Online-Jihadisten geführt, da diese rechtzeitig reagierten und auf andere Foren auswichen.

Im jihadistischen Bereich spielen neben den arabischsprachigen Foren auch türkischsprachige Foren eine immer wichtigere Rolle. Dabei ist nicht nur der Trend einer Vernetzung der Medienarbeit von arabischen und türkischen Jihadisten zu erkennen, sondern auch eine deutliche Aufwertung türkischer Foren als Multiplikatoren jihadistischer Propaganda. In dieser Entwicklung spiegelt sich die generell wachsende Bedeutung des türkisch geprägten Jihadismus wider.

Gefahr der Selbst-Radikalisierung

Eine besondere Gefahr der beschriebenen Propaganda-Aktivitäten ist, dass sie auch auf Einzelpersonen ohne jihadistische Anbindung fanatisierend wirken können. Die Bereitschaft, Anschläge durchzuführen, setzt nicht immer eine gezielte Rekrutierung voraus. Sie kann auch die Folge einer intensiven und einseitigen Beschäftigung mit radikal-islamistischer Propaganda sein, die allein das Internet massenhaft bietet. Die Zahl jihadistischer Propagandaseiten geht in die Tausende und nimmt ständig zu. Gleichzeitig wächst die Gemeinde von Internetnutzern weltweit kontinuierlich, so dass sich künftig nicht nur die jihadistische Propaganda im Netz vervielfachen, sondern auch der Empfängerkreis wachsen wird. Die Verinnerlichung von Internet-Propaganda kann zu einer Selbst-Radikalisierung insbesondere junger Menschen führen. Der „self-made-Terrorist“, der sich durch das Lesen von Jihad-Propaganda selbst radikalisiert, sich aus dem Internet mit technischem Wissen zur Durchführung von Anschlägen versorgt und schließlich selbstständig einen Anschlag plant und durchführt, ist bereits zur realen Bedrohung geworden. So sollen die beiden jungen Männer, die für die fehlgeschlagenen Kofferbomben-Attentate in Nordrhein-Westfalen im Juli 2006 verantwortlich sind, gezielt Informationen zum kämpferischen Jihad im Netz gesucht und schließlich auch die Bomben nach einer Anleitung aus dem Internet zusammengebaut haben. An diesem und anderen Beispielen wird deutlich, dass sich durch die Nutzung des Internets Radikalisierungsprozesse beschleunigen und kaum vorhersehbar entwickeln können.

Die Rolle von Frauen und Kindern

Lange galt die jihadistische Internet-Community als eine ausschließlich Männern vorbehaltene Szene. Der vor wenigen Jahren einsetzende Trend zu mehr weiblichem Engagement in der jihadistischen Internet-Szene hat sich fortgesetzt. Im Jahr 2009 waren weibliche Jihadis wie ihre männlichen Kollegen in einschlägigen Foren und Chats aktiv, verbreiteten gewaltverherrlichendes Propagandamaterial, warben für

das Übersiedeln in Kampfgebiete oder riefen zum Jihad gegen „Ungläubige“ auf. In einem Fall äußerte sich die deutsche Ehefrau eines Selbstmordattentäters auf einem Propagandavideo zustimmend zur Tat ihres Mannes. Im Interesse einer vermeintlich islamischen Geschlechtertrennung auch im virtuellen Raum bieten einige jihadistische Internet-Foren sogenannte „Schwestern-Räume“ an, in denen sich gleichgesinnte Frauen über den Jihad und andere Themen austauschen können.

Wie im Vorjahr benutzten 2009 verschiedene jihadistische Gruppierungen Kinder für ihre Jihad-Propaganda. So sollten beispielsweise ins Internet gestellte Fotos von verwundeten oder getöteten Kindern die angeblichen Gräueltaten der „Ungläubigen“ an den Muslimen dokumentieren. Zu diesem Zweck wurden grausame Fotos verletzter oder missgebildeter Kinder in großer Zahl in Umlauf gebracht. Von solchen Darstellungen versprechen sich Jihadisten eine stark emotionalisierende Wirkung. Einige Terrororganisationen warben für ihre Ziele mit Videos und Fotos von bewaffneten Kindern beim Kampftraining. Paradoxerweise versuchten sich jihadistische Gruppierungen in mehreren Internet-Veröffentlichungen einen betont kinderfreundlichen Anstrich zu geben. In einem Propaganda-Video der IBU, das Anfang des Jahres im Netz auftauchte, warb ein von Kindern umringter Jihadi dafür, mit Frauen und Kindern zu ihm ins Kampfgebiet zu ziehen, da sein Aufenthaltsort sehr „familienfreundlich“ sei.

6.1.3 Bedrohung durch „homegrown“-Netzwerke

Seit 2001 haben sich die Profile islamistischer Terroristen deutlich verändert. Längst stellen nicht mehr nur aus dem Ausland eingereiste Attentäter eine Bedrohung der Sicherheit europäischer Staaten dar. Mit den Anschlägen von Madrid im März 2004 und London im Juli 2005 ist deutlich geworden, dass sich der islamistische Terrorismus verselbstständigt hat. Waren die Attentäter von Madrid Nordafrikaner, die lange Zeit in Spanien gelebt und zum Teil einen kriminellen Hintergrund hatten, handelte es sich bei den Attentätern von London um Briten pakistanischer und jamaikanischer Herkunft, die in zweiter und dritter Generation – scheinbar integriert – in England lebten. Auch der Islamist, der 2004 den niederländischen Filmemacher Theo van Gogh ermordete, war in den Niederlanden aufgewachsen. Diese Beispiele stehen stellvertretend für eine neue Generation islamistisch motivierter Attentäter, sogenannte homegrown-Terroristen. Der Begriff bezeichnet Zuwanderer der zweiten oder dritten Generation oder auch Konvertiten zum Islam, die in westlichen Gesellschaften aufgewachsen, mit dem westlichen Wertesystem vertraut sind und ohne Weisung aus dem Ausland Terroranschläge durchführen.

Auch in Teilen von Nordrhein-Westfalen sind vermehrt Personengruppen auffällig geworden, die im Wesentlichen durch junge Männer der zweiten oder dritten Einwanderergeneration aus islamischen Ländern gebildet werden. Diese Jugendlichen und jungen Heranwachsenden führen bis zu einem bestimmten Punkt ein eher unauffälliges westlich orientiertes Leben. Ohne einen zunächst erkennbaren Grund verändern sie ihren Lebensstil. In ihrem familiären Umfeld machen sie ihren weiblichen Geschwistern Vorhaltungen, zum Beispiel über deren Art sich zu kleiden. Auch der „westlich“ orientierte Lebensstil der Elterngeneration wird bemängelt. Dies führt in vielen Familien zu Streitigkeiten. Einige dieser Personen bilden fest gefügte Gruppen, die sich durch Moscheebesuche, gelegentlichen Koranunterricht oder sportliche Aktivitäten ergeben haben, während bei anderen von einer eher losen Verbindung ausgegangen werden muss.

Da viele der jungen Leute in Deutschland geboren worden sind und möglicherweise die arabische Sprache gar nicht oder nur unzureichend beherrschen, wird bei ihnen gezielt für den Besuch von Sprachschulen im Ausland geworben. Der Koran soll bei einem Aufenthalt in einem arabischen Land intensiv studiert werden. Für eine Auslandsreise zum Sprach- und Koranstudium wird Unterstützung bei den Formalitäten der Reise angeboten. Sportliche Betätigung – der Besuch von Fitnessstudios und das Erlernen von Kampfsportarten – wird als sehr wichtig angesehen.

Ein Interesse, sich dem gewaltsamen Jihad anzuschließen und eine entsprechende Ausbildung zu erhalten, ist in einigen Fällen nachweislich vorhanden. Hier ergibt sich – in bislang wenigen Einzelfällen – ein Personenpotenzial für jihadistische Propagandaaktivitäten oder sogar Vorbereitungshandlungen für Anschläge auch in Deutschland.

6.1.4 Entwicklung in Deutschland

Jihadisten haben in Deutschland eine Infrastruktur aufgebaut, die unter anderem zur Versorgung mit gefälschten Papieren, zur Ausstattung mit Mobiltelefonen und zum Sammeln von Spenden genutzt wird. Daneben versuchen einige Jihadisten, junge Muslime für eine Kampfausbildung im Ausland zu motivieren. Sympathisanten und Unterstützer islamistischer Organisationen oder bestimmte Personengruppen, etwa Studenten, werden zum Teil gezielt angesprochen. Dies kann zum Beispiel im Bekannten- oder Freundeskreis geschehen. Auch politische oder religiöse Veranstaltungen bieten unter Umständen die Möglichkeit, Personen für die eigenen Ideen zu gewinnen. So kann etwa das Freitagsgebet in der Moschee zur Verbreitung islamistischer Propaganda missbraucht werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn der

Imam (Vorsteher) der Moschee den Jihad als militanten Kampf gutheißt oder wenn entsprechende Überzeugungen in die Predigt auch nur latent einfließen. Bei anschließenden Diskussionen unter den Moscheebesuchern können sich im Laufe der Zeit Personenkreise herauskristalisieren, die von der Idee des militanten Jihad angezogen sind und für Vorhaben von jihadistischen Rekruteuren und Vermittlern geeignet scheinen. Feststellbar ist allerdings, dass sich Imame in Deutschland seit einiger Zeit deutlich zurückhaltender äußern und islamistische Parolen bei öffentlichen Auftritten vermeiden.

Wenn Jihadwillige sich eine Zeit lang als ausreichend fest im Glauben und entschlossen genug für militärische Handlungen gezeigt haben, machen sich einige von ihnen über Umwege in ein Trainingscamp auf, wo sie neben weiterer religiöser Unterweisung eine militärische Ausbildung erhalten können. Die von Deutschland aus operierenden Unterstützer der Terrornetzwerke sind häufig in Straftaten der allgemeinen oder organisierten Kriminalität verwickelt. Durch organisierte Schleusungen und Fälschungsdelikte werden terroristische Zwecke in bestimmten Zielländern unterstützt und lukrative Geschäfte gemacht. Dabei wird in der Regel äußerst professionell, arbeitsteilig und konspirativ vorgegangen.

Die Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden hat jedoch in der Vergangenheit bereits zu Erfolgen geführt.

- : Ein 25-jähriger marokkanischer Staatsangehöriger ist wegen Beihilfe zur Gründung einer terroristischen Vereinigung im Ausland sowie der Unterstützung der ausländischen terroristischen Vereinigung 'al-Qaida im Irak' zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er hat 'al-Qaida'-Kämpfern aus Marokko, Ägypten und Saudi-Arabien für den Einsatz im Irak rekrutiert.
- : Ein deutscher Staatsangehöriger pakistanischer Herkunft ist zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung 'al-Qaida' gemäß § 129b StGB sowie Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz verurteilt worden. Er hat zwischen Juni 2004 und Juni 2007 für 'al-Qaida' Geld und Ausrüstungsgegenstände beschafft. Außerdem warb er in Deutschland weitere Helfer und Unterstützer für die Terrororganisation an. Zu den geworbenen Personen gehört Bekkay Harrach, ein Deutscher marokkanischer Herkunft, der 2009 in islamistischen Videobotschaften als Sprecher aufgetreten war.
- : Am 14. September 2009 wurde vor dem Oberlandesgericht Koblenz das Verfahren gegen zwei 31 Jahre alte Männer eröffnet. Den Angeklagten, die aus dem Raum

Stuttgart stammen, werden die Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung 'al-Qaida' und Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz zur Last gelegt. Spätestens seit Sommer 2004 sollen sich beide mit den Zielen und Methoden der 'al-Qaida' identifiziert haben. Bis zu ihrer Festnahme im September 2008 bzw. Februar 2009 seien sie für diese Organisation tätig gewesen.

- : Ein 25-jähriger Mann aus Stuttgart ist zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten ohne Bewährung wegen Vergehens gem. § 126 StGB (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung einer Straftat) verurteilt worden. Er hatte das am 18. September 2009 an das deutsche Volk gerichtete Video von Bekkay Harrach mit dem Titel „Sicherheit – ein geteiltes Schicksal“ auf seiner Homepage veröffentlicht. Dort wurde es mehr als 3.000 mal aufgerufen.

- : Im Februar 2009 wurde ein nordrhein-westfälischer Konvertit in Frankreich wegen hochrangiger Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung 'al-Qaida' und der Beteiligung am Mord zu einer Freiheitsstrafe von 18 Jahren verurteilt. Mit ihm standen der Pakistaner Khalid Sheikh Mohammed, der als Kopf der Anschläge vom 11. September 2001 gilt, sowie der Bruder des Attentäters von Djerba vor Gericht. Den Angeklagten wurde Beihilfe zum Mord und zum versuchten Mord im Zusammenhang mit dem Selbstmordanschlag auf die Synagoge „La Ghriba“ auf der tunesischen Ferieninsel Djerba vorgeworfen. Bei dem Anschlag auf Djerba am 11. April 2002 waren 21 Personen, darunter vierzehn deutsche und zwei französische Staatsangehörige, getötet worden. Der deutsche Konvertit soll in die Planung und Durchführung des Anschlags verwickelt gewesen sein. Der Attentäter Niwar Nazar hatte zwar am Morgen des 11. April 2002 um 6.18 Uhr den Deutschen angerufen – das Attentat in diesem 97-sekündigen Gespräch aber nicht erwähnt.

- : Im Dezember 2007 hatte das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf drei Angeklagte wegen Mitgliedschaft in der 'al-Qaida' und versuchtem bandenmäßigen Betrug zu Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb und sieben Jahren verurteilt. Durch den Betrug von Versicherungen sollten erhebliche Summen zur Unterstützung einer terroristischen Vereinigung erlangt werden. Überführt werden konnten die Angeklagten nach Ansicht des Gerichts vor allem aufgrund der akustischen Überwachung der Wohnung eines der Angeklagten. Die Revision gegen das Urteil wurde im August 2009 weitgehend verworfen. Die Angeklagten haben sich ohne Erfolg gegen die Verwertung der Erkenntnisse aus der Wohnraumüberwachung gewandt. Allerdings teilte der Bundesgerichtshof die Feststellung des OLG nicht, einer der Angeklagten sei Mitglied von 'al-Qaida' gewesen. Eine allein in Deutschland ausgeübte Tätig-

keit für die ausländische Vereinigung könne – selbst wenn sie äußerst intensiv sei – eine Mitgliedschaft nicht begründen. Die erforderliche Aufnahme durch 'al-Qaida' habe das Gericht nicht festgestellt. Vom OLG muss deshalb erneut über das Strafmaß entschieden werden. Der Angeklagte war bereits am 18. Juni 2009 nach einer Haftbeschwerde unter Auferlegung von Meldeauflagen aus der Haft entlassen worden.

Diese Verfahren zeigen, dass Deutschland – und damit auch Nordrhein-Westfalen – als Ruhe- und Rückzugsraum und zur logistischen Vorbereitung von Mitgliedern und Unterstützern des terroristischen Netzwerks genutzt wird. Spätestens die missglückten Anschläge auf die beiden Regionalzüge am 31. Juli 2006 und die durch die Festnahmen der „Sauerlandattentäter“ im September 2007 erfolgte rechtzeitige Aufdeckung und Verhinderung von Anschlägen zeigen, dass Anschläge auch in Deutschland erfolgen können. Neben der abstrakt hohen Gefährdung für US-amerikanische, britische, israelische und jüdische Einrichtungen in Deutschland muss heute auch von einer Gefährdung deutscher Interessen im In- und Ausland ausgegangen werden. Als Grund hierfür wird von 'al-Qaida'-Kreisen vor allem das deutsche Engagement in Afghanistan genannt.

6.2 Islamistisch motivierter Widerstand und legalistische Islamisten

Neben dem transnational orientierten Terrornetz um 'al-Qaida' sind weltweit eine Vielzahl terroristischer und legalistischer Gruppierungen aktiv, deren Ziel es ist, in ihren Heimatländern ein islamisches Regime zu errichten und den häufig negativ bewerteten Einfluss westlicher Staaten zurückzudrängen. Die Motivlagen und Aktionsmuster sind unterschiedlich. Eine wichtige Rolle in der Begründung ihrer jeweiligen Aktivitäten finden diese Gruppen im Schicksal und Leid von Muslimen, das als Resultat des Wirkens westlicher Staaten aufgefasst wird. Eine besondere Bedeutung kommt dabei immer noch dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zu.

In Deutschland und in Nordrhein-Westfalen hält sich eine Reihe Personen auf, die von hier aus die zum Teil terroristisch agierenden Gruppierungen logistisch und propagandistisch unterstützen. Dazu zählen Anhänger der HAMAS, der 'Muslimbruderschaft' und der 'Hizb-Allah'. Terroristische Anschläge außerhalb des Herkunftslandes gehören nicht zur Strategie dieser Gruppen; bei der HAMAS gilt dies ausdrücklich, bei den übrigen ist es faktisch so. Nicht auszuschließen ist allerdings, dass Vorfälle, die Muslime im nahen Osten, in Tschetschenien oder anderswo auf der Welt betreffen, bei diesen Personengruppen Reaktionen – auch gewalttätige – erzeugen.

6.2.1 Ansar al-Islam (Unterstützer des Islam)

Hintergrund

Die 'Ansar al-Islam' ('Unterstützer des Islam') ging aus der 'Jund al-Islam' ('Armee des Islam') hervor. 'Ansar al-Islam' ist eine ursprünglich nur im Nordosten des Irak aktive kurdisch-islamische Organisation, in der sich eine Reihe kurdischer Splittergruppen zusammen fand. Die Anhänger streben die Errichtung eines islam(ist)ischen Staates vorrangig im Nordirak an und kämpften zunächst gegen die dortigen sehr viel einflussreicheren säkularen, nicht religiös ausgerichteten Parteien. Im Dezember 2001 übernahm der im norwegischen Exil lebende Mullah Krekar die Führung der Gruppierung. Mittlerweile ist Krekar in seiner Führungsposition von Abdullah al-Shafi abgelöst worden. Die 'Ansar al-Islam' zeichnet im Irak für eine Vielzahl schwerster Terrorakte und Selbstmordanschläge verantwortlich.

Ideologie

'Ansar al-Islam' zielt darauf ab, ein islamistisches Kurdistan zu schaffen, das auf einem radikalen Islam nach dem Vorbild der Taliban in Afghanistan beruht. Die Gruppierung versucht, den in ihrem Machtbereich lebenden Menschen den Kontakt zu säkularen Parteien zu verbieten und verleiht ihren Forderungen mit brutalen Gewaltaktionen gegen Andersdenkende Nachdruck.

Seit längerer Zeit sieht sich die 'Ansar al-Islam' als Teil des sunnitisch-terroristischen Widerstandes im Irak. Ihr ursprüngliches Ziel, die Errichtung eines eigenen kurdisch-islami(sti)schen Staates im Nordirak, geriet vorerst in den Hintergrund. Stattdessen passte sie sich weitgehend den Zielsetzungen des übrigen Widerstandes an, dessen terroristische Bestrebungen sich primär auf die gewaltsame Vertreibung der Koalitionstruppen aus dem Irak sowie die gewaltsame Beseitigung des irakischen Staates und seiner neugeschaffenen Institutionen erstreckten. Es gibt konkrete Hinweise darauf, dass 'Ansar al-Islam' über Verbindungen zum Terrornetzwerk 'al-Qaida' verfügt.

Situation in Deutschland

In Deutschland sollen sich etwa 130 Aktivisten überwiegend in Süddeutschland aufhalten. Allerdings konnten vermehrt Umzüge in andere Bundesländer, so auch nach Nordrhein-Westfalen, festgestellt werden. Obwohl die Anhänger in Deutschland weit-

gehend als logistische Unterstützer für die Kerngruppe im Irak fungieren, ist hinsichtlich der Bedrohung der inneren Sicherheit durch sie keine Entwarnung zu geben.

6.2.2 Islamische Bewegung Usbekistans/Islamic Movement of Uzbekistan

Hintergrund

Mit dem Ziel, das Regime Karimovs in Usbekistan zu stürzen und an dessen Stelle einen islamischen Staat auf Grundlage der Scharia zu errichten, wurde 1998 in Afghanistan die 'Islamische Bewegung Usbekistans' ('Islamic Movement of Uzbekistan') gegründet. Seit einigen Jahren ist die IBU hauptsächlich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aktiv und beteiligt sich dort am Kampf gegen die ISAF-Truppen und die Sicherheitskräfte der afghanischen Regierung. Dabei unterhält sie enge Kontakte zu 'al-Qaida' und den Taliban.



Situation in Deutschland

Etwa seit Beginn des Jahres 2009 bemüht sich die IBU verstärkt, Rekruten aus Deutschland zu werben, indem sie im Internet deutschsprachige Videos veröffentlicht. Als Sprecher treten darin regelmäßig die Brüder Yassin und Monir C. auf, die in Nordrhein-Westfalen geboren und aufgewachsen sind. Unter Hinweis auf eine vermeintlich bestehende religiöse Verpflichtung hierzu, fordern die beiden Brüder deutschsprachige Muslime dazu auf ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet zu reisen, um sich dort auf Seiten der IBU am Jihad in Afghanistan zu beteiligen. Zwar folgten diesem Aufruf auch einige Personen aus Deutschland, aber nicht allen gelang die Einreise ins Kampfgebiet. Sie wurden vielmehr durch pakistanische Sicherheitskräfte aufgegriffen und an der Fortsetzung ihrer Reise mit dem Ziel eines Anschlusses an die IBU gehindert.

6.2.3 Islamische Jihad Union

Hintergrund

Die 'Islamische Jihad Union' (IJU) spaltete sich 2002 von der IBU ab. Ihre Aktivitäten orientieren sich am international ausgerichteten, globalen Jihad im Sinne von 'al-Qaida', zu der sie ebenso enge Kontakte pflegt wie zu den afghanischen Taliban. Dennoch versteht sich die IJU als eine eigenständige Organisation, die Ausbildungs- und Trainingslager im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet Waziristan unterhält.

Situation in Deutschland

Ihre Mitglieder rekrutiert die IJU sowohl aus den zentralasiatischen Staaten und dem Kaukasus als auch aus der Türkei und Deutschland. Insbesondere in Deutschland lebende türkischstämmige Personen sowie deutsche Konvertiten gehören zur Zielgruppe der Organisation. Neue Mitglieder versucht die Organisation durch Text- und Videobotschaften im Internet anzuwerben, die teilweise in türkischer, aber auch in deutscher Sprache verfasst sind.

Seit August 2008 wird in Düsseldorf vier festgenommen Mitgliedern einer deutschen IJU-Zelle, der sogenannten Sauerlandgruppe, der Prozess gemacht. Sie haben in umfangreichen Geständnissen zugegeben, dass sie Anschläge gegen US-amerikanische Einrichtungen bzw. gegen US-Bürger in Deutschland geplant haben. Drei Angeklagte, zwei deutsche Konvertiten und ein in Deutschland aufgewachsener Türke, sind in Ausbildungslagern der IJU in der Herstellung von Sprengstoffen aus handelsüblichen Chemikalien unterrichtet worden. Weitere mutmaßliche, aus Deutschland stammende Mitglieder der IJU werden aktuell per Haftbefehl gesucht.

6.2.4 Tschetschenischer Separatismus: Tschetschenische Republik Ichkeriya/ Tschetschenische Separatistenbewegung

Hintergrund

Mit dem Zerfall der UdSSR 1991 und im Zuge der Unabhängigkeit der südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbeidschan und Georgien entstand auch in Tschetschenien eine separatistische Bewegung mit dem Ziel einer Loslösung von Russland – die 'Tschetschenische Republik Ichkeriya' (CRI)/'Tschetschenische Separatistenbe-

wegung' (TSB). Durch den ersten Tschetschenien-Krieg (1994 – 1996) radikalisierten sich die islamistischen Tendenzen innerhalb der tschetschenischen Gesellschaft, und insbesondere seit dem zweiten Tschetschenien-Krieg (ab 1999) werden Gewaltaktionen auch außerhalb des Kaukasus verübt. Die TSB ist für zahlreiche Gewaltaktionen gegen militärische und zivile Einrichtungen in Russland verantwortlich, darunter die Geiselnahmen 2002 im Musicaltheater in Moskau mit über 130 Toten und 2004 in einer Schule in Beslan mit über 330 Toten.

Ziel der militärisch strukturierten tschetschenischen Separatistenbewegung ist es, die russische Armee mit Gewalt zum Rückzug aus Tschetschenien zu zwingen und die Macht zu ergreifen. Anschließend soll mit der Errichtung eines unabhängigen islamischen Staates auf dem Gebiet Tschetscheniens begonnen werden.

Aktivitäten in Deutschland

Die Unterstützerbewegung der CRI/TSB im Bundesgebiet setzt sich vorwiegend aus Tschetschenen und Türken tschetschenischer Abstammung zusammen. Die Unterstützung besteht vorrangig in Propaganda für die Bewegung, Spendensammlung und sonstiger logistischer Hilfe

6.2.5 Tablighi Jama'at (Gemeinschaft zur Verkündigung)⁶⁸

Mitglieder	Bund	NRW
2009	700	150
2008	700	150

Hintergrund

Die 'Tablighi Jama'at*' (auch 'Jama'at-i Tabligh*'; Gemeinschaft zur Verkündigung – TJ*) wurde 1927 durch den Religionsgelehrten Maulawi Muhammad Ilyas in Indien gegründet. Seit den 1960er Jahren ist sie auch in Deutschland aktiv. Sie ist eine dem puristischen Salafismus zuzuordnende Bewegung, deren Mitglieder großen Wert

⁶⁸ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

auf die wortgetreue Ausübung islamischer Vorschriften und die strikte Befolgung islamischer Riten legen. Die Missionierungsarbeit der TJ* richtet sich vor allem an „verirrte Muslime“, die nach Meinung der TJ* vom „rechten Weg“ abgekommen seien. Eine gezielte Bekehrung Andersgläubiger ist nicht das Ziel ihrer Missionierungsarbeit.

Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen

Islamistische Standpunkte werden von der TJ* explizit vertreten und der Interpretationsspielraum bis zu jihadistischen Vorstellungen ist groß. Vor diesem Hintergrund ist die TJ* als extremistische Bewegung einzuordnen. Die Ideologie richtet sich gem. § 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Auch wenn sich die Bewegung als friedfertig und unpolitisch darstellt, steht sie aufgrund verschiedener Beispielfälle im Verdacht, durch ihre weltweiten netzwerkartigen Strukturen den internationalen Terrorismus mittelbar zu fördern und durch die strengreligiöse Anleitung ihrer Mitglieder den geistigen Nährboden für die Entwicklung von islamistisch-militantem Gedankengut zu bereiten.

Die TJ* plädiert für die Anwendung sämtlicher Bestimmungen der Scharia. Dies beinhaltet die Anwendung der mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung inkompatiblen Bestimmungen des klassischen islamischen Prozessrechts, des klassischen islamischen Ehe- und Scheidungsrechts sowie der sogenannten „Hadd“-Strafen (z. B. das Auspeitschen von Straftätern). In der Literatur der TJ* ist eine ausgeprägte Verherrlichung des kämpferischen Jihads feststellbar. Es wird zwar nicht ausdrücklich zum kämpferischen Jihad aufgerufen. Dennoch wird der Jihad als herausragende Glaubenspflicht eines jeden Muslims bezeichnet. Auch das von der TJ* vertretene Frauenbild ist mit unserer Verfassungsordnung nicht in Einklang zu bringen. Es werden die Unterordnung der Frau unter den Mann, die Gehorsamspflicht der Frau gegenüber dem Mann und die eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Frau ebenso postuliert wie ihre sexuelle Verfügbarkeit.

Situation in Deutschland

In letzter Zeit wurde verstärkt beobachtet, dass die TJ* – abweichend von ihrer Hauptzielsetzung der „Reislamisierung“ von Muslimen – in Deutschland ein großes Interesse an Islam-Konvertiten entwickelt hat. Die Missionierungsbemühungen sind in diesem Bereich derzeit besonders intensiv. Auch die weitere Förderung der Konvertiten

durch Teilnahme an Missionsreisen in eines der Gründerzentren in Pakistan, Indien oder Bangladesch unterstützt die TJ* aktiv.

6.2.6 HAMAS (Harakat al-Muqawama al-Islamiya – Islamische Widerstandsbewegung)

Mitglieder	Bund	NRW
2009	300	70
2008	300	70
Internet	Englischsprachige Homepage	

Hintergrund und Ziele

Die HAMAS ('Bewegung des islamischen Widerstandes') ist heute eine der einflussreichsten und stärksten Organisationen unter den sunnitischen Palästinensern. Sie hat sich den kompromisslosen Kampf gegen Israel zur „Befreiung“ des gesamten historischen Palästina und die Errichtung eines islamistischen Staates auf dem Gebiet Palästinas zum Ziel gesetzt.



Unter den islamistischen Organisationen in Deutschland sind insbesondere die HAMAS sowie die aus dem Libanon gegen Israel operierende schiitische 'Hizb Allah' ('Partei Gottes') von Bedeutung. Daneben sind säkulare palästinensische Gruppierungen unter dem Dach der 'Palästinensischen Befreiungsorganisation' (PLO) wie die 'Volksfront für die Befreiung Palästinas' (PFLP) und die 'Demokratische Front für die Befreiung Palästinas' (DFLP) zu nennen.

Öffentlich aktiv wurde die sunnitische extremistische HAMAS 1987, mit Beginn der ersten Intifada. Sie hat sich aus dem palästinensischen Teil der 'Muslimbruderschaft' entwickelt. Die HAMAS bekämpft den Staat Israel mit terroristischen Mitteln, wobei insbesondere die zahlreichen Selbstmordattentate zu nennen sind. Sie lehnt den Alleinvertretungsanspruch der PLO ab und boykottierte zunächst alle zwischen dem Staat Israel und der PLO geschlossenen Verträge. Für die Hardliner innerhalb der Organisation ist ein Friedensschluss mit dem Staat Israel offensichtlich auch heute noch undenkbar.

Seit Ende 2006 eskalierte der interne Konflikt zwischen Anhängern der – ebenfalls zur PLO gehörenden – ‘Fatah’-Partei und der HAMAS im Gaza-Streifen, der zu blutigen, bürgerkriegs-ähnlichen Auseinandersetzungen mit zahlreichen zivilen Opfern führte. Die folgende politische und territoriale Spaltung der Palästinenser in das von der ‘Fatah’ regierte Westjordanland und den von der HAMAS kontrollierten Gaza-Streifen erschwert trotz diplomatischer Bemühungen der USA, der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und Russlands auch weiterhin eine positive Entwicklung im Friedensprozess. Die von der HAMAS kontrollierten Behörden im Gazastreifen haben inzwischen angekündigt, ein von einer rigiden, islamistischen Auslegung der Scharia geprägtes Rechtssystem einzuführen. Dabei sollen künftig alle Bereiche des öffentlichen Lebens (so auch das Strafrecht) mit der extremistischen ideologischen Ausrichtung der Organisation in Einklang gebracht werden.

Die HAMAS ist eingebunden in ein weltweites Netzwerk von Organisationen, die die ‘Muslimbruderschaft’ repräsentieren oder ihr nahe stehen. Neben Organisationen, die vor allem propagandistisch oder auch logistisch im Sinne der HAMAS tätig sind, gibt es solche, die überwiegend Spendensammlungen und Finanztransaktionen zugunsten der HAMAS durchführen.

Situation in Deutschland

Die derzeit von den in Deutschland lebenden HAMAS-Anhängern ausgehende Gefahr für Deutschland ist als eher gering anzusehen. Wiederholt wurden von maßgeblichen HAMAS-Führern Gewaltaktionen außerhalb Israels und der besetzten palästinensischen Gebiete abgelehnt. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass insbesondere stark emotionalisierte jugendliche Palästinenser spontane Gewaltakte gegen israelische, jüdische oder amerikanische Einrichtungen begehen könnten.

Al-Aqsa e.V., Yatim Kinderhilfe e.V.

In die Finanzierung der HAMAS war der seit 2002 verbotene Verein ‘al-Aqsa e.V.’ mit Sitz in Aachen eingebunden. Im September 2005 hat das Bundesministerium des Innern auch den Verein ‘Yatim Kinderhilfe’ mit Sitz in Essen als Ersatzorganisation des ‘al-Aqsa e.V.’ verboten. Es ist dennoch festzustellen, dass trotz der Verbote in Deutschland weiterhin in mehr oder weniger organisierter Form Spendensammlungen für die HAMAS erfolgen.

6.2.7 Hizb Allah (Partei Gottes)

Mitglieder	Bund	NRW
2009	900	350
2008	900	350

Hintergrund

Die 'Hizb Allah' wurde 1982 nach dem Einmarsch israelischer Truppen auf Betreiben Irans im Libanon gegründet. Sie entwickelte sich auf Grund massiver iranischer Unterstützung rasch zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten mit Schwerpunkten im Bekaa-Tal, Süd-Libanon und in den Vororten von Beirut. Die 'Hizb Allah' strebte zunächst jahrelang die Errichtung eines „islamischen (Gottes)Staates“ nach iranischem Vorbild im Libanon an. Vom iranischen Staatsmodell, wie es unter Ajatollah Khomeini geprägt wurde und wie es die Partei zunächst auch für den Libanon propagierte, hat sich



die 'Hizb Allah' mittlerweile gelöst. Inzwischen ist diese Forderung zugunsten einer pragmatischeren Haltung in den Hintergrund getreten. Eingebunden in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen des Libanon strebt sie heute vor allem danach, ihre Möglichkeiten der Einflussnahme zu festigen und zu verstärken, ohne ihren Anspruch auf die „islamische Herrschaft“ über Jerusalem aufzugeben.

Die schiitische libanesisische 'Hizb Allah' hat sich unter anderem die Zerstörung des Staates Israel und die „Herrschaft des Islam“ über Jerusalem zum Ziel gesetzt. Sie stellt damit eine Bedrohung für Israel dar. Seit Jahren ist sie für Terroranschläge im Norden Israels verantwortlich. Sie hat bislang keine gewaltsamen Aktionen in Deutschland durchgeführt, nutzt Deutschland und Nordrhein-Westfalen jedoch als Ruhe- und Rückzugsraum. Öffentlich tritt sie wenig in Erscheinung.

Situation in Deutschland

Bereits seit 1991 versucht die 'Hizb Allah'-Führung von Beirut aus, in der Bundesrepublik Deutschland eine effiziente Organisationsstruktur unter ihren Anhängern aufzubauen. Diese Bestrebungen sind jedoch nach wie vor nicht abgeschlossen. Auch im

Jahr 2009 dauerten interne Streitigkeiten und Rivalitäten zwischen den hier lebenden Anhängern an. Hinsichtlich der personellen Zusammensetzung des Führungsgremiums in Deutschland bestehen ebenfalls Meinungsverschiedenheiten, so dass bisher keine von allen Anhängern akzeptierte Führung etabliert werden konnte.

In der Folge des 11. September 2001 reduzierte die 'Hizb Allah' ihre öffentlichen Aktivitäten deutlich. 'Hizb Allah'-Funktionäre forderten ihre Anhänger immer wieder dazu auf, öffentlich keine Freude über die Anschläge in den USA zu zeigen und die in Deutschland geltenden Gesetze und Regeln zu beachten. Die Anhänger sind seither öffentlich kaum mehr in Erscheinung getreten. Hierzu hat sicherlich auch die sporadisch aufkommende Diskussion über ein mögliches Verbot von 'Hizb Allah'-Vereinen und -Einrichtungen beigetragen.

Als eine Begegnungsstätte dient den 'Hizb Allah'-Anhängern das 'Islamische Zentrum*' ('Imam-Mahdi-Zentrum') in Münster. Es steht in enger Verbindung zu dem iranisch gesteuerten 'Islamischen Zentrum Hamburg*' (IZH) und stellt eine Anlaufstelle für 'Hizb Allah'-Anhänger im Westen Deutschlands dar. Mittlerweile hat es jedoch aufgrund rückläufiger Besucherzahlen an Bedeutung verloren. Die Aktivitäten der 'Hizb Allah' haben sich in den letzten Jahren auf andere Orte in Nordrhein-Westfalen verlagert, an denen zum Teil auch eigene Moscheevereine unterhalten werden.

Betätigungsverbot des TV-Senders 'Al-Manar'

Die hier lebenden Anhänger der 'Hizb Allah' beobachten die Ereignisse im Libanon aufmerksam. Eine wichtige Informationsquelle ist für sie der über Satellit empfangbare TV-Sender 'Al-Manar', über den die 'Hizb Allah' ihre Anhänger auch in Deutschland erreicht. Am 11. November 2008 erließ das Bundesministerium des Innern für das Bundesgebiet ein Betätigungsverbot gegen den Sender, das auf die Ausstrahlung des Senders vom Ausland her keine Auswirkungen haben konnte. Im Programm des Senders wird regelmäßig dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen und zu dessen Vernichtung aufgerufen. Daneben wird antiisraelische und antijüdische Hetzpropaganda verbreitet, der bewaffnete Kampf gegen Israel als „islamischer Widerstand“ propagiert und der dabei zu erleidende „Martyrertod“ glorifiziert.

6.2.8 Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei)

Mitglieder	Bund	NRW
2009	300	70
2008	350	70

Hintergrund

Die 'Hizb ut-Tahrir' (HuT) wurde 1952 von dem Rechtsgelehrten Scheikh Taqi al-Din al-Nabhani, einem ehemaligen Mitglied der ägyptischen und palästinensischen 'Muslimbruderschaft' gegründet. Es handelt sich um eine pan-islamistische Bewegung, die sich an alle Muslime richtet. Vorrangiges Ziel der Organisation ist die Wiedereinführung des Kalifats in einem islamischen Staat (Kalifat bezeichnet die Stellvertretung des Propheten Muhammad, in der der Kalif an dessen Stelle die Gemeinschaft der Muslime leitet). Die HuT kennzeichnet ein besonders stark ausgeprägter Antisemitismus. Juden gelten – wie Christen – als Ungläubige, deren Lebensform abzulehnen ist und mit denen möglichst kein Kontakt gehalten werden sollte, da sie ein Bündnis eingegangen seien, um den Islam zu zerstören.



Struktur

Die Partei, die einen streng hierarchischen Aufbau hat, ist heute weltweit aktiv und international vernetzt. Ihre Anhängerschaft verhält sich streng konspirativ abseits der öffentlichen Wahrnehmung. Neue Mitglieder werden bevorzugt innerhalb der gesellschaftlichen Elite geworben, was sich aus der Kaderstruktur herleitet sowie der Auffassung, dass die Partei eine Vorreiterrolle für den Aufbau des islamischen Staates spielt. Von den Mitgliedern wird strikter Gehorsam erwartet, Positionen und Meinungen, die von der Parteiführung vertreten werden, sind für alle Mitglieder verbindlich. In der Bundesrepublik Deutschland ist die HuT in verschiedene Regionen aufgeteilt; in diesen Regionen existieren streng voneinander abgeschottete Kleinstgruppen (Zellen), die sich durch ein äußerst konspiratives Verhalten auszeichnen.

Situation in Deutschland

Am 15. Januar 2003 hat das Bundesinnenministerium ein Betätigungsverbot gegenüber der Organisation erlassen, das letztinstanzlich am 25. Januar 2006 durch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) bestätigt wurde. Trotz des Verbotes ist davon auszugehen, dass die Organisation ihre Aktivitäten in bekannt konspirativer Weise fortsetzen wird. Nach wie vor hat der vermutliche Europaverantwortliche der Organisation seinen Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen, was darauf schließen lässt, dass der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Organisation strategische Bedeutung zukommt.

Öffentlich wahrzunehmen ist die Organisation durch Verbreitung von Propaganda im Internet. Hierzu bedient man sich in erster Linie im europäischen Ausland befindlicher Server. Öffentliche Auftritte von Führungsfunktionären sind hingegen nicht mehr festzustellen. Dies dürfte vor dem Hintergrund des Betätigungsverbotes mit der Furcht vor möglichen staatlichen Sanktionen in Zusammenhang stehen. Seit Jahresbeginn verstärkte die HuT ihre Präsenz auf ihrer deutschsprachigen Internetseite. Es war ein deutlicher Anstieg neu eingestellter Beiträge feststellbar, die sich unter anderem mit den Ereignissen im Gazastreifen befassten und dabei eine Verschärfung der antiisraelischen Propaganda, bis hin zu einem eindeutigen Bekenntnis zur Gewaltanwendung gegen Israel, aufwiesen. So heißt es in einem Beitrag von Januar 2009:

.....
„Oh Muslime! Ist es nicht eine Schmach und eine Schande, dass sich das höchste Bestreben eurer Herrscher darin erschöpft, Friedens- bzw. Kapitulationsverhandlungen mit Israel zu führen, anstatt ihrer göttlichen Pflicht nachzukommen, dieses Raubgebilde, das Palästina besetzt hält zu eliminieren? [...] So könnt ihr das Zionstengebilde eliminieren und ganz Palästina in die Stätte des Islam zurückführen. Größe und Ehre wird euch auf diese Weise im Diesseits wie im Jenseits zuteil.“
.....

6.2.9 Muslimbruderschaft

Mitglieder	Bund	NRW
2009	1.300	320
2008	1.300	320

Hintergrund

Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete 'Muslimbruderschaft' (MB) ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung des modernen politischen Islam. Als pan-islamisch ausgerichtete Organisation ist sie nicht nur in allen arabischen Staaten, sondern nach eigenen Angaben in 70 Ländern weltweit vertreten. Nach ihrer Ideologie sind die meisten Regime in der muslimischen Welt unislamisch. Ziel der MB ist deren Umgestaltung in Staaten islamistischer Prägung auf der Grundlage der Scharia, der islamischen Rechts- und Lebensordnung – notfalls unter Anwendung von Gewalt.



Aktuelle Entwicklungen

Mitte Januar 2009 veröffentlichte die ägyptische 'Muslimbruderschaft' auf ihrer arabischsprachigen Internetseite eine Erklärung ihres Anführers zum Krieg im Gazastreifen, in der die „Kriegsverbrechen der Zionisten“, die als „Abkömmlinge von Affen und Schweinen“ bezeichnet werden, verurteilt werden. Im Weiteren wird der heilige „Jihad“ als das einzige Mittel bezeichnet, mit dem der „barbarischen Brutalität“ im Gazastreifen zu begegnen sei. Schließlich erfolgt im Namen der MB der Appell an die Gemeinschaft der Muslime, die Mujahidin in Gaza zu unterstützen und den Feind und seine Unterstützer wirtschaftlich zu boykottieren.

Situation in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen sind in verschiedenen Städten Vereine mit angeschlossenen Moscheen ansässig, deren Basis die Ideologie der 'Muslimbruderschaft' ist. Die Einrichtungen finanzieren sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen sowie dem Verkauf von Publikationen. Die Spendenbereitschaft der Anhänger ist nach wie vor eher gering, so

dass anlässlich von Veranstaltungen ständig zu höherer Spendenbereitschaft aufgerufen wird. Öffentliche Aktivitäten dieser Einrichtungen sind allerdings nur gelegentlich bei größeren Veranstaltungen feststellbar. Dort sind die Verlautbarungen gemäßigt, Vertreter der Organisationen weisen immer wieder darauf hin, dass hier lebende Muslime sich vom islamistischen Terrorismus zu distanzieren und die Gesetze des Gastlandes zu beachten haben.

6.2.10 Al-Qaida im Islamischen Maghreb

Hintergrund

Vorläufer der 'Al-Qaida im Islamischen Maghreb'⁶⁹ war die 'Groupe Salafist pour la Prédication et le Combat' (GSPC), die 1998 durch Hassan Hattab gegründet worden war. Sie ist bis heute die schlagkräftigste algerische Terrorgruppe und besteht aus unzähligen Klein- und Kleinstgruppen. Sie lehnt eine Aussöhnung mit dem algerischen Regime strikt ab und hat sich im Jahre 2006 offiziell dem terroristischen Netzwerk um Usama bin Ladin angeschlossen. Seither nennt sie sich 'al-Qaida im Islamischen Maghreb' (AQM).

Situation in Nordrhein-Westfalen

Strukturen der AQM sind in Nordrhein-Westfalen nicht feststellbar. Hier lebende Einzelmitglieder der Vorgängerorganisation sind möglicherweise nach wie vor in europaweite Netzwerke zur finanziellen und logistischen Unterstützung der im Ausland, insbesondere in Algerien, operierenden Gesinnungsgenossen eingebunden.

⁶⁹ Als Maghreb werden die nordafrikanischen Staaten Marokko, Tunesien und Algerien bezeichnet. Einige zählen auch Libyen und Mauretanien dazu.

6.2.11 Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V.⁷⁰

Sitz	Kerpen	
Generalvorsitzender	Yavuz Çelik Karahan (Osman Döring)	
Mitglieder	Bund	NRW
2009	29.000	7.200
2008	27.000	7.200
Publikationen	'IGMG Perspektive', 'Milli Gazete' (Deutschlandausgabe IGMG-nah); Fernsehsender 'TV 5' ('Sadet Partisi'-nahestehend)	

Hintergrund

Mit bundesweit schätzungsweise 29.000 aktiven Mitgliedern ist die 'Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V.*' (IGMG) die bei weitem größte der als islamistisch eingestuft Organisationen in Deutschland. Sie ging aus der von dem türkischen Politiker Necmettin Erbakan gegründeten islamistischen 'Milli-Görüş'-Bewegung hervor, zu der auch heute noch personelle Verbindungen bestehen. Von Teilen der IGMG*-Mitglieder wird die Verbundenheit mit Necmettin Erbakan und seiner Ideologie auch weiterhin zum Ausdruck gebracht. Andere Teile der IGMG* zeigen eine solche Verbundenheit nicht eindeutig, sondern wenden sich der deutschen Gesellschaft zu. Ob die offensichtliche Entwicklung innerhalb der IGMG* diese von extremistisch islamistischen Bestrebungen wegführen wird, ist noch nicht abschließend einzuschätzen.



Von 1970 an war Erbakan Führer einer islamistischen politischen Partei in der Türkei, die sich nach Parteiverboten immer wieder unter neuen Namen konstituierte. Neben der Partei wurden im Laufe der Zeit weitere Einrichtungen, wie eine parteinahe Zeitung, eine Jugendorganisation, ein Fernsehsender, ein Institut und sonstige Hilfsorganisationen geschaffen, die der Ideologie und den politischen Zielen Necmettin

⁷⁰ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

Erbakans verpflichtet sind. Sie alle zusammen bilden die 'Milli-Görüş'-Bewegung, als deren unumstrittener Führer trotz seines hohen Alters (83 Jahre) bis heute Necmettin Erbakan verehrt wird. Außerhalb der Türkei gilt die IGMG* als Unterstützerin und Anlaufstelle für die Bewegung.

In den frühen 1990er Jahren auf kommunaler Ebene, dann bei den Parlamentswahlen 1995, erzielte die von Erbakan geführte 'Refah Partei' ('Wohlfahrtspartei' – RP) erhebliche Erfolge. 1995 wurde sie – damals von der 'Milli Görüş*' in Deutschland massiv unterstützt – stärkste Partei und Erbakan von 1996 bis Mitte 1997 Ministerpräsident in einer Koalitionsregierung. Der zunehmende Druck des türkischen Militärs zwang ihn zum Rücktritt. 1998 wurde die RP verboten; 2000 richtete sich ein Verbot gegen ihre Nachfolgepartei, die 'Fazilet Partisi' ('Tugendpartei' – FP). Danach kam es zu einer Spaltung der 'Milli Görüş'-Bewegung. Die Erbakan und seiner Ideologie treu gebliebenen Anhänger fanden sich in der neu gegründeten 'Saadet Partisi' ('Glückseligkeitspartei' – SP) zusammen. Die SP ist mit Stimmenanteilen von 2% bis 4% in der türkischen Politik nahezu bedeutungslos geworden.

Die Anhänger seines Gegenspielers, Tayyip Erdoğan, gründeten im August 2001 die 'Adalet ve Kalkınma Partisi' ('Gerechtigkeits- und Aufschwung-Partei' – AKP), die im November 2002 wie auch am 22. Juli 2007 die Parlamentswahlen gewann und allein die Regierung stellen konnte.

Die Ideologie der 'Milli Görüş'

Erbakan beschrieb in einem 1990/91 unter dem Titel „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“) veröffentlichten Buch die grundlegenden Ziele der 'Milli-Görüş'-Bewegung. Zentrales Element ist die These Erbakans, dass sich in der Menschheitsgeschichte immer wieder von Menschen geschaffene Ordnungen einerseits und göttlich offenbarte Ordnungen andererseits gegenüber gestanden hätten. Menschliche Gesellschaftsmodelle, die er als „nichtige Ordnung“ („Batıl Düzen“) bezeichnet, sieht Erbakan durch Unrecht und Ausbeutung gekennzeichnet. In Gott gegebenen Ordnungen herrsche demgegenüber die Wahrheit und das sich daraus ergebende Recht (Hak).

Auf diese Weise überführt er das aus dem Koran entlehnte Gegensatzpaar „Hak“ (für Gott/Wahrheit/Recht) und „Batıl“ (für Aberglaube/nichtig) auf die politische Ebene und deutet religiöse Begriffe in politische um. Dieser Gegensatz – die strikte Umsetzung göttlicher Ordnung auf der guten und fehlerbehaftete menschliche Ordnungen auf der schlechten Seite – durchzieht die Argumentation von 'Milli-Görüş' bis heute. Ziel der

Bewegung ist es, das demokratische System, das als „westliche bzw. bürokratische Ordnung“ bezeichnet wird, zu überwinden und durch die „gerechte Ordnung des Friedens und der Verständigung“ zu ersetzen, die auf dem Islam basieren soll. Dieses Ziel wird zunächst für die Türkei, dann aber auch für die gesamte Menschheit angestrebt.

Zur Ideologie gehört auch ein Feindbild, das zunächst durch den Begriff „Batıl“ beschreiben wird. „Batıl“, der Aberglaube bzw. „nichtige Ordnung“, wird gleichgesetzt mit Imperialismus, der von den westlichen Staaten ausgehe, allen voran den USA. Letztendlich werde dieser aber vom Zionismus gesteuert. Dieses Feindbild mündet in antisemitische Verschwörungstheorien und Haltungen, die bei Erbakan stets sehr deutlich hervortraten und von vielen seiner Anhänger anscheinend geteilt werden.

Anhaltspunkte für den Verdacht auf extremistische Bestrebungen

Die Ablehnung der „westlichen Demokratie“ und damit auch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch die ‘Milli-Görüş’-Ideologie wie auch eine antisemitische Grundeinstellung ist durch Aussagen des Führers der ‘Milli Görüş’ und seine programmatischen Schriften hinreichend belegt. Die IGMG* bietet **Anhaltspunkte für den Verdacht**, nach wie vor Necmettin Erbakan und der ‘Milli Görüş’ anzuhängen und damit auch seiner Ideologie und den antisemitischen Einstellungen. Dies begründet die Beobachtung der IGMG* durch den Verfassungsschutz gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW.

‘Milli Görüş’ in Deutschland

Die organisatorischen Wurzeln der heutigen IGMG* reichen bis in die Mitte der 1970er Jahre zurück. Im Streit zwischen Erbakan-treuen und auf politische Beteiligung innerhalb der herrschenden Ordnung setzenden Flügel und radikalen Anhängern der iranischen Revolution verließ ein erheblicher Teil der damaligen ‘Milli-Görüş’-Anhänger die Gruppe und wandte sich „Kalifen von Köln“, Cemaleddin Kaplan zu.

Danach begann eine Neustrukturierung der ‘Milli Görüş*’ in Deutschland durch Angehörige der 1983 in der Türkei gegründeten ‘Refah Partisi’, die hierfür von Necmettin Erbakans nach Deutschland entsandt worden waren. Dadurch entstand zwischen der politischen Bewegung in der Türkei und dem 1985 gegründeten Vorläufer der IGMG*, der ‘Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.’ (‘Avrupa Milli Görüş Teşkilatları’ – AMGT) eine äußerst enge Verbindung.

Im Zuge einer organisatorischen Neuordnung 1995/96 entstand die heute bekannte Struktur aus der 'Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft' (EMUG) und der 'Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş' (IGMG*). Diese Neuorganisation spiegelt vor allem eine Aufgabentrennung wider: die EMUG verwaltet die Immobilien, die IGMG* übernimmt Aufgaben im religiösen, kulturellen und sozialen Bereich.

Die IGMG* selbst stellt die Neuorganisation als entscheidenden Einschnitt dar. Eine neue Generation von Führungskräften sei aufgerückt, und 'Milli Görüş*' in Deutschland deshalb nicht mehr islamistisch. Richtig daran ist, dass nach 1995 teilweise ein Generationswechsel auch auf der Führungsebene stattgefunden hat. Dennoch waren in den Vorständen von EMUG und IGMG* dieselben Personen vertreten, die zuvor den Vorstand der AMGT gebildet hatten.

Mittlerweile – so kann man mit guten Gründen annehmen – sind sowohl in den Vorständen wie auch unter den übrigen Mitgliedern der IGMG* etliche, die die ideologischen Vorgaben von Necmettin Erbakan nicht mehr teilen. Dennoch sind auch die islamistisch ausgerichteten Erbakan-Anhänger nach wie vor auf allen Ebenen in der Organisation vertreten und bemühen sich, ihre ideologischen Ziele in und mit Hilfe der Organisation zu verwirklichen.

Struktur

In Deutschland ist die IGMG* organisatorisch in 15 Regionalverbände untergliedert. Die Regionalverbände sind Zusammenschlüsse der Ortsvereine. In Nordrhein-Westfalen gibt es mit Nord-Ruhr, Ruhr A, Düsseldorf und Köln vier Regionalverbände. Weitere 15 Regionalverbände bestehen in zehn anderen westeuropäischen Staaten, außerdem gibt es Zweigstellen in Australien und Kanada. Die Zentrale der IGMG* befindet sich in Kerpen. Neben dem Generalsekretariat sind die Tätigkeitsbereiche Organisation, Jugend, Frauen, Bildung, Darstellung und religiöse Weisung eigene Abteilungen.

Insgesamt gehören der IGMG* nach eigenen Angaben 514 Gemeinden in Europa an, davon 323 in Deutschland. In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 100 Ortsvereine der IGMG*. Die Angaben der IGMG* zur Zahl ihrer Mitglieder (87.000) und „Freitagsgemeinde“ (300.000) sind nicht belegt und erscheinen übertrieben.

Aktivitäten

Abgesehen von der religiösen Betreuung in den Moscheen, zu den islamischen Festen und Feiern, der Pilgerfahrt oder der Bestattung, bietet die IGMG* auch ein breitgefächertes Angebot auf kulturellem, sozialem und pädagogischem Gebiet an. So werden Vortragsveranstaltungen, Gesprächskreise, Kurse für Frauen, Koranlesewettbewerbe und geschlechtergetrennte Ferienlager für Kinder oder Computerkurse angeboten. Auch Sportvereine und Studentenvereinigungen gehören zur IGMG*. Sie unterhält darüber hinaus eine Rechtsabteilung, die die Mitglieder in juristischen Fragen, wie der Abmeldung von Mädchen vom Schwimmunterricht in der Schule oder in Einbürgerungsverfahren unterstützt.

Publikationen und Medien

Die IGMG* gibt eine eigene Monatszeitschrift heraus, die 'IGMG* Perspektive', die in türkischer Sprache erscheint. Einige Artikel werden aber immer auch in deutscher Übersetzung abgedruckt. Darüber hinaus werden weitere regionale oder für bestimmte Zielgruppen, etwa Kinder, gedachte Publikationen herausgegeben. Auch Materialien und Bücher für einen islamischen Religionsunterricht oder allgemein zum Islam gibt es von der IGMG*.

Der Internetauftritt der IGMG* auf ihrer Homepage ist vielseitig und anspruchsvoll. Hier wird über Aktivitäten des Vereins bis hin zur Ortsvereinsebene berichtet. Sie bietet Presseerklärungen der Organisation und die Möglichkeit, Publikationen der IGMG* herunter zu laden. Ferner kann hier das Internetradio der IGMG* empfangen werden. Auf dieser Homepage sind keine islamistischen Inhalte eingestellt.

'Milli-Görüş'-Ideologie und IGMG*

Die ideologische Propaganda der 'Milli Görüş' in Europa hat sich inzwischen zu einem erheblichen Teil von der IGMG* als solcher abgekoppelt. In den 1980er und 90er Jahren machte die IGMG* aus der engen Verbundenheit mit dem Führer der 'Milli Görüş', Necmettin Erbakan, keinen Hehl und unterstützte seine Partei und die Bewegung in der Türkei ideell und finanziell recht offen. Dementsprechend wurde auch Erbakans ideologische Weltanschauung klar erkennbar vertreten. Heute wird diese Ideologie nicht mehr offen in den Publikationen, Predigten oder auf den Veranstaltungen der IGMG* verbreitet.

Es gibt jedoch Anhaltspunkte dafür, dass in der IGMG* Vorträge mit islamistischen Inhalten kursieren. Vor allem aber findet heute die Verbreitung der 'Milli-Görüş'-Ideologie – insbesondere unter der Jugend – über 'Milli-Görüş'-Internetforen statt. Diese sind rechtlich kein Teil der IGMG*, lassen dennoch eine große Nähe zur Organisation erkennen. Die enthaltenen extremistischen Inhalte sind auf der offiziellen Homepage der IGMG* dagegen nicht zu finden. Dies lässt vermuten, dass die IGMG*-Zentrale bemüht ist, Erbakans islamistische Ideologie nicht erkennbar zu verbreiten, sich aber Teile der Anhängerschaft andere Wege suchen, um ihre Sichtweise zu propagieren.

Außerdem lassen auch Funktionäre der IGMG* bei öffentlichen Veranstaltungen durchblicken, dass sie die Sichtweise der politischen Vertreter der 'Milli Görüş' aus der Türkei teilen. Diese Sichtweise ist geprägt von dem aus der 'Milli-Görüş'-Ideologie bekannten Gegensatz zwischen einer nicht-islamischen, westlichen politischen Ordnung, die nur negativ dargestellt wird, und einem von 'Milli Görüş' angestrebten, islamischen Ordnungsmodell, welches ausschließlich positiv besetzt wird.

Eine eindeutige Abkehr von Erbakan und seiner Ideologie ist bisher von der IGMG*-Führung nicht erklärt worden. Stattdessen versucht man seit Jahren, die immer noch Erbakan-treuen Anhänger einzubinden, um diese nicht zu verlieren, und sich andererseits der deutschen Gesellschaft und den Behörden als nicht-extremistischer Gesprächspartner und Religionsgemeinschaft zu präsentieren.

Während der Gründer und „Führer der Milli Görüş“, Necmettin Erbakan, schon durch seine Begriffswahl den islamistischen Charakter seiner politischen Haltung deutlich macht, ist dies bei seinem Nachfolger als Parteivorsitzender der SP, Numan Kurtulmuş, wie auch bei Funktionären der IGMG* in der Regel nicht sofort erkennbar. So sagte Necmettin Erbakan im Mai 2009 auf dem „18. Internationalen Kongress der Islamischen Gemeinden“:

.....
„Auf dieser Welt gibt es sowohl Hak (Gott/Wahrheit/Recht) als auch Batil (Aberglaube, Nichtiges). Wenn Gott (Hak) geherrscht hat, haben die Menschen die Glückseligkeit gefunden. Wenn aber der Aberglaube (Batil) herrschte, haben die Menschen in der Unterdrückung große Leiden ertragen müssen.
.....

Im Weiteren entwickelt Erbakan seine Thesen zur Unterdrückung durch den rassistischen Imperialismus. Dieser würde mit Gewalt, Meinungsmanipulation und einer ungerechten Wirtschaftsordnung Unheil auf der Welt stiften. Erbakan fuhr fort:

.....
„Die Imperialisten sehen sich selbst als Herren, die gesamte übrige Menschheit aber als ihre Diener an. [...] Auch die heutigen Kriege sind eine Folge ihrer tausendjährigen Versklavungspläne für die Erde.“

Dass Erbakan mit Imperialisten die führenden westlichen Industrienationen meint, braucht den Zuhörern nicht näher erläutert zu werden. Auf derselben Veranstaltung nimmt der derzeitige SP-Vorsitzende Numan Kurtulmuş den Imperialismus-Vorwurf auf:

.....
„Dieses imperialistische Denken betrachtet die gesamte Welt mit allen über- und unterirdischen Ressourcen als sein Eigentum. Für uns Muslime ist die Welt dagegen ein Gut, das in unsere Obhut gegeben wurde. Wir betrachten das Leben als Diener/Geschöpfe (Gottes) mit Pflichtbewusstsein in anderer Weise. Sie schauen mit einem Besitzanspruchgefühl und versuchen, über alles zu herrschen. Deshalb ist die Welt heute dahin gekommen, wo sie ist. Selbst zu Zeiten des Pharao gab es nicht solche Ungerechtigkeit und Unterdrückung, einer derartigen ungerechten Einkommensverteilung.“

Es fällt auf, dass Kurtulmuş nicht die religiös abgeleiteten Begriffe „Hak“ und „Batıl“ verwendet, sondern stets vom „Imperialismus“ einerseits und der „islamischen Welt“ andererseits spricht. Trotz der Differenz in der Begriffswahl ist die Parallelität der Argumentationen jedoch sehr deutlich. Unterdrückung, Gewalt, Krieg und Ausbeutung werden der „nichtigen Ordnung“ also der westlichen demokratischen Staatengemeinschaft zugeschrieben (‘Milli Gazete’ vom 29. Mai 2009, S. 1 und 11). Die Überwindung dieser Zustände soll durch das „Zivilisationsprojekt der Milli-Görüş“ erreicht werden. Hierzu wieder Kurtulmuş:

.....
„Die Milli-Görüş-Bewegung führt nicht nur einen Kampf um die Türkei, sondern um Recht, Gerechtigkeit und Freiheit, die alle Menschen auf der Welt brauchen. Es geht nicht nur darum, die Situation der Menschen in der Türkei zu verbessern. Wir verteidigen auch das Recht, die Gerechtigkeit und die Freiheit der Menschen in den Gassen von Washington, New York und Berlin. Deshalb braucht man heute die ‘Milli Görüş’ mehr denn je. Und das Wichtigste ist, dass ihr Weg so frei ist, wie nie zuvor.“ (‘Milli Gazete’ vom 29. Juni 2009, S. 1 und 12)

Die Zielsetzung und selbstauferlegte Aufgabe der ‘Milli Görüş’ formulierte der Vorsitzende der SP bei anderer Gelegenheit folgendermaßen:

.....
„Es gibt eine globale Hegemonie, die heute herrscht und versucht, mit Waffengewalt an der Macht zu bleiben. [...] Es braucht eine Bestrebung, die die Menschen sagen lässt: ‘wir wollen den Turban der Muslime wieder sehen.’ Ich glaube, dass alle unsere Bemühungen an diesem Punkt zusammengefasst werden müssen.“
.....

Auf derselben Veranstaltung zum Jahrestag der Eroberung von Istanbul durch die Osmanen griff ein Funktionär der IGMG*-Generalzentrale diese Behauptung auf. Er verglich die Probleme auf der Welt mit einem Computervirus und erklärte:

.....
„Wir alle brauchen ein Gegenmittel gegen dieses Virus, und dieses Antiviral ist die Milli Görüş“. (Milli Gazete vom 17. Juni 2009, S. 1 und 11)
.....

Aufschlussreich im Hinblick auf eine Verbindung der IGMG* zur ‘Milli Görüş’ in der Türkei sind auch jene Meldungen, in denen über die Einladungen von „Milli-Görüş-Funktionären“ aus der Türkei durch die IGMG* in Europa berichtet wird. Zu den Personen, die häufig zu IGMG*-Veranstaltungen eingeladen werden, gehört Numan Kurtulmuş. Dieser nahm Anfang 2009 sogar an einer Sitzung der IGMG*-Regionalvorsitzenden in Köln teil. Laut ‘Milli Gazete’ hielt er auf dieser Sitzung eine Rede, in der er die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen der ‘Saadet Partisi’ und der IGMG* hervorhob (‘Milli Gazete’, 3. – 4. Januar 2009, S. 1 und 5).

Am 4. April 2009 führte die Universitätsabteilung der IGMG* den sogenannten „Uni-day“ (Tag der Studenten) durch. An der Veranstaltung in Dortmund nahmen etwa 3.000 Personen teil. Der Vorsitzende der ‘Saadet Partisi’ erklärte in seiner Rede:

.....
„Der eigentliche Grund für diese Probleme [ungerechte Einkommensverteilung, Umweltverschmutzung, Werteverfall, Anm. des Verf.] liegt darin, dass die Zivilisation, die seit drei Jahrhunderten die Welt lenkt, in die Krise geraten ist. Deshalb ist das Problem keine Wirtschafts- oder Politikkrise, sondern eine Zivilisationskrise. Deshalb fällt den Kindern unserer Zivilisation eine große Aufgabe zu, um die Welt in Ordnung zu bringen, und erneut Gerechtigkeit, Wohlstand und Freiheit auf Erden zu gewährleisten.“ (‘Milli Gazete’, 7. April 2009, S. 1 und 10)
.....

Durch diese und weitere Einladungen der IGMG*, wie beim „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ 2009 in Köln, wird die enge Verbundenheit zwischen IGMG* und der ‘Milli Görüş’ in der Türkei augenfällig (Milli Gazete, 5. Januar 2009, S. 1 und 20).

Die Nähe der IGMG* zur politischen Bewegung 'Milli Görüş' drückt sich auch in ihren Anzeigen in der 'Milli Gazete' aus. Dort sind regelmäßig Kondolenzanzeigen, Genesungs- oder Glückwünsche und ähnliche Annoncen sowie Ankündigungen und Verlaufsberichte von regionalen und überregionalen Veranstaltungen der IGMG* zu lesen. Auch trat im Jahr 2009 die 'Milli Gazete' als Sponsor verschiedener Veranstaltungen der IGMG* auf. Dies deutet darauf hin, dass es sich hierbei um das Publikationsorgan handelt, mit dessen Hilfe die IGMG* ihre Anhänger am besten zu erreichen glaubt. Daraus wiederum kann geschlossen werden, dass die Leserschaft der 'Milli Gazete' mit der Anhängerschaft der IGMG* zumindest in weiten Teilen deckungsgleich ist. Da die 'Milli Gazete' aber entschieden für politische Inhalte auf der ideologischen Linie von Necmettin Erbakan und der 'Saadet Partisi' eintritt, muss man davon ausgehen, dass diese Inhalte von Teilen der IGMG* mitgetragen werden.

Ausblick

Die IGMG* bietet immer noch eine Plattform, über die Necmettin Erbakans islamistische Ideologie verbreitet und ihre Umsetzung angestrebt wird.

Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob die Bekenntnisse zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die die IGMG* in der Vergangenheit verschiedentlich abgegeben hat, zu einer nachvollziehbaren Abkehr von Islamismus führen werden. Hierfür wäre vermutlich eine Auseinandersetzung mit der eigenen Organisationsgeschichte und den an der islamistischen Ideologie festhaltenden 'Milli-Görüş'-Anhängern notwendig.

6.2.12 Kalifatsstaat (Hilafet Devleti); vormals Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., sogenannter Kaplan-Verband

Sitz	Köln	
Verbandsführer	Metin Kaplan (am 12. Oktober 2004 in die Türkei abgeschoben)	
Mitglieder	Bund	NRW
2009	750	350
2008	750	350

- Publikationen 'Ümmet-i Muhammed' (Die Stimme Muhammeds), 'Beklenen Asr-i Saadet' (Das erwartete Zeitalter der Glückseligkeit), 'Der Islam als Alternative' (D.I.A.), 'Barika-i Hakikat' (Das Aufleuchten der Wahrheit)
- Fernsehprogramm 'HAKK-TV'

Hintergrund

Der im Dezember 2001 durch das Bundesinnenministerium verbotene 'Kalifatsstaat' ('Hilafet Devleti'), der sogenannte 'Kaplan-Verband', galt in Deutschland als die verbal radikalste unter den islamistischen Organisationen. Bis zu dessen Abschiebung in die Türkei stand er unter der Führung des selbsternannten Kalifen Metin Kaplan. Der 'Kalifatsstaat' propagiert den revolutionären Sturz des laizistischen türkischen Staatssystems, um an dessen Stelle einen islamischen Gottesstaat zu errichten. Er ging aus dem 1984 von Cemaleddin Kaplan gegründeten 'Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.' (ICCB) hervor. Cemaleddin Kaplan, der auch als „Khomeini von Köln“ bekannt war, propagierte den Koran als Grundlage der Staatsverfassung für die gesamte Menschheit und den Islam als Träger der Weltherrschaft in einem einzigen, weltumfassenden Staat.



Verbot des 'Kalifatsstaates'

Seit November 2002 sind der 'Kalifatsstaat' sowie 17 weitere Ortsvereine, vier davon in Nordrhein-Westfalen, rechtskräftig verboten. Der Verband verstoße – so das Bundesverwaltungsgericht – gegen die im Grundgesetz verankerten Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenwürde. Die Organisation verstehe sich als real existierender Staat mit eigener Staatsgewalt unter Führung des „Kalifen“, dessen Grundlage ausschließlich der Wille Allahs sei. Der Kalifatsstaat beanspruche für sich im Unterschied zu anderen Religionsgemeinschaften das Recht zur Gewaltanwendung.

Er verbreitete sein Gedankengut über verbandseigene Zeitungen sowie über eine wöchentlich ausgestrahlte Fernsehsendung und nutzte auch das Internet zu Propagandazwecken. Die ehemalige Homepage des Verbandes wurde verboten. Inzwischen gibt es aber wieder neue Internetseiten, die dem 'Kalifatsstaat' zugerechnet

werden können. Auch verbandseigene Publikationen wurden nach dem Verbot vertrieben. Es besteht der Verdacht, dass Personen aus der zweiten Reihe den Zusammenhalt unter den Mitgliedern des ehemaligen 'Kalifatsstaates' aufrechterhalten.

Im Oktober 2004 wurde Metin Kaplan in die Türkei abgeschoben, wo er wegen Hochverrats zur lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Er hatte zum gewaltsamen Sturz der türkischen Regierung aufgerufen, um in der Türkei einen Gottesstaat zu errichten. Infolge der Abschiebung und Verurteilung Metin Kaplans kam es zu Richtungs- und Nachfolgestreitigkeiten innerhalb der Gruppierung. Diese Auseinandersetzungen mündeten schließlich in eine Spaltung der Anhängerschaft in zwei konkurrierende Fraktionen. Im Gegensatz zu früheren Zeiten kam es bisher aus keiner der Fraktionen zu öffentlichkeitswirksamen Reaktionen auf die Verurteilung von Metin Kaplan im Hochverratsprozess in der Türkei.

6.2.13 Organization for Human Dignity and Rights – Organisation für Würde und Rechte am Menschen⁷¹

Mitglieder	NRW
2009	ca. 50
2008	ca. 50

Hintergrund

Die 'Organization for Human Dignity and Rights*' (HDR) wurde 1996 in Duisburg von in Deutschland lebenden türkischen Migranten gegründet. Der Verein setzt sich laut Satzung für die Abschaffung aller Hindernisse ein, die die Menschenrechte einschränken und mit den Grundsätzen von Gerechtigkeit nicht vereinbar sind. Er tritt laut Satzung außerdem für die Verhinderung von Angriffen gegen diese Werte und für den Schutz der Natur ein. Der Verein hat sich unter anderem an Demonstrationen



⁷¹ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

zum Palästina-Konflikt und zum Kopftuchverbot beteiligt und diese teilweise auch selbst organisiert.

Untypisch für eine Bestrebung mit islamistischer Ausrichtung ist, dass HDR* strategische Bündnisse mit Organisationen eingeht, die eine völlig andere ideologische Grundlage haben. Tatsächlich kooperiert HDR* mit einem Verein, der dem linksextremistischen Spektrum zugerechnet werden muss. Anscheinend ist in diesem Fall die gemeinsame „antiimperialistische“ Ausrichtung, die sich gegen die Gesellschaftsordnung der westlichen Demokratien, insbesondere der USA, richtet, von größerer Bedeutung, als ihre unterschiedliche ideologische Begründung.

Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen

In den Reden des Vorsitzenden und auch in den Flugblättern der Organisation findet sich immer wieder antiwestliche, vor allem antiamerikanische sowie antijüdische Propaganda. Das politische Weltgeschehen wird in den Flugblättern und Reden des Vorsitzenden einseitig antiimperialistisch interpretiert und vermittelt. Aus Verlautbarungen des Vereins und seiner Funktionäre wird deutlich, dass man vorbehaltlos mit den bewaffneten Widerstandsbewegungen im Irak und Palästina sympathisiert. Die Organisation wird deshalb wegen Anhaltspunkten für den Verdacht von Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind, auf der Grundlage des § 3 Absatz 1 Nr. 4 VSG NRW beobachtet.

Aktuelle Entwicklung

Am 17. Januar 2009 fand in Duisburg eine vom HDR* organisierte Demonstration anlässlich des Konfliktes im Gaza-Streifen statt, an der rund 2.000 Menschen teilnahmen. Dabei kam es zu einem Zwischenfall, als Demonstranten mit zum Teil antisemitischen Äußerungen gegen eine kleine Gruppe Jugendlicher skandierten, die Israel-Flaggen hochhielten. In ihrer Stellungnahme vom 7. Februar 2009 zum Geschehen auf der Demonstration vom 17. Januar 2009 distanziert sich HDR* von diesen Äußerungen.

In einer Presseerklärung des HDR*-Vorstandes Berlin vom 28. August 2009 anlässlich einer Kundgebung zum „Jerusalem-Tag“, dem „al-Quds-Tag“, am 12. September 2009 wird jedoch deutlich, dass HDR* sich gegen Israel und die westlichen Staaten richtet, die sie für Tyrannei und Ausbeutung verantwortlich macht. Die Forderung nach „Befreiung Jerusalems“ steht für das Ziel, die Macht Israels und der westlichen Staa-

ten zu brechen und vermeintliche globale Gerechtigkeit durch ein islamisches Regime zu erreichen:

.....
„Der Weltjerusalemtag wird von uns als Tag der Unterdrückten in der ganzen Welt und als Tag des Aufstandes gegen den Globalimperialismus gesehen. Gleichgültig wo und gegen wen die Tyrannei gerichtet ist, gegen die Tyrannei zu stehen und gegen diese Widerstand zu leisten sehen wir als eine islamische und menschliche Aufgabe an.

Wir gehen durch eine Zeitspanne, in der die globalen Räuber die Welt als ihren eigenen Bauernhof ansehen und die Begriffe wie Gerechtigkeit und Menschenrechte als Vorhang für ihre Tyrannei benutzen, und in der die ideologischen und philosophischen Strömungen in die Geschichte eingegraben worden sind. Wir leben in einer Zeit, in der der Reiche recht hat und mächtig ist und der Arme schwach ist und mit dem sich begnügt, was er hat.

Wir glauben, dass die Befreiung Jerusalems der wichtigste Angelpunkt ist, um die wahre globale Gerechtigkeit auf der Erde zu erreichen.“
.....

7 Politisch motivierte Kriminalität – Bericht des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen

7.1 Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität

Die „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) in Nordrhein-Westfalen ist wie in den Vorjahren weiter angestiegen. Auch die Zahl der Gewaltdelikte nahm gegenüber dem Vorjahr zu. Ursächlich dafür sind unter anderem zahlreiche Ereignisse im In- und Ausland, die sich auf die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen auswirkten und damit auch die Entwicklung der PMK beeinflussten.

Die Gefahr durch den islamistischen Terrorismus ist nach wie vor konkret und gegenwärtig, was insbesondere durch die Verlautbarungen islamistischer Gruppierungen im Internet vor und nach der Bundestagswahl am 27. September 2009 untermauert wurde. Konkrete Erkenntnisse zu Anschlagplanungen in Deutschland oder gegen deutsche Interessen im Ausland lagen nicht vor.

Am 28. März 2009 fand in Dortmund ein Aufzug des 'Bündnisses 28.03.' statt, um eines am 28. März 2005 getöteten Punkers unter dem Motto „No Nazis - kein vergeben, kein vergessen“ (Schreibweise übernommen) zu gedenken. An dem Aufzug nahmen rund 700 Personen teil. Eine größere Personengruppe vermummte sich während des Aufzuges. Nach Auswertung des polizeilichen Videomaterials wurden insgesamt 333 Strafverfahren wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz⁷² eingeleitet.

Am 1. Mai 2009 griffen rund 400 „Rechte“ in Dortmund Teilnehmer des 1. Mai-Umzugs des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Polizeibeamte mit Stein- und Flaschenwürfen, pyrotechnischen Gegenständen, Holzstangen und Pfefferspray an. Den eingesetzten Polizeibeamten gelang es, die Randalierer abzudrängen und zwei

⁷² Nach den bundeseinheitlichen Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Bereich der PMK ist bei den genannten Straftaten je Tatverdächtiger ein Fall zu erfassen. Gemäß der zugrunde liegenden Rechtsnorm begeht derjenige eine sog. Vermummungsstraftat, der sich zur Verhinderung der Feststellung seiner Identität vermummt. Es handelt sich um ein Individualdelikt.

größere Gruppen einzuschließen. Gegen mehr als 400 Beschuldigte wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.⁷³

Am 9. und 10. Mai 2009 führte 'pro Köln*' die Neuauflage des 2008 gescheiterten „Anti-Islamisierungskongresses“ unter dem Motto „Nein zur Islamisierung Europas – Nein zur Kölner Groß-Moschee“ durch. Die Kundgebung fand im Kölner Stadtteil Deutz statt, nachdem das Bundesverfassungsgericht das Verbot des Polizeipräsidenten Köln hinsichtlich einer Kundgebung direkt am Kölner Dom ebenso bestätigt hatte wie das Verbot der Durchführung eines Aufzuges zur Moschee-Baustelle im Stadtteil Ehrenfeld.

Rund 2.000 Menschen versammelten sich am 9. Mai 2009, um friedlich gegen den „Anti-Islamisierungskongress“ zu protestieren. Nur vereinzelt gab es Auseinandersetzungen zwischen linksgerichteten Demonstranten und Teilnehmern des Kongresses. Einzelne kleinere Gruppen von Gegendemonstranten versuchten die Absperrungen der Polizei zu durchbrechen oder die Veranstaltung von 'pro Köln*' durch Sitzblockaden zu verhindern.

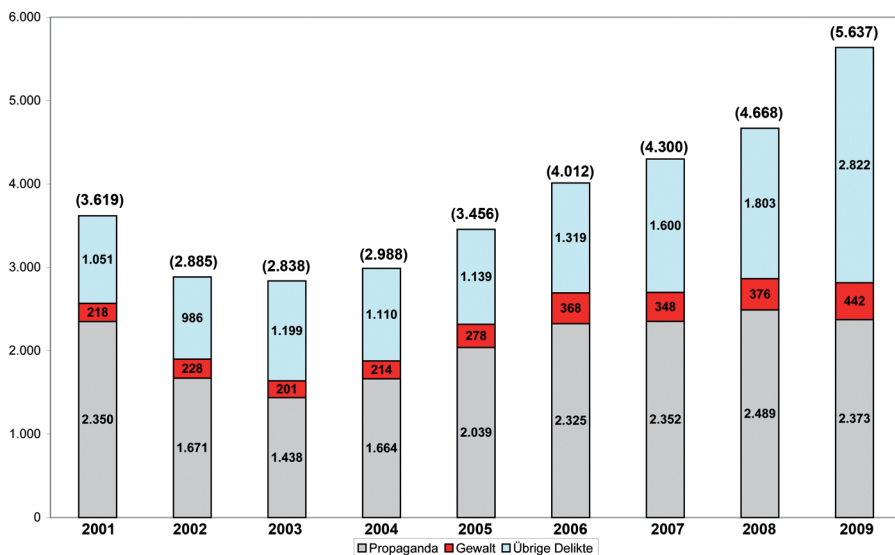
Am 5. September 2009 fand in Dortmund anlässlich des Antikriegstages eine Großkundgebung der „Rechten“ zum Thema „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege – für freie Völker in einer freien Welt“ statt. Das Bundesverfassungsgericht hatte kurzfristig das Verbot der angemeldeten Versammlung aufgehoben. An der Kundgebung nahmen rund 700 Personen, darunter auch Autonome Nationalisten teil.

Das „Friedensfest“ als größte Gegenveranstaltung besuchten über 5.000 Menschen, die bei einem Konzert friedlich „gegen Rechts“ demonstrierten. Weiterhin fanden an fast 30 Standorten Mahnwachen, Aufmärsche, Menschenketten und Straßenfeste statt. Nach dem Abschluss zweier Kundgebungen am Busbahnhof und am Gerichtplatz kam es zu Angriffen gewaltbereiter Gegendemonstranten auf die eingesetzten Polizeibeamten.

73 Demgegenüber sind Straftaten, die den Tatbestand des Landfriedensbruchs verwirklichen, nach den Verfahrensregeln bei unmittelbarem örtlichen Zusammenhang und unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen als ein Fall zu erfassen. Der § 125 StGB (Landfriedensbruch) erfordert zur Tatbestanderfüllung eine Beteiligung an Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen aus einer Menschenmenge heraus. Somit wird die Beteiligung mehrerer Personen vorausgesetzt.

Mehr Straftaten als 2008: Anstieg der Fallzahlen PMK um 20,6 Prozent

In Nordrhein-Westfalen wurden für das Jahr 2009 insgesamt 5.637 (2008: 4.668) politisch motivierte Straftaten bekannt. Der Anstieg der Fallzahlen um 20,8% setzt den Trend der letzten Jahre fort (vgl. Grafik 1). Propagandadelikte machten mit 2.373 (2008: 2.489) Fällen 42,1% der PMK aus. Der Anstieg der übrigen Delikte (ohne Gewaltdelikte) um 56,5% (Anstieg von 1.803 auf 2.822 Straftaten) ist im Wesentlichen auf die Zunahme von Sachbeschädigungen (Anstieg von 623 auf 1.135 Straftaten) und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (Anstieg von 401 auf 704 Straftaten) zurückzuführen.



Grafik 1: PMK nach Deliktgruppen im Jahresvergleich von 2001 bis 2009

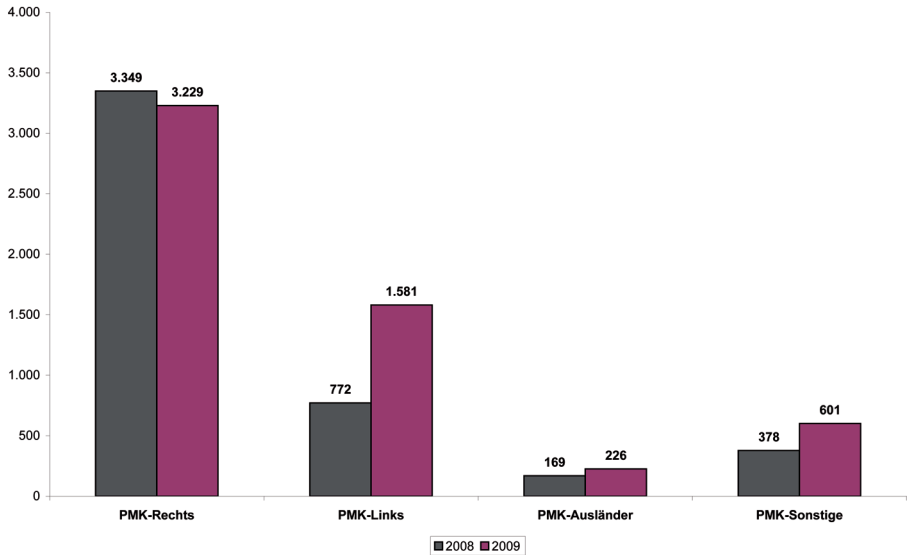
Nach Phänomenbereichen unterschieden sind

- : 3.229 Straftaten der „Politisch motivierten Kriminalität - Rechts“ (PMK-Rechts), (2008: 3.349)
- : 1.581 Straftaten der „Politisch motivierten Kriminalität - Links“ (PMK-Links) (2008: 772) und

: 226 Straftaten der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“ (PMK-Ausländer) (2008: 169)

zuzurechnen. Bei 601 (2008: 378) Straftaten konnte keine eindeutige Zuordnung zu einem Phänomenbereich getroffen werden, so dass sie als „Politisch motivierte Kriminalität – Sonstige/Nicht zuzuordnen“ (PMK-Sonstige) erfasst wurden.

Die Betrachtung der PMK nach Phänomenbereichen zeigt gegenüber dem Vorjahr unterschiedliche Entwicklungen (vgl. Grafik 2): Einerseits Anstieg der PMK-Links um 809 Straftaten (+ 104,8%), der PMK-Sonstige um 223 Straftaten (+ 59,0%) und der PMK-Ausländer um 57 Straftaten (+ 33,7%); andererseits Rückgang bei der PMK-Rechts um 120 Straftaten (- 3,6%).



Grafik 2: PMK nach Phänomenbereichen im Jahresvergleich von 2008 und 2009

740 Straftaten wurden im Begründungszusammenhang mit den Europa-, Kommunal- und Bundestagswahlen verübt, mit deutlichem Schwerpunkt bei den Kommunalwahlen (513 Straftaten). Es handelte sich dabei überwiegend (443 von 740 Straftaten) um Sachbeschädigungen zumeist an Wahlplakaten. Nach Phänomenbereichen unterschieden entfallen 266 Straftaten auf die PMK-Links, 182 Straftaten auf die PMK-Rechts und 8 Straftaten auf die PMK-Ausländer. 284 Straftaten sind der PMK-Sonstige zuzurechnen, da sich bei ihnen keine Anhaltspunkte für die Zuordnung zu einem Phänomenbereich ergaben.

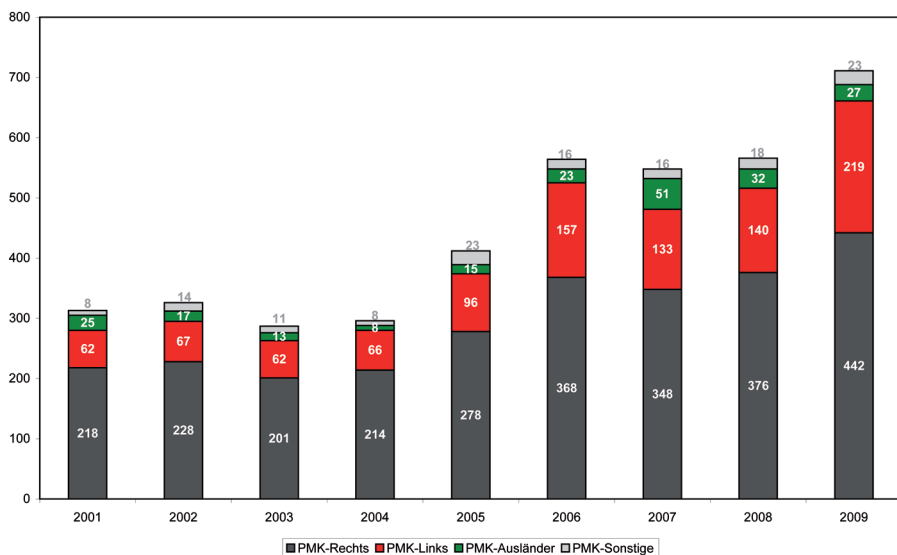
Von den 5.637 Delikten sind 4.895 (2008: 3.784) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen einzustufen, weil sie sich z. B. gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richteten. Von den 4.895 extremistischen Straftaten entfallen

- : 3.153 (2008: 3.230) auf die PMK-Rechts
- : 1.227 (2008: 369) auf die PMK-Links
- : 186 (2008: 147) auf die PMK-Ausländer und
- : 329 (2008: 38) auf die PMK-Sonstige.

Insgesamt ist bei den extremistischen Straftaten ein Anstieg um 29,4% (1.111 Delikte) zu verzeichnen.

Anstieg der „Politisch motivierten Gewaltkriminalität“

In Nordrhein-Westfalen wurden insgesamt 442 (2008: 376) „Politisch motivierte Gewaltdelikte“ (PMK-Gewalt) bekannt. Dies bedeutet einen Anstieg um 17,6% (66 Delikte), der sich insbesondere durch einen Zuwachs bei den Landfriedensbruchdelikten



Grafik 3: PMK-Gewalt nach Phänomenbereichen im Jahresvergleich von 2001 bis 2009

(Anstieg von 46 auf 69 Straftaten) und bei den Widerstandshandlungen (Anstieg von 24 auf 61 Straftaten) begründet. Beinahe die Hälfte der Gewaltdelikte ist der PMK-Links zuzuordnen (vgl. Grafik 3).

Ursächlich für den Anstieg der Gewaltdelikte durch „Linke“ ist insbesondere die Anzahl von Straftaten bei singulären Ereignissen. Allein 58 Gewaltdelikte wurden bei der Gegendemonstration zur Großkundgebung der „Rechten“ anlässlich des Antikriegstages am 5. September 2009 in Dortmund verübt.

Die Betrachtung der PMK-Gewalt nach Phänomenbereichen zeigt deutlich unterschiedliche Entwicklungen:

- : Anstieg der PMK-Links um 56,4% auf 219 Straftaten (2008: 140) und
- : der PMK-Sonstige um 27,8% auf 23 Straftaten (2008: 18) sowie
- : Rückgang der PMK-Rechts um 7,0% auf 173 Straftaten (2008: 186) und
- : der PMK-Ausländer um 15,6% auf 27 Straftaten (2008: 32).

Deliktgruppen	Links		Rechts		Ausländer		Sonstige	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Tötungsdelikte	0	0	0	0	0	3	0	0
Brand-/ Sprengstoffdelikte	7	11	2	0	3	7	2	0
Landfriedensbruchdelikte	55	37	10	6	1	2	3	1
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft und Straßenverkehr	1	0	0	1	2	1	1	0
Körperverletzungsdelikte	98	71	143	170	18	17	16	15
Widerstandshandlungen	50	19	11	4	0	1	0	0
Raub / Erpressung / Freiheitsberaubung	8	2	7	5	3	1	1	2
Sexualdelikte	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme Gewaldelikte	219	140	173	186	27	32	23	18
Bedrohungen / Nötigungen	17	10	14	17	17	9	5	2
Sachbeschädigungen	531	312	346	218	48	40	210	53
Propagandadelikte	34	26	2.126	2.220	7	13	206	230
Volksverhetzungen	3	0	343	406	18	14	12	14
Störung des öffentlichen Friedens	4	2	4	2	6	2	5	5
Beleidigungen	96	41	103	102	4	7	35	22
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	0	0	0	0	53	33	0	0
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	595	212	71	178	24	3	14	8
sonstige Straftaten	82	29	49	20	22	16	91	26
Summe Gesamt	1.581	772	3.229	3.349	226	169	601	378

Tabelle: PMK nach Deliktgruppen und Phänomenbereichen im Jahresvergleich

7.1.1 Politisch motivierte Kriminalität – Links

Hauptsächliche Themenfelder⁷⁴ der PMK-Links waren im Jahr 2009 „Antifaschismus“ (Anstieg von 411 auf 1.034 Straftaten), „Innen- und Sicherheitspolitik“ (Anstieg von 182 auf 875 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Anstieg von 346 auf 569 Straftaten). Insgesamt wurden 1.581 Straftaten der PMK-Links erfasst (2008: 772).

Bei den Straftaten der PMK-Links handelte es sich überwiegend um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (595 Delikte) und Sachbeschädigungen (531 Delikte), die insgesamt 71,2% (1.126 von 1.581) der Delikte ausmachen. Die Anzahl der Sachbeschädigungen hat im Vergleich zum Vorjahr um 70,2% (Anstieg von 312 auf 531 Straftaten) deutlich zugenommen. Bei den Delikten handelte es sich überwiegend um Farbschmierereien mit antifaschistischen Parolen sowie um Sachbeschädigungen an Wahlplakaten.

Die Zahl der Straftaten bei Demonstrationen ist von 378 auf 855 Delikte angestiegen. Der Anteil am Gesamtstrafatenaufkommen der PMK-Links liegt mit 54,1% über dem Vorjahresniveau (2008: 49,0%). Es handelte sich überwiegend um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, die sich gegenüber dem Vorjahr nahezu verdreifacht (Anstieg von 212 auf 595 Straftaten) haben. Ursächlich dafür sind hauptsächlich Vermummungen⁷⁵ von Versammlungsteilnehmern anlässlich zweier demonstrativer Ereignisse in Dortmund, bei denen alleine mehr als 70,0% aller Verstöße gegen das Versammlungsgesetz der PMK-Links begangen wurden.

Anzahl der Gewaltdelikte durch „Linke“ angestiegen

Die Gesamtzahl der Gewaltdelikte durch „Linke“ ist von 140 auf 219 Straftaten deutlich angestiegen. Dies bedeutet einen Anstieg um 56,4%, der sich überwiegend durch einen Zuwachs bei den Körperverletzungen (Anstieg von 71 auf 98 Straftaten), den Landfriedensbruchdelikten (Anstieg von 37 auf 55 Straftaten) und bei den Widerstandshandlungen (Anstieg von 19 auf 50 Straftaten) begründet.

⁷⁴ Die Themenfelder sowie die ihnen zuzuordnenden Ober- und Unterthemen sind bundeseinheitlich festgelegt. Um eine differenzierte, mehrdimensionale Lagedarstellung zu ermöglichen, sind alle zutreffenden Ober- und Unterthemen anzugeben (Mehrfachnennung), so dass eine Straftat mehreren Ober- und Unterthemen zugeordnet werden kann.

⁷⁵ Bei Straftaten gemäß § 27 Abs. 2 VersammlG (Tragen von Schutzwaffen und/oder Vermummung) ist nach den „Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität“ je ein Tatverdächtiger ein Fall zu erfassen.

69,4% der Gewaltdelikte wurden im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen verübt (2008: 72,1%). Die Anzahl der Straftaten bei Demonstrationen ist gegenüber dem Vorjahr von 101 auf 152 Straftaten angestiegen.

Die Zahl der Gewaltdelikte bei Auseinandersetzungen mit den „Rechten“ ist von 72 auf 83 Straftaten ebenfalls gestiegen. Insgesamt wurden 453 Tatverdächtige ermittelt. 381 waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 177 Tatverdächtige waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten. Ein Teil der Gewaltdelikte durch „Linke“ richtete sich gegen Polizeibeamte. Der Auftrag der Polizei zum Schutz des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit wird dabei bewusst ideologisch umgedeutet und als Schutz der „Rechten“ interpretiert. Zielgerichtete Angriffe auf Polizisten werden so als legitimes Mittel im „Kampf gegen Rechts“ gerechtfertigt.

7.1.2 Politisch motivierte Kriminalität – Rechts

Vorherrschende Themenfelder der PMK-Rechts waren unverändert „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ (Anstieg von 2.500 auf 2.517 Straftaten) und „Hasskriminalität“⁷⁶ (Rückgang von 806 auf 775 Straftaten). Auffällig ist, dass Angehörige der „rechten“ Szene wie in den Vorjahren zunehmend die „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Anstieg von 323 auf 376 Straftaten) suchen. Die Zahl der Straftaten gegen Polizeibeamte ist von 183 auf 93 zurückgegangen. Insgesamt wurden 3.229 Straftaten der PMK-Rechts erfasst (2008: 3.349).

Die Zahl der Propagandadelikte und Volksverhetzungen ist gegenüber dem Vorjahr von 2.626 auf 2.469 zurückgegangen. Mit 76,5% (2.469 von 3.229 Straftaten) machen sie jedoch weiterhin den überwiegenden Anteil der Straftaten der PMK-Rechts aus (2008: 78,4%).

Der Anteil der Sachbeschädigungen am Gesamtstrafatenaufkommen der PMK-Rechts ist mit 10,7% (346 von 3.229 Delikten) gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen (2008: 6,5%). Dabei setzte sich die Entwicklung, dass in der „rechten“ Szene vermehrt Sachbeschädigungen mit allgemeinen, nicht als Propagandadelikte inkriminierten „rechten“ Parolen und Symbolen begangen werden, fort (Anstieg von 218 auf 346 Straftaten). Die verwandten Schriftzüge und Abkürzungen lassen vielfach Bezüge

⁷⁶ Der Hasskriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet ist.

zu den Autonomen Nationalisten erkennen. Insgesamt wurden 222 Straftaten dem Unterthema „Autonomer Nationalismus“ (2008: 59) zugeordnet.

Rückgang der Gewaltdelikte im Phänomenbereich PMK-Rechts

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Rechte“ ist um 7,0% (von 186 auf 173) zurückgegangen. Schwerpunktmäßig handelte es sich um Körperverletzungen (Rückgang von 170 auf 143 Straftaten). Die Gewaltdelikte wurden überwiegend den Themenfeldern „Hasskriminalität“ (Anstieg von 82 auf 87 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Rückgang von 75 auf 67 Straftaten) zugeordnet.

Insgesamt wurden 658 Tatverdächtige ermittelt. 442 waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 436 Tatverdächtige waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten. Über 50% der ermittelten Tatverdächtigen stehen im Verdacht, sich an dem Angriff auf den 1. Mai-Aufzug des DGB in Dortmund beteiligt zu haben.

Hasskriminalität durch „Rechte“ ist weiter zurückgegangen

Die „Hasskriminalität“ im Phänomenbereich PMK-Rechts ist um 3,8% (von 806 auf 775 Straftaten) zurückgegangen. Volksverhetzungen (318), Propagandadelikte (193), Beleidigungen (79) und Sachbeschädigungen (76) sind unverändert die vorherrschenden Delikte (666 von 775) im Themenfeld „Hasskriminalität“. Im Unterthema „Fremdenfeindlichkeit“ sind 73 Straftaten weniger zu verzeichnen (Rückgang von 621 auf 548 Delikte). Die Anzahl der Gewaltdelikte im Themenfeld „Hasskriminalität“ ist entgegen der Gesamtentwicklung bei den Gewaltdelikten der PMK-Rechts (von 82 auf 87 Straftaten) angestiegen und liegt wieder auf dem Niveau des Jahres 2007. 79 Gewaltdelikten (2008: 76) lag eine fremdenfeindliche Motivation zu Grunde.

Deutlicher Anstieg der antisemitischen Straftaten

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten ist um 27,0% (von 230 auf 292 Straftaten) angestiegen. Allein 68 antisemitische Straftaten wurden im Januar verübt. In dieser Zeit fand die Bodenoffensive des israelischen Militärs gegen die HAMAS im Gazastreifen statt. Wie bereits in den Vorjahren machten die Volksverhetzungen (Anstieg von 130 auf 142 Straftaten) und Propagandadelikte (Anstieg von 49 auf 63 Straftaten) mit 70,2% (205 von 292 Straftaten) den überwiegenden Anteil der Straftaten aus. Die Anzahl der antisemitischen Gewaltdelikte ist (von 9 auf 6 Straftaten) zurückgegangen. Von den 292 antisemitischen Straftaten entfallen

- : 247 Delikte auf die PMK-Rechts (2008: 214)
- : 28 Delikte auf die PMK-Ausländer (2008:12)
- : 2 Delikte auf die PMK-Links (2008: 2) und
- : 15 Delikte auf die PMK-Sonstige (2008: 2).

7.1.3 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich PMK-Ausländer ist von 169 auf 226 Straftaten angestiegen. Hauptsächliche Themenfelder waren „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ (Anstieg von 103 auf 121 Straftaten), „Innen- und Sicherheitspolitik“ (Anstieg von 79 auf 85 Straftaten) und „Krisenherde/Bürgerkriege“ (von 6 auf 55 Straftaten).

Es handelte sich bei den Straftaten der PMK-Ausländer mehrheitlich um Verstöße gegen das Vereinsgesetz (Anstieg von 33 auf 53 Straftaten), Sachbeschädigungen (Anstieg von 40 auf 48 Straftaten) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (Anstieg von 3 auf 24 Straftaten).

Der Anstieg der Fallzahlen begründet sich überwiegend durch Reaktionen auf die Auseinandersetzung zwischen Israel und der HAMAS. So wurden 83,6% aller Straftaten im Themenfeld „Krisenherde/Bürgerkriege“ (46 von 55) im Monat Januar während der Militäraktion der israelischen Armee im Gazastreifen verübt.

Die Anzahl der Straftaten im Begründungszusammenhang mit der in Deutschland verbotenen 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK, jetzt KONGRA-GEL) ist nahezu unverändert geblieben (Anstieg von 94 auf 96 Straftaten).

Rückgang der Gewaltdelikte im Phänomenbereich PMK-Ausländer

Die Anzahl der Gewaltdelikte der PMK-Ausländer ist um 15,6% (von 32 auf 27 Straftaten) zurückgegangen. Die Gewaltdelikte waren vorwiegend (22 von 27 Straftaten) dem Themenfeld „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ zuzuordnen. Hauptsächlich handelte es sich bei den Gewaltdelikten der PMK-Ausländer um Körperverletzungen (Anstieg von 17 auf 18 Straftaten).

Insgesamt wurden 74 Tatverdächtige ermittelt. 31 waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 26 waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten. Allein

35 ermittelte Tatverdächtige stehen im Verdacht, sich am 17. Mai 2009 an der Blockadeaktion von Tamilen auf der Autobahn 52 zwischen Lintorf und dem Breitscheider Kreuz beteiligt zu haben.

7.1.4 Weiterhin hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

Die hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus in Nordrhein-Westfalen hält unverändert an. Die Gefährdung lässt sich nicht alleine an den 35 (2008: 13) bekannt gewordenen Straftaten messen, die dem Themenfeld „Islamismus/Fundamentalismus“ zugeordnet wurden, sondern muss auch an dem möglichen Schadenspotential einzelner Tatplanungen und Delikte festgemacht werden. Phänomenologisch betrachtet wurden mehrheitlich Verstöße gegen das Vereinsgesetz (10 Straftaten), die bei demonstrativen Ereignissen anlässlich der Militäraktion der israelischen Armee gegen die HAMAS verübt wurden, sowie Bedrohungen und Nötigungen (8 Straftaten) begangen.

Im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen weiterhin Personen mit tatsächlichen oder vermuteten Auslandsaufenthalten in Trainingslagern terroristischer Gruppierungen. Den Bundessicherheitsbehörden liegen Informationen zu insgesamt rund 200 Personen mit Deutschland-Bezug (deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund bzw. Konvertiten sowie in Deutschland aufhältig gewesene Personen anderer Staatsangehörigkeit) und islamistisch-terroristischem Hintergrund vor, die seit Beginn der neunziger Jahre eine paramilitärische Ausbildung erhalten haben sollen bzw. eine solche beabsichtigten. Von den insgesamt 200 Personen halten sich derzeit vermutlich etwa 90 Personen (wieder) in Deutschland auf, davon sind rund 20 Personen inhaftiert.

Die Propagandaoffensive islamistischer Gruppierungen im Internet wurde auch im Jahr 2009 unvermindert fortgesetzt. In den Videobotschaften wird überwiegend der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan thematisiert. Vor allem in zeitlicher Nähe zur Bundestagswahl wurden zahlreiche Videos im Internet veröffentlicht. Die Verfasser der Videobotschaften versuchten, Einfluss auf die Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler zu nehmen. Weiterhin wurden in Deutschland lebende Muslime wiederholt zur aktiven Teilnahme am Jihad aufgefordert.

Allgemein muss in Deutschland – und somit auch in Nordrhein-Westfalen – weiter mit Anschlägen verdeckt operierender Terrorzellen gerechnet werden. Dabei ist von einer zunehmenden Verselbstständigung bestehender Gruppierungen und Strukturen so-

wie der Entstehung neuer, teilweise völlig autonom agierender Gruppen auszugehen. Auch die Bedrohung durch fanatisierte Einzeltäter hält unvermindert an.

7.2 Mitgliederpotenzial

Die Angaben zum Mitgliederpotenzial sind gerundet und zum Teil geschätzt.

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen

Organisation/Gruppierung	2009	2008
DVU* (einschl. DVU e.V. und Aktionsgemeinschaften)	800	1.200
NPD (einschl. JN)	800	800
Neonazistische Kameradschaften einschl. regionale Szenen**	610	570
Militante Rechtsextremisten einschl. Skinheads	1.350	1.350
Sonstige	455	425
abzüglich Doppelmitgliedschaften	180	170
Summe	3.835	4.175

Tabelle: Mitgliederpotenzial extremistischer Organisationen

*** In der Gesamtzahl sind die sogenannten Autonomen Nationalisten enthalten.*

Mitgliederzahlen linksextremistischer Organisationen und Gruppierungen

Organisation/Gruppierung	2009	2008
Militante Linksextremisten einschl. Autonome	640	640
DKP	<1.500	<1.500
DIE LINKE. NRW*	8.584	7.764
MLPD	650	650
Summe	11.374	10.125

Tabelle: Mitgliederzahlen linksextremistischer Organisationen

Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen von Ausländern

Organisation/Gruppierung	2009	2008
ADÜTDF*	2.000	2.000
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.000	2.000
NWRI*	400	400
LTTE	300	300
Summe	4.950	4.950

Tabelle: Mitgliederzahlen extremistischer Ausländerorganisationen

Mitgliederzahlen islamistischer Organisationen

Organisation/Gruppierung	2009	2008
HAMAS	70	70
Hizb Allah	350	350
Tablighi Jama'at*	150	150
Hizb ut-Tahrir	70	70
MB/IGD	320	320
IGMG*	7.200	7.200
Kaplan-Verband	350	350
HDR*	50	50
Summe	8.560	8.560

Tabelle: Mitgliederzahlen islamistischer Organisationen

8 Spionageabwehr

8.1 Überblick

In allen Chroniken des Jahres 2009 durfte ein Ereignis nicht fehlen: Der Fall der Mauer jährte sich zum 20. Mal. Der Mauerfall selbst läutete zwar das Ende des „kalten Krieges“ ein, die Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste setzten sich aber ungebrochen fort. Und nicht nur das: Die Betätigungsfelder wurden auf Wirtschaftsunternehmen ausgedehnt und die Methoden dem digitalen Zeitalter angepasst. Das Internet wird vielfältig und mit stark zunehmender Tendenz zu Spionagezwecken genutzt.

Nun könnte man die Frage stellen, ob Spionage immer noch intensiv bekämpft werden muss. Wird in der heutigen Zeit eine Person, Institution oder ein Staat durch bloßes Ausspähen noch gefährdet? Gibt es überhaupt noch schützenswerte Geheimnisse? Gibt es einen feststellbaren oder sogar zu beziffernden Schaden, den Spionage anrichtet? Die Antwort auf alle Fragen lautet „ja“.

Durch erfolgreiche Wirtschaftsspionage entsteht in Deutschland jährlich ein Schaden in Milliardenhöhe. Dieses hat eine entsprechende Schwächung der deutschen Wirtschaft, einhergehend mit dem Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge. Für den deutschen Staat bedeutet dies die Verpflichtung zur Erbringung von Leistungen an diejenigen, die auf diese Weise beschäftigungslos geworden sind. Für die Betroffenen bedeutet es Arbeitslosigkeit mit allen damit verbundenen Folgen.

Die Folgen politischer Spionage sind ebenfalls nicht zu vernachlässigen. Auch sie können im Zeitalter der Globalisierung Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Und welche Regierung möchte schon, dass ihre Programme einem fremden Dienst eher bekannt sind als dem eigenen Parlament oder den Bürgern? Noch brisanter ist es, wenn der militärische Bereich betroffen ist.

Aber auch die von fremden Nachrichtendiensten in Deutschland betriebene Ausspähung von Oppositionellen muss abgewehrt werden. Gerade totalitäre Staaten versuchen häufig, oppositionell in Deutschland gegen ihr Heimatland tätige Landsleute zur Aufgabe zu zwingen, indem sie den in der Heimat verbliebenen Verwandten materielle oder in Einzelfällen sogar körperliche Schäden zufügen.

Darüber hinaus ließen sich an unzähligen Beispielen weitere Auswirkungen aufzeigen. Eines wird aber schon hier deutlich: Spionage muss abgewehrt werden!

8.2 Spionageaktivitäten des Iran

Oppositionellenausspähung

.....
Regimegegner im Visier

Verfassungsschutz warnt vor Irans Geheimdienst

Regimegegner werden eingeschüchtert und bedroht: Irans Geheimdienst geht nach Angaben des Verfassungsschutzes in Deutschland massiv gegen Oppositionelle vor. Auch auf die Bundesregierung werde Druck ausgeübt.

Quelle: spiegel-online vom 15. Oktober 2009
.....

Im Juli 2009 wurde laut offiziellem Ergebnis der Präsidentschaftswahl der Amtsinhaber Ahmadinejad für eine zweite Amtszeit wiedergewählt.

Die im Westen bekannt gewordenen Ereignisse im Zusammenhang mit dieser Wahl wurden in der Öffentlichkeit ausführlich erörtert. Sie zeigen, wie komplex und undurchsichtig das politische und gesellschaftliche Gefüge im Iran ist.

Deutlich wurde der stetig wachsende Machteinfluss des regierungstreuen Sicherheitsapparates um die 'Armee der Wächter der Islamischen Revolution' ('Sepah-e Pasdaran-e-Enqhelab-e Islami'), denen der Präsident selbst entstammt. Viele wichtige Posten innerhalb der Regierung und in der Wirtschaft sind mit Angehörigen der Revolutionswächter besetzt worden.

Deutlich wurde aber auch, dass der Informationsfluss in alle Richtungen seitens der Machthaber kontrolliert wird. Hierzu werden z. B. der Fernsehempfang eingeschränkt, SMS-Netze und Internet deaktiviert und der Opposition nahestehende Zeitungen verboten oder unter Aufsicht gestellt. Zuletzt wurde dies deutlich bei der Beerdigung des am 20. Dezember 2009 verstorbenen Großajatollah Hossein Ali Montaseri, dem ursprünglich vorgesehenen Nachfolger des Ajatollah Khomeini und jetzigem Vordenker der sogenannten grünen Reformbewegung. Obwohl nach Angaben iranischer Reformwebseiten Hunderttausende den Trauerzug in einen Protestzug gegen das Regime verwandelten, wurde das Ereignis lediglich als Kurzmeldung in den iranischen Medien berücksichtigt. Ausländischen Korrespondenten war die Berichterstattung

untersagt, Internetverbindungen sollen gestört worden sein. Es ist davon auszugehen, dass die Telekommunikation systematisch überwacht wird. Im Juli 2009 wurde im Iran die Vorratsdatenspeicherung gesetzlich eingeführt, die eine unbegrenzte Speicherung erlaubt. Im Falle der Bedrohung der nationalen Sicherheit ist diese Überwachung sogar ohne Richtervorbehalt möglich. Daten dürfen frühestens drei Monate nach dem Ende des Vertrages mit dem Provider gelöscht werden.

Die Maßnahmen der iranischen Sicherheitsbehörden beschränken sich aber nicht nur auf Oppositionelle im eigenen Staat. Die iranischen Nachrichtendienste MOIS (Ministry of Information and Security, ziviler In- und Auslandsdienst) und RGID (Revolutionary Guards Intelligence Department, Nachrichtendienst der Revolutionsgarden) gehen massiv gegen Oppositionelle in Deutschland vor. Sie beobachten gezielt Kundgebungen und Demonstrationen oppositioneller Gruppen mit dem Ziel Personen zu identifizieren. Den erkannten Personen wird in der Folge gezielt mit Maßnahmen gegen die eigene Person oder Familienangehörige im Heimatland gedroht.

Da in Nordrhein-Westfalen viele iranische bzw. iranischstämmige Mitbürger leben, liegt hier ein Schwerpunkt für die iranischen Dienste auf dem Gebiet der Oppositionellenausspähung.

Proliferation

Proliferation bezeichnet die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen, der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des dazu erforderlichen Know-hows, sowie der entsprechenden Trägersysteme.

Die aufgrund des anhaltenden Atomkonflikts bestehenden internationalen Sanktionen gegen Iran haben, trotz teilweiser Verschärfung, nur begrenzt Wirkung entfaltet. Im Gegenteil, die Sanktionen führen zu steigenden Beschaffungsbemühungen und modifizierten, teilweise konspirativen, Beschaffungsmethoden (z. B. Umweglieferungen).

Den Bedarf an sogenannten Dual-use-Gütern (Güter, die zivil und militärisch nutzbar sind) versucht Iran überwiegend in den Industrie- und Schwellenländern zu decken.

Nordrhein-Westfalen als bevorzugter und starker Wirtschaftsstandort stellt ein vorrangiges Ziel für iranische Beschaffungsbemühungen dar. Zur Aufklärung arbeitet die Spionageabwehr des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen eng mit den Sicher-

heitsbehörden des Bundes und der Länder zusammen und steht in einem ständigen Informationsaustausch.

.....
Atomschmuggel

Sechs Jahre Haft für deutschen Geschäftsmann

(Quelle: FAZ vom 13.05.2009)
.....

Die zunehmenden Maßnahmen der deutschen Außenwirtschaftskontrolle führten im Jahr 2009 zu vielen Strafverfahren. So wurde am 11. Mai 2009 ein Geschäftsmann durch das Koblenzer Oberlandesgericht zu sechs Jahren Haft verurteilt. Er hatte nachweislich gegen Embargobestimmungen verstoßen und hochwertiges Graphit, das für militärische Zwecke geeignet war, nach Iran exportiert.

Als Präventivmaßnahme im Vorfeld möglicher strafbarer Handlungen sucht die Spionageabwehr im konkreten Einzelfall und auf Wunsch das Gespräch mit nordrhein-westfälischen Unternehmen, um diese hinsichtlich der Proliferation zu sensibilisieren.

8.3 Weitere Staaten des Nahen Ostens/Afrikanische Staaten

Viele Nachrichtendienste aus Ländern des Nahen Ostens und Afrikas entfalten nach wie vor Aktivitäten innerhalb Deutschlands. Aufgabenschwerpunkt sind die Aufklärung, Ausforschung und Überwachung in Deutschland lebender Landsleute. Dabei gilt das besondere Interesse der Nachrichtendienste hier lebenden Oppositionellen, Studenten und in erster Linie islamistischen Bestrebungen, die als Bedrohung für das eigene Regime in der Heimat angesehen werden. Die Nachrichtendienste versuchen dabei durch das Einschleusen von Hinweisgebern Informationen über Strukturen, Arbeitsweisen und geplante Aktionen dieser Kreise zu erlangen.

Nicht immer erfolgt die Arbeit eingeschleuster sogenannter V-Leute in den Zielobjekten der fremden Nachrichtendienste freiwillig. In vielen Fällen erpressen die Geheimdienste ihre in Deutschland lebenden Landsleute zur Mitarbeit, indem sie beispielsweise mit Repressalien gegen Angehörige in der Heimat drohen. Personen, die sich in Deutschland gegen ihr Heimatland engagieren und deren Namen den Geheimdiensten durch einen derartigen Einsatz von V-Leuten bekannt werden, müssen entweder selbst im Rahmen ihres nächsten Heimatbesuches mit erheblichen negativen Konsequenzen rechnen, oder aber ihre noch im Heimatland befindlichen Angehörigen werden vom dortigen Geheimdienst unter Druck gesetzt.

Zunehmend geraten auch Menschenrechtsgruppen und andere Vereinigungen, die sich von Deutschland aus politisch oder humanitär in einem dieser Länder betätigen, in das Visier dieser Nachrichtendienste. Wie im Beispiel eines im Jahr 2008 verurteilten Sudanese, wirkte dieser im Auftrag des sudanesischen Geheimdienstes an der gezielten Ausforschung einer solchen Menschenrechtsgruppe mit.

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass die Nachrichtendienste dieser Länder verstärkt versuchen, über Tarnorganisationen Kontakte zu hier ansässigen Firmen herzustellen, um unter Umgehung der deutschen Ausfuhrbestimmungen Güter und Know-how für bestehende Waffenprogramme zu beschaffen.

8.4 Ferner Osten

8.4.1 Volksrepublik China

Über die Aufgaben und Strukturen der chinesischen Nachrichtendienste haben ausführlich die Verfassungsschutzberichte der Jahre 2007 und 2008 informiert. Dort ist dargestellt, wie die Nachrichtendienste in Ziele der chinesischen Staatsführung eingebunden sind, um beispielsweise Weltmarktführer im Hochtechnologiebereich zu werden. Auch im zurückliegenden Jahr wurden wieder Sachverhalte bekannt, die den Verlust unternehmenskritischen Know-hows betrafen und zu einer weiteren Bedrohung der Existenz und Markstellung von Unternehmen und Arbeitsplätzen geführt haben dürften.

Neben dem Ausspionieren der Bereiche Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sind die chinesischen Nachrichtendienste in chinesischen Vereinen, Organisationen oder sonstigen Zusammenschlüssen (nachfolgend Vereinigungen) aktiv. Im Vordergrund stehen dabei die von der 'Kommunistischen Partei Chinas' (KPCh) als staatsfeindlich erklärten Vereinigungen und Bestrebungen, zu denen

- : die Anhänger der Demokratiebewegung,
- : die Anhänger eines unabhängigen Tibet,
- : die Anhänger eines unabhängigen Taiwan,
- : Falun-Gong-Praktizierende und
- : turkstämmige (muslimische) Uiguren

gehören. Sie werden zusammengenommen im chinesischen staatlichen Sprachgebrauch als die „Fünf Gifte“ bezeichnet. Sowohl die Vereinigungen als auch Einzelpersonen (Mitglieder, Anhänger oder Unterstützer) sind im eigenen Land zum Teil schwerwiegenden Repressionen ausgesetzt. Alleine nach den Unruhen im Juli 2009 in der überwiegend von Uiguren bewohnten Region Xinjian im Nordwesten Chinas sind mehrere Todesurteile verhängt worden. Von den in der Folge der Unruhen im März 2008 in Tibet verhängten Todesurteilen wurden mindestens zwei bereits vollstreckt.

Im Ausland haben die chinesischen Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden die Aufgabe, die Aktivitäten dieser Vereinigungen aufzuklären, um deren Veranstaltungen zu beeinträchtigen und öffentlichkeitswirksame, für die chinesische Staatsführung negative Aktionen, Berichterstattungen oder Erklärungen abzuwenden. Des Weiteren versuchen sie, Einfluss auf Strategien und das Vereinsgeschehen zu nehmen und gegen Kritiker vorzugehen. Dazu gehört auch, Vereinigungen und deren Veranstaltungen bei Behörden oder Gastgebern zu diskreditieren. Durch Infiltration und über gezielte Quellenführung gelingt den Nachrichtendiensten der Einblick in die Strukturen, Mitgliederlisten, Versammlungsinhalte und Aktivitäten dieser chinesischen Vereinigungen.

In diesem Zusammenhang ist auf Pressemeldungen über Durchsuchungsmaßnahmen der Ermittlungsbehörden bei vier mutmaßlichen chinesischen Agenten im November 2009 in München hinzuweisen. Die Betroffenen werden verdächtig, im Auftrag der chinesischen Regierung in Deutschland zu arbeiten, um die deutsche Uiguren-Gemeinde in München auszuspionieren.

Zudem sollen auch in China lebende Angehörige von Mitgliedern der Vereinigungen unter Druck gesetzt werden. Besonders anlässlich des Besuches des Dalai Lama Mitte 2009 in der Bundesrepublik Deutschland wurden die Pro-Tibet-Aktivitäten und -Demonstrationen verstärkt von Agenten beobachtet.

8.4.2 Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)

Die Fortentwicklung der Rüstungsprogramme ist für das isolierte Land von elementarer Bedeutung. Zum einen beabsichtigt die Staatsführung das Bedrohungsszenario gegenüber den Anrainerstaaten auszubauen, zum anderen bringt der Export von Rüstungsgütern die dringend notwendigen Finanzmittel ins Land. Vorrangig wird das Atomwaffenprogramm gefördert. Bereits im Jahr 2008 hatte das nordkoreanische

Regime trotz des in den Sechs-Parteien-Gesprächen vereinbarten und begonnenen Rückbaus der Atomanlagen die Arbeiten wieder aufgenommen und im Jahre 2009 fortgesetzt. Ankündigungen zum Rückbau wurden nicht eingehalten. Im Mai 2009 unterstrich das Regime seinen permanenten Konfrontationskurs durch einen erneuten und weltweit verurteilten unterirdischen Atomtest und den gleichzeitigen Test einer Rakete. Alleine zwischen April und Oktober 2009 wurden mindestens 10 Raketen vom nordkoreanischen Territorium gestartet. Der angebliche Start eines Kommunikations-satelliten im April 2009 entpuppte sich als Test einer Langstreckenrakete, die nach dem Überflug von Japan ins Meer stürzte.

Auch die nach dem neuerlichen Atomtest von den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates einstimmig verabschiedete UN-Resolution 1874, mit der Nordkorea aufgefordert wird, „alle Atomwaffen und existierenden Nuklearprogramme vollständig, nachweisbar und unwiderruflich aufzugeben“, bringt das Regime in Pyöngyang nicht vom Kurs ab. Die nordkoreanische Regierung lässt verlauten, dass neue Sanktionen als Kriegserklärung aufgefasst werden. Im Falle einer Provokation würde mit einer gnadenlosen Offensive geantwortet, ggf. würden auch Atomwaffen eingesetzt.

Zur Finanzierung dieser Programme verkauft Nordkorea konventionelle Waffen und Rüstungstechnologie. Noch im Sommer 2009 wurde ein mit Granaten und Sprengzündern beladenes Schiff auf dem Weg in den Iran gestoppt. Im Dezember 2009 wurde auf dem Flughafen in Bangkok ein Frachtflugzeug mit mehreren Tonnen Waffen aus Nordkorea abgefangen. Unbestimmt ist, wann das Regime erstmals Nuklear- und Trägertechnologie anbietet.

Nordkorea ist nicht aus eigener Kraft in der Lage, hochwertige Technologien zu entwickeln. Daher versuchen die Machthaber sich das hierzu notwendige Know-how illegal anzueignen. Das Regime setzt dabei auf die Abschöpfung von nordkoreanischen Wissenschaftlern, Doktoranden und Stipendiaten, die meist über mehrere Monate an nordrhein-westfälischen Hochschulen, Forschungsinstituten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen studieren oder forschen. Da ihre Ausreise nur mit besonderer Erlaubnis staatlicher Stellen und die Finanzierung des Auslandsaufenthaltes durch staatliche Einrichtungen erfolgt, sind sie dem System gegenüber besonders verpflichtet, zum Beispiel in Form von ausführlichen Berichten über ihren Aufenthalt. Diese Berichte umfassen das gesamte Spektrum des Aufenthaltes. Nachweislich werden Erfahrungen im Umgang mit (Sicherheits-)Behörden, Erkenntnisse zur Hochschule oder zum Institut selbst inklusive aller Forschungsprojekte, Zugangsmöglichkeiten und Sicherheitsmaßnahmen, bis hin zu sehr persönlichen Angaben zu Mitarbeitern oder

betreuenden Wissenschaftlern gezielt gesammelt und weitergegeben. Es ist davon auszugehen, dass der Aufenthalt von Gastwissenschaftlern gezielt dazu genutzt wird, zahlreiche Kontakte zu Wissenschaftlern und anderen interessanten Wissensträgern zu knüpfen, um diese auch nach dem eigentlichen Aufenthalt als Ausforschungsquellen zu nutzen. Im Verlauf des Aufenthaltes werden auch sondierende vorbereitende Gespräche geführt, um nachfolgenden nordkoreanischen Gastwissenschaftlern erste Kontaktmöglichkeiten zu eröffnen. Zurzeit werden in der Folge der vorgenannten UN-Resolution im Bereich der Naturwissenschaften keine Visa an nordkoreanische Wissenschaftler erteilt.

Unverändert weiter besteht daneben die verdeckte Beschaffung von Rüstungsgütern für konventionelle Waffensysteme sowie für B- und C-Waffen über getarnte staatliche Beschaffungsorganisationen oder über Umweglieferungen in Drittländer, die auch Nordrhein-Westfalen als Standort „interessanter“ Unternehmen betreffen. In diese Beschaffungsbemühungen sind die Botschaften und konsularischen Vertretungen Nordkoreas im In- und europäischen Ausland eingebunden. Erkenntnisse zeigen, dass auch Scheinfirmen und vermeintlich unbedenkliche oder neutrale Firmen ausfuhrbehinderte Güter bestellen oder ankaufen.

Zur Unterstützung dieser Aktivitäten oder zur Ausführung in Eigenregie bedient sich das Regime seiner vier bis fünf Inlands- und Auslandsnachrichtendienste, die unmittelbar der Staatsführung oder der 'Partei der Arbeiterklasse' unterstellt sind.

Offenbar wird auch gerade an einer Nachfolgeregelung für den nordkoreanischen Diktator Kim Jong Il gearbeitet. Erkenntnissen zufolge sind kürzlich zwei bislang der Arbeiterpartei unterstellte Geheimdienste aufgelöst und in den militärischen Nachrichtendienst eingegliedert worden. Hier wird offensichtlich Macht verlagert. Vor dem Hintergrund, dass der jüngste Sohn des Diktators Kim Jong Il, der 25jährige Kim Jong Un an die Spitze des mächtigen Ministeriums für Staatssicherheit und zudem in die nationale Verteidigungskommission (Oberkommando über alle Streitkräfte und Kontrollbefugnis zu Angelegenheiten der nationalen Sicherheit) berufen wurde, deutet einiges darauf hin, dass Kim Jong Un als Nachfolger seines Vaters vorgesehen ist. Vermutlich wurde Kim Jong Un zu seiner Unterstützung ein Verwandter Kim Jon Il's zur Seite gestellt, der ebenfalls Mitglied des nationalen Verteidigungsausschusses ist und aufgrund seiner guten Kontakte in das Militär die störungsfreie Machtübernahme Kim Jong Uns gewährleisten soll. Auf diese Weise könnte die Nachfolge des schwerkranken Kim Jong Il erfolgen. Ob sich damit ein Richtungswechsel in Nordkorea andeutet ist noch zu bezweifeln.

8.5 Russische Föderation und andere Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)

8.5.1 Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Auch im zweiten Amtsjahr von Präsident Dimitrij Medwedew haben sich für die Nachrichtendienste der Russischen Föderation keine wesentlichen Veränderungen ergeben. Nach wie vor sind es die folgenden Nachrichtendienste, die Spionageaktivitäten gegen Deutschland entwickeln:

- : SWR (Slushba Wneschnej Raswedki) – ziviler Auslandsdienst
- : GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije) – militärischer Auslandsdienst
- : FSB (Federalnaja Slushba Besopasnosti) – Inlandsdienst

Ihre im Jahresbericht 2008 aufgeführten Aufgaben und Strukturen wurden ebenso beibehalten wie die Anzahl ihrer über 375.000 Mitarbeiter. Lediglich der militärische Auslandsdienst erhielt im Rahmen einer allgemeinen Reform der russischen Streitkräfte mit General Alexander Schljachturow einen neuen Direktor. Am 12. November 2009 forderte Präsident Medwedew in seiner Rede an die Nation eine weitreichende und grundlegende Modernisierung Russlands. Ob die Nachrichtendienste auch künftig an der Umsetzung dieser Forderung beteiligt sein werden bleibt abzuwarten. Medwedews Hinweis, dass *„vom Schutz unserer nationalen Interessen und Konkurrenzvorteile [...] sowohl Russlands Position in der Welt als auch dessen Integration in die Weltwirtschaft ab[hängen], insbesondere vor dem Hintergrund der Weltfinanzkrise“*, lässt dies jedoch vermuten. Er soll dies gegenüber Angehörigen des FSB anlässlich einer Veranstaltung im Januar 2009 im Zusammenhang mit der Besprechung der vorrangigen Aktionsbereiche erklärt haben.

Zurzeit genießen die Nachrichtendienste ein unverändert hohes Ansehen und Vertrauen sowohl in der russischen Bevölkerung als auch in der Regierung. Durch ihre Tätigkeiten tragen sie nicht nur zur Gewährleistung der inneren Sicherheit bei, sondern sie unterstützen auch die Regierung maßgeblich bei ihren innen- und außenpolitischen Entscheidungen. Zahlreiche rechtliche Vorschriften ermöglichen und erleichtern dabei den Nachrichtendiensten die Erfüllung ihrer Aufgaben. Davon können auch Bürger unseres Landes betroffen sein. Beispielhaft können hier zur Durchführung einer intensiven Internet-, E-Mail und Telefonüberwachung die gesetzlichen Verpflichtungen für Internetprovider (SORM) und Telefongesellschaften erwähnt werden. Seit Juli 2009

soll ein neues Gesetz die Überwachung der Brief- und Paketpost durch die Geheimdienste regeln.

Die Bundesrepublik Deutschland wird trotz der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Beziehungen zur Russischen Föderation zu einer gefestigten Partnerschaft ohne Nachlass von russischen Nachrichtendiensten ausgeforscht. Die im europäischen Vergleich nach wie vor hohe Anzahl von nachrichtendienstlichem Personal an den Auslandsvertretungen Russlands in Deutschland zeigt die große Bedeutung unseres Landes für die Interessen der Russischen Föderation.

Im Mittelpunkt der Spionageaktivitäten des Jahres 2009 stand der Bereich Politik, wobei die weiteren klassischen Aufklärungsziele Militär, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Technik ebenso bearbeitet wurden. Die politische Aufklärung zeigte ein fortdauerndes Interesse an Informationen über die Entwicklung von EU und NATO. Im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise erschien auch der Informationsbedarf über die Bekämpfungsstrategien der Bundesregierung von Bedeutung. Für Russland als führenden Energielieferanten war und ist die deutsche Energiepolitik stets im Blickfeld der Aufklärung.

Auch im Jahr 2009 konnten in Nordrhein-Westfalen Kontaktversuche von Nachrichtendienstoffizieren zu interessanten Gesprächspartnern aus den Bereichen Politik und Wirtschaft festgestellt werden. Die Methoden der Informationsbeschaffung sind vielseitig, wobei die Verwertung offener Quellen (Internet, andere Medien, Messe- und Kongressbesuche) immer mehr in den Vordergrund tritt. Nach wie vor wenden die Nachrichtendienste aber ebenso konspirative Methoden (Agentenführung) an, um sensible und vertrauliche Informationen zu erlangen.

Der nachfolgend aufgeführte Fall ist ein aktuelles Beispiel für eine über Jahre hinweg geführte Agentenoperation, von der auch Bürger und Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen betroffen gewesen sein könnten. Dieser Fall verdeutlicht einmal mehr, dass Russland trotz aller Annäherung nicht darauf verzichtet, Spionage gegen westliche Staaten und ihre Bündnisse zu betreiben.

„Der Spion, der an die Spitze kam“ – unter dieser Schlagzeile berichtete zum Beispiel die Frankfurter Rundschau am 22. September 2008 über die Festnahme des ehemaligen Sicherheitschefs des estnischen Verteidigungsministeriums Herman Simm. Und unter der Überschrift „Der Spion, der ins Gefängnis kam“ (FR-Online vom 26. Februar 2009) wird das vorläufige Ende des Falls beschrieben. Dazwischen lagen monatelange Ermittlungen. Diese zeigten, dass der estnische Beamte mehrere Jahre lang

umfangreiche geheime Informationen aus seinem Zuständigkeitsbereich gegen entsprechende Bezahlung an Russland lieferte. Die Informationen betrafen unter anderem die Kommunikationswege der NATO. Im Februar dieses Jahres wurde Simm zu einer Haftstrafe von zwölfenhalb Jahren und einer Geldstrafe von 1,3 Millionen Euro in Estland verurteilt. In diesem Zusammenhang wurden später zwei Diplomaten der ständigen Vertretung Russlands bei der NATO in Brüssel ausgewiesen.

Auch Tschechien hat in diesem Jahr zwei russische Diplomaten wegen Spionageverdachts des Landes verwiesen. Ziel der Ausforschung soll die Energiepolitik Tschechiens gewesen sein.

8.5.2 Nachrichtendienste der übrigen Mitglieder der GUS

Die übrigen Mitglieder der GUS errichteten nach dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion ebenfalls eigene Nachrichten- und Sicherheitsdienste, die im Verlauf der letzten Jahre mehr oder weniger umstrukturiert wurden. Ihr Aufgabenschwerpunkt liegt in der Spionageabwehr und der inneren Sicherheit. Nur wenige Mitglieder der GUS sind auch mit nachrichtendienstlichem Personal in der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Kasachstan hat erst im Februar 2009 einen eigenständigen Auslandsnachrichtendienst mit dem Namen Syrbar eingerichtet.

Auch wenn das Bündnis der GUS seit Gründung durch den Austritt von Turkmenistan und Georgien an Einheit verloren hat, verfügen die Mitgliedstaaten und ihre Nachrichtendienste doch über gegenseitige Abkommen und Kontakte, insbesondere zur Russischen Föderation, die vom Informationsaustausch bis zur konkreten Zusammenarbeit reichen. Aktuell soll in einer Tagung der GUS-Geheimdienste im September 2009 die Wichtigkeit und Unverzichtbarkeit der Zusammenarbeit der Geheimdienste betont worden sein.

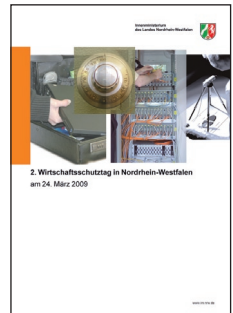
8.6 Abwehr von Wirtschaftsspionage

Nach wie vor steht die deutsche Wirtschaft mit dem Know-how ihrer Spitzentechnologien im Fokus fremder Nachrichtendienste. Gefährdet sind nicht nur Konzerne, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmen mit hochinnovativen Produkten. Die elektronische Ausspähung über das Internet spielt dabei eine wesentliche Rolle. So konnte eine Fortsetzung der im Jahr 2007 bekanntgewordenen gezielten elektronischen Angriffswellen auf Rechner der Bundesregierung und deutscher Wirtschaftsunternehmen auch im Jahr 2009 festgestellt werden. Die Spionageabwehr hat

reagiert und das Sensibilisierungsangebot zum Schutz der Wirtschaft entsprechend weiterentwickelt. Da die Angreifer diese Attacken regelmäßig auch gegen Regierungsstellen richten, verfügt die Spionageabwehr über wertvolle Erkenntnisse, die die Unternehmen bei ihrer Sicherheitsarbeit unterstützen können. Erkennt die Spionageabwehr, dass ein Unternehmen angegriffen wurde, informiert sie es schnellstmöglich, auch über die Schadsoftware. So kann der Betrieb gegebenenfalls noch Abwehrmaßnahmen treffen.

Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes und namhafter Wirtschaftsberatungsunternehmen führt die Wirtschaftskrise zu einer ansteigenden Zahl von Angriffen auf das Know-how von Unternehmen. In Zeiten knapper finanzieller Ressourcen ist der Anreiz noch größer, statt eigener Innovation illegal auf fremdes Know-how zurückzugreifen. Vor dem Hintergrund der Bedrohung der Mitarbeiter in Unternehmen durch Kündigung ist zudem zu erwarten, dass diese verstärkt als Innentäter wertvolles Know-how gegen finanzielle Anreize von außen weitergeben. Gleichzeitig kürzen Unternehmen in wirtschaftlichen Krisen ihre Investitionen in notwendige Sicherheitsmaßnahmen und erleichtern den Know-how-Abfluss zusätzlich.

Für die Spionageabwehr ist die Bekämpfung von Wirtschaftsspionage seit langem ein vorrangiges Thema. Vor diesem Hintergrund veranstaltete das Innenministerium am 24. März 2009 den 2. Wirtschaftsschutztag. Er war Bestandteil der Aktionswoche zur „Produkt- und Markenpiraterie“, die vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie unter Beteiligung der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums und der Industrie- und Handelskammern initiiert wurde. In zahlreichen Veranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen wurde die aktuelle Gefährdung hochinnovativer Produkte durch Plagiate verdeutlicht und deren Schutz durch wirksame Strategien zum Produkt- und Markenschutz vorgestellt.



Im Innenministerium informierten Experten über die Gefahren, die von Wirtschaftsspionage, Sabotage und Extremismus für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ausgehen. Vorträge und Live-Demonstrationen klärten die Teilnehmer nicht nur über die aktuelle und künftige Bedrohungslage durch Wirtschaftsspionage auf, sondern auch über die Angriffsmethoden der Täter und wirksame Schutzmaßnahmen. Der 2. Wirtschaftsschutztag bot den Teilnehmern so eine aktuelle Lageeinschätzung und Informationen über längerfristige Entwicklungen. Die Vortragenden Experten machten die

Gefahren durch zahlreiche Beispiele aus Ihrer täglichen Praxis greifbar und boten so erste Anhaltspunkte zur Umsetzung für einen wirksamen Unternehmensschutz.

In seiner Begrüßung warnte Innenminister Dr. Ingo Wolf vor der konkreten Bedrohung der Unternehmen durch Know-how-Abfluss und erläuterte das besorgniserregende Ausmaß des Schadens. Experten schätzen den Plagiat-Schaden für Hersteller in Deutschland auf jährlich 30 Milliarden Euro und Schäden durch Konkurrenzausspähung und Wirtschaftsspionage auf bis zu 10 Millionen Euro pro Schadensfall. Auch wenn aufgrund der hohen Dunkelziffer keine präzise Schätzung möglich ist, gilt es, diese volkswirtschaftlichen Schäden der Wirtschaft zu minimieren. Minister Dr. Wolf betonte, dass der 2. Wirtschaftsschutztag hierzu einen wichtigen Beitrag leistet.



Dr. Hartwig Möller (damaliger Leiter des Verfassungsschutzes im Innenministerium Nordrhein-Westfalen) referierte über die Bedrohung der Wirtschaft durch Extremismus. Wie real diese Bedrohung ist, zeigte er anhand zahlreicher Beispiele auf. So können Unternehmen allein deshalb in den Fokus von Extremisten geraten, weil sie in einem Bereich tätig sind, der Berührungspunkte zu Themenfeldern von Extremisten aufweist. Auch Unternehmen aus einem Wirtschaftszweig, der aus Sicht der Extremisten über einen besonders hohen Symbolwert verfügt, sind potentiell gefährdet.

Günther Ennen (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) stellte anhand zahlreicher Beispiele nicht nur die vielfältige Bedrohung der IT-Sicherheit dar, sondern bot auch umsetzbare Schutzmaßnahmen an.

In einer anschaulichen Live-Präsentation zeigte Tobias Schrödel (T-Systems Enterprise Services GmbH) anhand eindrucksvoller Live-Demonstrationen, wie einfach es für Hacker ist, an wertvolle Unternehmensdaten zu gelangen. Nach der Demonstration haben die Teilnehmer eine geänderte Einstellung zu der Verwendung von USB-Sticks gewonnen.

Tim Glaser (Deutsch-Chinesische Wirtschaftsvereinigung e.V.) analysierte den Wirtschaftserfolg und die Handelsbeziehungen zu China und die Konsequenzen, die sich daraus im Geschäftsleben ergeben.

Anita Brandt-Zimmermann (Referatsleiterin Spionageabwehr Innenministerium Nordrhein-Westfalen) zeigte nicht nur aktuelle Präventionsmaßnahmen gegen Wirt-

schaftsspionage auf, sondern gab auch einen Ausblick auf zukünftige Entwicklungen. Da Wirtschaftsspionage in zunehmendem Maße über das Internet auf die IT von Unternehmen erfolgt, ist zu erwarten, dass Angriffe immer massiver und die Methoden immer ausgefeilter werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise wird sich der Trend zur illegalen Beschaffung von Know-how noch verstärken. Der Verfassungsschutz bietet den Unternehmen vielfältige Unterstützung, um diesen Gefahren zu begegnen. Dabei ist er aber auf den ständigen Dialog mit der Wirtschaft angewiesen, um schnellstmöglich über neue Angriffsmethoden informiert zu werden, geeignete Abwehrstrategien zu entwickeln und diese in die Unternehmen zu transportieren. Behörden, Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um mit dem technisch, insbesondere informationstechnisch versierten Angreifer auf „Augenhöhe“ zu sein.

Wolfgang Strasser (@-yet GmbH) belegte anhand vieler anschaulicher Beispiele aus seiner Beratungspraxis die dringende Notwendigkeit von Investitionen in Unternehmenssicherheit gerade auch in mittelständischen Unternehmen. Weil der Wert des Know-hows oft verkannt wird, unterbleibt der notwendige Schutz. Dass er einen Nerv der Zuhörer getroffen hatte, belegten die vielen Nachfragen.

Michael Hochenrieder (HvS-Consulting GmbH) führte eindrucksvoll anhand zahlreicher Videos vor, wie einfach es ist, in Unternehmen einzudringen, um an sensible Informationen zu gelangen. Die Betroffenheit der Teilnehmer war deutlich spürbar.

Prof. Dr. Hartmut Pohl (Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg, Institut für Informationssicherheit) beeindruckte die Zuhörer am Ende der Veranstaltung damit, dass so gut wie jeder Computer angreifbar ist und gab mit seinen provokanten Thesen Anlass zu einer lebhaften Diskussion.

Der 2. Wirtschaftsschutztag zog ein breites Publikum nordrhein-westfälischer, bundesdeutscher und internationaler Unternehmen an. Mit rund 170 Vertreterinnen und Vertretern aus Unternehmen und vereinzelt Sicherheitsbehörden wurde die Besucherzahl des ersten Wirtschaftsschutztages im Jahr 2006 übertroffen. Dies belegt in eindrucksvoller Weise den gesteigerten Informationsbedarf und den Willen der Unternehmen, noch aktiver gegen Wirtschaftskriminalität und -spionage anzugehen.

Die positive Resonanz machte deutlich, dass diese Veranstaltung das Informationsbedürfnis der Unternehmen nachhaltig erfüllt und dem Anliegen, Gefahren durch Know-how-Abfluss für die Unternehmenssicherheit nicht nur zu erkennen, sondern durch einen effektiven Unternehmensschutz auch zu vermeiden, mehr als erreicht hat.

Unter dem Motto „Sensibilisieren, Erkennen und Abwehren“ hat die Spionageabwehr darüber hinaus im Jahr 2009 zahlreiche Vortragsveranstaltungen bei Wirtschaftsunternehmen, Industrie- und Handelskammern, Verbänden und Sicherheitsbehörden durchgeführt. Mehr als 6.500 Teilnehmer wurden in mehr als 130 Veranstaltungen und 60 Sensibilisierungsgesprächen in den Unternehmen auf diesem Wege erreicht und für die Gefahren durch Wirtschaftsspionage sensibilisiert. Als Multiplikatoren geben sie ihr erworbenes Wissen in ihre Arbeitsbereiche weiter und tragen auf diese Weise wirksam zur Bekämpfung von Wirtschaftsspionage bei. Das zeigt: Der Informationsbedarf der Unternehmen über mögliche Risiken der Wirtschaftsspionage durch fremde Nachrichtendienste ist nach wie vor ungebrochen und sie haben von der Möglichkeit einer kostenfreien Beratung durch den Verfassungsschutz in der Folge auch im letzten Jahr intensiv Gebrauch gemacht.

Kontakt zur Spionageabwehr

Bei Verdacht auf Spionageaktivitäten ist der Verfassungsschutz telefonisch unter der Rufnummer 0211/8712821 und per E-Mail unter der Adresse abteilung-vi@im.nrw.de erreichbar. Alle Hinweise werden vertraulich behandelt.

9 Über den Verfassungsschutz

9.1 Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal

Entsprechend dem föderativen Aufbau gibt es in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland eine Verfassungsschutzbehörde. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln nimmt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene wahr. Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sind gesetzlich zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Verfassungsschutzbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen ist seit 1949 das Innenministerium (§ 2 Abs. 1 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – VSG NRW). Für den Verfassungsschutz ist die Abteilung 6 des Innenministeriums zuständig. Im Jahr 2009 standen für seine Aufgaben 338 Stellen sowie Sach- und Investitionsmittel von 4,8 Millionen Euro zur Verfügung.

Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben personenbezogene Daten unter anderem in Dateien verarbeiten. Dies erfolgt vor allem mit Hilfe zweier Instrumente: Der „Personen-Informationen-Datei“ der nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung und dem „Nachrichtendienstlichen Informationssystem“ (NADIS) der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Die nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbehörde übermittelt dem Bundesamt für Verfassungsschutz beziehungsweise den anderen Landesverfassungsschutzbehörden die für deren Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten. Zum Zweck der gegenseitigen Unterrichtung haben die Verfassungsschutzbehörden nach § 6 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) eine gemeinsame Datenbank, das sogenannte „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ errichtet, die beim Bundesamt für Verfassungsschutz geführt wird. Alle Verfassungsschutzbehörden dürfen Daten in das NADIS einstellen und von dort abrufen. Eingestellt werden Daten zu Personen, über die Erkenntnisse im Zusammenhang mit politischem Extremismus vorliegen und zu Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung

tätig sind. Diese Sicherheitsüberprüfungen machen gut 90% aller Nadis-Einträge aus Nordrhein-Westfalen aus.

Aus Datenschutzgründen kann aus dem NADIS nur erkannt werden, ob über eine Person Erkenntnisse vorliegen, nicht aber, was bekannt ist. Das NADIS enthält lediglich personenbezogene Grunddaten wie Name, Vorname, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Anschrift, außerdem einen Hinweis auf die Behörde, die den Datensatz in die Datenbank eingestellt hat. Texte oder Kürzel, die etwas über die Erkenntnisse der für die Einstellung verantwortlichen Verfassungsschutzbehörde aussagen, gehören nicht dazu. Hat eine andere Verfassungsschutzbehörde ein Interesse an den Sachinformationen, so muss sie im Einzelfall bei der Behörde nachfragen, die den Datensatz eingestellt hat. Das NADIS ist also eine Hinweisdatei, aus der lediglich zu entnehmen ist, ob – und gegebenenfalls wo – über eine bestimmte Person Akten, also Aufzeichnungen über Sachverhalte, vorliegen. Das NADIS ist aufgrund seiner Konzeption nicht in der Lage, den „gläsernen Menschen“ zu schaffen.

9.2 Verfassungsschutz durch Aufklärung – Öffentlichkeitsarbeit

Informierte, aufgeklärte und demokratische Bürgerinnen und Bürger treten für die Demokratie und gegen ihre Gegner ein und tragen so dazu bei, unsere Demokratie und ihre Grundwerte zu schützen und zu stärken. In diesem Sinne sind aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger der eigentliche Verfassungsschutz. Die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu informieren und aufzuklären, gehört schon seit Jahren zu den Hauptaufgaben des Verfassungsschutzes. „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ ist nicht nur ein Arbeitsauftrag, sondern ein besonderes Anliegen.

Damit die Öffentlichkeit Anzeichen für Extremismus erkennen kann, setzt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auf eine intensive Aufklärungsarbeit und bietet eine breite Palette verschiedener Informationsmaterialien an. Dazu gehören Vorträge an Schulen, Tagungen, Broschüren und ein ständig erweitertes Informationsangebot im Internet.

Jahresbericht/Zwischenbericht

Einen wichtigen, alle verfassungsschutzrelevanten Themen umfassenden Aufklärungsbeitrag liefert der seit 1978 regelmäßig im Frühjahr erscheinende Jahresbericht und außerdem der im Herbst herausgegebene Zwischenbericht. Der Jahresbericht

dient inzwischen Gerichten und Behörden als Nachschlagewerk zum Extremismus. Sie werden aber auch von der interessierten Öffentlichkeit stark nachgefragt.

Online-Handbuch des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen nutzt seit Jahren die Möglichkeiten des Internets, um der drastischen Zunahme extremistischer Angebote ein qualifiziertes Gegengewicht entgegenzustellen. Unter www.im.nrw.de/verfassungsschutz stellt das „Online-Handbuch“ Wissenswertes über den Verfassungsschutz und seine Aufgaben überschaubar in acht Kapiteln dar. Dort wird nicht nur über die Grundlagen des Verfassungsschutzes informiert und gezeigt, wer ihn kontrolliert, sondern auch die Gefahren des Rechts-, Links- und Ausländerextremismus, des Islamismus, der Spionage dargestellt. Insgesamt erläutern gut 200 Stichworte den gesamten politischen Extremismus und die Spionageabwehr. Die Ideologieelemente, die die einzelnen Extremismusbereiche kennzeichnen, werden ebenso dargestellt wie historische Entwicklungen.

Publikationen

Wer Informationen zu den aktuellen Themenschwerpunkten des Verfassungsschutzes sucht, findet Berichte und Broschüren über den „Islamischen Extremismus“ und ein breites Angebot zur Aufklärung über den Rechtsextremismus, darunter die Broschüre „Musik, Mode, Markenzeichen“, die sich unter anderem mit Outfits und Codes rechtsextremistisch orientierter Jugendlicher beschäftigt. Sie zeigt anhand welcher Symbole, Musik oder Kleidungsstücke eine rechtsextremistische Orientierung erkannt werden kann und geht der Frage nach, was strafbar ist und welche Bands rassistische Propaganda verbreiten. Diese und andere Dokumente sind – jeweils in ihrer aktuellen Fassung – auch in der Publikationssammlung im Internet unter www.im.nrw.de/verfassungsschutz abgelegt.

Aufklärung mit einem Comic – „Andi“ ist ein voller Erfolg

Im September 2005 schlug der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz mit dem Bildungscomic „Andi 1 – Tage wie dieser“ einen neuartigen Weg ein, um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gerade unter Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu fördern.



Der Andi-Comic zeigt, was Grundrechte, Rechtsstaat, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Schulalltag konkret bedeuten. Durch die Konfrontation mit Widersprüchen zeigen die Helden des Comics, dass hinter rechtsextremistischen Parolen oft die historische Verklärung von Verbrechen, gefährliche Selbstdarsteller und Geschäftemacher stecken. Der Anhang zum Comic erklärt rechtsextremistische Zeichen und Symbole.

Im Oktober 2007 wurde mit dem Band „Andi 2 – Andis Freund Murat hat Stress“ der zweite Teil der Reihe „Comic für Demokratie, gegen Extremismus“ veröffentlicht. Im Mittelpunkt steht diesmal Murat, der Basketballkumpel von Andi und Bruder von Ayshe. Murat gerät – auch aus Wut über die vielen Absagen bei seinen Bemühungen um eine Ausbildungsstelle – an einen extremistischen Prediger. Dieser schafft es, Murat von seinen alten Freunden zu entfremden und ihn von islamistischen Hassparolen zu überzeugen. Erst das beherzte Eingreifen von Ayshe bringt ihn wieder zur Vernunft.

Im November 2009 schließlich kam mit dem Band „Andi 3 – Voll die Randal“ das dritte Heft der Reihe in das Angebot. Ben trifft alte Freunde, die in der linksautonomen

Szene aktiv sind und schließt sich ihnen an. Als er aber mit ansehen muss, wie deren Protest gegen eine Neonazi-Demo in Gewalttätigkeit umschlägt, von der zudem unbeteiligte Dritte betroffen sind, wendet er sich demokratischen Protestformen zu.

Die Rückmeldungen auf alle drei „Andi“-Hefte sind bis heute weit überwiegend sehr positiv. Dies wird einerseits deutlich in der ungebrochen hohen Nachfrage nach den Comics, andererseits in zahlreichen Rückmeldungen von Jugendlichen und Lehrkräften sowohl schriftlich als auch vor Ort in Veranstaltungen. Hier wird hervorgehoben, dass „Andi“ die komplexen Themen Extremismus und Demokratie jugendgerecht aufbereitet und dies mit hoher inhaltlicher Qualität verbindet.

Beispiel 1: Ein Gesamtschullehrer aus Leverkusen berichtet, dass nach der Lektüre von „Andi 2“ eine lebendige Diskussion unter muslimischen Mädchen entstand, die sich vorher kaum je im Unterricht geäußert hatten. Vor allem die Figur Ayshe, im Comic eine Kopftuch tragende Verfechterin demokratischer Grundwerte, regte die Klasse zu einer fruchtbaren Debatte über Islam, Islamismus und Demokratie an.

Beispiel 2: Eine Schülerin der Klasse 10b des Maria-Sibylla-Merian-Gymnasiums Telgte schrieb: *„Ich möchte Ihnen im Name der Klasse ein Lob für diesen Comic aussprechen. Alle Schüler waren sich einig, dass man so die Informationen und die Botschaft des Comics leichter versteht. Eine sehr gute Idee waren, unserer Meinung nach, die 'Infoblöcke' die man während, sowie nach dem Comic immer wieder findet. Kaum Schüler kannten sich mit den rechtsextremistischen Zeichen und Symbolen aus, und haben diese dank Ihrer Informationen kennen gelernt, und kennen nun auch ihre Bedeutung.“*

Alle Bände werden von nordrhein-westfälischen Schulen rege nachgefragt; aber auch weit über die Landesgrenzen hinaus werden sie bestellt. Dieser Zuspruch zeigt, dass der Verfassungsschutz mit den Comics den Bedarf an den Schulen und Jugendeinrichtungen getroffen hat. Die Rückmeldungen machen auch deutlich, dass Lehrerinnen und Lehrer einen jugendgerechten und fundierten Zugang zu den Themen Demokratie und Extremismus gesucht haben, den sie im Unterricht vertiefen können.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Zur Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen gehört auch die Teilnahme an Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen für Multiplikatoren, Bildungseinrichtungen verschiedener Art und in Schulen sowie bei Verbänden und Stif-

tungen. Im Vordergrund stehen nach wie vor Vorträge zum Rechtsextremismus und zum Rechtsextremismus im Internet.

Die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen kann nur erfolgreich sein, wenn sie auf mehreren Ebenen und damit gesamtgesellschaftlich erfolgt. Daher muss das Wissen des Verfassungsschutzes insbesondere für die Meinungsbildung bei den Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft nutzbar gemacht werden. Aus diesem Grund wurde der Verfassungsschutz durch wissenschaftliche Mitarbeiter verstärkt. Das Wissen des Verfassungsschutzes ist in den vorgestellten Aufklärungsmaterialien für die Öffentlichkeit aufbereitet worden. Informierte und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger können sich wirksamer für unsere Demokratie engagieren beziehungsweise extremistischen Bestrebungen entgegentreten und so dazu beitragen, dass ein gesamtgesellschaftliches Klima entsteht, das von Toleranz und Zivilcourage geprägt ist. Dies ist der beste Verfassungsschutz.

10 Stichwortverzeichnis

A		B	
Adelaide Institute	103	Bahçeli, Devlet	144
AG Cuba Si beim Parteivorstand	115	Banna al-, Hassan	199
AKP	152, 202	Barika-i Hakikat	210
Al-Andalus	179	Bauernhilfe	101
Al-Aqsa e.V.	194	Befreiungstiger von Tamil Eelam, <i>siehe</i> LTTE	
Al-Arabiya	174	Beisicht, Markus	66, 76
Al-Furqan	178 f.	Beklenen Asr-i Saadet	210
Al-Jazeera	174	bin Ladin, Usama	170 ff., 177, 200
Al-Manar	196	Blood & Honour	88, 92
Al-Qaida	21 f., 170 ff., 185 ff., 200	Branghofer, Max	61
Al-Qaida im Irak	185	Bündnis 28.03.	215
Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQM)	200	Büren-Gruppe Paderborn	134
Al-Sahab	179	Bürgerbewegung pro Köln e.V., <i>siehe</i> pro Köln	
AMGT	203 f.	C	
Anatolische Föderation	147	Castle Hill Publishers	102
Ansar al-Islam – Anhänger des Islam (AAI)	188	Collegium Humanum – Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V. (CH)	101 f.
Antifa Dortmund	86	Combat 18	92 f.
Antikapitalistische Linke (AKL)	109, 115	Courage	124
Apfel, Holger	53	Cremer, Claus	43
Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG), <i>siehe</i> DIE LINKE.		D	
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), <i>siehe</i> KONGRA-GEL		D.I.A.	210
ATTAC	128	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)	193
AUF	124 ff.	Demokratischer Jugendkonföderalismus Kurdistan, <i>siehe</i> Komalen Ciwan	
Aussöhnung	200		
Autonome Nationalisten (AN)	17, 35, 38, 57, 77, 80 ff., 96, 224, 227		
Aydar, Zübeyir	149		

Demokratischer Kurdischer Konföderalismus (KKK)	151	Fazilet Partisi (FP)	202
Denge Mezopotamya	150, 154	Firat (Ajansa Nuceyan a Firate – ANF)	154
Der Islam als Alternative, <i>siehe</i> D.I.A.		Föderaler Sicherheitsdienst (FSB)	237
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	120	Föderation der Türkisch-Demokrati- schen Idealistenvereine in Deutsch- land e.V. (ADÜTDF)	142 ff., 228
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	74	Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)	155 f.
Deutsche Stimme (DS)	43 f., 47 ff.	Freie Kameradschaften	73, 79, 81 f.
Deutsche Taliban Mujahedin	21	Freie Kameradschaft Sturm-Rhein-Sieg	82
Deutsche Volksunion, <i>siehe</i> DVU		Freie Kräfte	80
Devrimci Sol	147	Freie Nationalisten	77, 80
DHK-C	147	Freies Netz Köln – Infoportal	
DHKP-C	146 ff., 228	Nationaler Sozialisten	79
DIE LINKE.	18, 56, 106 ff., 134, 138, 227	Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK), <i>siehe</i> KONGRA-GEL	
DIE LINKE. NRW	108, 110, 112	Frey, Gerhard	61, 63, 65
Die Linke.PDS LANDESINFO Nordrhein-Westfalen	108	<hr/> G <hr/>	
Dogruyol, Sentürk	142	Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (GD/SD)	115 f.
Donaldson, Ian Stuart	88, 92	Gerechte Ordnung, <i>siehe</i> adil düzen	
Döring, Osman, <i>siehe</i> Karahan		Giensch, Dennis	78
DVU	16, 42, 57 f., 61 ff., 77, 82, 227	Glückseligkeitspartei, <i>siehe</i> Saadet Partisi (SP)	
DVU-Liste D	61	Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (Salafiya-Gruppe für Predigt und Kampf – GSPC), <i>siehe</i> Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQM)	
<hr/> E <hr/>		Graue Wölfe, <i>siehe</i> Föderation der Tür- kisch-Demokratischen Idealistenver- eine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)	
Elif Medya	177	Günther, Hans F. K.	50
Engel, Stefan	124		
Erbakan, Necmettin	201 ff.		
Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft (EMUG)	204		
European Brotherhood Radio	98		
<hr/> F <hr/>			
Fatah-Partei	194		
Faust, Matthias	16, 61, 63, 77		

H	
HAKK-TV	210
HAMAS	187, 193 f., 224 ff.
Hammerskins	92 f.
Harakat al-Muqawama al-Islamiya - Islamische Widerstandsbewegung, <i>siehe</i> HAMAS	
Harrach, Bekkay	21, 175 ff., 185 f.
Hattab, Hassan	200
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	79
Hilfswerk für Menschenrechte im Iran e.V. (HMI)	160
Hizb Allah (Partei Gottes)	193, 195 f., 228
Hizb ut-Tahrir – Islamische Befreiungspartei (HuT)	197 f., 228
Honsik, Gerd	102
I	
IGD	228
IGMG	138, 201 ff., 228
IGMG Perspektive	201, 205
Ilyas, Maulawi Muhammad	191
Imam-Mahdi-Zentrum	196
Infoportal Dortmund	78
Interventionistische Linke (IL)	128, 136
Iran Liberation	158
Iran NTV	158, 161, 163
Islamic Movement of Usbekistan – Islamische Bewegung Usbekistan (IMU)	189
Islamic State of Iraq (ISIt)	178
Islamische Befreiungspartei, <i>siehe</i> Hizb ut-Tahrir (HuT)	
Islamische Bewegung Kurdistans (HIK oder KIH)	155
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V., <i>siehe</i> IGD	
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V., <i>siehe</i> IGMG	
Islamische Jihad Union (IJU)	176, 190
Islamisches Zentrum Hamburg (IZH)	196
Islamische Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler	172
J	
Jihad	21, 170 ff., 189 ff., 199, 226
Jugend pro Köln	74
Jugend pro NRW	68, 74 f.
Jund al-Islam	188
Jund Allah	179
Junge Nationaldemokraten (JN)	44, 74, 227
Junge Rechte	61, 64
junge Welt (jW)	116
K	
KADEK, <i>siehe</i> KONGRA-GEL	
Kalifatsstaat	209 f.
Kameradschaft Aachener Land	79, 81
Kameradschaft Walter Spangenberg Köln	82
Kaplan, Cemaleddin	203, 210
Kaplan, Metin	209 ff.
Kaplan-Verband	209 f., 228
Karahan, Yavuz Celik (Osman Döring)	201
Karataş, Dursun	146, 148
Kartal, Remzi	149
Kerbela	147

Know-how	25, 28, 30 f., 34, 231, 233, 235, 239 ff.	Libertad!	128, 136
Koma Civaken Kurdistan (KCK)	151, 156 f.	Linken Bündnis Dortmund (LibüDo)	132
Komalen Ciwan	20, 153 ff.	Linksjugend [*solid]	115, 138
Kommunistische Partei Chinas (KPCh)	233	Linkspartei.PDS, <i>siehe</i> DIE LINKE.	
Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU)	108	Linksruck (LR), <i>siehe</i> marx21	
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	120	Logr.org	96
Kommunistische Partei Irans (KPI)	120	LTTE	20, 164 ff., 228
Kommunistische Plattform (KPF)	109, 114, 116 f., 119	<hr/> M <hr/>	
Kommunistische Plattform NRW	116	Mahler, Horst	79, 102
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)	124	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, <i>siehe</i> MLPD	
Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD)	155	Marxistische Blätter	120
KONGRA-GEL	19 f., 149 ff., 225, 228	Marxistisches Forum	115
Koordination der kurdischen öko- logisch-demokratischen Gesell- schaft in Europa (CDK)	151 f., 155	MEK	158 ff.
Krekar, Mullah	188	Menschenrechtsverein für ExiliranerInnen e.V.	160
Kültür Adası	147	Menschenrechtsverein für Migranten e.V.	160
Kurdische Volksverteidigungs- kräfte (HPG)	20, 150	militante gruppe (mg)	116
Kurdistan-Report	150, 154	Milli-Görüş, <i>siehe</i> IGMG	
Kurtuluş, Numan	206 ff.	Milli Gazete	201, 207, 208, 209
Kurtuluş	146 f.	Ministry of Information and Security (MOIS)	231

L

Lebensschutz-Informationen – Stimme des Gewissens (LSI)	102
Liberation Tigers of Tamil Eelam, <i>siehe</i> LTTE	

N

Nabhani al-, Taqhi al Din	197
Nachrichten der HNG	79
Narodni Strana	73
Nation & Europa	73

Nationaldemokratische Partei Deutschlands, <i>siehe</i> NPD		Partei der Arbeiterklasse	236
Nationale Befreiungsarmee (NLA)	20, 158 ff.	Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)	144
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)	150	Partei des demokratischen Sozialismus (PDS)	108, 117 ff.
Nationaler Widerstand Ruhrgebiet	81	Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP)	20, 152, 157
National Front (NF)	87	PKK, <i>siehe</i> KONGRA-GEL	
National Journal	101	Prabhakaran, Velupillai	20, 165, 168
Nazar, Niwar	186	Pro Köln	16, 17, 47, 57, 59, 66 ff., 128, 131, 133, 216
Neonazi-Szene	44, 54, 57 ff., 79, 82 ff., 90, 96, 129, 249	PRO KÖLN - Informationen der Fraktion pro Köln im Rat der Stadt Köln	66
Netzwerk der Unterstützer des Jihads	181	Proliferation	34, 231 f.
Neue Linke	109, 114	Pro NRW	16 f., 66 ff., 131, 133 f.
Newaya Jin	150, 154	PRO NRW - Informationen der Bürgerbewegung pro NRW	66
Newroz	156		
NEWROZ TV	150		
NPD	15 ff., 42 ff., 64 f., 68, 71 ff., 79 ff., 85, 129, 133, 227		
NWRI	20, 158 ff., 228		
<hr/> O <hr/>			
Objektiv	75	Radjavi, Maryam	159, 162
Öcalan, Abdullah	19, 151 ff.	Radjavi, Massoud	159
Oil-Skins	87 f.	Ramin, Ali Mohammad	103
Oidoxie	91	Rebell	124
Organisation für Würde und Rechte am Menschen (HDR)	211 f., 228	Recht und Wahrheit	99
Özgür Politika, <i>siehe</i> Yeni Özgür Politika		Refah Partisi	203
<hr/> P <hr/>			
Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)	193 f.	Revolutionswächter	230
Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), <i>siehe</i> DIE LINKE.		Rieger, Jürgen	60
		Ring Nationaler Frauen (RNF)	51
		ROJ-Gruppe	150
		ROJ-TV	150, 154
		Rote Fahne	124
		Rote Fahne News	124
		Rotfuchse	124
		Rouhs, Manfred	66
		Rudolf, Germar	102

Russischer ziviler Auslands- nachrichtendienst (SWR)	237	Tamilischer Bildungsverband e.V. (TBV)	165
S		Tamil Rehabilitation Organization e. V. (TRQ)	165
s5-Bündnis	132	Tamil Student Organization e.V. (TSV)	165
Saadet Partisi (SP)	202, 208, 209	Tamil Youth Organization e.V. (TYO)	165
Salafiya-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC), <i>siehe</i> Al-Qaida im Isla- mischen Maghreb (AQM)		Tavir	147
Serxwebun	150, 154	Theses and Dissertations Press	102
Shafi al-, Abdullah	188	Thiazi-Forum	98
Skinhead-Bands	89 ff.	Töben, Frederick Dr.	102 f.
Skinhead-Konzerte	89 f., 93	Tschetschenische Republik Ichkeriya (CRI)/Tschetschenische Separatistenbewegung (TSB)	190 f.
Skinhead-Szene	81, 87 ff., 92 ff., 227	Türk Federasyon Bülteni	142
Skrewdriver	88	Türkische Konföderation in Europa (ATK)	144
Solidarität International (SI)	28, 44, 55, 58, 110 ff., 116, 123, 185 f., 207 f.	Türkische Volksbefreiungspartei/ -Front THKP/-C	146 f.
Solidaritätsvereins mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei (TAYAD)	147	TV 5	201
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	108, 110, 116 f.	U	
Sozialistische Linke (SL)	109, 115	Ülkücü	142 ff.
Stehr, Heinz	120, 123	Ümmet-i Muhammed	210
Sterka Ciwan	150, 154	ums Ganze!	128
Stimme des Gewissens	102	Union der freien Frauen (YJA)	153, 155
Syrbar	239	Union der Yeziden aus Kurdistan (YEK)	155 f.
T		unsere zeit (uz)	120
Tablighi Jama'at – Gemeinschaft der Verkündigung und Mission (TJ)	191 ff.	V	
Taifatul Mansura	179	van Gogh, Theo	183
Taliban	21, 176, 181, 188, 189, 190	Verband anatolischer Volkskulturvereine e.V., <i>siehe</i> Anatolische Föderation	
Tamil Coordination Comitee (TCC)	164, 165		
Tamilische Befreiungstiger, <i>siehe</i> LTTE			

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB), <i>siehe</i> <i>auch</i> Kalifatsstaat	210	Y	
Verband der Student/Innen aus Kurdistan (YXK)	155	Yassin, Ahmed	189
Verein der Iraner in Wuppertal, Sympathisanten des nationalen Widerstandrates Iran e.V.	160	Yatim Kinderhilfe e.V.	194
Verein für Gerechtigkeit e.V.	160	Yeni Özgür Politika	150, 154
Verein für Menschen und Freiheit e.V. (V.M.F.)	160	Yürüyüş	146 f.
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V., <i>siehe</i> AMGT		Z	
Vereins zur Rehabilitierung der we- gen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV)	101 f.	Zawahiri al-, Ayman	170, 173, 177
Vlaams Belang	73	Zilan-Frauenfestival	156
Vlaams Blok	73		
Voigt, Udo	43, 52		
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	193		
Volkskongress Kurdistans, <i>siehe</i> KONGRA-GEL			
Volksmoudjahedin Iran-Organisation, <i>siehe</i> MEK			
Volkverteidigungseinheiten (HPG)	20, 150		
Voorpost	73		
W			
Wagenknecht, Sarah	114, 119		
WASG, <i>siehe</i> DIE LINKE.			
Weisse Wölfe	91		
Wiener, Markus	66		
Wohlfahrtspartei, <i>siehe</i> Refah Partisi (RP)			
Wolter, Judith	66		

Publikationen des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen



Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit gibt der Verfassungsschutz jedes Jahr einen Jahresbericht und einen Zwischenbericht heraus. Dieser, wie auch die Berichte der Vorjahre stehen im Internet zum Download zur Verfügung.



Comic „Andi... Tage wie dieser“

Rechtsextremisten versuchen junge Menschen mit ihrer fremdenfeindlichen und antidemokratischen Propaganda zu ködern. Der Comic „Andi ... Tage wie dieser“ zeigt, wie so etwas ablaufen kann und wie Andi und seine Mitschüler mit dieser Herausforderung umgehen.



Comic „Andi 2“

Andis Freund Murat hat Stress. Erneut versuchen Extremisten junge Menschen mit ihrer Propaganda zu ködern. Diesmal sind es radikale Islamisten, die Ayshe, Andi und den Freunden das Leben schwer machen. Der Comic „Andi 2“ bietet neben der interessanten Story umfassende Informationen zu den Themen Islamismus und Demokratie.



Comic „Andi 3“

Willkommen zu einem neuen Abenteuer von Andi und seinen Freunden, die sich wieder für Demokratie und gegen Extremismus einsetzen. Diesmal müssen alle mit ansehen, wie ihr Freund Ben in die linksautonome Szene abdriftet. Am Ende sind alle geschockt, was aus Bens guten Absichten wird.



Musik – Mode – Markenzeichen

Die Broschüre gibt Antworten auf häufig gestellte Fragen von Eltern und Lehrern über Kleidungsstile und Musikrichtungen, Symbole oder Strafbarkeit.



Islamismus – Missbrauch einer Religion

Diese Broschüre befasst sich insbesondere mit der Situation muslimischer Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland. Sie eröffnet Multiplikatoren in der Jugend- und Bildungsarbeit die Möglichkeit, sich kurz und einführend mit dem Themenfeld des islamischen Extremismus auseinander zu setzen.



Islamistische Organisationen in NRW

Die Broschüre stellt islamistische terroristische Organisationen und Strukturen dar und beschäftigt sich mit islamistischen Organisationen, die in Nordrhein-Westfalen aktiv sind.



Wirtschaftsspionage

Information und Prävention

Diese Broschüre will die Verantwortlichen in den Unternehmen für die Gefahren der Wirtschaftsspionage sensibilisieren, über Methoden und Ziele informieren und Hilfestellung anbieten, um Schäden zu vermeiden.



Verfassungsschutz in NRW – Aufgaben - Befugnisse - Kontrolle

Welche Aufgaben hat der Verfassungsschutz? Was darf er? Und: wie findet überhaupt die Kontrolle statt? Die 32-seitige Broschüre gibt Ihnen zu diesen Fragen einen kurzgefassten Überblick.



Linksextremismus in NRW

Welche Ideologie verfolgen Linksextremisten? Wer gehört dazu? Wie verfolgen sie ihre Ziele? Die 32-seitige Broschüre des Verfassungsschutzes gibt einen knappen Überblick über Linksextremismus in Nordrhein-Westfalen.

Diese Broschüren des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes können Sie im Internet unter <http://www.im.nrw.de/verfassungsschutz> online bestellen oder downloaden. Dort finden Sie auch eine Vielzahl weiterer Broschüren, Fachaufsätze und anderes Informationsmaterial des Verfassungsschutzes.

Sie können auch eine Email an bestellung.verfassungsschutz@im.nrw.de senden, bzw. unter folgender Anschrift bestellen:

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 103013
40021 Düsseldorf

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Innenministerium des
Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01
Telefax: 0211/871 - 3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

